

Andreas Hilger und Oliver von Wrochem (Hrsg.)
Die geteilte Nation

**Schriftenreihe
der Vierteljahrshefte
für Zeitgeschichte
Band 107**

Im Auftrag des
Instituts für Zeitgeschichte München – Berlin
herausgegeben von
Helmut Altrichter Horst Möller
Andreas Wirsching

Redaktion:
Johannes Hürter und Thomas Raitchel

Die geteilte Nation

Nationale Verluste und Identitäten im 20. Jahrhundert

Herausgegeben von

Andreas Hilger und Oliver von Wrochem

Oldenbourg Verlag München 2013

Herstellung: Karl Dommer
Titelbild: Berliner Mauer, 1961; Süddeutsche Zeitung Photo/Jacoby
Einbandgestaltung: Thomas Rein, München, und Daniel Johnson, Hamburg

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Library of Congress Cataloging-in-Publication Data
A CIP catalog record for this book has been applied for at the Library of Congress.

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung dieses Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechts.

© 2013 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH
Rosenheimer Straße 143, D-81671 München
www.degruyter.com/oldenbourg
Ein Unternehmen von De Gruyter

Gedruckt in Deutschland

Dieses Papier ist alterungsbeständig nach DIN/ISO 9706.

ISBN 978-3-486-71863-8
eISBN 978-3-486-77824-3
ISSN 0506-9408

Inhalt

Einleitung	1
------------------	---

I. Erster Weltkrieg

Árpád von Klimó

Trianon und der Diskurs über nationale Identität in „Rumpf-Ungarn“ (1918–1938)	11
--	----

Kerstin von Lingen

Caporetto 1917: eine „notwendige Tragödie“ auf dem Weg zum Nationalstaat? Italiens (Nach-)Kriegstrauma.	27
--	----

II. Zweiter Weltkrieg

Christian Lotz

Gestrichelte Linien und schattierte Flächen. Darstellungen von Teilung und Einheit in ost- und westdeutschen Landkarten (1945–1972).	53
---	----

Namhee Lee

Tausend keimende Träume erstickt. Die Teilung Koreas, der Kalte Krieg und die Nationalismen zweier Koreas	71
---	----

III. Dekolonisation

Peter King

Indonesien und ethno-nationalistischer „Separatismus“ seit der Unabhängigkeit: Ost-Timor, Aceh und Papua	83
--	----

Martin Großheim

„1954 verlor der Vater seine Heimat, 1975 verlor der Sohn sein Vaterland“. Teilung, Flucht und Wiedervereinigung in Vietnam	97
---	----

IV. Das Ende des Kalten Kriegs

Dareg Zabarah

Die Republik Moldau: Staatswerdung im Spannungsfeld zwischen historischen Ansprüchen und dem Zerfall alter Ordnungen	117
--	-----

Zaur Gasimov

Aserbaidshan: Befreiung und Konflikt – der Umgang mit Verlusten in einer post-kolonialen Gesellschaft.	135
---	-----

V. Bürgerkriege und regionale Konflikte

Stephen M. Duffy
Irlands geteilte Identitäten **155**

Lowell Dittmer
Taiwans komplexe Beziehung zur Volksrepublik China **171**

Frances Trix
Der Kosovo/Kosova-Konflikt – Mythen und Demografie **189**

Abkürzungen **201**

Die Autorinnen und Autoren dieses Bandes **205**

Personenregister **207**

Andreas Hilger/Oliver von Wrochem

Einleitung

I.

Prozesse des *nation building* im 20. Jahrhundert sind seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion, den damit einhergehenden Umbrüchen in Südost- und Osteuropa sowie vor dem Hintergrund erhöhter Aufmerksamkeit für ethnische, religiöse und territoriale Konfliktpotenziale in Asien, Afrika und Lateinamerika verstärkt in den Fokus historischer Forschungen gerückt. Diese konzentrieren sich mehrheitlich auf die gesellschaftliche und politische Aushandlung „national“ informierter Ordnungsvorstellungen und Legitimierungskonzepte in neu entstandenen Staatswesen sowie auf die Durchsetzung dieser Konzeptionen im internationalen Staatenverbund. In historischer Perspektive erscheint *nation building* als ein meist von den Machteliten geprägter sozio-politischer Prozess, mit dem Ziel, eine Gesellschaft mit einer gemeinsamen nationalen Identität zu formen.¹ Nach der spezifischen Herausbildung der Nationalstaaten des 19. Jahrhunderts entstanden im 20. Jahrhundert neue Staaten durch gewaltsame Gebietsrevisionen oder aufgrund dynamischer innerer Prozesse infolge von Kriegen, nach Zusammenbruch bzw. Zerstörung bestehender Imperien und Vielvölkerstaaten: Von Bedeutung sind hier die Staatswerdungen nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg, im Zuge des Zusammenbruchs der Kolonialreiche und nach Ende des Kalten Kriegs 1989/90. Seit den 1990er Jahren werden in Krisenregionen mit ihren realen oder vermeintlichen Gefahren für die Ordnung in benachbarten Ländern sowie aufgrund geopolitischer Interessen von Großmächten, zuvorderst der USA, verstärkt von außen *nation building*-Prozesse befördert. Dies geschieht auch auf die Gefahr hin, dass derartige Initiativen selbst konfliktverschärfend wirken.² „After conflicts end“, so das Verständnis von *nation building* als Krisenmanagement, „allied nations must undertake military, political, humanitarian, and economic activities to enable states to prosper“.³ Zur Beschreibung des Aufbaus von politischen und ökonomischen Strukturen sowie einer professionellen Verwaltung bevorzugen Kritiker den Begriff des *state building*, das sie als Teil von breiter angelegten *peace building*-Bemühungen ansehen.⁴ In der Sache bemängeln sie, dass der Einsatz militärischer Mittel bei *nation building*-Prozessen zu oft im

¹ Vgl. Harris Mylonas, *Assimilation and Its Alternatives. Caveats in the Study of Nation-Building Policies*, in: Erica Chenoweth/Adria Lawrence (Hrsg.), *Rethinking Violence. States and Non-State Actors in Conflict*, Cambridge, MA 2010, S. 83–116, hier S. 83.

² Vgl. Jochen Hippler, *Nationalstaaten aus der Retorte? Nation-Building zwischen militärischer Intervention, Krisenprävention und Entwicklungspolitik*, in: Ders. (Hrsg.), *Nation-Building. Ein Schlüsselkonzept für friedliche Konfliktbearbeitung?*, Bonn 2004, S. 145–170; zur Politik der USA vgl.: Nathan Hodge, *Armed Humanitarians. The Rise of the Nation Builders*, New York 2010.

³ Zitiert nach: www.rand.org/topics/nation-building.html (Eingangsseite, zuletzt eingesehen am 7. 2. 2013). Auf dieser Seite der seit 1948 aktiven, international operierenden Non-Profit-Organisation RAND (Research and Development) finden sich zahlreiche Darstellungen zu *nation building*.

⁴ Vgl. Patrice C. McMahon and Jon Western, *Introduction: the Supply Side of Statebuilding*, in: Dies. (Hrsg.), *The International Community and Statebuilding. Getting Its Act together?*, London 2012, S. 5–7; Shahar Hameiri, *Regulating Statehood. State Building and the Transformation of the Global Order*, Basingstoke 2010.

Zentrum stehe. Ungeachtet der begrifflichen Diskussionen sind für den gesamten Prozess Fragen nach Selbstverständnis und Identität der Gesellschaften, in denen solche Prozesse vollzogen bzw. implementiert werden, von Bedeutung. Das machen in jüngerer Zeit etwa Forschungen zum politischen Transformationsprozess im ehemaligen Jugoslawien, in Afghanistan und im Irak⁵ sowie zu den politischen Umwälzungen infolge der „arabischen Revolution“ deutlich, die wahlweise unter den Begriffen *nation building*, *state building* und *peace building* diskutiert werden.⁶

II.

Es wird in der Forschung vernachlässigt, dass *nation building*-Prozesse häufig mit Gebietsteilungen einhergehen, die zurückbleibende (Teil-)Staaten wie zurückbleibende Gesellschaften ihrerseits vor die Aufgabe stellen, mehrdimensionale Verlusterfahrungen – territoriale, wirtschaftliche, kulturelle, bevölkerungspolitische usw. – in eine eigene, bislang gültige „nationale“ Selbstdefinition und -legitimation zu integrieren oder ein neues Selbstverständnis zu entwerfen. Deutschland ist ein geradezu klassisches Beispiel für die spezifischen Herausforderungen, denen sich Staaten und Bevölkerungen nach Verlusterfahrungen zu stellen haben.⁷ Auf der anderen Seite müssen sich Teile in von Bürgerkriegen zerrissenen Ländern wie Irland oder die Erben von in sich tief gespaltenen Gesellschaften wie beispielsweise Südafrika nach der Auflösung alter Ordnungen – hier: der Apartheid – neu definieren.⁸

Der vorliegende Band nähert sich der historischen Mannigfaltigkeit der Problemlagen sowie den verschiedenartigen nationalen Lösungsansätzen im 20. Jahrhundert in methodischer Vielfalt, um in spezifischen Rahmen- und Wirkungsbedingungen Muster oder Sonderentwicklungen zu erfassen. Der Umgang der „Rest“-Staaten und -Gesellschaften mit identitätsrelevanten Kernaspekten einer ursprünglichen gesamtnationalen Vergangenheit wirkte in unterschiedlicher Intensität auf inner- wie zwischenstaatliche Beziehungen zurück. Die international vergleichende Perspektive auf den (erinnerungs-)politischen Umgang mit Verlusterfahrungen lässt strukturelle Gemeinsamkeiten und Unterschiede in

⁵ Vgl. Michael Ignatieff, *Empire Lite. Nation Building in Bosnien, Kosovo and Afghanistan*, London 2003; McMahon/Western (Hrsg.), *The International Community and Statebuilding* (mit Beispielen zu Bosnien, Kosovo, Afghanistan und Irak).

⁶ Benjamin Isakhan/Fethi Mansouri/Shahram Akbarzadeh (Hrsg.), *The Arab Revolutions in Context. Civil Society and Democracy in a Changing Middle East*, Melbourne 2012; Hamid Dabashi, *The Arab Spring. The End of Postcolonialism*, London u. a. 2012; Larbi Sadiki/Heiko Wimmen/Lala Al-Zubaidi (Hrsg.), *Democratic Transition in the Middle East. Unmaking Power*, London 2013.

⁷ Vgl. Han Sang-jin (Hrsg.), *Divided Nations and Transitional Justice. What Germany, Japan, and South Korea Can Teach the World*, Boulder, CO 2012; Klaus Stüwe/Eveline Hermannseder (Hrsg.), *Die Wiedervereinigung geteilter Nationen. Erfahrungen aus Deutschland und Perspektiven für Korea*, Berlin 2011; Peter Graf Kielmansegg, *Das geteilte Land. Deutsche Geschichte 1945-1990*, München 2007; Christoph Kleßmann/Peter Lautzas (Hrsg.), *Teilung und Integration. Die doppelte deutsche Nachkriegsgeschichte als wissenschaftliches und didaktisches Phänomen*, Schwalbach am Taunus 2006; Christoph Kleßmann (Hrsg.), *Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der doppelten Nachkriegsgeschichte*, Berlin 1999.

⁸ Vgl. James L. Gibson, *Can Truth Reconcile Divided Nations?*, in: T. David Mason/James D. Meernik (Hrsg.), *Conflict Prevention and Peacebuilding in Post-War Societies. Sustaining the Peace*, New York 2006, S. 176-195; Kay B. Warren (Hrsg.), *The Violence within. Cultural and Political Opposition in Divided Nations*, Boulder, CO 1993.

den Reaktionen hervortreten. Sie trägt wesentlich zum tieferen Verständnis für Grundbedingungen und Mechanismen von Identitätsbrüchen bei, die in historischen wie aktuellen Krisengebieten mit diesen Erfahrungen einhergehen können.

Verlusterfahrungen ergaben sich aus unterschiedlichen historischen Prozessen. Nicht immer existierten festgefügte nationalstaatliche Strukturen, von denen sich neue Entitäten abtrennten oder von denen sie gewaltsam abgetrennt wurden. Durch die Formierung eines nationalstaatlichen Gebildes mit weitgehenden Ansprüchen wurden mitunter vermeintliche Verluste erst im Prozess der Staatswerdung zum integralen Bestandteil des nationalen Selbstverständnisses, in anderen Fällen Gebiete unter wechselnder Herrschaft erst nachträglich als verlorene Gebiete erinnert und damit als Teil der Nation in die Geschichtskultur integriert. Neben derartigen fundamentalen Brüchen in nationalstaatlichen Identitätsbildungen infolge von Teilungen oder Gebietsverlusten sowie ihrer Verarbeitung rückt der vorliegende Band Formen der gesellschaftlichen Neuorientierung nach dem Zusammenbruch alter (hegemonialer) Ordnungen und Ordnungsvorstellungen ins Zentrum.

Für alle Entwicklungen sind innergesellschaftliche und -staatliche auf der einen und internationale Rahmenbedingungen für erfahrene Brüche und Prozesse neuer Identitätsbildung von besonderem Interesse. Gefragt wird hier etwa nach der bevölkerungs- oder wirtschaftspolitischen Relevanz verlorener Territorien, nach der gesellschaftlichen und politischen Interpretation derartiger Verluste, nach entsprechenden politischen und kulturellen Neujustierungen, nach Formen und Wegen einer neuen nationalen Identitätsbildung oder nach der kontinuierlichen, erinnerungspolitischen Repräsentation territorialer, wirtschaftlicher, kultureller, bevölkerungspolitischer usw. Verluste im Kontext der Identitätsbewahrung oder -bildung. Gerade dieser letztgenannte Aspekt, die erinnerungspolitische Repräsentation, ist für die Analyse des Selbstverständnisses der mit identitätsrelevanten Verlusten konfrontierten Nationen von zentraler Bedeutung, wie die folgenden Beiträge zeigen.

III.

Die Beiträge sind chronologisch entlang historischer Grundbedingungen gruppiert, die durch Teilungen oder Aufspaltungen Verluste auslösten und bedingten. Diese Gesamtkontexte lassen sich in der konkreten Untersuchung nicht isoliert fassen, aber hinsichtlich ihres Einflusses deutlich gewichten.

So sind wichtige Um- und Neubildungsprozesse weltweit ohne den Ersten und Zweiten Weltkrieg kaum denkbar. Bereits der Erste Weltkrieg veränderte die politische und kulturelle Landkarte nachhaltig, besonders in Europa. Der Zweite Weltkrieg hat dann verstärkt auch Asien umgestaltet. Der Gesamtprozess der Dekolonisation stellte vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg einen weiteren globalen Wirkungsfaktor dar, der für Asien und Afrika besondere Relevanz gewann. Mit ihm waren ethnisch-nationalistisch und religiös begründete Separationen und Bürgerkriege nur zum Teil verbunden. Auch wenn diese ihre Sprengkraft aus innerstaatlichen und -gesellschaftlichen Konstellationen heraus entwickelten, blieben sie in ihrem konkreten Verlauf deutlich von internationalen Rahmenbedingungen mitgeprägt. Auch territorial-kulturelle Neuordnungsprozesse nach dem Ende des Ost-West-Konflikts lassen sich als Beispiele für die Vermischung nationaler Ambitionen mit internationalen Machtverschiebungen verstehen.

Erster Weltkrieg

Infolge des Ersten Weltkriegs setzten in zahlreichen Ländern, darunter in Deutschland, Österreich-Ungarn, Russland und in der Türkei, soziale und politische Umbrüche ein.⁹ Zugleich verschob sich das Kräfteverhältnis zwischen Europa und den USA. In den alten respektive neuen Staatsgebilden, die Gebietsverluste hinnehmen mussten oder territoriale Eroberungen nicht in den Frieden retten konnten, ergaben sich im Zuge des Kriegs starke Identitätskonflikte, die weit in die Zwischenkriegszeit hineinreichten und mitunter bis heute spürbar sind. Diese Vorgänge werden hier am ungarischen und am italienischen Beispiel thematisiert.

Árpád von Klimó stellt heraus, wie nachhaltig die im Vertrag von Trianon 1920 vereinbarten Gebietsabtretungen zu einer Stärkung nationalistischer und religiöser Strömungen beitrugen, die dann wieder Ungarns Rolle im Zweiten Weltkrieg mitbestimmten. Die territorialen Verluste beförderten territoriale und kulturelle Hegemonievorstellungen, die in dieser Form zuvor nicht vorhanden waren. „Trianon“ wurde zu einem immer wieder neu mobilisierbaren nationalen Symbolort. Er prägte das politische und kulturelle Selbstverständnis im ehemaligen ungarischen Großreich insbesondere in den Jahren bis 1938 und dann seit den 1980er Jahren. Die gesellschaftlichen und politischen Ursachen der heutigen Verlustdiskussion sind dagegen in den Identitätskrisen nach dem Ende der kommunistischen Diktatur und aktuell in einer Enttäuschung der teilweise übersteigerten Erwartungen an die Eingliederung in die Europäische Union im Jahr 2004 begründet. Doch stets diente und dient der Bezug auf vermeintliche oder reale Verlusterfahrungen der Stärkung eines – unterschiedlich gefüllten – Opfermythos, mit dem auch von innergesellschaftlichen Spannungen abgelenkt wird.

Im Fall Italien führten Erfahrungen von militärischen Niederlagen in Verbund mit Gebietsverlusten nach dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg zu ausgeprägten Opfer-Narrativen. *Kerstin von Lingen* zeigt, dass sie die italienische Erinnerungskultur bis heute kennzeichnen. Wahrnehmung und Erfahrung von Verlusten erscheinen als eigentliche Grundlage von Sinnstiftungsprozessen und damit als wesentliches Moment einer Definition des Charakters der italienischen Nation. Während nach dem Ersten Weltkrieg nicht realisierte Gebietsgewinne bzw. gefühlte Verluste Großmachtambitionen beförderten und einer politischen Radikalisierung den Weg ebneten, führten die Verluste nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer erinnerungspolitischen Amnesie bezüglich der Rolle des faschistischen Italien im Zweiten Weltkrieg und zu einer behaupteten Kontinuität als Opfernation.

Zweiter Weltkrieg

Folge des Zweiten Weltkriegs waren globale Machtverschiebungen und Gebietsrevisionen. Deutschland, Italien und Japan verloren an Einfluss, aber auch Frankreich, die Niederlande und Großbritannien waren so geschwächt, dass sie nach und nach ihre Kolonialgebiete

⁹ Vgl. Gerhard Hirschfeld, Gerd Krumeich und Irina Renz in Verbindung mit Markus Pöhlmann (Hrsg.), *Enzyklopädie Erster Weltkrieg*, aktualisierte und erweiterte Studienausgabe, Paderborn 2009; Daniel Marc Segesser, *Der Erste Weltkrieg in globaler Perspektive*, Wiesbaden 2010; Karen Barkley/Mark von Hagen (Hrsg.), *After Empire. Multiethnic Societies and Nation-Building. The Soviet Union and the Russian, Ottoman, and Habsburg Empires*, Boulder, CO 1997; weiterhin: Olaf Leiß, *Der Untergang des österreichischen Imperiums. Otto Bauer und die Nationalitätenfrage in der Habsburger Monarchie*, Marburg 2012.

aufgeben mussten. Die USA und die Sowjetunion etablierten sich endgültig als neue Weltmächte.¹⁰ Die nachfolgenden Beiträge skizzieren die zentralen Ursachen der Teilungen von Deutschland, Korea und China und beschreiben die Diskurse, in denen die Teilnationen Spaltung und Gebietsverluste verhandelten.¹¹ Hierbei versuchten die zerstrittenen staatlichen Nachfolger ehemals vereinter Nationen, das gesamt-nationale Erbe zu nutzen, um sich in Auseinandersetzung mit dem Gegenpart als wahre Gesamtnation zu behaupten oder aufzubauen.

Christian Lotz stellt anhand des kartografischen Umgangs beider deutscher Staaten 1945 bis 1972 dar, wie diese mit ihren Verlusten infolge des Zweiten Weltkriegs umgingen. In den Kartenwerken spiegelten sich sowohl die Teilung wie der Wunsch nach Einheit bzw. nach Eigenstaatlichkeit wider. Die Gestaltung deutscher wie europäischer Karten und Atlanten reflektierte den nationalen Stellenwert verlorener Gebiete und hatte den jeweiligen nationalen Anspruch zu untermauern. Während sich dieser Konflikt durch die Vereinigung Deutschlands im Jahr 1990 erledigte, überdauerte die Teilung Koreas den Kalten Krieg.

Namhee Lee zufolge hatte Korea zum Zeitpunkt seiner Spaltung noch nicht das Stadium eines ausgeprägten Nationalstaats erreicht. Im Bürgerkrieg zerrissen, wurde das Land bald nach der Befreiung von japanischer Kolonialherrschaft zusätzlich zum Spielball der Großmächte USA und UdSSR. Nach der Teilung wurden in Nord- und Südkorea zwei aufeinander bezogene nationale Identitätspolitiken betrieben, die der Kalte Krieg dominierte. Die politischen Eliten antworteten auf das weite gesellschaftliche Bedürfnis nach einer vereinten und unabhängigen Nation mit einem in der Kolonialära entwickelten nationalistischen Diskurs, der die Nationsbildung versprach, ohne an existierenden hierarchischen Beziehungen im Staat rütteln zu wollen.

Dekolonisation

Kolonien hatten in der Regel in ihren Unabhängigkeitskämpfen keine vollständige, allgemein verbindliche nationale Identität ausgebildet. Daher war die Welle der Dekolonisation, die nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem Asien und Afrika erfasste, von ethnisch-nationalistisch oder religiös begründeten Separationsbewegungen begleitet, die häufig mit gewaltsamen (religiösen und ethnischen) Konflikten sowie sogenannten ethnischen Säuberungen einhergingen.¹² Diese ambivalente Entwicklung führte teilweise zur Existenz mehrerer souveräner Staaten auf dem Gebiet einer ehemaligen Kolonie, die keinerlei Interesse an einer Vereinigung hatten. Das gilt etwa für Indien und Pakistan im ehemaligen

¹⁰ Heinrich August Winkler, *Geschichte des Westens. Die Zeit der Weltkriege 1914–1945*, München 2011; Jörg Echternkamp/Stefan Martens (Hrsg.), *Der Zweite Weltkrieg in Europa. Erfahrung und Erinnerung*, Paderborn 2007; Birgit Morgenrath/Karl Rössel, „Unsere Opfer zählen nicht“. Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg, Berlin u. a. 2005.

¹¹ Vgl. John J. Metzler, *Divided Dynamism. The Diplomacy of Separated Nations: Germany, Korea, China, Lanham, MD 1996*; Jaushieh Joseph Wu (Hrsg.), *Divided Nations. The Experience of Germany, Korea, and China*, Taipei 1995.

¹² Vgl. exemplarisch Els Bogaerts/Remco Raben (Hrsg.), *Beyond Empire and Nation. The Decolonization of African and Asian Societies, 1930s–1960s*, Leiden 2012; Christopher E. Goscha/Christian F. Ostermann (Hrsg.), *Connecting Histories. Decolonization and the Cold War in Southeast Asia, 1945–1962*, Washington, D.C. 2009; Martin Thomas/Bob Moore/L. J. Butler, *Crises of Empire. Decolonization and Europe's Imperial States, 1918–1975*, London 2008; John Kent, *America, the UN and Decolonisation. Cold War Conflict in the Congo*, New York 2010.

Britisch-Indien oder Singapur und Malaysia im ehemaligen Malaya. In anderen Regionen verflocht sich der langwierige Dekolonisierungsprozess unauflösbar mit den Spannungen des Kalten Kriegs und brachte auf diese Weise komplexe Teilungen und nationale Verwerfungen mit sich. Schließlich konnte die staatliche Unabhängigkeit ohne festes nationales Band auch ohne direkte Orientierung an den Fronten des Kalten Kriegs in Bürgerkriege münden; sie dauern teilweise bis in die Gegenwart hinein an.¹³

In dem von *Peter King* beschriebenen Beispiel Indonesien waren es nicht allein die Konfliktlagen vor Ort, sondern das Wirken der ehemaligen Kolonialmächte Großbritannien, Portugal und der Niederlande sowie der USA, welche die Separationsbewegungen und deren Erfolg erheblich beeinflussten. Die zeitlich deutlich versetzten Etappen der Dekolonisierung in einzelnen Regionen des Archipel begünstigten ethnisch-nationalistisch motivierte Separationsbestrebungen, die von der Zentralregierung gewaltsam bekämpft wurden. Die postkoloniale Ära in Indonesien – wie auch in diesem Band nicht näher behandelte Entwicklungen in diversen afrikanischen Staaten – zeigt das hohe Gewaltpotenzial, das Versuchen, in Gebieten ohne entsprechende nationale Identität rapide nationalstaatliche Strukturen und Machtverhältnisse zu etablieren, innewohnt.

Martin Großheim widmet sich dagegen der Mehrfachbelastung von blutigem Unabhängigkeitskampf und Kaltem Krieg, unter der Vietnam fast zerbrach. Die Kämpfe zwischen Nord- und Südvietnam, die untrennbar mit den multiplen Interessen einer Welt im Kalten Krieg verwoben waren, waren bis in die 1970er Jahre hinein von ideologisch-politischen wie spezifischen nationalistischen Visionen geprägt. Großheim zeigt die inhärenten Kurzschlüsse, Lücken und Fehldeutungen von süd- und nordvietnamesischen nationalen Meistererzählungen, die erst nach dem Ende des Kalten Kriegs an Unversöhnlichkeit und Ausschließlichkeit verloren.

Das Ende des Kalten Kriegs

Mit dem Zusammenbruch der UdSSR zerfiel endgültig auch der Mythos der Völkerfreundschaft innerhalb der sowjetischen Grenzen. Die explosiven Entwicklungen in den postsowjetischen Staatengebilden führten mitunter Konfliktlinien aus dem 19. Jahrhundert fort. Die sowjetische Macht hatte in den Jahrzehnten ihres Bestehens derlei Konflikte nur unterdrücken, nicht aber lösen können.¹⁴ Die post-sowjetischen, gewundenen Nationalisierungs- respektive Renationalisierungsprozesse sind bis heute nicht abgeschlossen.

Dareg Zabarah verweist auf die tief liegenden Wurzeln der problematischen Entwicklungen in den beiden postsowjetischen moldauischen Republiken, der Rumänien zugeneigten Republik Moldau sowie der davon abgespalteten, international nicht anerkannten und auf Russland hin orientierten „Pridnestrovischen Moldauischen Republik“. Seit jeher waren alle Gebiete Einflüssen der russischen (respektive sowjetischen) und rumänischen

¹³ Vgl. hier beispielhaft die Staatsgründung Israels im Jahr 1948 und die damit einhergehende Teilung des ehemaligen britischen Mandatsgebiets Palästina, die bis heute zu einem Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern geführt hat, vgl. Rolf Steininger, *Der Nahostkonflikt*, überarbeitete und aktualisierte Neuauflage, Frankfurt a. M. 2012.

¹⁴ Aus der Fülle der Literatur zur Nationalitätenpolitik der UdSSR vgl. mit weiteren Hinweisen u. a. Gerhard Simon, *Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion*. Von der totalitären Diktatur zur nachstalinischen Gesellschaft, Baden-Baden 1986; Jörg Baberowski, *Der Feind ist überall*. Stalinismus im Kaukasus, München 2003; Maike Lehmann, *Eine sowjetische Nation*. Nationale Sozialismusinterpretationen in Armenien seit 1945, Frankfurt a. M. 2012.

Nachbarn ausgesetzt. Eine wirksame, überwölbende nationale Identität bildete sich nicht heraus. In der atomisierten moldauischen Gesellschaft verfolgte und verfolgt jede Gruppe eigene Gesellschafts-, Nations- und Staatsentwürfe; die Gegensätze werden durch die eigenen Deutungen tradierter Verlusterfahrungen noch gesteigert, da diese sich negativ auf die politische Kompromissbereitschaft bzw. -fähigkeit der Akteure vor Ort auswirken.

Auch Aserbaidschan stand im 19. und 20. Jahrhundert unter divergierenden Einflüssen der Nachbarn: Im Norden wirkte das großrussische, später sowjetische Machtstreben, im Süden die persische bzw. iranische Herrschaft. Der Beitrag von *Zaur Gasimov* beschreibt jedoch eine nationalbewusstere Gesamtgesellschaft. In ihr tragen die Debatten um nationale Verluste zu der Konstitution eines Nationalbewusstseins bei, das den jungen Nationalstaat – einstweilen – gegen Nachbarn wie gegen grenzüberschreitende Einflüsse festigen soll.

Bürgerkriege und regionale Konflikte

Der letzte Block des Bandes nähert sich dem Phänomen des Umgangs mit nationalen Verlusten aus einer spezifischen, die Chronologie des 20. Jahrhunderts durchschneidenden Perspektive. Bürgerkriege weisen in ihren nationalen Ursachen und Folgen immer wieder Querverweise und -verstreungen mit den stärker durch die internationale Entwicklung respektive Einrahmung geprägten Fallbeispielen der Vorkapitel auf. Der querliegende Ansatz zeigt die potenziell hohe, widersprüchliche Relevanz interner Konstellationen, die unter dem Signum von nationaler Bewährung, Einheit oder Größe die Nation aus sich selbst heraus in Frage stellen.

Im Falle Irlands liegen die tieferen Ursachen der Spaltung in einer langwierigen Entwicklung antagonistischer Identitäten der Bewohner begründet, wie *Stephen Duffy* deutlich macht. Während sich die protestantische Minderheit auf eine bis ins 17. Jahrhundert zurückreichende Verbindung zu Großbritannien beruft und hieraus ihr Selbstverständnis als Unionisten bezieht, ist das ursprünglich von der Französischen Revolution beeinflusste Ziel der irischen katholischen Nationalisten ein ungeteiltes und unabhängiges Irland. Der Gegensatz kulminierte in den Kämpfen seit 1914, die wiederum die Gräben zwischen Unionisten und Nationalisten noch vertieften. Als die Republik Irland 1949 die Verbindungen zum britischen Commonwealth endgültig löste, blieb Nordirland eine Provinz Großbritanniens. Auf lange Sicht können im Falle Irlands internationale integrierende Tendenzen im Rahmen der Europapolitik auf eine Annäherung der ungleichen Brüder hinwirken.

Dass die Teilung Chinas den Kalten Krieg überdauerte, weist nach *Lowell Dittmer* darauf zurück, dass die Spaltung Chinas trotz der frühen Einbindung in den Kalten Krieg aus inneren Bürgerkriegen resultierte. Das nationalchinesische Taiwan auf der einen und die Volksrepublik China auf der anderen Seite fügten sich früh in die bipolare Struktur des Kalten Kriegs ein. Substanzielle Positionsänderungen im Globalkonflikt konnten daher nicht ohne Auswirkung auf die Beziehungen zwischen Taipeh und Peking bleiben. Die Volksrepublik als stärkerer Part drängte und drängt weiterhin auf Wiedervereinigung. Taiwan dagegen entwickelte eine Kultur der Unabhängigkeit. In der politischen Identität der Insel spielten zudem zunehmend Bedürfnisse und Ansprüche der frühen Siedler eine Rolle, die nach dem Rückzug der Nationalchinesen nach Taiwan zunächst von deren Konflikt mit Maos Peking dominiert worden waren. Die letzten Ziele und Perspektiven der wirtschaftlichen und vorsichtigen politischen Annäherung über die Straße von Taiwan hinweg werden sich erst noch erweisen müssen.

Abschließend skizziert *Frances Trix* die Ansprüche und das Selbstverständnis der im Kosovo-Konflikt involvierten Serben und Albaner. Für den serbischen Nationalismus des 19. Jahrhunderts und die serbisch-orthodoxe Kirche galt das Kosovo als Herzstück Serbiens; der Anspruch überdauerte die jahrhundertelange Herrschaft der Osmanen. Im Kosovo stellten jedoch Albaner die Mehrheit. Ungeachtet dessen sah sich die albanische Bevölkerung im Gesamtstaat Jugoslawien (und seiner Vorläufer) nahezu in kolonialen Abhängigkeitsverhältnissen wieder. Mit dem Ende Jugoslawiens brachen traditionelle Hegemonialansprüche und nationale Abwehrreaktionen erneut auf. Das Kosovo erreichte dank der Intervention von NATO und UN die Eigenstaatlichkeit. Bis heute trägt Serbien schwer an dem vermeintlichen Verlust und erkennt die Unabhängigkeit des Kosovo nicht an. Ob hier, analog zur potenziellen Entwicklung in Irland, die internationale Rahmehandlung der Europapolitik nationale Selbstsicht und -positionierung potenzieller Mitglieder ändern wird, bleibt abzuwarten.

IV.

Die hier versammelten Fallbeispiele belegen eine Vielzahl von nationalen wie internationalen Konstellationen und Wechselwirkungen, die „Rest“-Gesellschaften und -Staaten generierten. Diese setzten offenbar darauf, ihre neuen Verlusterfahrungen in existierende Selbstbilder und gewachsene nationale Identitäten einzubinden. Sie taten sich demnach nicht nur schwer damit, nationale Verluste zu akzeptieren, sondern sie zeigten auch wenig Neigung, angesichts der radikalen Herausforderungen ihre nationale Meistererzählung als Ganzes in Frage zu stellen. Mehr noch: Die wahrgenommenen Angriffe auf den nationalen Gesamtkörper führten zu einer nahezu reflexhaften Verstärkung tradiert nationaler Ansprüche und Visionen und trugen auf diese Weise wenn nicht zur Verstetigung, dann doch zur Verlängerung von Konflikten und Krisen bei. Mit diesen Befunden fügt sich der Umgang mit nationalen Verlusten im 20. Jahrhundert in die Kontinuität der nationalen respektive nationalstaatlichen Entwürfe und Mechanismen, die seit dem 19. Jahrhundert vorherrschten – und sie entsprachen damit auch Wirkungsprozessen und Entwicklungen, die dem *nation building* derjenigen neuen Staaten unterlegt waren, die den hier betrachteten Rest- oder Teilgesellschaften die Verluste – bewusst oder unwillentlich – beigebracht hatten. Dabei blieb die Einarbeitung der Verlusterfahrungen in das Gesamtprojekt der nationalen Selbstfindung ein komplexer Verhandlungsprozess, der immer an machtpolitische Konstellationen und politisch-ideologische Programme gekoppelt blieb. So stellte sich die Integration vermeintlicher oder tatsächlicher Verluste in die nationale Idee mitunter als subversive Kraft gegen die realpolitische Übermacht von Groß- oder Kolonialmächten dar und gewann hierdurch wiederum an Schärfe und Unversöhnlichkeit. Die nationale Idee hat, betrachtet man die Fallbeispiele, im 20. Jahrhundert nichts von ihrer Wirkungs- und Manipulationsmacht eingebüßt – das ist ein Befund, der sich bereits in vielen Untersuchungen über globale, regionale und nationale Prozesse des vergangenen 20. Jahrhunderts aufgedrängt hat. Es bleibt, wie bereits angesprochen, abzuwarten, ob neue internationale Einigungsprojekte oder grenzüberschreitende Interessenverbände die nationale Idee überwölben können.

Wir möchten uns abschließend bei den Herausgebern der Schriftenreihe dafür bedanken, dass der Band in ihrer Reihe erscheinen konnte. Der Redaktion der Schriftenreihe sind wir für die gute und engagierte Betreuung des Bandes dankbar.

I. Erster Weltkrieg

Árpád von Klimó

Trianon und der Diskurs über nationale Identität in „Rumpf-Ungarn“ (1918–1938)

Am 4. Juni 1920 wurde im Grand Trianon Palais in Versailles ein Friedensvertrag zwischen den Mächten der Entente und dem seit Ende Oktober 1918 selbstständigen ungarischen Staat geschlossen, der die Feindseligkeiten des Ersten Weltkriegs beenden und die Grenzen Ungarns und der Nachbarstaaten regeln sollte.¹ Doch wurde Trianon sehr bald zu einem Begriff, der in der ungarischen Gesellschaft immer wieder und weit über den politischen Bereich hinaus mobilisierend wirkt. Norbert Spannenberger sprach von einem „Inbegriff“ für „Ungerechtigkeit“ in der ungarischen Öffentlichkeit.²

Anders als der Versailler Vertrag, der 1919 mit dem Deutschen Reich geschlossen wurde, scheint es, als sei Trianon ein zentrales Thema in der ungarischen Öffentlichkeit geblieben. Zuletzt hat Balázs Ablonczy darauf hingewiesen, dass das Thema gerade nach 1989 zwar auch in der Geschichtswissenschaft vermehrt Interesse gefunden hat, dass es aber hauptsächlich außerhalb der Zunft zu einem starken Zuwachs an Beschäftigung damit gekommen sei.³ Besonders im Fernsehen, im Internet und seit 2004 in Gestalt eines privat gegründeten „Trianon-Museums“ hat die Beschäftigung mit Trianon – meistens unter Ignorierung der Ergebnisse der Geschichtswissenschaft – deutlich zugenommen.⁴ Trianon wird dabei nicht als Vergangenheit gesehen, als eine der zahlreichen, epochalen Umwälzungen am Ende des Ersten Weltkriegs, als nicht weniger als vier Weltreiche zusammenbrachen und der Nahe Osten und Afrika weitreichende Veränderungen erfuhren, sondern in einer bemerkenswerten Optik als eine in die Gegenwart hineinreichende Weltverschwörung gegen das Magyarentum. So bezeichneten Ende 2007 in einer repräsentativen Umfrage in Ungarn 80 Prozent der Befragten Trianon als ein „historisches Unrecht“.⁵ Die Partei des 2010 mit überwältigender Mehrheit gewählten ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán hat zum 90. Jahrestag den 4. Juni zu einem „Tag der nationalen Einheit“ erklärt, an dem sich „alle Landsleute in der Region an die größte Tragödie Ungarns im 20. Jahrhundert“ erinnern sollten.⁶

Dieser aktuelle Trianon-Boom suggeriert eine Kontinuität der Beschäftigung mit dem Thema über neun Jahrzehnte hinweg, die es jedoch nicht gibt. Vielmehr muss man „Trianon“ eher als einen immer wieder neu, je nach Kontext mobilisierbaren nationalen Erinnerungsort verstehen.⁷ Daher müssen die Gründe für die derzeitige Diskussion und deren

¹ Zu den Regelungen vgl. Abschnitt I.

² Norbert Spannenberger, Rezension zu Miklós Zeidler (Hrsg.), *Trianon*, Budapest 2003, in: *H-Soz-u-Kult*, 26. 3. 2004, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2004-1-187>, letzter Zugriff: 20. 7. 2010.

³ Balázs Ablonczy, *Trianon-legendák*, Budapest 2010, S. 21.

⁴ <http://www.trianonmuzeum.hu>, 25. 2. 2011.

⁵ Vgl. Árpád v. Klimó, Hungary, in: Oliver Rathkolb/Günther Ogris (Hrsg.), *Authoritarianism, History and Democratic Dispositions in Austria, Poland, Hungary and the Czech Republic*, Innsbruck u. a. 2010, S. 79–90, hier S. 83.

⁶ Zum Gesetzesvorschlag im Wortlaut siehe: <http://www.parlament.hu/irom39/00039/00039.pdf>, 25. 2. 2011.

⁷ Der Band zu Trianon, herausgegeben von Miklós Zeidler, ist folgerichtig auch Band 2 der Reihe „Nation und Erinnerung“ des Osiris-Verlages, die dem Vorbild der Reihen zu den „Nationalen Erin-

gesellschaftliche und politische Relevanz in der Zeit unmittelbar vor und kurz nach dem Ende der kommunistischen Diktatur gesucht werden, weniger in den 1920er Jahren. Zum anderen ist „Trianon“ aber auch Teil einer immer wieder erneuerbaren, nationalen Meistererzählung, deren Struktur in Grundzügen bereits in der Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden war.⁸ Sie setzte sich nach dem Scheitern der national-liberalen Revolution und des anti-habsburgischen Freiheitskampfes von 1848/49 gegenüber anderen möglichen Narrativen durch. Da diese nationale Meistererzählung bereits bestand, konnte Trianon nach 1920 in eine Reihe mit anderen ungarischen Erinnerungsorten wie beispielsweise Mohács – jener Schlacht von 1526, die *pars pro toto* auf die Niederlage gegen osmanische Truppen und nachfolgende Besetzung Ungarns verweist – oder „1848“ gestellt werden.⁹ Später ergänzte „1956“, die Erinnerung an die niedergeschlagene antistalinistische Revolution, diese Reihe nationaler Niederlagen, die als Geschichte eines permanenten ungarischen Opfergangs erzählt werden.¹⁰ Diese historische Meistererzählung spiegelte vor 1918 die Versuche der politischen Eliten des Landes wider, die ungarische Nation im Rahmen einer eingeschränkten staatlichen Souveränität innerhalb der Habsburgermonarchie zu definieren.

Auch die geschichtswissenschaftliche Bearbeitung des Themas basiert nicht immer auf theoretischer Reflektion, wodurch stark politisch oder ideologisch geprägte Perspektiven in die Darstellungen einfließen können. Daher möchte ich kurz meinen eigenen, von der neueren Nationalismusforschung beeinflussten Ansatz darlegen.¹¹ So wurde von den Zeitgenossen oft suggeriert, *sämtliche* Ungarn hätten den Vertrag von Trianon abgelehnt, ebenso wie *sämtliche* Rumänen, Tschechen, Slowaken usw. den Vertrag unterstützt hätten. Selbst wenn diese Behauptungen zuträfen, so wären sie sehr schwer zu beweisen. Und dies nicht nur, weil es keine Umfragen aus der Zwischenkriegszeit gibt und ein großer Teil der Bevölkerungen in und außerhalb Ungarns, die besitzlose Landbevölkerung, kaum politische Mitsprache hatte oder wahrnahm. Zuletzt hat Stefano Bottoni zu Recht darauf hingewiesen, dass es nie eine einheitliche magyarische Nation im Sinne einer ethnischen Gemeinschaft aller ungarischsprachigen Staatsbürger des Königreichs gegeben habe.¹²

nerungsorten“ in anderen Ländern nachempfunden ist. Band 1 ist dem Staatsgründerkönig Stephan I. gewidmet. Zeidler (Hrsg.), Trianon, Budapest 2003.

⁸ Vgl. Árpád von Klimó, Nation, Konfession, Geschichte. Zur nationalen Geschichtskultur Ungarns im europäischen Kontext (1860–1948), München 2003; Gernot Heiss/Árpád von Klimó/Pavel Kolař/Dušan Kovač, Comparing and Relating the Austrian, Czech, Hungarian, and Slovak National Master Narratives and Their „Others“, in: Stefan Berger/Chris Lorenz (Hrsg.), The Contested Nation. Ethnicity, Class, Religion and Gender in National Histories, Basingstoke 2008, S. 367–404.

⁹ Árpád von Klimó, 1848/49 in der politischen Kultur Ungarns, in: 1848 im europäischen Kontext, hrsg. von Helgard Fröhlich, Margarete Grandner und Michael Weinzierl, Wien 1999, S. 204–222.

¹⁰ Heino Nyssönen, Der Volksaufstand von 1956 in der ungarischen Erinnerungspolitik, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 47 (1999), H. 10, S. 914–932.

¹¹ Ich stütze mich vor allem auf die Arbeiten von Pieter Judson, der sich besonders mit dem Nationalismus in der westlichen, cisleithanischen Reichshälfte der Habsburgermonarchie beschäftigt hat: Vgl. Pieter M. Judson, Constructing Nationalities in East Central Europe. Introduction, in: Ders./Marsha L. Rozenblit (Hrsg.), Constructing Nationalities in East Central Europe, Oxford/New York 2005, S. 1–18; Pieter M. Judson, Guardians of the Nation. Activists on the Language Frontiers of Imperial Austria, Cambridge, MA 2007.

¹² Vgl. Stefano Bottoni, The Debate over Hungarian National Unity from Trianon to the „Status Law“ (1920–2001), Paper for the Graduate Conference in Central European Studies, Oxford, 24–26 May 2002, http://users.ox.ac.uk/~oaces/conference/papers/Stefano_Bottoni.pdf, 14. 3. 2011.

Das Problem besteht darin, dass Trianon allein durch nationalistische Blickweisen betrachtet wird, welche bis heute die Perspektiven fast aller am Konflikt Beteiligten bestimmt.¹³ Die dem nationalen Diskurs zugrunde liegende Vorstellung einer nationalen Homogenität geht über Unterschiede und Differenzen innerhalb Ungarns hinweg und suggeriert einen einheitlichen nationalen Willen. Selbst kritische Historiker wie Miklós Zeidler, der überragende Spezialist auf dem Gebiet der Trianon-Forschung, sieht das Problem von Trianon in den durch den Vertrag geschaffenen Fakten und nicht in deren Interpretation, wenn er schreibt:

„The divergence of political borders and ethnic dividing lines in Central Europe gives ground to grave political problems. That is an indication of the fact that neither the Trianon peace treaty, nor the various political efforts that transpire have been able to find a satisfactory solution to those problems, although that is a common interest and a common task. That’s why Trianon could not find its final and exclusive place in historical tradition, but continues to remain unquestionably a part of politics.“¹⁴

Die Friedensverträge von 1918 bis 1920 haben zweifellos zahlreiche neue Probleme geschaffen, aber die Frage, warum sich die Politik in der Region, einschließlich der Slowakei, Rumäniens usw., weiterhin mit Trianon beschäftigt, lässt sich nur beantworten, wenn wir die von nationalen Perspektiven geprägten Interpretationen dieser Fakten berücksichtigen. Aus diesem Grund werde ich mich im Folgenden auf die Untersuchung des Diskurses und seines historischen Kontextes konzentrieren, ein Diskurs, der versuchte, eine magyrische Nation¹⁵ in Bezug auf den Friedensvertrag von Trianon zu konstruieren. Als was wurde der Vertrag verstanden, und wie beeinflusste dieses Verständnis Vorstellungen einer nationalen ungarischen Identität? Warum wurde er abgelehnt, wie konnte er sich zu einem nationalen Erinnerungsort entwickeln, zu einem Mythos, der seither immer wieder zur politischen Mobilisierung genutzt werden kann? Um diese Leitfragen beantworten zu können, müssen wir zunächst den Vertrag selbst betrachten und die Umstände, unter denen er zustande kam. Inwieweit trugen die Bestimmungen des Vertrages und die Vertragsunterzeichnung zur Skandalisierung der ungarischen Öffentlichkeit und langfristig zur Entstehung eines nationalen Erinnerungsortes bei?

I. Der Vertrag von Trianon 1920 und wie er in Ungarn verstanden wurde

Der Vertrag, der im Juni 1920 im Grand Trianon unterzeichnet wurde, diente in erster Linie der Neubestimmung von Grenzen zwischen den Nachfolge- bzw. Nachbarstaaten der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie, in zweiter Linie der Regelung weiterer politischer, wirtschaftlicher und sonstiger Probleme zwischen diesen Staaten im

¹³ Als Beispiel für das weiterhin gestörte und auf Ignoranz beruhende Verhältnis zwischen Ungarn und Slowaken vgl. István Kollai, *Shattered Past. Socio-Psychological Aspects of Slovak-Hungarian Relations*, in: *International Issues & Slovak Foreign Policy Affairs* XV (2006), H. 3–4, S. 27–43.

¹⁴ Zeidler (Hrsg.), *Trianon*, S. 11. Ähnlich: Anikó Kovács-Bertrand, *Der ungarische Revisionismus nach dem Ersten Weltkrieg*, München 1997. Kritisch zur Trianon-Reinterpretation durch die Neue Rechte in Ungarn: Sorin Antohi/Balázs Trencsényi/Péter Apor (Hrsg.), *Narratives Unbound. Historical Studies in Post-Communist Eastern Europe*, Budapest 2007, S. 45.

¹⁵ Bis 1918 bezog sich der Unterschied zwischen Ungarn und Magyaren darauf, dass es ungarischsprachige, magyarische Staatsbürger im Königreich Ungarn neben ungarischen Staatsbürgern gab, die sich zu anderen Kulturen bekannten, Slowaken, Rumänen, Deutsche usw. Nach 1918 war die überwältigende Mehrheit Ungarns magyarisch.

Rahmen des neugeschaffenen Völkerbundes. Die Neuordnung Ostmitteleuropas war ein wichtiger Bestandteil der Pariser Vorortverträge, aber im Unterschied zur Wahrnehmung der ungarischen Öffentlichkeit war für die beteiligten Großmächte die Frage der Grenzen der ehemaligen Bestandteile der Donaumonarchie weit weniger wichtig als die Friedensordnung, die Deutschland betraf. Daher wurde der Vertrag mit Ungarn auch erst im Sommer 1920 unterzeichnet, als die meisten Beteiligten sich bereits anderen Fragen zuwandten.¹⁶ Der wichtigste Grund für die vehemente Ablehnung des Vertrages durch die ungarische veröffentlichte Meinung sowie durch alle politischen Parteien von den Konservativen bis zu den Kommunisten war, dass die Neubestimmung der Grenzen nicht dem Prinzip des „Selbstbestimmungsrechts der Völker“ folgte, da der Vertrag starke magyrische Minderheiten außerhalb Trianon-Ungarns schuf. Die strikte Anwendung des nationalen Souveränitätsprinzips war jedoch aufgrund der unklaren ethnischen Verhältnisse in der ehemaligen Donaumonarchie schwierig. Zudem gab es zahlreiche Gruppen und Individuen, die sich klaren „nationalen“ Kategorien entzogen und sich nicht zu der einen oder anderen ethnischen oder nationalen Gemeinschaft „bekennen“ wollten.¹⁷ Auch sah sich die ungarische Regierung bei fast allen Entscheidungen darüber, welchem der Nachfolgestaaten welches Gebiet mit welcher Bevölkerung zugedacht werden sollte, benachteiligt.

Die Empörung über das Vertragswerk erklärte sich aber auch durch das imperiale Denken der ungarischen Eliten. Ihr Beharren auf der Vorstellung einer sogenannten tausendjährigen Staatlichkeit in der „Lehre der Heiligen Stephanskronen“, die im 19. Jahrhundert entstanden war und zur konstitutionellen Grundlage des gerade entstehenden Horthy-Regimes wurde, überdeckte die Tatsache, dass auch Ungarn ein Nachfolgestaat neben anderen war.¹⁸ Im Unterschied zur Republik Österreich hielten die ungarischen konservativen Eliten an der Kontinuität des Königreichs fest und betrachteten die Ergebnisse der Doppelrevolution von 1918/19, die Proklamation der Republik ebenso wie die Errichtung der Räterepublik, als nichtig. Daher bedeutete Trianon für sie, anders als für die Vertreter der Entente, nicht die Neuregelung der Grenzen eines neu entstandenen Staates, sondern die Zerschlagung eines nach wie vor existierenden Königreichs. Doch hatte es seit der Niederlage des ungarischen Heeres gegen osmanische Truppen im Jahr 1526 keinen unabhängigen ungarischen Staat mehr gegeben. Der Vertragstext beginnt mit einer sehr knappen Einleitung, in der es heißt, der Krieg habe seinen Ursprung in der „Kriegserklärung der ehemaligen kaiserlichen u. königlichen österreichisch-ungarischen Regierung an Serbien vom 28. Juli 1914 und in den von Deutschland, dem Bundesgenossen Österreich-Ungarns, durchgeführten Feindseligkeiten“.¹⁹ Wichtiger war jedoch

¹⁶ Alan Sharp, *The Versailles Settlement. Peacemaking in Paris, 1919*, New York 1991, S. 148.

¹⁷ Vgl. dazu: Judson, *Guardians of the Nation*; Tara Zahra, *Imagined Non-Communities: National Indifference as a Category of Analysis*, in: *Slavic Review* 69 (2010), H. 1, S. 93–119.

¹⁸ Vgl. Ignác Romsics, *Nation and State in Modern Hungarian History*, in: *The Hungarian Quarterly* 42 (2001), H. 164, S. 37–60; József Kardos, *A szentkorona-tan története 1919–44*, Budapest 1987; János M. Bak/Anna Gara-Bak, *The Ideology of a „Millennial Constitution“ in Hungary*, in: *East European Quarterly* XV (1981), S. 307–326; zuletzt auch: Matthew Caples, *Et in Hungaria Ego: Trianon, Revisionism and the Journal Magyar Szemle (1927–1944)*, in: *Hungarian Studies* 19 (2005), H. 1, S. 51–96, hier S. 74f.

¹⁹ Der Vertragstext zitiert nach: H. W. V. Temperley (Hrsg.), *A History of the Peace Conference of Paris*, Bd. V: *Economic Reconstruction and Protection of Minorities*. Published under the Auspices of the Institute of International Affairs, London 1921, S. 170–304, hier S. 173. Teil I des Vertrages bildete die Satzung des Völkerbundes, dem Ungarn 1922 beitrug.

die in Belgrad abgeschlossene Militärkonvention vom 13. November 1918, in der die Waffenstillstandslinien festgelegt worden waren. Bereits kurz zuvor hatten sich nationale Regierungen in Wien, Prag, in der Slowakei und in Zagreb gebildet, die jeweils Anspruch auf Teile des ehemaligen ungarischen Königreichs erhoben. Danach folgten die Rumänen und die Deutschen Siebenbürgens und die Serben in der Batschka mit ihren Unabhängigkeitserklärungen, was ebenfalls einer Abspaltung gleichkam. Das Königreich Ungarn war also faktisch bereits in den Wintermonaten 1918/19 zerfallen und teilweise von Truppen der Nachbarstaaten, allen voran tschechischen, serbischen und rumänischen, bzw. von französischen Truppen der Entente besetzt.²⁰ Das Gleiche hatte sich im österreichischen Teil der Habsburgermonarchie zugetragen. Bereits im Juni 1919 war der ungarischen Regierung mitgeteilt worden, dass sich das Gebiet des neuen ungarischen Staates gegenüber dem ehemaligen Königreich um etwa zwei Drittel des Territoriums, von 325 411 Quadratkilometer auf 93 073 Quadratkilometer, und die Bevölkerung sich von ca. 18 auf 8 Millionen verringern würde.²¹ Vom Friedensvertrag in Trianon erhofften sich die ungarische Regierung und Öffentlichkeit zumindest eine Korrektur der provisorisch festgelegten Grenzen unter Anwendung des Prinzips des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Der Vorschlag zur Grenzregelung, welcher der ungarischen Delegation am 15. Januar 1920 unterbreitet wurde, erschien als Ungeheuerlichkeit, da große magyrische Minderheiten in den Nachbarstaaten verblieben und selbst dem Kriegsverlierer Österreich ein Stück ehemals westungarischen Gebietes zudedacht worden war. Zudem stellten die tschechoslowakischen, jugoslawischen und rumänischen Delegationen im Februar noch weiter gehende Gebietsforderungen, die jedoch nicht berücksichtigt wurden.

Daher war der wichtigste Teil des Friedensvertrages Abschnitt II über „Ungarns Grenzen“ (Art. 27–35). In diesem wurden die Grenzen zwischen Ungarn und den Nachbarstaaten Österreich, dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (SHS-Königreich, später Jugoslawien), Rumänien, und der Tschechoslowakei provisorisch festgelegt, wobei bezüglich Einzelheiten der Grenzziehung auf zu bildende Grenzregulierungsausschüsse (Bestimmungen dazu in Art. 29) verwiesen wurde. Der erste erkennbare Erfolg in der Frage der Revision der Grenzziehungen von Trianon erfolgte 1922 im Bezug auf die Grenzen zur Republik Österreich. Nachdem ungarische bewaffnete Kräfte das Burgenland besetzt hatten, wurde 1921 eine Volksabstimmung in der Stadt Ödenburg (Sopron) abgehalten, in der sich eine Mehrheit der Bevölkerung für eine Zugehörigkeit zu Ungarn aussprach.²²

Die einzelnen Bestimmungen, wie sie in Trianon festgelegt wurden, hatten eine sehr unterschiedliche Wirkung auf die ungarische Öffentlichkeit. Dies hing mit dem jeweiligen Stellenwert des einzelnen Gebietes im Bezug auf den nationalen Identitätsdiskurs zusammen. Die Grenzen zu Österreich und gegenüber Kroatien (als Teil Jugoslawiens) wurden relativ früh akzeptiert. Die ungarische Regierung konnte sich bald mit der Unabhängigkeit Kroatiens abfinden, da die Kroaten bereits innerhalb der Länder der Sankt-Stephans-

²⁰ Im Vertragstext ist daher nur von einer „ungarischen Nationalregierung“, nicht von einem Staat, die Rede: „In Anbetracht, daß die ehemalige Österreichisch-ungarische Monarchie heute aufgehört hat zu existieren und daß an ihre Stelle in Ungarn eine ungarische Nationalregierung getreten ist.“

²¹ Miklós Zeidler, *Ideas on Territorial Revision in Hungary 1920–1945*, Boulder, CO 2007, S. 14.

²² Die Volksabstimmung wurde im Protokoll von Venedig (13.10.1921) vereinbart, im September 1922 vom Völkerbund bekräftigt. Vgl. Gerald Schlag, *Die Grenzziehung Österreich-Ungarn 1922/23*, in: *Burgenland in seiner pannonischen Umwelt*. Festgabe für August Ernst, hrsg. vom Burgenländischen Landesarchiv, Eisenstadt 1984, S. 333–346.

Krone weitgehende Autonomie besessen hatten. Dagegen gehörte der südliche Teil der Batschka, der in das neu gegründete Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen eingegliedert wurde, zu den von ungarischen Revisionisten zurückgeforderten Gebieten. Nach dem deutschen Überfall auf Jugoslawien 1941 besetzten ungarische Truppen die Batschka im Rahmen der Revisionspolitik.

Vor allem blieb der Verlust von Gebieten an die Tschechoslowakei (Slowakei und Karpatho-Ukraine) und besonders an Rumänien in Gestalt Siebenbürgens ein Dauerthema in Ungarn, nicht zuletzt wegen des Verbleibs großer magyarischer Minderheiten in diesen Gebieten.

Im Gebiet der Karpatho-Ukraine, das der Tschechoslowakei zufiel, lebten nach tschechoslowakischen Angaben um 1930 etwa 115 000 Magyaren bei einer Gesamtbevölkerung von 725 000.²³ Nach dem Ersten Wiener Schiedsspruch kam im November 1938 ein Teil des Gebietes an Ungarn, das nach der Zerschlagung der Tschechoslowakei 1939 das gesamte Territorium besetzte. Eine noch größere magyarische Bevölkerungsgruppe lebte auf dem Territorium der heutigen Slowakei, etwa eine halbe Million.²⁴ Deutschland, Italien und Polen erarbeiteten in Wien 1938 eine Regelung, wonach der südliche Teil der Slowakei ebenfalls an Ungarn fiel.²⁵

Am meisten erregten sich die Ungarn 1920 jedoch über die Regelung der sogenannten Siebenbürgen-Frage.²⁶ Das lag zum einen daran, dass die größte ungarische Minderheit außerhalb „Rumpf-Ungarns“ dort lebte, etwa 1,7 Millionen bei einer Gesamtbevölkerung von 5,3 Millionen nach der Volkszählung von 1910.²⁷ Doch Siebenbürgen (ungarisch: Erdélyi) galt vor allem als „magyarisches Kerngebiet“. Der ungarische Siebenbürgen-Mythos ging zurück bis zur Zeit der osmanischen Besetzung Ungarns im 16. Jahrhundert, als die westlichen Gebiete des Königreichs von den Habsburgern und die mittleren Territorien von den Osmanen beherrscht, Siebenbürgen aber weiterhin von magyarischen Fürsten regiert wurde. Mit dem Aufkommen einer ungarischen Nationalbewegung im 19. Jahrhundert und besonders seit der Revolution von 1848/49 gehörte die „Wiedervereinigung“ Siebenbürgens mit dem Stephansreich zu den Kernforderungen ungarischer Nationalpolitik – sie konnte schließlich Anfang 1867 durchgesetzt werden. Den besonderen Nimbus, den Siebenbürgen unter gebildeten Ungarn genoss, machten zudem die besondere „Reinheit“ des dort gesprochenen Ungarisch, die Universität Klausenburg als Demonstration der angeblichen magyarischen kulturellen Überlegenheit gegenüber den Rumänen sowie die Tatsache, dass Siebenbürgen nicht nur Symbol ungarischer Souveränität, sondern auch Bastion protestantischen, besonders kalvinistischen Widerstands ge-

²³ Nikolaus G. Kozauer, *Die Karpaten-Ukraine zwischen den beiden Weltkriegen*, Esslingen am Neckar 1979, S. 136.

²⁴ Die Angaben der Volkszählungen sind bis heute sehr problematisch, sowohl die ungarische wie auch die slowakische Seite versuchen diese unterschiedlich zu beeinflussen. Zudem gibt es auch keine objektiven Kriterien, die sogenannte Volkszugehörigkeit zu messen. Daher beschränke ich mich auf ungefähre Angaben.

²⁵ Volkszählung in den Ländern der ungarischen heil. Krone im Jahre 1910. Zusammenfassung der Endergebnisse, in: *Ungarische Statistische Mitteilungen*, N. S. Bd. 64, Budapest 1924, S. 152.

²⁶ Vgl. Holly Case, *Between States. The Transylvanian Question and the European Idea during World War II*, Stanford, CA 2009, bes. S. 9–13; László Kürti, *The Remote Borderland. Transylvania in the Hungarian Imagination*, Albany 2001.

²⁷ Zur Problematik der ethnischen Statistiken und geografischen Verortung von Minderheiten vgl. Róbert Keményfi, *Cartography as a Tool of Nation-Building in Hungary*, in: *Hungarian Studies* 24 (2010), H. 2, S. 169–180.

gen die Rekatholisierungspolitik der Habsburger gewesen war, aus.²⁸ Schließlich wurde auch die national-liberale Revolution erst im Sommer 1849 auf *siebenbürgischen* Schlachtfeldern durch zarische Truppen geschlagen. Damit konnte der Verlust Siebenbürgens nahtlos in das Narrativ des gesamt-ungarischen Opfermythos eingearbeitet werden.

Aus den unterschiedlichen Stellenwerten, welche die ehemaligen Gebiete des Stephansreichs in der ungarischen Öffentlichkeit einnahmen, ergaben sich unterschiedliche Haltungen zur Revisionsfrage.²⁹ Während die Propaganda der Irredentisten eine „Totalrevision“ und Wiederherstellung des „historischen Sankt-Stephan-Reichs“ forderte, und diese Forderung auch die bildliche und sprachliche Darstellung Trianons als „Zerstörung“, „Zerschlagung“, „Zerstückelung“ oder „Kreuzigung“ prägte, hoffte die ungarische Staatsführung und die Diplomatie eher auf realistischere Teilrevisionen auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts der Völker, die mit friedlichen Mitteln zu erreichen seien.³⁰ In der Außendarstellung des Horthy-Regimes wurde die Grenzfrage daher zunächst eher zurückhaltend behandelt, während das Problem der magyarischen Minderheiten zum zentralen Thema gemacht wurde. Hierbei konnte sich die ungarische Regierung auf den Vertrag berufen, der besonders in Art. 54–60 im Teil III („Politische Bestimmungen“) Minderheitenschutzbestimmungen enthielt, die jedoch in den meisten Nachfolgestaaten nicht konsequent angewandt wurden.

II. Politische, ökonomische und soziale Hintergründe des Vertragswerks

Der Vertrag von Trianon ist als Ergebnis komplizierter Verhandlungen zwischen den unterschiedlichen Interessen und Vorstellungen der Großmächte, besonders Frankreichs, Großbritanniens und der USA, sowie den verbündeten Staaten Tschechoslowakei, Rumänien, SHS-Königreich/Jugoslawien zu verstehen. Er war insofern ein „Diktat“, da Ungarn praktisch keine Möglichkeit zu Verhandlungen gegeben wurde. Besonders Frankreich, aber auch Großbritannien wollten die neu gegründeten Staaten Ostmitteleuropas und Rumänien als Bündnispartner („Kleine Entente“) stärken, die als Bollwerke gegenüber Deutschland und Sowjet-Russland fungieren und die Region stabilisieren sollten. Außerdem benötigte Frankreich diese Staaten als Gegengewicht zu Deutschland, nachdem Russland nicht mehr als bündnisfähig galt.³¹ Die Konsequenz war eine Stärkung der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und Rumäniens auf Kosten Ungarns bzw. Griechenlands auf Kosten Bulgariens und der Türkei. Damit wurden die neuen demokratischen Republiken, die in den Mittelmächten 1918 entstanden waren, mit harschen Friedensverträgen belastet, was zu deren Destabilisierung und Radikalisierung beitrug. Ungarn blieb aufgrund der Bildung einer „Kleinen Entente“ auch bis zum Abschluss des Freundschaftsvertrages mit dem faschistischen Italien 1927 diplomatisch isoliert und militärisch stark ge-

²⁸ Vgl. Ignác Acsády, *Magyarország három részre oszlásának története (1526–1608)*, Bd. V: *A Magyar Nemzet Története*, Budapest 1897, Kapitel VIII.

²⁹ Vgl. insgesamt: Kovács-Bertrand, *Revisionismus*.

³⁰ Vgl. Katalin Sinkó, *A megsértett Hungária*, in: *Néprajzi Értesítő* (1995), S. 267–282; Katalin Sinkó, *A nemzeti emlékmű és a nemzeti tudat változásai*, in: Ákos Kovács (Hrsg.), *Monumentumok az első háborúból*, Budapest 1991, S. 9–45.

³¹ So Magda Ádám, *Delusions about Trianon*, in: Béla K. Király/László Veszprémy (Hrsg.), *Trianon and East Central Europe. Antecedents and Repercussions*, Boulder, CO 1995, S. 15–27, hier S. 18.

schwächt.³² Ab diesem Zeitpunkt nahm auch die Aktivität revisionistischer und irredentistischer Organisationen deutlich zu und die ungarische Regierung schlug ab 1932 eine Richtung ein, die schließlich in ein Bündnis mit dem nationalsozialistischen Deutschland mündete.

Die Folgen des Ersten Weltkriegs waren für Ungarn, wie für die meisten anderen kriegsführenden Gesellschaften, verheerend. Von 3,4 Millionen ungarischen Kriegsteilnehmern waren über 530 000 gefallen und fast ebenso viele verletzt oder verstümmelt worden. 833 000 Mann gerieten in Kriegsgefangenschaft, von denen Zehntausende in den russischen Bürgerkrieg verwickelt wurden. Einige von ihnen, wie Béla Kun oder Mátyás Rákosi, der spätere stalinistische Diktator, schlossen sich schon in Russland der bolschewistischen Bewegung an, bevor sie nach Ungarn zurückkehrten und dort Anfang 1919 die kommunistische Partei gründeten.³³ Die Versorgung der Bevölkerung war zusammengebrochen, auch als Folge der Wirtschaftsblockade der Westmächte, die gegen Ungarn bis Ende 1919 aufrechterhalten wurde.³⁴ Die Inflation konnte erst 1924 gestoppt werden. Etwa 350 000 Ungarn flohen aus den abgetrennten Gebieten des Königreichs nach „Rumpf-Ungarn“ – darunter zehntausende ehemalige Beamte, Unternehmer, Offiziere oder Großgrundbesitzer – diese Gruppe stellte bald das Rückgrat der revisionistischen Lobby und teilweise der rechtsextremen Bewegungen im Land.³⁵ Die Repräsentanten dieser entmachteten Eliten sollten die Sichtweise auf Trianon in der ungarischen Öffentlichkeit stark prägen.

Auch die politische Entwicklung nach Kriegsende verlief chaotisch. Im Oktober 1918 hatte Kaiser Karl die Föderalisierung des Habsburgerreichs verkündet, doch die Entente hatte die nationalen Regierungen der Tschechoslowaken und der Südslawen bereits anerkannt. Die Vertreter des ungarischen Adels hatten keinen geringen Anteil an der negativen Entwicklung. Schließlich waren sie selbst in dieser Situation nicht zu Zugeständnissen an die Slowaken oder Rumänen bereit. Der Zusammenbruch der alten Ordnung bedeutete jedoch keine Vorentscheidung über die neue. Wie in Deutschland wurde auch in Ungarn zunächst um drei Optionen gerungen: die bürgerliche Demokratie, die proletarische Demokratie in Form einer bolschewistischen Räterepublik und die konterrevolutionäre Militärdiktatur.³⁶ Schließlich sollten verschiedene politische Gruppen im Laufe von nur zehn Monaten mit allen drei Regierungsformen nacheinander experimentieren. Die bürgerlich-sozialistische Regierung unter Graf Károlyi, die in den revolutionären Unruhen im November 1918 an die Macht kam, brach Anfang 1919 aufgrund mangelnder Unterstützung im In- und Ausland zusammen. Im März 1919 übernahm die Gruppe um Béla Kun die Macht und versuchte, eine Räterepublik nach russischem Vorbild zu errichten. Dieses Experiment scheiterte aber bereits im Juli 1919, nachdem die Offensive der revolutionären Armee – in der zahlreiche Offiziere der von Károlyi aufgelösten regulären Ar-

³² Pál Pritz, Magyarország külpolitika a 20. században, in: Ferenc Gazdag (Hrsg.), Magyar külpolitika a 20. században, Budapest 2004, S. 13–36, hier bes. S. 16–21.

³³ Antal Józsa, Háború, hadifogság, forradalom. Magyar internacionalista hadifogyók az 1917-es oroszországi forradalmakban, Budapest 1970.

³⁴ Mária Ormos, Magyarország a két világháború korában 1914–1945, Debrecen 1998, S. 25.

³⁵ Zu dieser Gruppe und ihren Aktivitäten gibt es bisher nur eine Monografie: István I. Mócsy, The Effects of World War I. The Uprooted: Hungarian Refugees and Their Impact on Hungary's Domestic Politics, 1918–1921, Boulder, CO 1983; vgl. auch ders., Partition of Hungary and the Origins of the Refugee Problem, in: Király/Veszprémy (Hrsg.), Trianon, S. 239–256.

³⁶ Andreas Ernst, „Sonderweg“ und „Sonderfall“. Krise und Kontingenz der gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland und der Schweiz am Ende des Ersten Weltkriegs, Diss. Ms., Zürich 1996, S. 50.

mee dienten – auf slowakischem Gebiet stecken geblieben war.³⁷ Schließlich setzten rumänische Truppen ihren bei Kriegsende begonnenen Vormarsch nach Westen fort und besetzten Anfang August Budapest, während Béla Kun und andere Revolutionäre ins Ausland flohen. Nun war die Stunde des „Antibolschewistischen Komitees“ unter der Führung von Admiral Miklós Horthy gekommen, des letzten Befehlshabers der k. u. k. Marine. Mit Erlaubnis der Alliierten formierte er eine „Nationale Armee“ aus ehemaligen Offizieren und Soldaten, die teilweise die Form und Ideologie rechtsextremer Freikorps annahm und im Sommer 1919 einen blutigen Terror gegen Kommunisten, Sozialdemokraten und zahlreiche Juden entfachte, der noch über den „Roten Terror“ der Räterepublik hinausging.³⁸

Das Ergebnis der Umbruchsituation war die Rückkehr der Aristokratie an die Macht, jener Eliten, die eine Regelung der „Nationalitätenfrage“ innerhalb der Habsburgermonarchie konsequent verhindert und damit die Entfremdung der nationalen Gruppen verstärkt hatten, was schließlich zu den Unabhängigkeitserklärungen von 1918 führte. Joachim von Puttkamer hat darauf hingewiesen, dass die ungarische Schulpolitik vor 1918 auf die Stärkung einer ungarischen Staatsidee aller unterschiedlichen ethnischen Gruppen abzielte, in der Praxis jedoch häufig auf Magyarisierung hinauslief.³⁹ Verstärkt hatte sich die Entfremdung innerhalb der unterschiedlichen Nationalbewegungen schließlich durch Diskriminierung und Ausschreitungen österreichischer und ungarischer Truppen gegenüber der serbischen und rumänischen Zivilbevölkerung während des Weltkriegs.⁴⁰ Die harte Haltung gegenüber Ungarn wurde in der westlichen Presse, besonders in Frankreich und Großbritannien, mit der angeblichen Unterdrückung der Minderheiten durch die Magyaren begründet. Diese weitverbreiteten Ansichten waren auch ein Erfolg besonders der tschechischen Propaganda während des Weltkriegs.⁴¹ Der aggressive Nationalismus und die revisionistische Propaganda, die das Horthy-Regime von Anfang an begleiteten, kann auch als Antwort auf diese politische Hypothek verstanden werden. Ganz ähnlich der Dolchstoßlegende in der Weimarer Republik wurde die Schuld am politischen Disaster pauschal „Bolschewiken“ und „Juden“ zugeschoben, um von den eigenen Fehlern abzulenken.⁴² Die Revolution im November hatte zu einer Politisierung breiter Schichten in Ungarn geführt, besonders in Budapest, aber auch außerhalb der Metropole. An den Sit-

³⁷ Vgl. Mária Ormos, *The Hungarian Soviet Republic and Intervention by the Entente*, in: Király/Veszprémy (Hrsg.), *Trianon*, S. 93–105.

³⁸ Béla Bodó, *Paramilitary Violence in Hungary after the First World War*, in: *East European Quarterly* 38 (2004), H. 2, S. 129–173; Eliza Ablavatski, *The Central European Revolutions of 1919 and the Myth of Judeo-Bolshevism*, in: *European Review of History* 17 (2010), H. 3, S. 473–489.

³⁹ Joachim von Puttkamer, *Schulalltag und nationale Integration in Ungarn. Slowaken, Rumänen und Siebenbürger Sachsen in der Auseinandersetzung um die ungarische Staatsidee 1867–1914*, München 2003, S. 449.

⁴⁰ Vgl. Anton Holzer, *Augenzeugen. Der Krieg gegen Zivilisten. Fotografien aus dem Ersten Weltkrieg*, in: *Kakanien Revisited*, <http://www.kakanien.ac.at/beitr/fallstudie/AHolzer1.pdf>, 9. 3. 2011; R. [Rodolphe] A. [Archibald] Reiss, *The Kingdom of Serbia Report upon Atrocities Committed by the Austro-Hungarian Army during the First Invasion of Serbia*. Submitted to the Serbian Government, London 1916.

⁴¹ Vgl. Zsolt Nagy, *National Identities for Export. East European Cultural Diplomacy in Inter-War Pittsburgh*, in: *Contemporary European History* 20 (2011), H. 4, S. 435–453.

⁴² Spuren davon auch bei: Gergely Romsics, *Myth and Remembrance. The Dissolution of the Habsburg Empire in the Memoir Literature of the Austro-Hungarian Political Elite*, Boulder, CO 2006. Allerdings hat Romsics auch die Memoiren liberaler Politiker aufgenommen, die im Gegensatz dazu den bis 1918 herrschenden Eliten die Schuld am Disaster gaben.

zungen der Arbeiter- und Soldatenräte und an den zahlreichen Demonstrationen hatten sich auch Frauen beteiligt, eine Mobilisierung, die nun von den zurückgekehrten Eliten wieder zurückgedrängt wurde. Der „Weiße Terror“ richtete sich auch gegen die Fundamentalpolitisierung von zuvor durch Aristokratie, Kleinadel und einen Teil der bürgerlichen administrativen und militärischen Eliten von der Macht ausgeschlossene Gruppen. Der Parlamentarismus und das Wahlrecht wurden stark eingeschränkt, die Wahlen besonders auf dem Land von den Großgrundbesitzern kontrolliert.

Es wäre allerdings sehr verkürzt, wenn wir die Anti-Trianon-Bewegung im Ungarn der Zwischenkriegszeit allein als manipulative Strategie der konservativen Eliten verstehen würden. Zum einen waren Flucht und Vertreibung aus den Gebieten, die tschechische, rumänische und serbische Truppen besetzten, oftmals mit Gewalt verbunden. Zahlreiche Familien, nicht nur der Oberschicht, waren quasi über Nacht durch neue Grenzen getrennt worden. Nach der Ankunft im verarmten Rest-Ungarn drohten soziale Probleme wie Arbeitslosigkeit oder gar Obdachlosigkeit, denn nur eine Minderheit der Flüchtlinge war wohlhabend bzw. verfügte weiter über genügend Mittel. Die Ereignisse von 1918/19 verstärkten das Gefühl der Ohnmacht und erklärten die Radikalisierung eines großen Teils der ungarischen Gesellschaft. Die vorübergehende Besetzung des Landes durch rumänische, serbische und tschechische Truppen und die offenbar gleichgültige Haltung der Siegermächte verstärkten das Gefühl des Ausgeliefertseins und verletzten die weitverbreitete Vorstellung, wonach Ungarn selbst Teil des „zivilisierten“ Europas gewesen sei, und daher Rumänien und anderen Balkanländern gegenüber bevorzugt werden müsste.

Vor 1914 hatte Ungarn zu den jungen, wirtschaftlich erfolgreichen, aufstrebenden Nationalstaaten gehört. Man hoffte auf Anerkennung als Teil der im Zeitalter des Imperialismus propagierten „europäischen Zivilisation“ und betonte daher, dass die Ungarn im Widerstand gegen die Osmanen das „christliche Abendland“ verteidigt hätten und dabei „verblutet“ seien.⁴³ Diese Metaphern wurden besonders in der revisionistischen und irredentistischen Propaganda immer wieder betont. Das Problem dabei war allerdings, dass sich auch Serben, Polen, Rumänen und andere als „Bollwerke des Christentums“ im Kampf gegen osmanische Eroberungen verstanden. Das gewachsene Selbstwertgefühl der ungarischen Führungsschichten hatte sich nicht zuletzt in den pompösen Millenniumsfeierlichkeiten von 1896 ausgedrückt, als das ganze Land der Staatsgründung unter dem heiligen König Stephan I. gedachte, oder im kolossalen Bau des Parlaments in Budapest, des größten Parlamentsbaus Europas.⁴⁴ Die Enttäuschung über die Haltung der Großmächte am Ende des Ersten Weltkriegs erklärt sich auch aus dem starken Verlangen der Eliten des erst 1867 entstandenen, nur teilsouveränen ungarischen Staates, als Teil der europäischen Staatenwelt anerkannt zu werden.

Auch war die ungarische Regierung keineswegs aktiv am Ausbruch des Weltkriegs beteiligt, vielmehr hatte Ministerpräsident István Tisza in der Julikrise eher zurückhaltend reagiert und vor einem Angriff auf Serbien gewarnt.⁴⁵

⁴³ Sándor Óze/Norbert Spannenberger, „Hungaria vulgo appellatur propugnaculum Christianitatis“. Zur politischen Instrumentalisierung eines Topos in Ungarn, in: Markus Krzoska/Hans-Christian Maner (Hrsg.), Beruf und Berufung. Geschichtswissenschaft und Nationsbildung in Ostmittel- und Südosteuropa im 19. und 20. Jahrhundert, Münster 2005, S. 19–39.

⁴⁴ Vgl. dazu ausführlich: John Lukács, Budapest 1900. A Historical Portrait of a City and Its Culture, New York 1988.

⁴⁵ Miklós Komjáthy (Hrsg.), Protokolle des Gemeinsamen Ministerrates der Österreichisch-Ungarischen Monarchie (1914–1918), Budapest 1966, S. 85.

In der Argumentation ungarischer Revisionisten spielten außerdem die wirtschaftlichen Folgen des Vertrages stets eine große Rolle. Der Statistiker László Buday war einer der ersten, der Daten für das Königreich aus der Zeit vor 1918 mit Angaben zu „Rumpf-Ungarn“ verglich.⁴⁶ Allerdings hatte vor allem der Weltkrieg zu extremen wirtschaftlichen und sozialen Belastungen, einem allgemeinen Rückgang der Produktion und einer ausufernden Inflation geführt – diese Probleme durchlitt ein durch Trianon enorm vergrößerter Staat wie Rumänien ebenfalls. Die Zerschlagung des großen Marktes und des Transportwesens, das Budapest durch einen großen Eisenbahnring mit der Peripherie verband, der nun außerhalb der Staatsgrenzen lag, behinderte zusätzlich die wirtschaftliche Erholung. Gerade die Eisenbahnlinien waren von den Nachfolgestaaten, etwa der Tschechoslowakei unter Edvard Beneš, erkämpft worden. Dennoch meinen manche Wirtschaftshistoriker, dass Trianon auch strukturelle Vorteile brachte, wie die Zunahme des Anteils der Industrie an der gesamten Wirtschaft aufgrund des Verlustes von vor allem agrarisch geprägten Gebieten.⁴⁷ Die eigentlichen Ursachen für die wirtschaftliche Misere waren nicht so sehr Trianon selbst als vielmehr der Weltkrieg und der Zusammenbruch einer gemeinsamen Wirtschaftsregion in Mitteleuropa.

Zusammenfassend zeigt sich, dass die bloßen Fakten des Friedensvertrages oder „Friedensdikates“, wie es in Ungarn hieß, und die Umstände, unter denen die Neuordnung Zentraleuropas stattfand, nicht die Art und Weise des Umgangs mit dem Thema Trianon erklären können.

III. Trianon und die Veränderungen des nationalen Identitätsdiskurses nach 1920: 1848, König Sankt Stephan I. und der „christliche Nationalismus“

In der Zeit vor 1918 war der Diskurs über die nationale Identität Ungarns und der Magyaren besonders von dem ungleichen, aber je unterschiedlich interpretierten Verhältnis zur Habsburgermonarchie geprägt. Daneben spielte das Verhältnis zu den zunehmend von nationalistischen Vereinen repräsentierten „nationalen Minderheiten“ bzw. die Vorstellung „pan-slawistischer“ Bedrohungen eine wichtige Rolle bei den Versuchen, das Magyarentum zu bestimmen. Die wirtschaftlichen Erfolge der transleithanischen Reichshälfte vor 1914 und der Aufstieg Budapests zur zweiten Donaumetropole neben Wien hatten zu einem Erstarren des Selbstbewusstseins der Magyaren innerhalb des Königreichs und innerhalb der Gesamtmonarchie geführt, was sich etwa in der Selbstdarstellung anlässlich des Millenniums der magyarischen „Landnahme“ im Jahr 1896 spiegelte. Der ungarische Reichstag hatte dazu ein Gesetz erlassen, das mit folgenden Sätzen begründet wurde:

„Die Legislative der Länder der heiligen ungarischen Krone dankt mit frommer Andacht der göttlichen Vorsehung, dass sie die von Árpád und seinen tapferen Kriegerern gegründete Heimat in seine Obhut nahm, deren Herrscher mit Weisheit, dessen Volk mit Kraft und aufopferungsvoller Heimatliebe segnete und das Reich in guten und bösen Zeiten unterstützte und dessen Existenz über eintausend Jahre hinweg vielen Widernissen zum Trotze sicherte.“⁴⁸

⁴⁶ Zeidler, Ideas.

⁴⁷ Iván T. Berend/György Ránki, The Economic Problems of the Danube Region after the Breakup of the Austro-Hungarian Monarchy, in: Király/Veszprémy (Hrsg.), Trianon, S. 149–163, hier S. 150.

⁴⁸ Zitiert nach Ferenc Glatz (Hrsg.), A magyarok kronikája, Budapest ²1996, S. 495.

Hier wird der staatszentrierte Stephanskult, der in Gestalt der Heiligen Krone im Text erscheint, durch religiöse (Vorsehung), monarchische und national-demokratische (Volk) Elemente untermauert. Die Besiedlung des Donaubeckens durch magyarische Stämme wurde christlich und monarchisch eingerahmt, um die gedanklichen Fundamente des Staates zu stärken. Diese Deutung war ein Kompromiss zwischen habsburgtreuen Interpretationen der ungarischen Nationalgeschichte, in denen König Franz Joseph als Nachfolger des landnehmenden Fürsten Árpád dargestellt wurde, und eher protestantisch-kleinadligen und bürgerlichen Narrativen, welche stärker das Unabhängigkeitsstreben der ungarischen Nation betonten und die Revolution von 1848/49 glorifizierten.

Diese unterschiedlichen Interpretationen des Wegs und der Stellung Ungarns in Europa existierten auch nach 1918 noch. Ihre Bedeutungen hatten sich jedoch ebenso deutlich verändert wie ihr Referenzrahmen. Die Orientierung auf Österreich bzw. Wien hin war fast bedeutungslos geworden, zumindest, was Gegenwart und Zukunft der ungarischen Nation anging. Lediglich das Lager der Legitimisten, das allerdings spätestens nach dem Scheitern der Thronbesteigung und dem Tod von König Karl IV. 1922 nur noch wenig Einfluss in Ungarn besaß, hielt noch an der Bindung Ungarns an das Habsburger Haus fest. Admiral Horthy war jedoch auch für einen Teil der Legitimisten akzeptabel, da er als ehemaliger Adjutant von Franz Joseph den Habsburgern sehr nahegestanden war. Dennoch, seit spätestens 1922 spielten das Haus Habsburg und Österreich keine bedeutende Rolle mehr im ungarischen nationalen Identitätsdiskurs. Noch stärker diskreditiert waren seit Sommer 1919 außerdem kommunistische, sozialdemokratische und selbst demokratische Deutungen der ungarischen Nation aufgrund der von der Öffentlichkeit weitgehend als negativ bewerteten Erfahrungen mit der Doppelrevolution. Eine geschichtskulturelle Konsequenz dieser Entwicklung war die Entwertung des äußerst populären Kultes um die Revolution von 1848/49, den vor allem die Unabhängigkeitspartei seit 1867 gepflegt hatte. Die bürgerliche Novemberrevolution von 1918 war noch als Vollendung von 1848 gefeiert worden.

Das Horthy-Regime, das sich als anti-revolutionär, als konservativer Bezwiner der bolschewistischen Räterepublik darstellte, hatte besonders Probleme mit dem revolutionären Charakter von 1848. Seit den 1930er Jahren nahmen sich die zunehmend erstarkenden rechtsradikalen, aber auch demokratische, sozialistische und kommunistische Oppositionsgruppen der 48er-Tradition an. Während die rechtsradikalen „Rasseschützer“ und verschiedene nationalistische Gruppen ähnlich wie die Nationalsozialisten in Deutschland nun den „völkischen“ und antisemitischen Charakter der Revolution betonten, stellte die schwache und zersplitterte linke Opposition die anti-deutsche Tendenz der 48er-Tradition in den Vordergrund. So wie man vor 1918 gegen die deutsch-österreichische Vormacht innerhalb der Habsburgermonarchie zu kämpfen hatte, so war es nun die Dominanz des Großdeutschen Reichs, das seit dem „Anschluss“ an Ungarn grenzte. Die Stalinisten schließlich sollten „1848“ in den Mittelpunkt ihrer Geschichtspolitik rücken.

Im Gegensatz zum nationalen Erinnerungsort „1848“ war der Kult um den Staatsgründer Sankt Stephan geeignet, sowohl die Kontinuität des durch Trianon „zerschlagenen“ Staates zu behaupten als auch die innenpolitische Restauration zu legitimieren. Daher entwickelte sich der Stephanskult zum geschichtspolitischen Fundament der christlich-nationalen Ideologie des Horthy-Regimes. Seit der Übernahme der Macht im Sommer 1919 bezeichnete sich das Regime unter der Führung von Reichsverweser Admiral Horthy als ein auf „christlich-nationalen“ Prinzipien basierendes Herrschaftssystem.

tem.⁴⁹ Die offizielle Ideologie des Systems beruhte auf der Vorstellung einer bis zum Gründer des ungarischen Königiums im 11. Jahrhundert zurückreichenden staatlichen Kontinuität, die an die Heilige Krone König Stephans I. gebunden war. Des Weiteren wurde aus der Lehre der Heiligen Krone gefolgert, dass die Staatsgründung untrennbar mit der Gründung der Kirche und der Integration Ungarns in das Abendland verknüpft sei, was sich aus dem Empfang der Krone aus den Händen von Papst Sylvester ergebe. Im Programm der neu gegründeten und von der katholischen Bischofskonferenz offiziell im Hirtenbrief vom 22. August 1919 unterstützten, später die Regierung stellenden „Christlich-Nationalen Einheitspartei“, das am 24. September 1919 veröffentlicht wurde, rückte der Kult um König Stephan I. ins Zentrum: „Unser erster König gründete ein magyarisches und christliches Reich, welches sich nur entwickeln und bestehen kann, wenn es wieder magyarisch und christlich wird.“⁵⁰

Alle Zweifel und Unstimmigkeiten der neuen Ideologie ausblendend, verpflichtete sich das Regime seit seinem Bestehen, die beiden großen Kirchen des Landes, die katholische und die kalvinistische, zu beschützen und zu fördern, da sie die Werte, die Tradition und die moralischen Grundlagen der Nation am besten verkörperten.⁵¹ Der christlich-nationale Kurs war nie unumstritten, und es wurde stets um die genauere Bestimmung seines Inhaltes und der daraus zu folgernden Politik gestritten. Unzweifelbar genossen die großen christlichen Kirchen in Ungarn aber – kleinere Kirchen oder sogenannte Sekten wurden dagegen diskriminiert⁵² – staatliche Förderung und politische Unterstützung in einem Umfang wie in sonst kaum einem europäischen Land zu dieser Zeit. Ihr Einfluss auf Staat und Gesellschaft wuchs beträchtlich, die Zahl der organisierten Laien und der Ordensgeistlichen nahm deutlich zu, der Staat unterstützte großzügiger denn je kirchliche Schulen und Lehranstalten sowie den Einfluss der Kirchen auf die Universitäten.⁵³ Ihre traditionelle finanzielle Basis, der Großgrundbesitz, blieb der katholischen Kirche erhalten, da die herrschenden Eliten kein Interesse an einer durchgreifenden Bodenreform hatten.⁵⁴ Die Bekämpfung sozialistischer und kommunistischer Ideen, die Zurückweisung des bis 1918 dominierenden, wenn auch zunehmend autoritär interpretierten Liberalismus, die Kritik am nun als zu stark empfundenen Einfluss besonders des assimilierten und die freien Berufe sowie den Journalismus prägenden, vor allem Budapester Judentums, die autoritäre und auch militaristische Prägung der Jugend (Levente-Verbände) sowie die Pflege einer nationalistischen und revisionistischen politischen Kultur – in all diesen Bereichen arbeiteten staatliche und kirchliche Stellen so eng zusammen, dass selbst ein führender konservativer katholischer Intellektueller wie

⁴⁹ Vgl. zuletzt Norbert Spannenberger, *Die katholische Kirche in Ungarn. Positionierung im politischen System und „Katholische Renaissance“*, Stuttgart 2006, sowie Paul A. Hanebrink, *In Defense of Christian Hungary. Religion, Nationalism, and Antisemitism, 1890–1944*, Ithaca, NY/London 2006.

⁵⁰ Zitiert nach Jenő Gergely, *Titkos választások és ellenforradalom*, in: *Parlamentari képviselőválasztások 1920–1990*, hrsg. von György Földes und László Hubai, *Politikatörténeti Alapítvány*, Budapest 1994, S. 43–82, hier S. 52.

⁵¹ Siehe auch: Leslie Laszlo, *Church and State in Hungary 1919–1945*, Budapest 2004, S. 112.

⁵² Csaba Fazekas, *Kisegyházak és szektakérdés a Horthy-korszakban*, Budapest 1996.

⁵³ Jetzt dazu: Andor Ladányi, *Az egyházak és a felsőoktatás a Horthy-korszakban*, in: *Történelmi Szemle* XLIV (2002), H. 3–4, S. 293–329.

⁵⁴ Zur Problematik des sozialen Konservatismus ausführlich: Spannenberger, *Die katholische Kirche*.

der Historiker Gyula Szekfű die Horthy-Zeit kritisch als „neobarocke Gesellschaft“ kritisierte.⁵⁵

Der christlich-nationale Kurs, der die Umdeutung der ungarischen nationalen Identität stark prägte, wurde öffentlich in der Prozession am Sankt Stephanstag (20. August) inszeniert. Seit 1920 nahm Horthy bei der Prozession der Handreliquie Stephans I. vor Hunderttausenden in Budapest die Stelle des Monarchen ein.⁵⁶ König Karl hatte 1917, als erstes gekröntes Staatsoberhaupt überhaupt, die Spitze der Prozession angeführt, wodurch die Stephans-Feier ins Zentrum des ungarischen Staatskultes gerückt war. Seither waren „sämtliche Ministerien und Behörden ausdrücklich aufgerufen, sich um ihre unbedingte Vertretung“ auf der Feier zu kümmern.⁵⁷ Solange Karls Großonkel Franz Joseph noch auf dem Thron saß, hatte es eine ähnlich breite Mobilisierung von ungarischen militärischen und zivilen Würdenträgern am Stephanstag nicht gegeben, auch weil eine solche die Geburtstagsfeiern des Kaisers und Königs (am 18. August) in Wien überschattet hätte. Nun symbolisierten die Erzherzöge Joseph und Albrecht vom ungarischen Zweig der Habsburger, die von 1920 bis 1943 alljährlich in der Stephansprozession unmittelbar nach dem Primas und dem Reichsverweser einherschritten, die Kontinuität der Königreichs. Die große Bedeutung des Gedankens der staatlichen Kontinuität, wie sie der Stephanskult nach 1919 ausdrückte, wurde auch durch das Auftreten der Staatseliten und der Aristokratie unterstrichen. Die pelzbesetzte Adelstracht, die Federmützen, der Krummsäbel und die hohen Stiefel, die Ministerpräsident István Bethlen und seine Standesgenossen alljährlich auf der Stephansprozession trugen, müssen daher als habitueller Machtanspruch der alten und neuen Eliten verstanden werden. Horthy-Ungarn war zwar eine Monarchie ohne König, aber nicht ohne Aristokratie. Kein Festakt betonte diese Tatsache mehr als die Sankt-Stephans-Prozession. Bereits 1915 hatte Bischof Gyula Glattfelder den Gedanken der staatlichen Kontinuität ausgedrückt, als er die Sankt-Stephans-Predigt mit den folgenden Worten beendete:

„Wir wünschen nicht, dass feindliches Blut den Weg unseres Sieges umspüle, sondern wir flehen, dass wir *erhalten* bleiben und dass wir das, was wir von unseren Ahnen an heiligen Gütern übernommen, unser Vaterland, unsere heilige Krone, unsere Reliquien, unsere nationale Integrität, unsere Sitten und Gesetze – unseren Nachkommen in Ehren vererben dürfen.“⁵⁸

Nach György Gyarmati kulminierte der Stephanskult in der Zwischenkriegszeit, weil der Gedanke an das „Reich des heiligen Stephan“ angesichts von Trianon das „kompensatorische Bewusstsein“ vermittelte, eine große Nation zu sein.⁵⁹ Der gesamte Stephanskult wurde revisionistisch ausgestaltet. Bei einem Feuerwerk anlässlich des Stephanstages 1927 wurde die Donau mit roten, weißen und grünen Raketen erleuchtet und der Slogan der

⁵⁵ So in der dritten, erweiterten Auflage seines zuvor noch den „christlich-nationalen“, antiliberalen Kurs vorwegnehmenden Pamphlets: Gyula Szekfű, *Három nemzedék és ami utána következik*, Budapest 1934.

⁵⁶ Zur Bedeutung der Prozession vgl. Árpád von Klimó, *Die Heilige Rechte. Eine Reliquie als Gegenstand der Zeitgeschichte*, in: Bielefelder Graduiertenkolleg Sozialgeschichte (Hrsg.), *Körper Macht Geschichte – Geschichte Macht Körper*, Bielefeld 1999, S. 75–99.

⁵⁷ Brief des Abteilungsleiters beim Ministerpräsidenten an Innenministerium, 10. 8. 1918, Ungarisches Staatsarchiv/Magyar Országos Levéltár (MOL), K-148-1943-4-6089.

⁵⁸ *Pester Lloyd*, 20. 8. 1915, S. 4. Zur Person Gyula Glattfelder (1874–1943) siehe *Magyar Életrajzi Lexikon (MÉL) I*, 1967, S. 599.

⁵⁹ György Gyarmati, *A nemzettudat-hasadás ünnepi koreográfiája. augusztus 20. fél évszázada*, in: *Mozgó világ* 20 (1995), H. 8, S. 87–100, hier S. 88.

Revisionsliga, „Nem! Nem! Soha!“ (Nein! Nein! Niemals! Zustimmung zu Trianon), illuminiert.⁶⁰ Ähnliche Feuerwerke, die „Gerechtigkeit gegenüber Ungarn“ forderten, fanden auch an den neuen Grenzen des Landes am Stephanstag statt. 1928 organisierte das Budapester Fremdenverkehrsamt einen „Ungarischen Karneval und ein ungarisches Kirchweihfest“.⁶¹ Inszeniert wurde das Spektakel vom Chefregisseur der Nationaloper, László Márkus, und seinem Ensemble.⁶² Im Mittelpunkt dieses Karnevals stand ein national-patriotischer Umzug mit verschiedenen Kostümgruppen, die u. a. Trianon in Gestalt der ehemaligen ungarischen Städte Kassa (Košice) oder Kolozsvár (Cluj) szenisch darstellten. Im selben Jahr wurde mit der Einweihung der „Landesfahnenreliquie“ ein weiterer irredentistischer Akzent sowohl für die Feier als auch den Platz vor dem Parlament gesetzt. Das Denkmal bestand aus einem weißen Steinsockel, auf dem das ungarische Wappen als Relief zu sehen war. Darüber war ein massiver Fahnenmast angebracht. In seinem Sockel war Erde aus jedem Komitat des ehemaligen Stephansreichs eingelagert.⁶³ Die ungarische Anti-Trianon-Bewegung war ein von Aristokraten und Großbürgern geleitetes, vom Staat gefördertes Massenspektakel. 18 Jahre lang wehten sämtliche Fahnen im Land auf Halbmast, „Trauer“ wurde zum Leitmotiv des öffentlichen Lebens. Die kultischen Veranstaltungen der Revisionisten mit ihren Massenaufmärschen, Liedern und Gebeten – wie etwa das „ungarische Credo“, das alle Schüler täglich aufsagen mussten: „Ich glaube an einen Gott / Ich glaube an eine Heimat / Ich glaube an die ewige göttliche Wahrheit / Ich glaube an Ungarns Wiederauferstehung!“⁶⁴ – trugen zweifellos religiöse Züge. Den Kirchen ging es nicht nur um eine Art antikommunistischen Exorzismus, sondern auch um eine Rechristianisierung der Gesellschaft. Die Abkehr vom säkularisierenden Liberalismus fand statt, ebenso wie eine, wenn auch begrenzte, christliche Erneuerung. Besonders die katholische Kirche erhoffte sich eine Wiederherstellung ihres Einflusses auf Staat und Gesellschaft, den sie in der Ära der Liberalen seit 1867 zunehmend verloren hatte. Kultusminister Kúno Klebelsberg betonte, dass die „ungarische nationalistische Kulturpolitik auf die Mitwirkung unserer historischen Kirchen nicht verzichten [kann]“.⁶⁵ Pater Béla Bangha⁶⁶, einer der einflussreichsten katholischen Publizisten und Sozialreformer der damaligen Zeit, gab in seiner 1920 erschienenen Broschüre „Der Wiederaufbau Ungarns und das Christentum“ dem konterrevolutionären Regime eine historische Fundierung. Danach habe seit den Tagen des heiligen Stephan der christliche und nationale Gedanke Ungarn

⁶⁰ Ákos Kovács, *Játék a tűzzel. Fejleszték a magyar tűzijátékok és díszkivilágítások XV–XX. századi történetéből*, Budapest 2001, S. 5.

⁶¹ Zum Folgenden siehe das Archiv der Hauptstadt Budapest/Budapest Főváros Levéltára (BFL) IV. 1501/294. dob.c/1928.

⁶² László Márkus (1881–?), in: *Ki kicsoda?*, Budapest 1937, S. 537f.

⁶³ Katalin Sinkó, *Die Riten der Politik. Denkmalerrichtung, Statuensturz*, in: Péter György/Hedvig Turai (Hrsg.), *Staatskunstwerk. Kultur im Stalinismus*, Budapest 1992, S. 71–84, hier S. 80.

⁶⁴ Zitiert nach Ignác Romsics, *Magyarország története a XX. században*, Budapest 2005, S. 179. In Frankreich hatte Henri Lavedan 1914 ein sehr ähnliches nationales „Vaterunser“ formuliert. Siehe Michael Jeismann, *Das Vaterland der Feinde. Studien zum nationalen Feindbegriff und Selbstverständnis in Deutschland und Frankreich 1792–1918*, Stuttgart 1992, S. 360f.; Peter Berghoff, *Der Tod des politischen Kollektivs. Politische Religion und das Sterben und Töten für Volk, Nation und Rasse*, Berlin 1997, S. 108.

⁶⁵ Zitiert nach Andor Csizmadia, *Rechtliche Beziehungen von Staat und Kirche in Ungarn vor 1944*, Budapest 1971, S. 17.

⁶⁶ Béla Bangha SJ (1880–1940), 1909 geweiht, war seit 1910 Herausgeber der „Mária Kongregáció“, gründete 1912 die Zeitschrift „Magyar Kultúra“ und war Mitorganisator des Eucharistischen Weltkongresses von 1938, vgl. *Magyar Katolikus Lexikon*, Bd. 1, 1993, S. 589f.

getragen. 1848 habe die Nation diese Richtung verlassen und einen fremden, radikalen und revolutionären Weg eingeschlagen. Damit habe sich die ungarische Wirtschaft unter dem Druck der freien Konkurrenz der „jüdischen Plutokratie“, die Arbeiterbewegung entsprechend der „jüdischen Sozialdemokratie“, die Kultur der die nationale Kraft schwächenden „Anbetung des Westens“ unterworfen.⁶⁷ Auch die reformierte Kirche beteiligte sich tatkräftig am national-christlichen Programm. So etwa in Form der 1921 gegründeten Jugendorganisation „Ungarischer reformierter Jugendbund Soli Deo Gloria“, dessen Ziele „die Schaffung eines selbstbewussten nationalen Lebens, die Stärkung der Missionen der Mutterkirche [...] besonders bei der zukünftigen Generation“ waren.⁶⁸

Obwohl die Propaganda und das starke gesellschaftliche und kirchliche Engagement gegen Trianon in Gestalt einer nationalen Erneuerung Ungarns besonders seit Mitte der 1920er Jahre allgegenwärtig war, wissen wir allerdings noch wenig über deren tatsächliche Wirkung. Die Erforschung des tatsächlichen Erfolges und vor allem der Grenzen des Trianon-Diskurses in Ungarn bleibt ein Forschungsdesiderat.

IV. Ausblick: Trianon und die Selbstverortung der ungarischen Gesellschaft seit 1945

Die Teilnahme Ungarns am Krieg gegen Jugoslawien und die Sowjetunion 1941, die aktive Beteiligung am Mord Hunderttausender ungarischer Juden, die vernichtende Niederlage und schließlich die Besetzung durch sowjetische Truppen wurden im Rahmen des seit dem 19. Jahrhundert gepflegten Opfermythos interpretiert. Dies trug nicht dazu bei, dass der Friedensvertrag von 1920 als ein der Vergangenheit zugehöriges Ereignis verarbeitet werden konnte. Die 1945 einsetzende gewaltsame kommunistische Umgestaltung der Gesellschaft und die Alleinherrschaft der Partei verhinderten eine öffentliche Auseinandersetzung über die Bedeutung dieses folgenreichen Ereignisses. Seit Mitte der 1980er Jahre begann ein Teil der Oppositionsbewegung die Frage der nationalen Minderheiten, besonders in Rumänien, wo die magyarische Kultur durch die Zerstörung von Dörfern in Gefahr schien, wieder in die Öffentlichkeit zu tragen.⁶⁹ Ein Teil der von nationalistischen Ideen nicht freien kommunistischen Reformen unterstützten diese Tendenz, sodass das Thema Trianon seit 1989 wieder im Zusammenhang mit der ungarischen Identität diskutiert wurde. Die Enttäuschung der teilweise übersteigerten Erwartungen an die Eingliederung in die Europäische Union im Jahr 2004 und die negativen Folgen wirtschaftlicher Entwicklungen haben seither mehr und mehr Ungarn dazu gebracht, sich erneut als „betrogene“ und „ungerecht“ behandelte Nation in Europa zu verstehen. Ob die Tatsache, dass fast alle, die sich der ungarischen Nation zugehörig fühlen, nun in Staaten der EU leben, also ihre Kommunikation nicht mehr durch Grenzen behindert wird, langfristig zu einer Normalisierung des Umgangs mit historischen Ereignissen führen, die als „nationale Niederlagen“ gedeutet werden, muss sich erst noch erweisen.

⁶⁷ Jenő Gergely, *A politikai katolicizmus Magyarországon (1890–1950)*, Budapest 1977, S. 59.

⁶⁸ Zitiert nach János Bolyki/Sándor Ladányi, *A református egyház*, in: L. Ferenc Lendvai/János Bolyki, *A magyar protestantizmus 1918–1948*, Budapest 1987, S. 25–127, hier S. 48.

⁶⁹ Vgl. dazu die Masterarbeit von Rachel Horst, *Articulating the Nation. National Identity Discourse in Hungary in the 1970s and 1980s*, S. 107 und 112, http://www.etd.ceu.hu/2009/horst_rachel.pdf, 21. 5. 2013.

Kerstin von Lingen

Caporetto 1917: eine „notwendige Tragödie“ auf dem Weg zum Nationalstaat?

Italiens (Nach-)Kriegstrauma

Gabriele D'Annunzio, Dichter und Freiheitskämpfer für die italienische Einheit, fasste wenige Wochen vor Kriegsende 1918 die Befürchtung italienischer Nationalisten in einem Gedicht zusammen. Darin heißt es: „Vittoria nostra, non sarai mutilata“ (Unser Sieg, du sollst nicht verstümmelt werden!).¹ Es ging dabei um die Bedeutung des italienischen Beitrags am alliierten Sieg, der stark umstritten war. Aufgrund dieser Semantik spricht man heute in Bezug auf das Kriegstrauma Italiens nach dem Ersten Weltkrieg vom Phänomen der „vittoria mutilata“ (verstümmelter Sieg), das eher Symptome eines Kriegsverlierers denn eines Siegers zeigt. „Caporetto“ gilt daher als eines der wirkungsmächtigen nationalen Traumata Italiens.² Den verschiedenen Ebenen der Mythologisierung des Ersten Weltkriegs in Italien nachzuspüren und dabei die politischen Rahmenbedingungen und Folgen von Kriegsanstrengung, Niederlage und Nachkriegsordnung aufzuzeigen, ist Thema der folgenden Überlegungen.

Sieg und Niederlage lagen auch geografisch eng beieinander. Der Isonzo, an der Grenze zwischen Italien und Slowenien gelegen, steht synonym für insgesamt 12 Schlachten des Ersten Weltkriegs, in denen sich das Königreich Italien und das Kaiserreich Österreich-Ungarn (zuletzt unterstützt durch seine deutschen Verbündeten) zwischen 1915 und 1918 einen mörderischen Stellungskrieg geliefert hatten.³ In unwegsamem Bergland wurden vergleichsweise geringe Geländegewinne durch unverhältnismäßig hohe Opfer auf beiden Seiten erkaufte. Bei Caporetto (heute Kobarid, deutsch: Karfreit) erlitt Italien im Oktober 1917 eine vernichtende Niederlage, die das königliche Heer zur Aufgabe bedeutender Gebietsgewinne, etwa in Dalmatien, zwang.⁴ Überraschend kam es nach dem Debakel bei Caporetto jedoch militärisch noch zu einer Wende: Nach Intervention briti-

¹ Das Gedicht D'Annunzios wurde unter dem Titel „Preghiera di Sernaglia“ zuerst im „Corriere della Sera“ vom 24. 10. 1918 veröffentlicht; zitiert hier nach H. James Burgwyn, *The Legend of the Mutilated Victory. Italy, the Great War, and the Paris Peace Conference, 1915–1919*, Westport, CT 1993, S. 200.

² Zur Frage der italienischen Kriegsdeutungen zuletzt Andrea Baravelli, *La vittoria smarrita. Legittimità e rappresentazioni della Grande Guerra nella crisi del sistema liberale (1919–1924)*, Roma 2006; Antonio Gibelli, *La grande guerra degli Italiani, 1915–1918*, Milano 2007; ausführlich zur Frage der Erinnerungsorte Italiens Mario Isnenghi (Hrsg.), *I luoghi della memoria. Simboli e miti dell'Italia unita*, Roma 1996; ders. (Hrsg.), *Immagini di Guerra*, Milano 1989; zuletzt auch Kerstin von Lingen, *Il trauma culturale di Caporetto: il luogo della sconfitta nella memoria patriottica dell'Italia*, in: *Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento* 39 (2013), H. 1, S. 105–139.

³ Italienische Forschungen zum „Grande Guerra“ orientieren sich traditionell an angelsächsischen Studien, etwa an Paul Fussell, *The Great War and Modern Memory*, Oxford 1975. Allerdings hatten auch Gerhard Hirschfeld/Irina Renz (Hrsg.), *„Keiner fühlt sich hier mehr als Mensch“. Erlebnis und Wirkung des Ersten Weltkriegs*, Essen 1993, sowie Hans Mommsen, *Der Erste Weltkrieg und die europäische Nachkriegsordnung*, München 2000, große Wirkung auf die italienische Weltkriegsforschung. Als Überblick zum italienischen Forschungsstand Giorgio Rochat, *Die italienische Historiographie zum Ersten Weltkrieg*, in: Wolfgang Michalka (Hrsg.), *Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse*, München 1994, S. 972–990.

⁴ Giorgio Rochat, *The Italian Front, 1915–1918*, in: John Horne (Hrsg.), *A Companion to World War I*, Chichester 2010, S. 82–96, hier S. 88–90.

scher und französischer Kontingente gelang es durch einen Wechsel der Taktik, die Front im Winter 1917/18 wieder zu stabilisieren und in der Schlacht bei Vittorio Veneto im Oktober 1918 einen Sieg zu erringen, in dessen Folge Österreich-Ungarn so geschwächt war, dass die Mittelmächte an der Karstfront kapitulieren mussten.

Der massenhafte Kriegstod signifikanter Bevölkerungsgruppen, insbesondere junger Männer, stellte für alle Nachkriegsgesellschaften Europas eine enorme Hypothek und Herausforderung dar.⁵ Studien zum Gefallenenkult nach dem Ersten Weltkrieg in Europa haben als Gemeinsamkeit herausgearbeitet, dass den Regierungen daran gelegen war, das Trauma des Massentodes im Krieg in einen patriotischen Totenkult zu lenken, der zu einem zentralen Bestandteil politischer (Nachkriegs-)Kultur geformt wurde.⁶ Insbesondere neue Studien zur Kriegserfahrung Italiens belegen die Nachwirkungen der Niederlage und ihren Niederschlag in der nationalen Trauer um die Kriegstoten.⁷ Innerhalb der Nation konnte der Sieg bei Vittorio Veneto nicht überdecken, dass die Formierung einer Nation in Italien 1918 nicht nur keineswegs abgeschlossen, sondern sogar höchst unvollkommen war.⁸

Der Erste Weltkrieg stellte eine Zerreißprobe dar, auf die Italien weder militärisch noch gesellschaftlich oder politisch vorbereitet war. Der Krieg hätte nach dem Willen derer, die politisch den Kriegseintritt Italiens befürwortet hatten, dazu genutzt werden sollen, die noch junge Nation – das Königreich Italien war erst 1861 ausgerufen worden – zusammenzuschweißen.⁹ Zudem hätte ein erfolgreicher Waffengang den Großmachtanspruch Italiens auf die Adria-region unterstreichen sollen. Der späte militärische Sieg bei Vittorio

⁵ Oliver Janz, Trauer und Gefallenenkult im Vergleich. Italien und Deutschland nach 1918, in: Ute Daniel u. a. (Hrsg.), Politische Kultur und Medienwirklichkeiten in den 1920er Jahren, München 2010, S. 257–278, hier S. 257; Alberto De Bernardi, The World Wars and the History of Italy: Public, Shared and Disputed Memories, in: Elena Lamberti/Vita Fortunati (Hrsg.), Memories and Representations of War. The Case of World War I and World War II, Amsterdam 2009, S. 75–88, hier S. 86.

⁶ Als Auswahl zur umfangreichen Literatur zum Kriegstrauerkult vgl. George L. Mosse, Fallen Soldiers. Reshaping the Memory of the World Wars, Oxford 1990; Reinhart Koselleck/Michael Jeismann (Hrsg.), Der politische Totenkult. Kriegerdenkmäler in der Moderne, Stuttgart 1994; John R. Gillis, Commemorations. The Politics of National Identity, Princeton 1994; Jay Winter, Sites of Memory, Sites of Mourning. The Great War in European Cultural History, Oxford 1995.

⁷ Dies belegen vor allem neuere Forschungen zu soldatischer Mentalität, zu Kriegsgefangenen und zum Nachwirken der Niederlage – etwa von Labanca, der sich auf den Prozess gegen Cadorna fokussierte – sowie Studien zum Gefallenenkult in Italien, vgl. Antonio Gibelli, L'officina della guerra. La grande guerra e le trasformazioni del mondo mentale, Torino 1991; Giovanna Procacci, Soldati e prigionieri italiani nella grande guerra, Roma 1993; Nicola Labanca, Caporetto. Storia di una disfatta, Firenze 1997; Oliver Janz, Das symbolische Kapital der Trauer. Nation, Religion und Familie im italienischen Gefallenenkult des Ersten Weltkriegs, Tübingen 2009.

⁸ In Italien sind es vor allem Giorgio Rochat und Mario Isnenghi, die sich mit dem Ersten Weltkrieg und seiner Wirkung auf Armee und Gesellschaft beschäftigen, vgl. Giorgio Rochat, L'esercito italiano da Vittorio Veneto a Mussolini, Roma 2006; Mario Isnenghi, Il mito della grande guerra, Bologna 1997; Giorgio Rochat/Mario Isnenghi, La grande guerra, 1914–1918, Milano 2000. Beide Forscher hatten jedoch schon Ende der 1960er Jahre, damals noch weitgehend unbeachtet, Vorgängerwerke vorgelegt, die erst in der Neuauflage die verdiente Beachtung erfuhren, so Rochat, L'esercito italiano da Vittorio Veneto a Mussolini, und Mario Isnenghi, I vinti di Caporetto nella letteratura di guerra, Padova 1967. Nach 1990 und im Gefolge einiger Tagungen, nicht zuletzt am Schauplatz der Schlacht im heutigen Slowenien, erschien eine erste Synthese des internationalen Forschungsstands zur Isonzofront, vgl. Kobarid-Caporetto-Karfreit 1917–1997, Sammelband zur Tagung, Kobarid 1998; Mario Morselli, Caporetto 1917. Victory or Defeat?, London 2001.

⁹ Vgl. ausführlich Gian Enrico Rusconi, Deutschland – Italien, Italien – Deutschland. Geschichte einer schwierigen Beziehung von Bismarck bis zu Berlusconi, Paderborn 2006.

Veneto brachte jedoch nicht den erhofften Machtzuwachs; er mündete vielmehr in eine außenpolitische Pattsituation, da die Westalliierten auf einer staatlichen Unabhängigkeit der Nachfolgestaaten des Habsburgerreichs bestanden und damit Italiens Großmachtträume auf offener Weltbühne zurückwiesen.¹⁰ Italien hatte trotz des Sieges Gebietsverluste in Istrien hinzunehmen und war in der Folge die einzige Siegermacht, in der sich die Führung offene Kritik an den Alliierten und deren Friedenspolitik erlaubte und die Gründe für die politische Brüskierung – Unterlegenheit der italienischen Wirtschaft und des Finanzwesens – nicht anerkennen wollte.¹¹ Symptomatisch für die unklare territoriale Situation des Adriagebiets steht das Schicksal der Stadt Fiume (heute Rijeka), deren Status zunächst neutral war und die nach einer knapp einjährigen „Besetzung“ durch die von Gabriele D’Annunzio 1924 und italienischen Eliteeinheiten wie der „Arditi“ geführten italienischen Verbände unter alliierter Verwaltung gestellt wurde, 1924 jedoch durch einen von Benito Mussolini abgeschlossenen Staatsvertrag mit Jugoslawien „endgültig“ unter italienische Verwaltung kam.¹²

Die Besonderheit am italienischen Kriegstrauma des Ersten Weltkriegs ist die Tatsache, dass die Niederlage, die dem späteren Sieg vorausging, auf der Ebene der Erinnerungskultur gemeinsam mit der Trauer um die Kriegstoten wirkungsmächtig blieb¹³ und den Sieg bei Vittorio Veneto überschattete; durch die außenpolitisch motivierte Zurückweisung der italienischen Gebietsforderungen durch die Alliierten verstärkte sich in der Öffentlichkeit der Eindruck, der Sieg sei „unvollkommen“. Italien sei, trotz des militärischen Erfolges, keine vollwertige Siegnation und gewiss kein anerkannter Partner unter den Europäischen Großmächten – auch dies ein Phänomen, wie man es nach 1918 eher bei den Verlierernationen beobachten konnte.¹⁴ Um Caporetto und Fiume entwickelten sich in der Nachkriegszeit diverse Opfer-Narrative, die das Potenzial eines erneuten Waffengangs bereits in sich trugen. Nach 1922 bot sich für die aufstrebende faschistische Diktatur Mussolinis ein idealer Nährboden, um unter Betonung der Kriegsanstrengungen Italiens Forderungen nach größerer nationaler Bedeutung zu unterstreichen. „Caporetto“ war nur ein weiterer Faktor unter vielen für den Aufstieg Mussolinis, der ihm jedoch die Möglichkeit gab, die darin verwobenen anderen Aspekte mit zu bedienen: Militärische Stärke und innenpolitische Einheit seien die Lehren aus Caporetto und müssten das Ziel des faschistischen Staates werden.

Die außenpolitischen Großmachtambitionen, unter Mussolini 1940 wieder erweckt und mit Waffengewalt befördert, fanden am 8. September 1943, im Gefolge der missglückten Feldzüge in Griechenland, auf dem Balkan und in Nordafrika, mit der Besetzung Italiens durch den deutschen Verbündeten ein jähes Ende. Der „8. September“ ist das zweite große nationale Trauma Italiens und besiegelte schließlich die Position einer „ewigen Mittelmacht“ anstelle der angestrebten Großmachtstellung. Beiden Traumata – Caporetto wie auch dem „8. September“ – ist gemein, dass sie einen Krieg markieren, der erinnerungspolitisch ambivalente Aspekte aufweist, nimmt man die militärische und politische Ausgangslage der Bündniskonstellation als Gradmesser. Eine Besonderheit italienischer

¹⁰ Burgwyn, *The Legend of the Mutilated Victory*, S. 201 ff.

¹¹ Rochat, *Die italienische Historiographie*, S. 973.

¹² Der Vertrag war ein politisches Tauschgeschäft, Jugoslawien erhielt dafür die Stadt Susak. Volltext unter *Treaty of Rome, 1924 (III: Fiume)*, <http://www.worldlii.org/int/other/LNTSer/1924/56.pdf> (31. 5. 2012).

¹³ De Bernardi, *The World Wars*, S. 86.

¹⁴ Ebenda, S. 76.

Kriegserfahrung ist nämlich, dass beide Konflikte mit einem Bündniswechsel einhergingen, das Land in beiden Fällen am Ende Teil der siegreichen Allianz war, obwohl es bündnispolitisch zu Anfang des Konflikts auf der anderen Seite stand.¹⁵ Dies führte nicht nur in der Beurteilung Italiens durch die Sieger, sondern auch innenpolitisch zu Kontroversen. Es ist zu fragen, inwieweit der erinnerungspolitische Frontwechsel möglicherweise langfristig eine eindeutig positive Kriegserinnerung verwischte und das Siegenarrativ erschwerte. Es wird daher in der italienischen Forschungslandschaft der letzten Jahre, prononciert vorgetragen von Mario Isnenghi, eine nationalpolitisch und erinnerungskulturell bedeutsame Kontinuitätslinie zwischen den Niederlagen des Ersten und Zweiten Weltkriegs gezogen und der verlustreiche Weg des Königreichs Italien hin zu einem Nationalstaat moderner Prägung als „notwendige Tragödie“ beschrieben.¹⁶ Dem Trauma von Caporetto ist zu attestieren, dass es auf diese Weise zum idealen Nährboden für den Aufstieg der faschistischen Bewegung werden konnte, während nach dem Zweiten Weltkrieg die Fokussierung auf die Widerstandsbewegung der *Resistenza*, die den Faschismus überwunden hatte, das erinnerungspolitisch eindeutiger, positive Narrativ lieferte.¹⁷

Im Folgenden geht es daher um die Frage, wie die italienische Gesellschaft auf der Ebene der Erinnerungskultur mit politischem Machtverlust, wirtschaftlicher und militärischer Schwächung, gefühlter Demütigung durch den Kriegsgegner sowie territorialen Verlusten bzw. nicht erfüllten Aspirationen umging, welche Interessen hinter verschiedenen Interpretationen der Niederlage standen und welche Lesart sich durchsetzte. Auf der Suche nach dem Kitt der nationalen Einheit Italiens werden auch literarische und filmische Verarbeitungen in die Überlegung mit einbezogen. So schuf die Filmindustrie schon früh eine Verbindung zwischen den beiden Niederlagen Caporetto und dem „8. September“: Emblematisch sind die beiden Filme „*La grande guerra*“ (1959) und „*Tutti a casa*“ (1960).

Um die Tragkraft des nationalen Traumas von Caporetto für Italien zu verstehen, sind zunächst ein paar grundlegende Überlegungen zur Wirkungsweise von Erinnerungspolitik und der Funktionsweise von kollektiver Erinnerung, die einen „Sinnrahmen“ für die Politik darstellt¹⁸, hilfreich.¹⁹ In der Forschung hat sich der Begriff „kulturelles Trauma“ eingebürgert, um die Verquickung von (kriegerischem) Ereignis und Sinnstiftung durch Erinnerungspolitik zu thematisieren. „Kulturelles Trauma“ ist ein Konstrukt, das die gefühlte Unzufriedenheit mit dem Ausgang eines für die Nation zentralen Ereignisses beschreibt und daraus eine Handlungsverpflichtung für die Zukunft ableitet²⁰; dabei kommt

¹⁵ Ebenda, S. 75f.

¹⁶ Mario Isnenghi, *La tragedia necessaria. Da Caporetto all'otto settembre*, Bologna 1999.

¹⁷ De Bernardi, *The World Wars*, S. 88-90.

¹⁸ Nicolas Pethes/Jens Ruchatz (Hrsg.), *Gedächtnis und Erinnerung. Ein interdisziplinäres Lexikon*, Hamburg 2001, darin Dietz Bering, *Kulturelles Gedächtnis*, S. 329-332, hier S. 329.

¹⁹ Aleida Assmann, *Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*, München 2006, S. 57, formuliert: Seine „Struktur besteht in diesem Spannungsverhältnis von Funktions- und Speichergedächtnis, von Erinnertem und Vergessenem, Bewusstem und Unbewusstem, Manifestem und Latentem.“ Theoretischen Einstieg neben Jan und Aleida Assmann bieten: Horst-Alfred Heinrich, *Kollektive Erinnerung der Deutschen. Theoretische Konzepte und empirische Befunde zum sozialen Gedächtnis*, Weinheim/München 2002; Astrid Erll, *Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen*, Stuttgart 2005; Harald Welzer, *Das kommunikative Gedächtnis. Eine Theorie der Erinnerung*, München 2002.

²⁰ Als Einführung hierzu Jeffrey C. Alexander, *Toward a Theory of Cultural Trauma*, in: Ders. u. a. (Hrsg.), *Cultural Trauma and Collective Identity*, Berkeley 2004, S. 1-30, hier S. 10f.

den kollektiven Akteuren, etwa aus Politik, Literatur und Veteranenvereinigungen, eine Schlüsselrolle zu: Sie sind Multiplikatoren von Meinungen und ihre Interpretation entscheidet darüber, ob ein schmerzliches Ereignis zum nationalen Trauma erklärt wird, indem es mit einem Sinn aufgeladen wird, der Vergangenheit und Zukunft der Nation in diesem Ereignis bündelt. Ernest Renan hat darauf verwiesen, dass insbesondere die jungen Nationalstaaten des 19. Jahrhunderts ihre Identität auf dem „sozialen Kapital“ von Siegen aufzubauen bestrebt waren.²¹ Benedict Anderson betont, dieses soziale Kapital müsse stetig neu definiert werden.²² Reinhart Koselleck verweist darauf, dass ein identitätsrelevanter Unterschied zwischen „Sinnstiftung“ und „Sinnforderung“, die durch Erinnern erreicht werden soll, besteht.²³

Der Sinnstiftungsprozess nach der Niederlage, ja generell nach Ereignissen von nationaler Bedeutung, ist ein Prozess des kollektiven Aushandelns und Ergebnis gesellschaftlicher Machtkämpfe.²⁴ Allerdings bewegen sich die Sinnstiftungsmuster von Nationen, die ihren Opfergang betonen, auf einem schmalen Grat einer „heroischen Semantik der Ehre“, die jederzeit ins Traumatische abkippen kann, wie Assmann betont: „Trauma ist das andere der heroischen Erzählung, es steht nicht für die Mobilisierung und Stählung, sondern für die Störung, ja Zer-Störung von Identität.“²⁵ Folgt man Koselleck, so erwächst der Sinn erst aus dem Erfahrungsgewinn des Kriegs und dem Bemühen, die Niederlage zu erklären.²⁶ Zwischen dem Eingeständnis der Niederlage und der verweigerten Anerkennung der Fakten liegt dabei ein weites Niemandsland von Halbwahrheiten und Beschönigungen, die der Niederlage einen vorläufigen Charakter zubilligen bzw. auf eine spätere Revanche hoffen, den Sieger unlauterer Mittel bezichtigen oder den „Nutzen“ der Niederlage für zukünftige Siege betonen. Somit hängt die Akzeptanz von territorialen Verlusten (oder der Wunsch nach einer Revision des Kriegsausgangs) eng mit der gesellschaftlichen Akzeptanz der Niederlage zusammen.²⁷

Allerdings wird nicht jede Gesellschaft gleichsam automatisch die Erfahrung von Krieg und Niederlage in einen langfristig wirksamen Einstellungswandel umsetzen.²⁸ Der Historiker Wolfgang Schivelbusch betont, dass die Bereitschaft, aus den Ereignissen zu lernen,

²¹ Ernest Renan, Was ist eine Nation? Vortrag, gehalten an der Sorbonne am 11. März 1882, in: Ders., Was ist eine Nation? Und andere politische Schriften, Wien 1995, S. 41–58, hier S. 56.

²² Benedict Anderson, Imagined Communities. Reflections of the Origin and Spread of Nationalism, London 1983 (überarbeitete und erweiterte Ausgabe 1991).

²³ Reinhart Koselleck, Formen und Traditionen des negativen Gedächtnisses, in: Norbert Frei/Volkhard Knigge (Hrsg.), Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord, München 2002, S. 21–32, hier S. 31.

²⁴ Horst Carl u. a., Krieg und Kriegsniederlage – historische Erfahrung und Erinnerung, in: Dies. (Hrsg.), Kriegsniederlagen. Erfahrungen und Erinnerungen, Berlin 2004, S. 1–11, hier S. 5f.

²⁵ Assmann, Der lange Schatten, S. 68.

²⁶ Reinhart Koselleck, „Erfahrungsraum“ und „Erwartungshorizont“ – zwei historische Kategorien, in: Ders., Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt a. M. 1989, S. 349–375; ders., Erfahrungswandel und Methodenwechsel. Eine historisch-anthropologische Skizze, in: Ders., Zeitschichten. Studien zur Historik, Frankfurt a. M. 2003, S. 27–77, hier S. 68. Koselleck spricht in diesem Zusammenhang von einem durch die Niederlage in Gang gesetzten Lernprozess aus der Erkenntnis des Unterlegenen, dass es anders gekommen ist als erhofft, und sich daher in Zukunft etwas ändern muss.

²⁷ Vanessa Conze, Die Grenzen der Niederlage. Kriegsniederlagen und territoriale Verluste im Grenz-Diskurs in Deutschland, 1918–1970, in: Carl u. a. (Hrsg.), Kriegsniederlagen, S. 163–184, hier S. 165.

²⁸ Im Folgenden vgl. die Systematisierung aus der Einleitung von Carl u. a., Krieg und Kriegsniederlage, S. 1–14, hier S. 9.

gegeben sein muss.²⁹ Wo es nicht gelang, aufbauend auf der Niederlage eine mobilisierende Kraft zum gesellschaftlichen Umbau zu entfalten³⁰, blieb als letzte Spielart der Sinnstiftung nur die Lesart von gottgewolltem Schicksal oder Naturgewalten. Indem die Unausweichlichkeit betont wird, verschwimmen die Grenzen zwischen Niederlage und Katastrophe³¹ – ein Deutungsmuster, das vor allem aus frühneuzeitlichen Gesellschaften bekannt ist, jedoch auch in „vormodern“ geprägten Gesellschaftsschichten wie etwa der italienischen Landbevölkerung durchaus Anhänger fand und sich auf ein kohärentes Nationsgefühl negativ niederschlug. Das italienische Trauma des Ersten Weltkriegs bestand in der Folge daher gerade nicht aus der Verarbeitung einer militärischen Niederlage im herkömmlichen Verständnis, sondern in einer grundlegenden Legitimationskrise des italienischen Staates und seiner Ziele an sich.

Italiens Rolle im Ersten Weltkrieg

Der Erste Weltkrieg wurde in Italien von den Politikern aller Parteien allgemein mit der als unvollendet wahrgenommenen Nationswerdung verkoppelt und als „letzter Krieg des Risorgimento“ empfunden, bei dem vermeintlich italienische Gebiete „heimgeholt“ werden sollten.³² Italien betrauerte in der erinnerungspolitischen Fixierung auf Caporetto seine Rückkehr zur Rolle einer europäischen Mittelmacht, die sich aus dem erzwungenen Verzicht auf Großmachtambitionen ergab³³ – Ambitionen, die der junge Nationalstaat nicht zuletzt durch das Militärbündnis mit Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich im sogenannten Dreibund seit 1882 gehegt und durch geopolitische Forderungen unterstrichen hatte.³⁴

Trotz des Dreibundes nahm Italien im Ersten Weltkrieg allerdings zuerst eine neutrale Position ein, da es einen Kriegseintritt auf Seiten der Bündnispartner mit Gebietszuständigkeiten Österreich-Ungarns im Adria-Raum erkaufen wollte. Als Österreich im August 1914 Serbien den Krieg erklärte, vertrat der italienische Ministerpräsident Antonio Salandra zunächst die Position, der Bündnisfall sei nicht eingetreten, es handle sich um eine „innere Angelegenheit“ der Habsburger, ungeachtet des Kriegseintritts Frankreichs, Großbritanniens und Russlands an der Seite Serbiens.³⁵ Bedeutsam an diesem Bündnis war die Asymmetrie der Partnerkonstellation: Fokussierung Italiens auf territoriale Differenzen mit dem Habsburgerreich bei gleichzeitiger Bewunderung für den deutschen

²⁹ Zwar bezieht sich Schivelbusch vor allem auf das deutsche Reich, traumatische Verlierer-Symptome finden sich jedoch auch im italienischen Fall, daher wird hier darauf Bezug genommen. „Solange sie über ein intaktes nationales Selbstbewusstsein verfügen, sind Verlierernationen nicht bereit, der Forderung nach moralisch-spirituelle Kapitulaton zu entsprechen. Das ändert sich erst, wenn neben der physischen auch die spirituell-moralische Grundlage eines Landes zerstört ist.“ Vgl. Wolfgang Schivelbusch, *Die Kultur der Niederlage. Der amerikanische Süden 1865. Frankreich 1871. Deutschland 1918*, Frankfurt a. M. 2003, S. 42.

³⁰ Assmann, *Der lange Schatten*, S. 66.

³¹ Carl u. a., *Krieg und Kriegsniederlage*, S. 3.

³² Rolf Wörsdorfer, *Krisenherd Adria 1915–1955. Konstruktion und Artikulation des Nationalen im italienisch-jugoslawischen Grenzraum*, Paderborn 2004, S. 99.

³³ Antonio Gibelli, *Italy*, in: Horne (Hrsg.), *A Companion to World War I*, S. 464–478, hier S. 466–468.

³⁴ Zu den diplomatischen Ränkespielen und der Bündnispolitik ausführlich Rusconi, *Deutschland – Italien*, S. 42–81.

³⁵ Ebenda, S. 61–93.

Bündnispartner. Daraus erklärt sich der Versuch Salandras, den Konflikt zunächst als „kleinen Krieg“ im Range eines regionalen Konflikts einzustufen.³⁶ In Italien kam es daraufhin zu einem zehnmonatigen Tauziehen um die Frage, ob der Kriegseintritt gerechtfertigt sei, und wenn ja, an wessen Seite – starke Kräfte befürworteten eine Aufkündigung des Dreibundes und ein Eintreten auf Seiten der Entente.³⁷ Die Dichotomie zwischen Neutralismus und Interventionismus bewirkte einen Erdrutsch im politischen Parteiensystem Italiens, der durch das Argument des Kriegseintritts als notwendiger Schritt im Nationswerdungsprozess zusätzlich Dynamik erhielt.³⁸ Die Unvereinbarkeit italienischer Positionen mit den Kriegszielen Österreich-Ungarns, insbesondere das Streben nach Hegemonie im Adriaraum und nach Rückgewinnung („terre irredente“ = unerlöste Gebiete, daher „Irredenta“) der vormals italienischen Gebiete in Südtirol und Dalmatien von Habsburg, führte dazu, dass Rom dem Bündnispartner in Wien 1915 als Voraussetzung militärischen Beistands ein Ultimatum zur Übergabe des Trentino setzte, das wenig überraschend zurückgewiesen wurde.³⁹

Die darauf folgende Kriegserklärung Italiens an Österreich-Ungarn wurde flankiert vom positiven Ergebnis geheimer Gespräche, die der italienische Außenminister Sydney Sonnino in London geführt hatte. Der Londoner Geheimpakt versprach Italien im Falle eines Kriegseintritts auf Seiten der Entente bedeutende Gebietsgewinne⁴⁰: Neben Istrien und der Brennergrenze zu Österreich ging es um koloniale Ansprüche in Nordafrika (Äthiopien), die Vorherrschaft Italiens auf dem Balkan und das Erbe am untergehenden Osmanenreich (die Inseln der Dodekanes, und den Verbleib der Cyrenaika und Tripolitaniens bei Italien, die erst 1911 militärisch errungen worden waren).⁴¹

Außenpolitisch war 1917 jedoch eine neue Situation entstanden, die den Londoner Geheimpakt in Frage stellte. Die USA waren auf Seiten der Entente in den Krieg eingetreten, die Revolution in Russland bestärkte Befürchtungen hinsichtlich politischer Revolten überall in Europa, das riesige Habsburgerreich zeigte innenpolitisch ernste Zerfallerscheinungen. Zum Jahreswechsel 1918 spitzte sich die Situation durch die Proklamation der 14 Punkte des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson weiter zu, die in ihrer Betonung des Selbstbestimmungsrechts aller Völker Vereinbarungen einer territorialen Kompensation, wie im Londoner Geheimpakt niedergelegt, obsolet machten.⁴² Zudem schwanden durch die anhaltenden militärischen Niederlagen Italiens Chancen, machtvoll auf Erfüllung des Londoner Geheimpakts zu bestehen.⁴³

³⁶ John Whittam, *War Aims and Strategy: the Italian Government and High Command, 1914–1919*, in: Barry Hunt/Adrian Preston (Hrsg.), *War Aims and Strategic Policy in the Great War, 1914–1918*, London 1977, S. 85–104, hier S. 91.

³⁷ Gibelli, *Italy*, S. 466f.

³⁸ De Bernardi, *The World Wars*, S. 78.

³⁹ Zur Dynamik der italienischen Innenpolitik vgl. Rusconi, *Deutschland – Italien*, S. 93; zum italienischen Kriegseintritt im Gefolge des Londoner Geheimpakts vom April 1915 vgl. Burgwyn, *The Legend of the Mutilated Victory*, S. 16f.

⁴⁰ Volltext unter: *Treaty of London (26 April 1915)*, <http://www.firstworldwar.com/source/london1915.htm> (31. 5. 2012).

⁴¹ Whittam, *War Aims*, S. 93.

⁴² Ebenda, S. 96. Unter Punkt 9 hatte Wilson mit Blick auf Italiens Nachkriegsordnung formuliert: „Berichtigung der Grenzen Italiens nach genau erkennbaren Abgrenzungen der Volkszugehörigkeit.“ Damit waren der Wunsch nach italienischer Vorherrschaft im Mittelmeerraum wie auch in den nordafrikanischen Besitzungen ausgeschlossen.

⁴³ Ebenda, S. 95.

Die Niederlage von Caporetto stand daher auch innenpolitisch am Ende einer Entwicklung, die von wirtschaftlichen Schwierigkeiten, politischen Grabenkämpfen und wachsendem Unmut in der Bevölkerung dominiert wurde. Eine dramatische Verschlechterung der Ernährungslage, die in vielen norditalienischen Städten im Winter 1917 zu Streiks und Unruhen führte, gepaart mit politischen Gegensätzen, die sich im Gefolge der Absetzung Ministerpräsident Salandras vom Sommer 1916 zu einer Krise des liberalen Parteienstaates ausgewachsen hatten⁴⁴, erhöhten die wachsende Kluft innerhalb der italienischen Gesellschaft. In ihr gab es noch immer tiefe Gegensätze zwischen Stadt und Land.⁴⁵ Die Realität im Schützengraben nährte den Verdacht der einfachen Bevölkerung, die ihn als Krieg der Herrschenden auf Kosten der Unterschichten wahrnahm.

Ein wesentlicher Faktor des militärischen Scheiterns war die fehlende Kohäsion im italienischen Massenheer.⁴⁶ Truppenteile wurden, abgesehen von traditionell regionalen Einheiten wie etwa den „Alpini“ oder den Brigaden „Sicilia“ und „Sardegna“, nach den großen Verlusten der ersten Kriegshälfte am Isonzo überhastet und landsmannschaftlich gemischt zusammengestellt und hatten daher mit Sprachschwierigkeiten zu kämpfen, da sich die verschiedenen Dialekte nicht verstanden.⁴⁷ Das Heer war durch den hohen Anteil von Analphabeten in der Infanterie zusätzlich im Nachteil⁴⁸: Soldaten, die Warnschilder und Landkarten nicht lesen oder Anweisungen nicht befolgen konnten, gerieten häufiger in die Schusslinie, und nicht selten sogar in „friendly fire“.⁴⁹ Die oberste militärische Führung war unflexibel und auf autoritäre Leitbilder und überholte Offensivstrategien fixiert, was zu enormen Verlusten führte.⁵⁰

Trotz der Erfahrung, gemeinsam dem Hagel der habsburgischen Granaten ausgeliefert zu sein, kann von einer italienischen Schützengrabengemeinschaft nicht gesprochen werden. Die Gräben verliefen stattdessen zwischen „Signori“ (Landbesitzern) und „Contadini“ (Bauern), zwischen Stadt und Land, arm und reich, gebildet und ungebildet und machten deutlich, dass die Offiziere gegenüber ihren Mannschaften von einem anderen Planeten zu stammen schienen – ein Phänomen, das keine andere Armee auf den westlichen Kriegsschauplätzen des Ersten Weltkriegs in dieser Deutlichkeit zeigte.⁵¹ Zu den Spannungen zwischen Führung und Soldaten kamen noch Differenzen zwischen Front und Hinterland sowie zwischen Industriearbeitern (die eher in Hilfsdiensten eingesetzt wurden) und Bauernsöhnen (die ergeben in den Gräben ausharrten).⁵² Jedoch haben

⁴⁴ MacGregor Knox, *To the Threshold of Power, 1922/33. Origins and Dynamics of the Fascist and National Socialist Dictatorships*, Bd. 1, New York 2007, S. 213.

⁴⁵ Ebenda, S. 209.

⁴⁶ Grundlegend hier: Giorgio Rochat, *Ufficiali e soldati. L'esercito italiano dalla prima alla seconda guerra mondiale*, Udine 2000.

⁴⁷ Rochat, *The Italian Front*, S. 91–93; Knox, *To the Threshold*, S. 202.

⁴⁸ In dieser Hinsicht interessant ist die Sammlung von Kriegsbriefen bei Leo Spitzer, *Italienische Kriegsgefangenenbriefe. Materialien zu einer Charakteristik der volkstümlichen italienischen Korrespondenz*, Bonn 1921.

⁴⁹ Knox, *To the Threshold*, S. 200.

⁵⁰ Janz, *Das symbolische Kapital der Trauer*, S. 6.

⁵¹ Knox, *To the Threshold*, S. 209.

⁵² Cadornas Nachfolger Diaz bemühte sich jedoch, zumindest ein paar praktische Lehren aus der Niederlage von Caporetto zu ziehen: Der Militärführung gelang es noch im letzten Kriegsjahr durch vorsichtige Reformen wie flexiblere Gewährung von Heimaturlaub, Ablösungen und sogenannte Ernteferien für Landarbeiter, das revolutionäre Potenzial im italienischen Massenheer zu entschärfen, vgl. Mario Isnenghi, *Italien*, in: Gerd Hirschfeld/Gerd Krumeich/Irina Renz (Hrsg.), *Enzyklopädie Erster Weltkrieg*, Paderborn 2003, S. 97–103, hier S. 103.

neuere Studien nachgewiesen, wie im Schatten der Schützengräben die Hoffnung auf egalisierende Sozialisation keimte (Janz spricht von einem Laboratorium des „neuen Italien“ im Schützengraben).⁵³

Oberbefehlshaber Luigi Cadorna bediente sich dagegen der bestehenden Allianz der Staatsmacht mit der katholischen Kirche und benutzte die Militärkaplane bewusst als Lenkungsinstrument, um die Soldaten klaglos in den Schützengräben zu halten.⁵⁴ Er stützte sich dabei auf eine vom Militärseelsorger Padre Gemelli erstellte Studie, die zu dem Schluss gekommen war, je ungebildeter die Soldaten seien, desto williger ließen sie sich von ihrer Führung in die Schlacht – und in letzter Konsequenz in den sicheren Tod – lenken.⁵⁵ Dazu kam eine rigide Militärjustiz, die auf Härte und drakonische Strafen setzte.⁵⁶ Oberbefehlshaber Cadorna war auch gegenüber seinen Offizieren von sprichwörtlicher Härte und ließ Kommandeure nach militärischen Misserfolgen rasch absetzen. Dadurch wurden den Truppen häufige Kommandowechsel zugemutet, was die Kampfkraft weiter schwächte.⁵⁷ Zudem waren auch die Offiziere schlecht ausgebildet – manche hatten nur einen zweimonatigen Schnellkursus besucht – und mussten daher ihre Erfahrungen während der Schlacht sammeln.⁵⁸

Cadornas Taktik war im Generalstab nicht unumstritten, sie bestand vor allem aus Massenangriffen, bei denen die Soldaten unerbittlich vorwärtsgetrieben wurden, oftmals buchstäblich die Felsen hinauf, was zu enormen Verlusten unter den einfachen Soldaten führte. Vor diesem Hintergrund ist hervorzuheben, dass es Gegenentwürfe gegen Cadornas taktische Vorgaben gab: Einzelne italienische Kommandeure, darunter der Kommandeur der 2. Italienischen Armee, Luigi Capello, propagierten stattdessen die Taktik beweglicher Stoßtrupp-Unternehmen, die man sich von den preußischen und österreichisch-ungarischen Truppen abgeschaut hatte.⁵⁹ Diesen Trupps, „Arditi“ genannt, gelangen beachtliche militärische Erfolge, und sie hatten zudem eine größere Kohäsion und Motivation.⁶⁰

Militärische Misserfolge beförderten die separatistischen Tendenzen weiter: Auf dem Rückzug bei Caporetto kam es zu Auflösungserscheinungen und Massendesertionen von ungefähr 350 000 Mann, auf die die Führung hilflos reagierte.⁶¹ Es gibt viele Beschreibungen, die davon handeln, wie die Soldaten sich gegen ihre Führung auflehnten, ihre Waffen wegwarfen und angeblich in Massen skandierten: „Tutti a casa“ (Alle nach Hause!). Szenen dieser Selbst-Demobilisierung sind literarisch u. a. durch Hemingways „A Farewell to Arms“ verewigt worden.⁶² Der italienische Oberbefehlshaber Cadorna wurde umgehend wegen Unfähigkeit abgelöst und musste sich später vor einem Untersuchungsausschuss verantworten. Es kam jedoch weder zu einem Elitenwechsel im Militär noch zu

⁵³ Janz, *Das symbolische Kapital der Trauer*, S. 259.

⁵⁴ Knox, *To the Threshold*, S. 202f.; Isnenghi, *Italien (Enzyklopädie)*, S. 101.

⁵⁵ Giorgio Rochat, *Gli arditi della grande guerra. Origini, battaglie e miti*, Milano 1981, S. 37; Knox, *To the Threshold*, S. 207.

⁵⁶ Isnenghi, *Italien (Enzyklopädie)*, S. 101; Knox, *To the Threshold*, S. 203; Rochat, *Gli arditi*, S. 31.

⁵⁷ Rochat, *The Italian Front*, S. 87 und 92; Knox, *To the Threshold*, S. 204.

⁵⁸ Ebenda, S. 205.

⁵⁹ Rochat, *Gli arditi*, S. 29ff.

⁶⁰ Ebenda; Knox, *To the Threshold*, S. 207.

⁶¹ Für einen ersten Überblick siehe Isnenghi, *Italien (Enzyklopädie)*, S. 102; Rochat, *Ufficiali*, S. 62, diskutiert die Gründe der Massenflucht.

⁶² Ernest Hemingway, *A Farewell to Arms*, New York 1929, Kapitel 27ff.

einer genaueren Untersuchung der Massendesertionen. Stattdessen schuf man eine neue Lesart für die Selbst-Demobilisierung: Leonida Bissolati, der Gründer der sozialistischen Reformpartei und vormals glühender Verfechter des Kriegseintritts an der Seite der Entente, der seit 1916 als Minister für besondere Aufgaben als Verbindungsmann zwischen dem Oberkommando in Udine und der Regierung in Rom wirkte, prägte schließlich die versöhnliche Formel, es habe sich in Caporetto nicht um eine Revolte (also verfolgungswürdige Disziplinlosigkeit) gehandelt, sondern lediglich um einen „Militärstreik“.⁶³

Cadornas Nachfolger General Armando Diaz brachte schließlich noch ein militärisches Wunder fertig: Er erzwang ein Jahr später den Durchbruch am Piave, in der berühmt gewordenen Schlacht bei Vittorio Veneto. Die Gegner, von vorangegangenen Schlachten erschöpft und zusätzlich durch Auflösungserscheinungen hauptsächlich in den nicht-deutschsprachigen k. u. k. Regimentern geschwächt, ersuchten am 29. Oktober 1918 um einen Waffenstillstand.⁶⁴ Italien stand daher zum Jahrestag der Schlacht von Caporetto überraschend auf der Seite der Sieger. Diaz nutzte das *momentum* des Sieges, um durch militärische Gebietsbesetzungen, etwa von Triest und dem Trentino, einige der territorialen Forderungen des Geheimpakts von London zu bekräftigen.⁶⁵

Der Friedensvertrag von Paris 1919⁶⁶ brachte für Italien jedoch eine herbe Enttäuschung: Zwar wurde das elementarste Kriegsziel, die Vollendung des nationalen Kerngebiets bis zur Brennergrenze und der Gewinn von Trient und Triest erreicht, aber anstatt der erwarteten Gebietsvergrößerung im Adria-Raum befürwortete Präsident Wilson nach Zerschlagung des Habsburgerreichs nun eine weitgehende Autonomie der kleineren Völker. Die Hoffnungen Italiens auf Dalmatien, den Balkan, vielleicht sogar Nizza, Korsika und Malta, wurden enttäuscht.⁶⁷ Durch die Entscheidung der Alliierten, den Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie die Unabhängigkeit zu gewähren, fühlte sich Italien um die im Geheimpakt von London vom April 1915 niedergelegte erhoffte Belohnung betrogen. Genährt wurden diese Opfergefühle nach 1918 von nationalen Symbolfiguren wie Gabriele D'Annunzio, die von einem „vittoria mutilata“ (verstümmelten Sieg) sprachen und Revanche forderten. Insbesondere die Ambivalenz der Regierung unter Sonnino und Salandra, später auch Orlando, die Verhandlungen um die Nachkriegsordnung und insbesondere die Gebietsforderungen mit dem Slogan vom „unvollkommenen Sieg“ zu bekräftigen, bewirkte erinnerungspolitisch gesehen eine Konzentration auf das Trauma statt auf das Siegesnarrativ.⁶⁸ Mussolini griff diese Stimmung auf und machte sie zum Kernbestandteil der faschistischen Erinnerungspolitik.

Auch innenpolitisch glich Italien eher einem „Verliererstaat“. Den meisten Politikern von rechts und links war bewusst, dass Italien gesellschaftlich nur knapp einer Revolution entgangen war. Politisch verpuffte das Potenzial der Revolution jedoch, da der Sozialistischen Partei Italiens (Partito Socialista Italiano, PSI) die Fähigkeit fehlte, die Massenpro-

⁶³ Isnenghi, Italien (Enzyklopädie), S. 102.

⁶⁴ Ebenda, S. 103.

⁶⁵ Whittam, War Aims, S. 97.

⁶⁶ Volltext unter <http://www.austlii.edu.au/au/other/dfat/treaties/1920/3.html> (31. 5. 2012); Analyse der Vereinbarungen bei Margaret MacMillan, Paris 1919. Six Months that Changed the World, London 2003 (zum Problem der italienischen Kolonie Äthiopien S. 260f.); Alan Sharp, The Versailles Settlement. Peacemaking after the First World War, 1919–1923, London 2008, italienische Position betr. Fiume und alliierter Taktiken ab S. 175.

⁶⁷ Knox, To the Threshold, S. 229f.

⁶⁸ De Bernardi, The World Wars, S. 82.

teste in den Städten mit der Revolte der Soldaten zu verknüpfen und damit eine Revolution nach russischem Vorbild – vor der man selbst eher zurückschreckte – in Gang zu setzen.⁶⁹ Stattdessen ergab sich daher die groteske Situation, dass die Massenproteste, die die sozialistische Partei in ihrem Parteiorgan „Avanti“ den ganzen Krieg hindurch geschürt hatte, politisch ins Leere liefen, als sie 1918 und 1919 wirklich eintraten. Vielmehr wurde eine Art rhetorische Revolution zum Mantra oppositioneller Geschichtssicht: Kommunisten und Sozialisten betonten stets, in Caporetto habe sich eine Revolution von unten erstmals manifestiert und man werde den eingeschlagenen Weg bis zur Verwirklichung einer Volksdemokratie weitergehen.

Nachkriegsdeutungen und faschistische Geschichtspolitik

Insbesondere die Nationalisten hatten in ihrer Kriegsdeutung darauf verwiesen, dass Italien eine „unvollendete Nation“ geblieben sei, der starke gemeinsame Symbole und Traditionen fehlten, um zu einer wirklichen kulturellen und politischen Einheit zu werden.⁷⁰ Nun bot sich im Gefallenenkult für Mussolini die Gelegenheit, dieses Defizit aufzugreifen. Der Kult um die Gefallenen ist ein politisches Deutungsangebot und „zentraler Aspekt der Nationalisierung der Massen“ und wurde dadurch ein Kernbestandteil der späteren faschistischen Herrschaft, die sich in den Jahresfeiern um den politischen Opfertod selbst inszenierte.⁷¹ In Italien, dessen politische Kultur vor 1914 einen deutlichen Rückstand in Bezug auf nationale Symbole und Mythen im Vergleich zu anderen europäischen Nationalstaaten aufwies, stellten die Denkmäler und Gefallenestätten zum „Großen Krieg“ den ersten „flächendeckenden, verschiedene soziale und politische Milieus überwölbenden patriotischen Kult des geeinten Italien dar“, wie Janz betont. Gentile streicht heraus, die neue „Vaterlandreligion“, die sich in den Denkmälern und Ritualen manifestierte, habe Italien „zum ersten Mal eine nationale Dimension“ gegeben. Im Folgenden wird es daher schwerpunktmäßig um die Instrumentalisierung des Kriegs am Isonzo in Memoiren, Gefallenenkult und Erinnerungspolitik gehen.

Im Nachkriegsitalien gab es starke Interessengruppen, die die Niederlage einfach totschweigen wollten – voran Politiker aller Parteien und Veteranengruppierungen. Sie betonten den Kriegsausgang, zumal der überraschende Sieg von Vittorio Veneto vordergründig denjenigen Recht gab, die über die militärischen Fehler bei Caporetto und die fehlende Legitimationsbasis beim Volk lieber den Mantel des Schweigens breiten wollten: Schließlich sei das italienische Territorium um Triest und Trient erweitert worden. Diese Haltung lässt sich besonders in der Memoirenliteratur und in Tagebuchveröffentlichungen der 1920er Jahre nachweisen⁷², allen voran in Cadornas Erinnerungen, die sich bereits im Titel als Rechtfertigungsschriften gaben.⁷³ Die Kriegsdeutung unter den Offizieren entwickelte sich natürlich kontrovers: Insbesondere die Kommandeure der 2. Armee,

⁶⁹ Knox, *To the Threshold*, S. 213.

⁷⁰ Janz, *Das symbolische Kapital der Trauer*, S. 286.

⁷¹ Ebenda, S. 1 und 3.

⁷² Diese erschienen besonders zahlreich im Kontext der faschistischen Erinnerungskultur, besonders populär waren etwa Giani Stuparich, *Guerra del '15. Dal taccuino di un volontario*, Milano 1930; Gioacchino Volpe, *Ottobre 1917. Dall'Isonzo al Piave*, Milano 1931.

⁷³ Luigi Cadorna, *La guerra alla fronte italiana fino all' arresto sulla linea del Piave e del Grappa*, 2 Bde., Milano 1921.

von Cadorna als Feiglinge geschmäht, wiesen die Vorwürfe militärischen Versagens zurück⁷⁴; manche, wie der spätere Marschall von Italien, Pietro Badoglio, durchaus mit Erfolg. Eine Flut von Erinnerungsliteratur zum Ersten Weltkrieg erschien vor allem in den 1930er Jahren, ermuntert durch die monumentale Erinnerungskultur des Faschismus.⁷⁵

Aus prä-faschistischer Zeit sind drei Rituale zu nennen, die auf der Ebene der Erinnerungskultur für Italien wirkungsmächtig wurden: der Kult um den „unbekannten Soldaten“, private Gedenkschriften aus dem Umfeld des Gefallenen sowie erste Gefallenen-Ehrenmale. Eine besondere Rolle im Kriegsritual spielte, inspiriert durch ähnliche Rituale überall in Europa, der Kult um den „milite ignoto“ (unbekannten Soldaten), der als Symbol des Nationalen die Klassenschranken und Parteigegensätze der italienischen Nachkriegsgesellschaft versöhnen, der Trauer einen öffentlichen Ort geben und den Krieg dadurch rituell abschließen sollte.⁷⁶ Die sozialistische Regierung unter Ivanoe Bonomi inszenierte am dritten Jahrestag des Sieges 1921 unter großer Beteiligung aller Parteien sowie der katholischen Kirche die Beisetzung eines zufällig ausgewählten unbekanntes Soldaten im Nationaldenkmal der Einigung in Rom, dem Vittoriano, für den sich in der Folge der Name „altare della Patria“ (Vaterlandsaltar) einbürgerte.⁷⁷ Nur aus Italien sind zudem private Strömungen der Trauerbewältigung in den ersten Nachkriegsjahren überliefert: Angehörige hatten in Gedenkschriften und Erinnerungsbüchern eine erste Sinnstiftung des Kriegstodes versucht, indem sie insbesondere den Topos des freudigen oder freiwilligen Opfers zugunsten der Nation beschworen.⁷⁸ Damit beförderten die Hinterbliebenen unbeabsichtigt „die Phraseologie des patriotischen Opfertodes“.⁷⁹

Auf dem Feld der Gefallenenehrenmale gab es in Italien, gemäß den politischen Ausrichtungen, sehr unterschiedliche Ausprägungen. Baravelli verweist darauf, dass die unterschiedlichen Kriegsdeutungen der Jahre 1919 bis 1924 die letzte Schlacht des Ersten Weltkriegs darstellten, in der es um die Deutung nicht nur des Konflikts, sondern auch der Nationsvorstellungen ging und an der alle politischen Parteien beteiligt waren.⁸⁰ Zwar bemühte sich bald jede Gemeinde Italiens darum, in irgendeiner Form der toten Bürger ihrer Stadt zu gedenken, doch kam es in der Ausgestaltung zu erheblichen Unterschieden. Aus den diversen divergierenden Strömungen entwickelte die faschistische Bewegung in den Jahren ihres Aufstiegs ab 1922 eine eigene patriotische Bildsprache und formte eine säkularisierte, auf den faschistischen Staat ausgerichtete Gedenkkultur, die sich gegen die anderen Strömungen durchsetzte. Wesentlicher Bestandteil der neuen Geschichtspolitik war die Unterdrückung divergierender Erinnerungsformen und die Taktik, politische Gegner mangelnder patriotischer Gesinnung zu schmähen.⁸¹ Insbesondere

⁷⁴ Luigi Capello, *Note di guerra*, Milano 1920, und: *Per la verità*, Milano 1920; Angelo Gatti, *Uomini e folle di guerra*, Milano 1921, und: *Nel tempo della tempesta*, Milano 1923.

⁷⁵ Roberto Bencivegna, *Saggio critico sulla nostra guerra*, 5 Bde., Roma 1930–1938; Enrico Caviglia, *La battaglia della Bainsizza*, Milano 1930, Caporetto. *La dodicesima battaglia*, Milano 1933, und: *Le tre battaglie del Piave*, Milano 1935; Gaetano Giardino, *Rievocazioni e riflessioni di Guerra*, 3 Bde., Milano 1929–1930.

⁷⁶ Janz, *Trauer und Gefallenenkult*, S. 260.

⁷⁷ Alessandro Miniero, *Da Versailles al milite ignoto. Rituali e retoriche della vittoria in Europa*, Roma 2011, S. 6.

⁷⁸ Janz, *Trauer und Gefallenenkult*, S. 259.

⁷⁹ Ebenda, S. 260.

⁸⁰ Baravelli, *La vittoria*, S. 13.

⁸¹ Janz, *Das symbolische Kapital der Trauer*, S. 281.

kam es zu einer heftigen Ablehnung des sozialistischen Neutralismus und Pazifismus.⁸² Gefallenendenkmäler, die den neuen faschistischen Machthabern nicht „heroisch genug“ erschienen, wurden zerschlagen oder pazifistische Inschriften abgeändert. Gedenktafeln in sozialistischen Parteilokalen wurden gezielt zum Ziel faschistischer Gewalt und in sogenannten Strafexpeditionen faschistischer Kampfbünde zerstört.⁸³

Der Faschismus stimmte seinen politischen Stil, Mythen und Ideologie auf den Kriegskult ab und usurpierte insbesondere die Anwaltschaft für die Erinnerung an die Kriegsgefallenen.⁸⁴ Folgerichtig genossen die ersten Staatsbürger dieser Nation, die für das neue Italien im Krieg gefallen waren, besonderes Ansehen. Die Mythen des Faschismus, die in ihrer Ablehnung städtischer Modernität zwar eine Rückkehr zum „einfachen“ Leben propagierten, gleichzeitig aber die bestehende Gesellschaftsordnung radikal in Frage stellten⁸⁵, kreisten um Staat und Nation, wobei der faschistische Staat Priorität vor der Nation genoss.⁸⁶ In der faschistischen Lesart hatte der Erste Weltkrieg das Risorgimento beendet und die Nationalstaatsbildung abgeschlossen.⁸⁷ Der Krieg wurde gesehen als „nationale Wiedergeburt und umfassende Kulturrevolution mit gleichsam anthropologischer Tiefendimension, die nicht nur die neue staatliche Ordnung, sondern auch den „neuen Italiener“ hervorbringt.“⁸⁸ Mussolini ehrte demonstrativ die gefallenen Helden des Isonzo mit „Ehrenmalen“ und Titeln: Er hatte wohl als Erster die Kraft des Mythos von Caporetto für seine Geschichtspolitik erkannt und setzte auf die Dialektik zwischen notwendigem Opfer am Isonzo als Preis für den späteren Sieg, um sein politisches Programm zu untermauern.

Im nationalen Gedächtnis, wie es der Faschismus sich vorstellte, stand die Betonung des Opfers für die Nation in einem Krieg für die Größe und Einheit Italiens im Mittelpunkt, woraus sich ein Recht der Toten auf ewige Erinnerung ableitet; durch das „Weiterleben im nationalen Gedächtnisraum“ dienen sie zudem den Nachgeborenen als Vorbild und stellen nachträglich einen nationalen Konsens in der Sinnggebung her, der so während des Kriegs nicht bestanden hatte.⁸⁹ Der heroische Gefallenenkult half zudem, das Trauma der Niederlage zu überdecken und die Deutungskämpfe des „roten Jahrzehnts“ vergessen zu machen. Ausdruck dieser neuen Gedenkkultur wurden ab 1922 die „Parchi della rimemberanza“ (Erinnerungsparks), zu deren Anlage das Erziehungsministerium alle Gemeinden Italiens aufforderte. Für jeden Gefallenen der Gemeinde sollten Schulkinder in einer öffentlichen Zeremonie einen Baum pflanzen und so, durch Einsatz der Natursymbolik und der zeremoniellen Verbindung mit den nachwachsenden Generationen, die Unsterblichkeit der Gefallenen im nationalen Gedächtnis unterstreichen und der individuellen Trauer einen Ort bieten.⁹⁰ Offenbar kam dieser Kult den Bedürfnissen der Angehörigen entgegen, denn schon nach einem Jahr waren in Italien mehr als 5 700 dieser Erinnerungsparks entstanden.

⁸² Ebenda, S. 275.

⁸³ Ebenda, S. 266.

⁸⁴ Ebenda, S. 258.

⁸⁵ Pier Giorgio Zunino, *L'ideologia del fascismo. Miti, credenze e valori nella stabilizzazione del regime*, Bologna 1995, S. 288–309.

⁸⁶ Jens Petersen, *Quo vadis, Italia? Ein Staat in der Krise*, München 1995, S. 42f.

⁸⁷ Janz, *Das symbolische Kapital der Trauer*, S. 275; Baravelli, *La vittoria*, S. 136.

⁸⁸ Janz, *Das symbolische Kapital der Trauer*, S. 275.

⁸⁹ Ebenda, S. 263.

⁹⁰ Ebenda, S. 267 (auch im Folgenden).

Es kam zu einem programmatischen Wandel vom Trauerkult zum Heldenkult.⁹¹ In groß angelegten Gedenkstätten von monumentalem Ausmaß unterstrich der faschistische Staat seinen Machtanspruch und befeuerte den Mythos durch einen regelrechten Schlachtfeld-Tourismus, der die Gedenkstätten zum Ziel von Schulausflügen, faschistischen Organisationen, Veteranenverbänden und Touristen machte.⁹² Wesentlicher Bestandteil dieser Politik war das Verbot, Soldaten individuell zu exhumieren und in den Heimatgemeinden zu bestatten – sie waren für die Erinnerungspolitik des Faschismus von größerem Nutzen, wenn sie in der Erde verblieben, in der sie gefallen waren, denn ihr Opfer verlieh dieser „Landnahme“ (Janz) eine sakrale Legitimation, die sich im Faschismus durch monumental ausgestattete Soldatenfriedhöfe und Ossarien ausdrückte.⁹³

Steingeworden ist diese Rhetorik in der Bildsprache zweier monumentaler Gefallenen Ehrenmale, beide vom Architekten Giovanni Greppi erbaut: auf dem Monte Grappa, 1935 eingeweiht, sowie in Redipuglia (1938).⁹⁴ Insbesondere der Monumentalfriedhof von Redipuglia, mit über 100 000 Gefallenen einer der größten des Ersten Weltkriegs in Europa, wurde als Zentrum des neuen Heldenkults wie ein Altar konzipiert.⁹⁵ Er ist eine „gigantische Apotheose der militärischen Ordnung und Disziplin“ über den Tod hinaus, symbolisiert aber genauso faschistische Gleichheitsvorstellungen und die Anonymität des Soldatentodes.⁹⁶ Die einzelnen Treppenstufen aus Marmor, die von Weitem den Särgen der Gefallenen ähneln und den Schriftzug „Presente!“ (Hier!) tragen – führen auf einen Platz zu, an dem der Kommandeur der 3. Armee, der Herzog von Aosta, 1931 mit viel Pomp im Kreise von fünf seiner Generale bestattet wurde. Dadurch scheint es, als würde der Herzog eine Art „armata dei morti“ (Armee der Toten) befehligen, um mit ihnen die Ostgrenze Italiens zu sichern.⁹⁷ Hier wurde symbolisch der faschistische Kult des Totenappells für die Märtyrer der faschistischen Bewegung auf eine nationale Ebene transponiert. Dadurch entstand ein Konnex: Die Gefallenen um die Einheit Italiens wurden in dieser Sichtweise zu Vorkämpfern des Faschismus umgedeutet, die Toten der faschistischen Bewegung umgekehrt „zu Vollstreckern ihres Vermächtnisses gemacht“.⁹⁸

Insbesondere die Formation der „Alpini“ wurde in diesen Jahren propagandistisch zum nationalen Hoffnungsträger und idealen Kämpfertypus überhöht, galten die Einheiten doch als Prototypen des angestrebten faschistischen Idealbilds eines Kämpfers, der „dem Vaterland die Seele und dem Sieg Flügel verliehen hatte“.⁹⁹ Am Monte Grappa, Schauplatz blutiger Kämpfe nach dem Rückzug von Caporetto 1917/18 und zentraler Erinnerungs-ort der „Alpini“, die hier die meisten Verluste hinnehmen mussten, ließ Mussolini 1935

⁹¹ Ebenda, S. 269.

⁹² Ebenda, S. 271.

⁹³ Ebenda, S. 277.

⁹⁴ Isnenghi (Hrsg.), *I luoghi della memoria*, Einträge „Monte Grappa“ (Vanzetti) und „Redipuglia“ (Dogliani).

⁹⁵ Patrizia Dogliani, *Redipuglia*, in: Isnenghi (Hrsg.), *I luoghi della memoria*, S. 375–486; Wörsdorfer, *Krisenherd Adria*, S. 110.

⁹⁶ Janz, *Trauer und Gefallenenkult*, S. 271.

⁹⁷ Wörsdorfer, *Krisenherd Adria*, S. 110.

⁹⁸ Gibelli, *La grande guerra*, S. 350f.; Janz, *Trauer und Gefallenenkult*, S. 268.

⁹⁹ Marco Mondini, *Alpini. Parole e immagini di un mito guerriero*, Roma 2008, S. 135. „Der Duce wünscht starke Charaktere, Geradlinigkeit, Klarheit, Wagemut und Kühnheit – alles Charakterzüge, die den Kämpfern der Alpini nachgesagt werden“, formulierte der Funktionär des Alpini-Verbandes, Angelo Manaresi, 1928.

eine Gedenkstätte einrichten.¹⁰⁰ Der Rekurs auf den Wahlspruch der „Alpini“ „Di qui non si passa“ (Hier kommt keiner durch!) erinnert an den griechischen Thermopylenmythos und betont das nationale Opfer, das insbesondere die „Alpini“ gebracht hatten.

In der faschistischen Geschichtspolitik spielte der Topos vom „Verrat“ eine große Rolle.¹⁰¹ Cadorna hatte noch am Tag des Waffenstillstands 1917 in seinem Bulletin von der Front eine erste Interpretation der Niederlage in Umlauf gesetzt, indem er schwere Vorwürfe gegen die Truppen, insbesondere den „feigen Rückzug der 2. Armee“, erhob. Diese habe, aufgehetzt von „Defätisten“, Meuterei und „Verrat“ begangen und damit die Niederlage bei Caporetto verursacht, indem sie den noch kämpfenden Kameraden durch ihre Flucht in den Rücken gefallen sei.¹⁰² Diese Version erneuerte Cadorna 1919 vor dem eigens einberufenen Untersuchungsausschuss, in welchem die Gründe für die Niederlage am Isonzo analysiert werden sollten, aber Cadorna schließlich schuldig gesprochen wurde.¹⁰³

Ein weiteres Motiv faschistischer Geschichtspolitik war die Verklärung von Figuren wie Guglielmo Oberdan und Nazario Sauro, beide aufgrund ihrer irredentistischen Forderungen von den Österreichern 1882 bzw. 1916 hingerichtet, die unmittelbar nach Kriegsende einsetzte. Während Sauros Bekanntheit eher regional genutzt wurde, ließ sich auf Oberdan das Idealbild eines „wahren Italieners“ projizieren.¹⁰⁴ Mussolini beispielsweise nutzte Auftritte in Triest zu Ehren Oberdans im Dezember 1918 geschickt, um selbst durch nationalistische Rhetorik Anhänger zu gewinnen und das Oberdan'sche Opfer zu beschwören.¹⁰⁵ Oberdan wurde so zum „Zentrum eines zivilreligiösen Helden- und Opferkults“, um insbesondere die „Italianità“¹⁰⁶ Triests und der umliegenden Region (also die Zugehörigkeit zu Italien) zu unterstreichen.¹⁰⁷ 1923 exhumiert, wurde Oberdan zusammen mit den sterblichen Überresten italienischer Freiwilliger des Ersten Weltkriegs ein Staatsbegräbnis zuteil. Ein monumentales Denkmal in Triest folgte auf Initiative der Gedenkvereinigung „Istituto Oberdan“ 1934, von Mussolini 1930 persönlich autorisiert, das auch die Hinrichtungsstätte konservierte und zur Gedenkstätte ausbauen ließ.¹⁰⁸ Der italienische Dichter Gabriele D'Annunzio ließ sich von diesem Kult zu seinem „Marsch auf Fiume“ inspirieren, den er in der Geburtsstadt Oberdans 1919 begann; er nahm damit wesentliche Elemente der faschistischen Nationalrhetorik und des Massenkults vorweg, als er 1924 unter Beteiligung italienischer Eliteeinheiten wie den „Arditi“ mit einer hand-

¹⁰⁰ Livio Vanzetto, Monte Grappa, in: Isnenghi (Hrsg.), *I luoghi della memoria*, S. 363–374.

¹⁰¹ Rusconi, *Deutschland – Italien*, S. 101.

¹⁰² Isnenghi, *Italien (Enzyklopädie)*, S. 102; Wörsdorfer, *Krisenherd Adria*, S. 104.

¹⁰³ Labanca, Caporetto; die Protokolle der Kommission sind veröffentlicht in: Commissione ministeriale d'inchiesta sul ripiegamento dall'Isonzo al Piave, *Relazione*, 3 Bde., Roma 1919.

¹⁰⁴ Wörsdorfer, *Krisenherd Adria*, S. 122. Der Kult um den 1916 ebenfalls von den Österreichern erschossenen Cesare Battisti war zwar ebenfalls sehr populär, ist aber etwas anders gelagert, da er auf die Trient-Problematik rekurriert und daher für die Isonzo-Erinnerungskultur weniger große Bedeutung hat, jedoch wiederum im Alpini-Kult trotzdem in diesem Kontext gelegentlich auftaucht, vgl. Mondini, *Alpini*, Abb. S. 98.

¹⁰⁵ Wörsdorfer, *Krisenherd Adria*, S. 113.

¹⁰⁶ Der Begriff „Italianità“ wird in der Literatur gemeinhin mit „Italianität“ übersetzt. Gemeint ist eine Grundhaltung im Sinne etwa von „Deutschtum“, also eine nationalistische Strömung nach Gründung des Königreichs Italien 1861 zur Verbreitung italienischen Kulturgutes, mit dem Ziel der Festigung eines italienischen Nationalbewusstseins, eines der Hauptziele des Risorgimento. Zur Definition vgl. Wörsdorfer, *Krisenherd Adria*, S. 274.

¹⁰⁷ Ebenda, S. 114.

¹⁰⁸ Ebenda, S. 116.

streichartigen Besetzung der Hafenstadt Fiume für Italien die Bestimmungen des Friedensvertrags symbolisch zurückwies und in der Stadt ein anarchistisches System aufbaute.¹⁰⁹

Über Caporetto wurde gleichzeitig in der Nachkriegszeit immer weniger gesprochen; dies verhinderte die Aufarbeitung des Traumas bei den heimkehrenden Soldaten und in der Gesellschaft. Symptomatisch dafür ist das populäre Lied „La leggenda del Piave“ (Das Lied vom Piave), das nach der Schlacht von Solstizio im Juli 1918 von Ernesto Gaeta verfasst wurde, um den Truppen neuen Schwung zu geben, und das die Vollendung der italienischen nationalen Einheit beschwor.¹¹⁰ Nach dem Krieg wurde es vor allem in Arbeiterkreisen gesungen – allerdings waren es vor allem die letzten beiden Strophen, in denen es um den Sieg bei Vittorio Veneto ging; die Niederlage bei Caporetto, in Strophe zwei thematisiert, geriet in Vergessenheit, der Nexus zwischen beiden Ereignissen blieb ausgeblendet.¹¹¹

Auch auf der gegnerischen Seite beschäftigte man sich mit der italienischen Niederlage und bot sogar dem unterlegenen Heerführer ein Podium für sein Narrativ. Es war die deutsche Schlachten-Reihe des Reichsarchivs, die in zwei Teilbänden 1926 „Den Durchbruch am Isonzo“ behandelte und die erste größere Kontroverse auslöste.¹¹² Die Darstellungen führten dazu, dass sich eine Kontroverse entwickelte, wem nun das Verdienst am Sieg über Italien bei Kobarid gebühre.¹¹³ Sie fand zwischen deutschen und österreichischen Heeresteilen statt, aber auch entlang landsmannschaftlicher Gräben – nachzuvollziehen an den Debatten um Erreichung der strategisch wichtigen Höhe 1114, die sich bayerische und württembergische Truppen (unter ihnen der damalige Oberleutnant Erwin Rommel) gleichermaßen an ihre Fahnen heften wollten.¹¹⁴

Im zweiten Isonzo-Teilband, in dem es hauptsächlich um den Verlauf der Schlacht nach dem Rückzug der Italiener über den Tagliamento ging, also um den Sieg der Mittelmächte, war ein Brief des italienischen Oberbefehlshabers Cadorna an General Krafft von Dellmensingen abgedruckt, den er nach Lektüre des ersten Teilbandes verfasst hatte.¹¹⁵ In diesem „Privatbrief“ betonte Cadorna, ganz in der Diktion faschistischer Geschichtspolitik, die ihn soeben zum „Marschall von Italien“ ernannt hatte, der Sieg der Mittelmächte sei, trotz anerkannten handwerklichen Könnens, doch nur auf moralische Schwäche sei-

¹⁰⁹ Ebenda, S. 114.

¹¹⁰ Mario Isnenghi, *Le guerre degli italiani. Parole immagini ricordi 1848–1945*, Bologna 2005, S. 98. Angeblich lobte General Diaz vor der Entscheidungsschlacht bei Vittorio Veneto, das Lied sei so viel wert wie ein General.

¹¹¹ Isnenghi, ebenda, spricht von dem Lied als einer Art italienischer Marseillaise.

¹¹² Das Buch wurde von General d. Art. Konrad Krafft von Dellmensingen, Stabschef der 14. Armee unter ihrem Oberbefehlshaber, General d. Inf. Otto von Below, verfasst unter dem Titel: *Der Durchbruch am Isonzo*, Bde. I und II, Oldenburg 1926. Zur Analyse der Geschichtspolitik des Reichsarchivs vgl. Markus Pöhlmann, *Kriegsgeschichte und Geschichtspolitik: Der Erste Weltkrieg. Die amtliche deutsche Militärgeschichtsschreibung 1914–1956*, Paderborn 2002, S. 203–210.

¹¹³ Die bekannteste Gegendarstellung ist wahrscheinlich „Das Wunder von Karfreit, im Besonderen der Durchbruch von Flitsch und die Bezwingung des Tagliamento“, Wien 1926, von Alfred Krauß. Eine Analyse findet sich vor allem bei Claus Gatterer, *Erbfeindschaft Italien-Österreich*, Wien 1972, S. 166f.

¹¹⁴ Pöhlmann, *Kriegsgeschichte*, S. 207; zu Rommels Rolle bei der Erstürmung des Monte Matajur (Höhe 1114) als Überblick: Wolfgang Mährle, Erwin Rommel und das Württembergische Gebirgsbataillon in der 12. Isonzo-Schlacht – Wahrnehmung und Deutung eines militärischen Erfolgs, in: Thomas Schnabel (Hrsg.), *Erwin Rommel. Geschichte und Mythos*, Stuttgart 2009, S. 17–53.

¹¹⁵ Brief Cadornas vom 30. 9. 1926, in: Krafft von Dellmensingen, *Der Durchbruch am Isonzo*, Bd. II, S. 271–290 (italienisches Original und deutsche Übersetzung).

ner Truppe zurückzuführen, wie frühere Erfolge auf der Bainsizza und spätere Erfolge am Piave und Monte Grappa belegten, die schließlich das Können italienischer Führungskraft deutlich unter Beweis gestellt hätten.¹¹⁶ Cadorna prägte mit seinem Verweis auf die späteren militärischen Erfolge einen Topos der faschistischen Rhetorik, wenn er als Erklärung für die „staunenswert rasch gehobene Kampfkraft der Italiener“ die nationale Einheit bemühte: „Jetzt hatten alle begriffen, dass es sich um Leben und Tod handelte, und Land und Heer standen zusammen, fest entschlossen zur Verteidigung.“¹¹⁷ Er konnte zudem sicher sein, mit seiner Argumentation in der durch Ressentiments gegen den „Versailler Schandfrieden“ selbst höchst ambivalent eingestellten Militärkaste des Deutschen Reichs auf Verständnis, wenn nicht sogar späte Sympathie zu stoßen.¹¹⁸

Allenfalls unter dem Deckmantel literarischer Verarbeitung konnten sich manche mit dem nationalen Trauma auseinandersetzen – allerdings nur im Exil. So erschien Emilio Lussu autobiografischer Roman „Ein Jahr auf der Hochebene“ 1938 in Paris, der aus Sicht des jungen Leutnants Lussu, Angehöriger der sardischen „Brigate Sassari“, den Stumpfsinn des Lebens in den Schützengräben anhand eines Jahres in der Hochebene von Asiago (1915/16) thematisierte.¹¹⁹ Hemingways Roman „A Farewell to Arms“, 1929 veröffentlicht, der seinen Weltruhm als Erzähler begründete, blieb in Italien verboten. Auch Curzio Malapartes „La rivolta dei santi maledetti“ (etwa: Die Revolte der armen Teufel) blieb den Zeitgenossen unbekannt. Ihre Entstehungsgeschichte ist symptomatisch für den schwierigen Umgang mit der Niederlage am Isonzo: Malaparte, der 1921 noch unter seinem Geburtsnamen Kurt Suckert schrieb, veröffentlichte die Erzählung zunächst unter dem Titel „Viva Caporetto“ in geringer Stückzahl. Das Büchlein wurde jedoch von der Zensur beschlagnahmt, 1923 unter dem Titel „La rivolta dei santi maledetti“ erneut veröffentlicht – und von den faschistischen Machthabern erneut zensiert. Erst in den Sammelwerken Malapartes der 1960er Jahre findet sich das Stück in Auszügen¹²⁰, eine ungekürzte Fassung veröffentlichte der Historiker Isnenghi erst 1980.¹²¹

Zweites Trauma September 1943?

Der Waffenstillstand Italiens vom 8. September 1943 und die Aufkündigung des Achsenbündnisses mit dem Deutschen Reich lösten schließlich das zweite große italienische Trauma aus.¹²² Die zwei Jahre deutscher Besatzung und die Agonie des faschistischen Rumpfstaates zwischen 1943 und 1945 waren für die italienische Nachkriegsidentität grundlegend und werden allgemein als entscheidender Bruch im nationalen Selbstverständnis bewertet. Die Absetzung Mussolinis im Faschistischen Großrat am 25. Juli 1943 war der Kulminationspunkt eines schleichenden inneren Ablösungsprozesses, der nach

¹¹⁶ Ebenda, S. 275.

¹¹⁷ Ebenda, S. 276.

¹¹⁸ Pöhlmann, Kriegsgeschichte, S. 206ff.

¹¹⁹ Emilio Lussu, *Un'anno sull'altipiano*, Parigi 1938.

¹²⁰ Curzio Malaparte, *L'Europa vivente e altri saggi politici*, Firenze 1961.

¹²¹ Mario Isnenghi, *Introduzione*, in: Curzio Malaparte, *Viva Caporetto! La rivolta dei santi maledetti*, Milano 1980, S. 5–10.

¹²² Vgl. hierzu Kerstin von Lingen, „Giorni di Gloria“: Wiedergeburt der italienischen Nation in der Resistenza, in: Dies. (Hrsg.), *Kriegserfahrung und nationale Identität in Europa nach 1945. Erinnerung, Säuberungsprozesse und nationales Gedächtnis*, Paderborn 2009, S. 389–408.

dem Kriegseintritt Italiens an der Seite Deutschlands 1940 begonnen hatte, jedoch nach Mussolinis Sturz durch die alliierte Landung auf dem italienischen Festland im Juli 1943 und dem auf die Besetzung folgenden Bürgerkrieg unter deutscher Besatzung noch einmal bis 1945 hinausgezögert wurde. Dabei standen bündnistreue Italiener unter der Führung Mussolinis in der faschistischen Republik von Salò den Widerstandskämpfern aller bürgerlichen Parteien, die an der Seite der Alliierten vormarschierten, gegenüber.

Die Resistenza wurde nicht nur sprachlich, sondern auch inhaltlich mit der italienischen Einigungsbewegung des 19. Jahrhunderts, dem Risorgimento unter Guiseppe Garibaldi, gleichgesetzt, ihr Sieg an der Seite der Alliierten als „Secondo Risorgimento“, als nationale Wiedergeburt unter Verschmelzung aller Kräfte der Nation gefeiert.¹²³ Durch die Betonung des bewaffneten Widerstands versuchte sich Italien in die europäische Widerstandsnarration nach 1945 einzureihen, um den Wechsel vom faschistischen Aggressor zum antifaschistischen Opferstaat zu unterstreichen.¹²⁴ Umso enttäuschter war man in Rom, als die alliierte Nachkriegsordnung die Abtretung Istriens an Jugoslawien zur Folge hatte und so territoriale Hoffnungen ein zweites Mal – trotz des Sieges – enttäuscht wurden. Der Krieg im Karst wurde so nach 1945, durch die Wiederholung der territorialen Verlust-erfahrung, erneut zum Thema.

Für die meisten Italiener war das Kapitel Faschismus am 25. April 1945 auf Jahrzehnte abgeschlossen.¹²⁵ Im glorreichen Widerstand (*giorni di gloria*), dem Kampf gegen die deutschen Besatzer und ihre italienischen Kollaborateure von 1943 bis 1945, schlug die Stunde der „Wiedergeburt der Nation“, zumindest in der Rhetorik. In diesem einigenden Nachkriegsnarrativ Italiens war Platz für alle gesellschaftlichen und politischen Gruppierungen.¹²⁶ Durch dieses Konstrukt der nationalen Einheit wurden selbst revolutionäre Bestrebungen kommunistischer Partisanengruppen zur Realisierung einer Volksdemokratie erfolgreich neutralisiert und die Gefahr einer Volksbewegung im Anschluss an einen bewaffneten Konflikt ein zweites Mal gebannt.

In den 1960er Jahren wurde die Resistenza zur „politischen Grundlage der Republik“, die sich alljährlich selbst feierte.¹²⁷ Konservative Parteien nutzten die Gelegenheit, um auf den Beitrag „ihrer“ Widerstandskämpfer an der Befreiung hinzuweisen und den zukünftigen Kampf gegen jede Art von Totalitarismus anzukündigen und ihren Antikommunismus damit zu unterstreichen, während kommunistische Fest-Redner den heroischen Kampf und die Opfer der kommunistischen Widerstandsgruppen ehrten und auf die antifaschistische Einheit verwiesen.¹²⁸ Allerdings zeigte sich, ähnlich wie nach dem Ersten Weltkrieg, wieder der Versuch der Parteien, anhand eines monumentalen Gefallenenkults eine Revision der Politik anzustreben – allerdings mit deutlich weniger gesellschaftlichem

¹²³ Ebenda, S. 390.

¹²⁴ Filippo Focardi, Italien als Besatzungsmacht auf dem Balkan. Der Umgang mit Kriegserinnerung und Kriegsverbrechen nach 1945, in: Jörg Echternkamp/Stefan Martens (Hrsg.), *Der Zweite Weltkrieg in Europa. Erfahrung und Erinnerung*, Paderborn 2007, S. 163–174, hier S. 172.

¹²⁵ Pierluca Azzaro, Italien. Kampf der Erinnerungen, in: Monika Flacke (Hrsg.), *Mythen der Nationen. 1945 – Arena der Erinnerungen*, Bd. I, Mainz 2004, S. 343–372, hier S. 350.

¹²⁶ De Bernardi, *The World Wars*, S. 88.

¹²⁷ Brunello Mantelli, Revisionismus durch „Aussöhnung“. Politischer Wandel und die Krise der historischen Erinnerung in Italien, in: Christoph Cornelißen/Lutz Klinkhammer/Wolfgang Schwentker (Hrsg.), *Erinnerungskulturen. Deutschland, Italien und Japan seit 1945*, Frankfurt a. M. 2003, S. 222–232, hier S. 228.

¹²⁸ Lingen, *Giorni di Gloria*, S. 403.

Widerhall. Es blieb nach 1945 eine Domäne der Neofaschisten, sich der Veteranenthematik anzunehmen, wobei ähnlich der Mussolinianischen Rhetorik der 1920er Jahre Gefallenfeiern dazu genutzt wurden, um für Italien einen besseren Platz in der Weltpolitik zu fordern und damit rückwirkend den Krieg der Achse gleichsam in den Erinnerungsrang eines gerechten Kreuzzuges erheben zu wollen.¹²⁹ Das Gedenken wurde unter der Mitte-Links-Regierung seit 1963 zum „Synonym für die Erinnerung an den Krieg im Allgemeinen“, gleichsam abgekoppelt von der Nation.¹³⁰ Vor diesem Hintergrund des Paradigmenwechsels bildete die Filmindustrie Italiens das Trägermedium des Resistenza-Mythos, das in den 1960er Jahren die größte Breitenwirkung entfaltete.

In der Verarbeitung der erneuten territorialen Verlusterfahrung Istriens, die zudem die Veteranen von den monumentalen Erinnerungsorten abschnitt, kam es in den 1950er Jahren zu einer Veröffentlichungswelle von Tagebuchnotizen, woraufhin auch die Filmindustrie die Schützengräben am Isonzo als Stoff entdeckte.¹³¹ 1959 erschien der Film „La grande guerra“ (Der große Krieg) von Mario Monicelli, der das Publikum durch seine realistische Darstellung von Leid und Sterben in den Schützengräben schockierte. Zwei Szenen aus diesem Film sind noch heute im Nationalgedächtnis Italiens fest verankert und Gegenstand zahlreicher Variationen und Nacherzählungen: zum einen die Freundschaft zwischen den beiden Hauptpersonen, zweier einfacher Soldaten (einer aus Norditalien, einer aus Rom), und die Rolle der Militärkaplane im Feld.

Abweichend vom faschistischen Heldenepos, zeigt „La grande guerra“ die beiden Freunde als junge Männer, denen der Krieg vor allem Angst macht und die sich mit Witz und Schläue vor allen gefährlichen Situationen drücken, bis ihnen schließlich eine feindliche Patrouille zum Verhängnis wird. Die beiden werden gefangen und sollen die Stellungen ihrer Kameraden verraten: Da sie deutsch verstehen und die beiden österreichischen Offiziere sich abfällig über die Feigheit der Italiener äußern, die lieber ihre Kameraden verrieten als in den Tod zu gehen, beschließen beide, lieber zu sterben. Zweierlei ist an der Schlusszene bemerkenswert. Zum einen greift sie den Kerntopos von Caporetto, den Vorwurf der „Feigheit“, auf und transponiert ihn auf die unterste Ebene der einfachen Infanteristen zurück. Dort, so die Botschaft der Szene, wird der Vorwurf der Feigheit zurückgewiesen, und dort herrscht Kameradschaft unter regional unterschiedlichen Soldaten – die Schlusszene zeigt damit als versöhnliches Ende die Aussicht auf eine aus der Schützengrabengemeinschaft erwachsene „Nation Italien“. Andererseits ist an dieser Szene deutlich die Rückprojektion erkennbar, die in den Erfahrungen mit den deutschen Besatzern des Zweiten Weltkriegs fußt: Die Betonung des Heroismus der einfachen Soldaten ist ein Topos, der eindeutig in das Resistenza-Narrativ der Widerstandsbewegung gehört. „La grande guerra“ ist somit ein Film, der die beiden Kriegstraumata Italiens zu verbinden sucht, indem er den Heroismus des Zweiten Weltkriegs als Ergebnis des Ersten Weltkriegs verortet. Diese Verknüpfung könnte das nach diesem Film stetig wachsende Forschungsinteresse am Ersten Weltkrieg in Italien erklären, das weit vor den in anderen Ländern üblichen Forschungszyklen stattfand.

¹²⁹ Filippo Focardi, Gedenktage und politische Öffentlichkeit in Italien 1945–1995, in: Cornelißen/Klinkhammer/Schwentker (Hrsg.), Erinnerungskulturen, S. 210–221, hier S. 215.

¹³⁰ Focardi, Gedenktage, S. 215.

¹³¹ Namentlich die Tagebücher des Chefs der Operationsabteilung haben die Forschung ein großes Stück vorangebracht, vgl. Angelo Gatti, Caporetto. Dal diario di guerra inedito, Bologna 1964; ebenso Alberto Monticone, La battaglia di Caporetto, Roma 1955.

Bemerkenswert ist auch der Umgang mit dem Thema Militärseelsorge, der in der Forschung kritisch als Machtinstrument Cadornas beschrieben worden ist, aber in der nationalen Erinnerung sowie in vielen Memoiren eher freundschaftlich und als verschworene Gemeinschaft beschrieben wird. Eine Schlüsselszene des Films ist der Kommentar eines Militärkaplans nach einem vernichtenden, sehr verlustreichen Angriff. Der Kommandeur, der fast seine gesamte Einheit verloren hat (außer den beiden Hauptpersonen, die zum Posthollen geschickt worden waren und daher nicht dabei waren, als der Angriff losbrach), ruft klagend aus: „Wo war Christus in dieser Nacht?“. Der Militärkaplan, der neben einem Sterbenden kniet, erhebt sich neben dem Kommandeur und sagt: „Er ist hier unter uns; denn wenn es stimmt, dass Christus 33 war, als er starb, dann ist er auch einer vom Jahrgang 1884.“ Die Botschaft war hier nicht so sehr der historische Kontext und die Rolle der Geistlichen im Feld, sondern die Betonung des christlichen Märtyreropfers, die sich in dem Vergleich zu Jesus Christus niederschlägt.

Ein zweiter Kriegsfilm trug den Schlachtruf von Caporetto bereits im Titel: „Tutti a casa“ von Luigi Commencini (1960) thematisiert die Selbst-Demobilisierung italienischer Einheiten, verlegte sie aber in den nächsten Krieg. Die Handlung spielt nach dem italienischen Waffenstillstand am 8. September 1943, also im Zweiten Weltkrieg, stellt aber eine permanente Rückprojektion dar und greift in dem Schlachtruf die Unzufriedenheit der Soldaten am Isonzo auf, um generell die Sinnlosigkeit des Kriegs zu thematisieren. Gleichzeitig spiegelt der Film anhand der Geschichte des Leutnant Innocenzi („Leutnant Unschuldig“ – auch in dieser Namenswahl deutet sich der Märtyrertopos wieder an) auf seinem Rückzug durch halb Italien bis in seinen Heimatort die Metamorphose des italienischen Nationalethos und seiner Bürger wider, vom passiven Zuschauer zum aktiven Kämpfer, der für eine bessere Zukunft des Landes streitet – ein Leitmotiv des „nation building“ und seinem Ideal der „Italianità“.

Die Begriffe „Partisan“ und „Einheit“ Italiens verschmolzen zu einem nationalen Mythos. Der Antifaschismus diente nun als Gründungskonsens nicht nur für die Kriegserinnerung, sondern auch für die Politik, wurde aber seit dem Friedensvertrag Italiens 1947 mit den Alliierten und der Zuspitzung des Kalten Kriegs von einem antikommunistischen Paradigma überlagert; die Fokussierung verhinderte die Vollendung der von Kommunisten und Sozialisten geforderten Volksdemokratie, die ja das eigentliche *movens* der linken Widerstandsbewegung gewesen war.¹³² Demzufolge wurde ihnen trotz des überdurchschnittlich hohen Anteils kommunistischer Partisanenformationen an der Befreiung des Landes der Zugang zur politischen Macht durch die alliierte Militärregierung in vielen Punkten verweigert, da die Alliierten eine kommunistische Machtübernahme in Norditalien mit allen Mitteln verhindern wollten.¹³³ Dadurch spaltete sich der zunächst einigende nationale Freiheitskampf in zwei Spielarten des Resistenza-Mythos auf, einen christdemokratisch orientierten und einen kommunistischen Mythos.

Die Interpretationslinien schlossen sich jedoch nicht aus: Die in konservativen Kreisen übliche Lesart der Widerstandsbewegung als „zweites Risorgimento“ und das in linker

¹³² Auch im Folgenden vgl. Focardi, Gedenktage, S. 215; Lingen, Giorni di Gloria, S. 391.

¹³³ Zu den alliierten Befürchtungen bezüglich einer kommunistischen Revolte in Norditalien vgl. die Erinnerungen von Harold Macmillan, des britischen Vorsitzenden der Alliierten Militärkommission und offiziellen Ratgebers des britischen Oberkommandierenden, Feldmarschall Harold Alexander, in Italien, *The Blast of War, 1939–1945*, London 1967, S. 670; ders., *Tides of Fortune*, London 1969, S. 3.

Rhetorik übliche Verweisen auf einen „nationalen Befreiungskampf“ verschmolzen in den 1960er Jahren zu einem antifaschistischen Gründungsmythos, der alljährlich am Gedenktag des Kriegsendes, dem 25. April, feierlich beschworen wurde.¹³⁴ Gedenkpolitisch kam es dabei auch zu einer Verschmelzung zwischen Opfern des Ersten und des Zweiten Weltkriegs: Zur bestehenden Gedenkstätte auf dem Monte Grappa wurde 1974 ein Monument zu Ehren der Partisanenkämpfe am Grappa (1944–1945) hinzugefügt, rhetorisch mit der Widmung unterlegt, hier ruhten „Väter neben Söhnen, vereint im selben Schicksal, zur Mahnung künftiger Generationen“.¹³⁵ Allerdings zeigt schon die architektonisch wenig geglückte Verbindung der Bauten wie auch die Tatsache, dass die Gedenkstätte des Ersten Weltkriegs vom Staat instand gehalten wird, die für die Partisanen des Zweiten Weltkriegs von nicht-staatlichen Organisationen, wie fragil diese Konstruktion von Erinnerung ist. Alljährlich im August demonstrieren jedoch die Aufmärsche der Partisanenveteranen während der nationalen Gefallenenehrung am Monte Grappa, dass sie selbst sich als Erben der Kämpfer um die „Italianità“ begreifen und ihrem Verständnis nach durchaus in einer Reihe mit den Gefallenen der Isonzoschlachten stehen.

Inzwischen hat sich der Antikriegstopos weitgehend durchgesetzt und ist transnational gültig, wie nach dem Ende des Kalten Kriegs und im Zuge des europäischen Einigungsprozesses gerade in der Region Istrien zu beobachten ist. Das „Erinnerungs-Gebot“ hat auf slowenischer Seite einen Museums-Neubau in Kobarid ermöglicht und betont die gemeinsame Geschichte der Region sowie die Sinnlosigkeit des Soldatentodes auf beiden Seiten. Inwieweit sich dadurch eine Überwindung des in der italienischen Gesellschaft noch ausgeprägten Caporetto-Traumas erreichen lässt, ist jedoch fraglich.

Nach 1989: Caporetto als semantischer Code

Nach der Wende von 1989 kam es in Italien zu einer kompletten Neuausrichtung der Erinnerungskultur, insbesondere aber zu einer Debatte um den Gründungsmythos des Nachkriegsstaates.¹³⁶ Führende Intellektuelle des Landes streiten seit 1990 um das Gründungsnarrativ der Resistenza-Vergangenheit Italiens und die moralische Höherwertigkeit eines Dienstes am Vaterland auf der „richtigen“ Seite, bei der es vordergründig um Anerkennung von Wehrdienstleistenden im faschistischen Heer geht, im Kern jedoch um Anerkennung faschistischer Amtsträger. Führend für die eher rechte Geschichtssicht waren die Schriften Ernesto Galli della Loggia, einflussreicher Kommentator der Tageszeitung „Corriere della Sera“, insbesondere sein Essay von der Krise des Nationalen als Folge des überzogenen Staats-Antifaschismus.¹³⁷ Der Gegensatz zwischen linker und rechter Geschichtsinterpretation ist stark polarisierend und bestimmt das politische Tagesgeschehen sowie die Forschungslandschaft Italiens.

Seit dem Amtsantritt Silvio Berlusconi 1994 ist in der Erinnerungslandschaft Italiens insbesondere in öffentlichen Verlautbarungen zu beobachten, dass es zu einer Codierung

¹³⁴ Mantelli, Revisionismus durch „Aussöhnung“, S. 228.

¹³⁵ Vanzetto, Monte Grappa, hier und im Folgenden S. 365ff.

¹³⁶ Für einen Überblick vgl. Filippo Focardi, *La guerra della memoria. La Resistenza nel dibattito politico italiano dal 1945 a oggi*, Roma 2005.

¹³⁷ Ernesto Galli della Loggia, *La morte della patria. La crisi dell'idea di nazione tra resistenza, antifascismo e repubblica*, Roma/Bari 1996; ders., *Resistenza: Così è morto la patria* (Corriere della Sera, 9. 3. 1996, abgedruckt in: Focardi, *La guerra della memoria*, S. 281).

historischer Topoi kommt. Dabei verlassen Rückbezüge auf historische Ereignisse häufig den historischen Kontext und werden zu einem semantischen Code. Der italienische Ministerpräsident Berlusconi war einer der Ersten, der den Begriff „Caporetto“ wieder in politischem Kontext benutzte. Als beispielsweise seine Parteifreundin Alessandra Mussolini 2003 in Udine eine Wahlschlappe hinnehmen musste, konstatierte der Premier in der Aussprache mit dem enttäuschten Koalitionspartner Umberto Bossi von der Lega Nord, Alessandra habe „ihr Caporetto“ eingefahren, doch noch sei die Schlacht um die Wählergunst nicht verloren.¹³⁸ Zum einen wird hier eine nationale Spielart der militärischen Niederlage auf das Politische übertragen, wie es etwa mit Verweis auf Napoleons Niederlage bei Waterloo im deutschen Kontext üblich ist. Unübersehbar steht der Vergleich aber auch für ein wiedererwachtes politisches Interesse Italiens am Adriaraum, insbesondere an der Region um Triest, sowie einem neu erwachten nationalistischen Diskurs um Italiener als Opfer. Die Betonung alter und neuer Opfer im Raum Isonzo – stets aus der einfachen Landbevölkerung – stellte zudem ein Leitmotiv innerhalb des italienischen „nation buildings“ dar und erinnert an das Caporetto-Narrativ. Dies wird an der Debatte um die Ermordung italienisch-stämmiger Bürger in den Karsthöhlen („Foibe“) durch Tito-Partisanen vom Frühjahr 1945, wie sie seit 2001 in Italien geführt wurde, besonders augenfällig.¹³⁹ Damit ist die Ermordung von ungefähr 5 000 italienischen Bürgern gemeint, die im Frühjahr 1945 Opfer jugoslawischer Partisanentruppen wurden, die sie in die Karsthöhlen hinabstießen oder aber in Internierungslagern umbrachten. Der Nexus zur Expansionspolitik Mussolinis im Raum Triest, als deren Repräsentanten diese Italiener gesehen wurden, sowie zu den italienischen Kriegsverbrechen auf dem Balkan wird dabei ausgeblendet.

Die Betonung der italienischen Opfer der Foibe dient der Betonung von „Italianità“ und ist im Kontext des politischen Wandels nach dem Kalten Krieg zu sehen, wo aus einer Grenzregion plötzlich wieder das „Herz Mitteleuropas“ (Tourismus-Slogan) wurde.¹⁴⁰ Berlusconis Regierung legte 2005 als Gedenktag an die Opfer der Foibe wie auch an die Vertriebenen aus Istrien und Dalmatien (Fiume) den 10. Februar fest – der Tag des Friedensvertrags von 1947. Der Nexus zwischen der Ermordung der vertriebenen Italiener aus Istrien mit der kriegerischen Expansion unter dem faschistischen Regime kann durch die Einführung dieses Gedenktages erneut vermieden werden, stattdessen wird noch einmal an den Ersten Weltkrieg und den damaligen Verlust Fiumes angeknüpft. Die Rhetorik politischer Gedenkreden im Raum Istrien hat sich seit 2007 verschärft, die italienische Seite spricht von „slavo-communismo“ und „ethnischen Säuberungen“, die kroatische sieht den Grenzvertrag von Osimo (1975), der den endgültigen Verbleib Istriens bei Jugoslawien festschrieb¹⁴¹, durch diesen „offenen Revanchismus“ gefährdet.¹⁴²

¹³⁸ Corriere della Sera, 10. 6. 2003: La Caporetto inattesa. Il difficile „dopo Guerra“. Sconfitti, e tutti contro tutti. La Caporetto di Alessandra „bella e brava“. Dopo veleni e liti arriva la resa dei conti.

¹³⁹ Focardi, La guerra della memoria, S. 75ff.

¹⁴⁰ Zur sehr komplexen Problematik der „Foibe“ vgl. Wörsdorfer, Krisenherd Adria, S. 478ff.; zur italienischen Rhetorik vgl. Gaia Baracetti, Foibe: Nationalism, Revenge and Ideology in Venezia Giulia and Istria 1943–45, in: Journal of Contemporary History 44 (2009), H. 4, S. 657–674.

¹⁴¹ Volltext unter <http://www.itccarli.it/Novocento/osimo.php> (31. 5. 2012).

¹⁴² Als Überblick über die Debatte vgl. Gianni Oliva, Die Foibe: Die Gründe eines Schweigens, in: Renato Cristin (Hrsg.), Die Foibe/Foibe. Vom politischen Schweigen zur historischen Wahrheit/Dal silenzio politico alla verità storica, Berlin 2007, S. 53–60, hier S. 55; zu den Spannungen zwischen Italien und Kroatien im Jahr 2007 vgl. unter http://diepresse.com/home/politik/zeitgeschichte/538743/Italiens-Praesident_FoibeMassaker-nicht-vergessen (22. 2. 2011).

Solcherlei Semantik führt inzwischen dazu, dass bestimmte Medien 2010 nun wieder bei der Rhetorik von 1918 angekommen sind: Der kommerzielle Internetdienst „cronologia.leonardo.it“ vermeldete am 12. Oktober 2010, Caporetto stünde für die Fehler der italienischen Führung, aber ebenso als Chiffre für den Heldenmut und den Opferwillen der einfachen Italiener, die „mit ihrem Blut [...] eine sichere Niederlage in einen Sieg verwandelt“ haben.¹⁴³ Zumindest in den Medien bleibt daher die Konnotation ambivalent und weist eher auf ein Fortwirken der traumatischen Niederlage hin. Allenfalls die Sportberichterstattung ist eindeutig: Dort ist nach einem verlorenen Spiel die Redewendung gängig, hier habe sich ein „Caporetto“ ereignet – mit der Konnotation, dass dies für die Gesamtwertung jedoch nicht bedrohlich sei.¹⁴⁴

„Caporetto“, so hat eine Analyse des Sprachgebrauchs ergeben, steht also für eine verheerende Niederlage, die das Potenzial in sich trägt, durch Wechsel der Taktik und Erhöhung der Anstrengungen später doch noch in einen Sieg verwandelt werden zu können; Caporetto steht damit aber auch für mangelnde Motivation, schlechte Lageeinschätzung, falsche Taktik – eben für „all die italienischen Grundübel“¹⁴⁵, die in der öffentlichen Wahrnehmung Italiens rückblickend nicht nur für die Niederlage am Isonzo, sondern auch für die verspätete nationale Einheit verantwortlich waren.

Fazit

Das italienische Trauma des Ersten Weltkriegs wurde nicht direkt aus einer militärischen Niederlage, der von Caporetto, gespeist, sondern vielmehr aus einer grundlegenden Legitimationskrise des italienischen Staates und seiner politischen Ziele an sich. Insbesondere auf der Ebene der Erinnerungskultur zeigen sich die Erschütterungen der Niederlage innerhalb der italienischen Gesellschaft und ihr Niederschlag in der nationalen Trauer um die Kriegstoten, die hier für die Zwischenkriegszeit nachvollzogen wurden. Nur ein heroischer Kult um die Gefallenen, so das Deutungsangebot des Faschismus an die italienische Gesellschaft, konnte alle vorausgegangenen Ambivalenzen und politischen Demütigungen vergessen machen. Dadurch verschwand temporär auch der Bündniswechsel aus dem nationalen Gedächtnis, ohne freilich das Dilemma aufzulösen, dass er die Ursache dafür war, dass es zunächst nach 1918 zu keiner eindeutig positiven Kriegserinnerung kam und sich das Siegenarrativ erschwerte.

War Caporetto eine „notwendige Tragödie“ auf dem Weg zu einer homogenen Nation, wie Isnenghi als Hauptthese in seiner Schrift über die „gestörte italienische Nationalidentität“ folgert?¹⁴⁶ Zumindest ist der Mobilisierungseffekt, den der Schock von Caporetto ausgelöst hatte, nicht zu übersehen und könnte die These von der Notwendigkeit stützen:

¹⁴³ „Caporetto ha messo in luce le pecche degli alti comandi militari italiani e la loro inettitudine, ma ha anche fatto risplendere l'eroismo dei fanti italiani, che con il sangue hanno fermato gli austriaci e trasformato una rotta nella vittoria finale.“ <http://www.blitzquotidiano.it/dopo-caporetto-umiliati-i-general-eroi-i-fanti-588986> (6. 1. 2010).

¹⁴⁴ Corriere della Sera, 19. 9. 2005: Europei di Basket. L'Italia si riscatta a suon di Canestri, S. 50; Corriere della Sera, 15. 6. 2002: Se Italia batte Italia: uno strano derby (Calcio).

¹⁴⁵ So eine Buchkritik, in: Corriere della Sera, 29. 7. 2002: Il riscatto degli eroi sul fiume della Grande Guerra (Buchkritik, zu John R. Schindler, Isonzo. Il massacro dimenticato della Grande Guerra, Gorizia 2002).

¹⁴⁶ Isnenghi, La tragedia necessaria, S. 8.

Um den Feind von italienischem Boden zu vertreiben, fanden sich 1917 zuvor undenkbbare Konstellationen zu Zweckbündnissen zusammen und mobilisierten die Soldaten letzte Reserven. Man kann daher zumindest bei städtischen Ober- und Mittelklassen bei Kriegsende von einem ersten gemeinsamen „Nationsgefühl“ sprechen.¹⁴⁷ Auch die Konstruktion des Kriegstraumas durch eine monumentale Gedenkpolitik betonte dieses Gemeinschaftsgefühl von „Italianità“. Der Mobilisierungs-Effekt der Niederlage zeigte sich auch erneut nach dem 8. September 1943, als die politischen Gegensätze überwunden und zur Erreichung des gemeinsamen Ziels – der Vertreibung der deutschen Besatzer – alle nationalen Kräfte gebündelt werden konnten.

Doch Kontinuität erfuhr nicht nur die These eines notwendigen Opfers auf dem Weg zur Einheit, sondern auch die von der nationalen Tragödie: Nach beiden Kriegen wurde in der italienischen Wahrnehmung die unter hohen Opfern erkaufte nationale Kriegsanstrengung von den Alliierten marginalisiert und außenpolitisch in der Nachkriegsordnung mit Zurückweisung italienischer Forderungen bekräftigt. Das kulturelle Trauma erhielt dadurch gleichsam eine Art Echo von außen. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Kriegserinnerung im istrischen Grenzraum weiterentwickelt, wie stark sie von Politikern instrumentalisiert werden wird und inwieweit sie sich in das italienische Nationalnarrativ einschreiben kann. Gleichzeitig kann der Topos von der „notwendigen Katastrophe“ nämlich nicht überdecken, dass es selbst der Widerstandsbewegung *Resistenza* nicht gelungen ist, nach 1945 das *momentum* der Massenbewegung auszunutzen, um eine innere Einheit zwischen „Staat“ und „Volk“ zu schmieden und dauerhaft in der nationalen Identität zu verorten.

¹⁴⁷ Janz, *Das symbolische Kapital der Trauer*, S. 259; Knox, *To the Threshold*, S. 217.

II. Zweiter Weltkrieg

Christian Lotz

Gestrichelte Linien und schattierte Flächen

Darstellungen von Teilung und Einheit in ost- und westdeutschen Landkarten (1945–1972)

Um die „Teilung“ einer Nation oder den „Verlust“ eines Teils der Nation zu begreifen, ist ein Bewusstsein für die anzustrebende Einheit der Nation notwendig. Blickt man aus der Gegenwart auf die zurückliegenden zwei Jahrhunderte zurück, wird rasch deutlich, dass man nicht von *dem* deutschen Nationsbewusstsein sprechen kann. Vielmehr wandelten sich die Vorstellungen von einer deutschen Nation im Laufe der Zeit; oftmals konkurrierten zeitgleich gar verschiedene Vorstellungen. Bis in die Gegenwart hinein sind die geschichtswissenschaftlichen Interpretationen der verschiedenen Phasen und Facetten von Teilung und Einheit in der deutschen Geschichte heftig umstritten; dies gilt insbesondere für die jüngste Vergangenheit.¹

Die Forschungsliteratur zu Einheit und Teilung der Nation, zu Gewonnenem, Bewahrem oder Verlorenem füllt inzwischen ganze Bibliotheken. Der vorliegende Aufsatz strebt nicht danach, die gesamte historische Entwicklung und die geschichtswissenschaftlichen Auseinandersetzungen zu erörtern. Stattdessen wird sich der Beitrag für die Zeit von 1945 bis 1972 räumlichen Aspekten zuwenden und diese anhand von kartografischem Material beleuchten – eine Quelle, die erst in jüngerer Zeit in der deutschen Geschichtswissenschaft größere Aufmerksamkeit gefunden hat.² Auf diese Weise will der Aufsatz, erstens, für die Spannungen zwischen Repräsentation nach innen und nach außen sensibilisieren. Zweitens sollen die Verflechtungen und Wechselwirkungen zwischen den Darstellungen in Ost und West herausgearbeitet werden. Im Text werden die Kurzbezeichnungen „Bundesrepublik“ und „Westdeutschland“ für die Bundesrepublik Deutschland sowie die Kurzformen „DDR“ und „Ostdeutschland“ für die Deutsche Demokratische Republik verwendet; das Territorium des Deutschen Reiches östlich von Oder und Neiße, das seit 1945 zu

¹ Vgl. einführend Dieter Langewiesche, *Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa*, München 2000; Hans Günter Hockerts, *Koordinaten deutscher Geschichte in der Epoche des Ost-West-Konflikts*, München 2004; Arnd Bauerkämper/Martin Sabrow/Bernd Stöver (Hrsg.), *Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990*, Bonn 1998; Christoph Kleßmann/Hans Misselwitz/Günter Wichert (Hrsg.), *Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der doppelten Nachkriegsgeschichte*, Berlin 1999; Werner Conze, „Deutschland“ und „deutsche Nation“ als historische Begriffe, in: Otto Büsch/James J. Sheehan (Hrsg.), *Die Rolle der Nation in der deutschen Geschichte und Gegenwart*, Berlin 1985, S. 21–38; sowie außerdem das Themenheft „Gemeinsame Nachkriegsgeschichte?“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 3 (2007), mit Beiträgen von Horst Möller, Günther Heydemann, Andreas Wirsching, Martin Sabrow, Katrin Hammerstein, Peter E. Fäßler und Thomas Ahbe; zur Entwicklung des Nationsgedankens im europäischen Kontext vgl. einführend: Siegfried Weichlein, *Nationalbewegungen und Nationalismus in Europa, Darmstadt 2006*; Ulrike von Hirschhausen/Jörn Leonhard, *Nationalismen in Europa. West- und Osteuropa im Vergleich*, Göttingen 2001; Andrzej Sulima-Kamiński, *Historia Rzeczypospolitej Wielu Narodów, 1505–1795. Obywatele, ich państwa, społeczeństwo, kultura*, Lublin 2003; Anne-Marie Thiesse, *La création des identités nationales. Europe XVIII^e–XX^e siècle*, Paris 1999; Eric J. Hobsbawm, *Nations and Nationalism since 1780. Programme, Myth, Reality*, Cambridge 1990.

² Einen Zugang zu den vielfältigen (politischen, wirtschaftlichen, sozialen usw.) Dimensionen von Teilung und Verlust in der deutschen Geschichte ermöglichen Mary Fulbrook, *The Divided Nation. A History of Germany 1918–1990*; sowie das erste Kapitel im Band William Niven/Chloe Paver, *Memorialisation in Germany from 1945 to the Present*, Basingstoke 2010, S. 15–90.

Polen bzw. zur Sowjetunion/Russland gehört, wird als „deutsche Ostgebiete“ bezeichnet. Sofern von „Deutschland“ die Rede ist, bezieht sich der Begriff vor 1945 auf das Territorium des Deutschen Reiches und nach 1945 auf die vier Besatzungszonen bzw. beiden deutschen Staaten in den Grenzen von 1990.

I.

Die Entwicklung eines Nationsbewusstseins der Deutschen und die Geschichte der Kartografie sind an verschiedenen Stellen miteinander verflochten. Der Schnittbereich zwischen Forschungen zur Nation, zu Teilungen und Einheiten, zu Gewonnenem und Verlorenem einerseits und Untersuchungen zur Kartografie, zu visuellen Darstellungen und räumlichen Vorstellungen andererseits war in den zurückliegenden Jahren von zahlreichen Neuerscheinungen und lebhaften Diskussionen gekennzeichnet. Impulse erfuhr die Diskussion vor allem durch den sogenannten *spatial turn*, also die Hinwendung zu räumlichen Aspekten in der Geschichte, sowie durch Debatten innerhalb der *critical cartography*, die eine wachsende Vielfalt an methodischem Werkzeug zur Analyse von Landkarten erprobt.³

Räumliche Vorstellungen von der deutschen Nation, also *mental maps* der Gestalt, Gliederung und Größe Deutschlands, werden seit den 1980er Jahren eingehender untersucht. Große Aufmerksamkeit fanden dabei vor allem Schulatlanten, Geschichtsatlanten und andere Unterrichtsmaterialien.⁴ Daneben berühren einige weitere Forschungsfelder räumliche Vorstellungen von der Nation, angefangen von wissenschaftsgeschichtlichen Studien zum „geographische[n] Anteil an der ‚Erfindung‘ der Nation“⁵, über konfliktgeschichtliche Arbeiten, die Grenzstreitigkeiten und wechselseitige territoriale Ansprüche erforschen⁶, bis hin zu sozial- und alltagsgeschichtlichen Studien, die sich mit der „Nation“ in der Lebenswelt des „kleinen Mannes“ befassen.⁷ Als wesentliches Charakteristikum der amtlichen deutschen Kartografie im 20. Jahrhundert zeigt sich hierbei eine Spannung zwi-

³ Vgl. einführend Jörg Döring/Tristan Thielmann (Hrsg.), *Spatial Turn. Das Raumparadigma in den Kultur- und Sozialwissenschaften*, Bielefeld 2008; John B. Harley, *The New Nature of Maps. Essays in the History of Cartography*, Baltimore 2001; Jeremy Black, *Maps and Politics*, London 1997.

⁴ Wolfgang Jacobmeyer (Hrsg.), *Deutschlandbild und Deutsche Frage in den historischen, geographischen und sozialwissenschaftlichen Unterrichtswerken der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik von 1949 bis in die 80er Jahre*, Braunschweig 1986; Patrick Lehn, *Deutschlandbilder. Historische Schulatlanten zwischen 1871 und 1990. Ein Handbuch*, Köln 2008.

⁵ Hans Dietrich Schultz, *Land – Volk – Staat. Der geographische Anteil an der „Erfindung“ der Nation*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 51 (2000), H. 1, S. 4–16; ders., *Raumkonstrukte der klassischen deutschsprachigen Geographie des 19./20. Jahrhunderts im Kontext ihrer Zeit*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 28 (2002), S. 343–377.

⁶ Jan M. Piskorski/Jörg Hackmann/Rudolf Jaworski (Hrsg.), *Deutsche Ostforschung und polnische Westforschung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik. Disziplinen im Vergleich*, Osnabrück 2002; vgl. auch Rainer Bendick, *Wo liegen Deutschlands Grenzen? Die Darstellung des Deutschen Reiches in deutschen und französischen Schulkarten vor und nach dem Ersten Weltkrieg*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 51 (2000), H. 1, S. 17–36; Kayser Nielsen, Niels: *Steder i Europa. Omstridte byer, grænser og regioner*, Aarhus 2005; Alexander Demandt (Hrsg.), *Deutschlands Grenzen in der Geschichte*, München 1990; vgl. auch das laufende Forschungsprojekt von Tobias Weger zu Deutschlands Außengrenzen (www.bkge.de, Stand: 12. 3. 2011).

⁷ Exemplarisch Jan Scheunemann/Annkathrin Waitzmann, *Erwartungen und Projektionen. Die deutsche Einheit in Tagebüchern 1989–1991*, in: Christian Lotz/Thomas Klemm, *Zerreißproben. Erwartungen an die deutsche Einheit und an eine europäische Integration*, Leipzig 2010, S. 7–30.

sehen tatsächlichem deutschen Staatsgebiet und den kartografischen Darstellungen eines darüber hinausgehenden Gebietsanspruchs: Deutsche Schul- und Geschichtsatlanten zeigten nach dem Ersten Weltkrieg nicht nur die Grenzen, die durch die Gebietsabtretungen des Versailler Vertrags entstanden waren, sondern auch die Grenzen der Vorkriegszeit. Auf den Landkarten der 1920er Jahre war insbesondere an Deutschlands Ostgrenze die Spannung unübersehbar, denn mit den Provinzen Westpreußen, Posen und einem Teil Oberschlesiens waren dem Deutschen Reich über 50 000 Quadratkilometer verloren gegangen. Dass Preußen diese Gebiete etwa einhundertdreißig Jahre zuvor durch die Teilungen Polens gewonnen hatte, spielte für die Verlufterfahrung der meisten Zeitgenossen keine Rolle.⁸ Ganz ähnlich verhielt es sich im Westen mit Elsass-Lothringen. Dass diese Region im nicht einmal fünfzig Jahre zurückliegenden deutsch-französischen Krieg 1870/71 gewonnen wurde, linderte den Schmerz über den Verlust kaum.⁹ Die Spannung zwischen tatsächlichem Gebietsstand und dem dargestellten Anspruch vergrößerte sich noch durch verschiedene Formen thematischer Karten, die eine weite Verbreitung bspw. der deutschen Sprache außerhalb des Staatsgebiets zeigten. In deutschnationaler Interpretation waren solche Darstellungen der kartografische Beleg für die als ungerechtfertigt eng empfundenen Grenzen des Deutschen Reiches und nicht selten Ansporn für vielfältige expansive Pläne und Praktiken.¹⁰

Nach dem Zweiten Weltkrieg zwangen die Siegermächte das Deutsche Reich erneut, Gebiete abzutreten. Im Potsdamer Abkommen legten sie fest, dass die deutsche Bevölkerung – etwa zwölf Millionen Menschen – aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße ausgesiedelt und dass diese Gebiete polnischer bzw. sowjetischer Verwaltung unterstellt werden sollten, dass aber der Verlauf der deutschen Ostgrenze endgültig erst in einem Friedensvertrag zu regeln wäre. Einerseits ließ dieser Friedensvertragsvorbehalt die Frage zu, ob die Ostgebiete, oder zumindest ein Teil von ihnen, durch Verhandlungen in einem Friedensvertrag an Deutschland zurückgegeben werden könnten. Andererseits schuf die zwangsweise Aussiedlung der deutschen Bevölkerung in einer Weise realpolitische Fakten, die jedem Verweis auf den Friedensvertragsvorbehalt Hohn sprachen. Die Frage nach der deutschen Ostgrenze war daher enorm spannungsgeladen.¹¹

⁸ Zur Revisionspolitik während der Weimarer Republik vgl. Norbert Krekeler, Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik der Weimarer Republik. Die Subventionierung der deutschen Minderheit in Polen, Stuttgart 1973; Ralph Schattkowsky (Hrsg.), Locarno und Osteuropa. Fragen eines europäischen Sicherheitssystems in den 20er Jahren, Marburg 1994.

⁹ Vgl. Rainer Riemenschneider, Grenzprobleme im Schulbuch. Dokumentation zur Darstellung der Annexion von Elsaß und Lothringen in deutschen und französischen Geschichtsbüchern von 1876 bis 1976, in: Internationale Schulbuchforschung 2 (1980), S. 98f.

¹⁰ Zu den kartografischen Aspekten vgl. Tobias Weger, Vom „Alldeutschen Atlas“ zu den „Erzwingenen Wegen“. Der „Deutsche Osten“ im Kartenbild, 1905–2008, in: Jörn Happel/Christophe von Werdt (Hrsg.), Osteuropa kartiert – Mapping Eastern Europe, Berlin u. a. 2010, S. 241–264; sowie allgemein Gregor Thum, Traumland Osten. Deutsche Bilder vom östlichen Europa im 20. Jahrhundert, Göttingen 2006.

¹¹ Włodzimierz Borodziej/Hans Lemberg (Hrsg.), Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945–1950. Dokumente aus polnischen Archiven, 4 Bde., Marburg 2000–2004; Philipp Ther, Deutsche und polnische Vertriebene. Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945–1956, Göttingen 1998; Mathias Beer, Im Spannungsfeld von Politik und Zeitgeschichte. Das Großforschungsprojekt „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“, in: VfZ 46 (1998), S. 345–389; Wolfgang Benz (Hrsg.), Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen, Frankfurt a. M. 1988; zum breiteren Kontext der zahlreichen Zwangsmigrationen in Europa Mitte des 20. Jahrhunderts vgl. außerdem Ralph Melville/Jiří Pešek/Claus Scharf

Die politische und kartografische Antwort auf dieses Spannungsfeld fiel in Ost und West unterschiedlich aus.¹² Die Bundesregierung strebte nach einer Wiedervereinigung von Bundesrepublik, DDR und den Ostgebieten. Sie forderte daher eine Rückgabe der verlorenen Territorien. Bei ihren Gebietsforderungen orientierte sie sich an den Grenzen des Deutschen Reiches vom 31. Dezember 1937, also am Grenzverlauf zu einem Zeitpunkt, bevor das Deutsche Reich unter Androhung oder Anwendung von Gewalt diese Grenzen ausgedehnt hatte. Die amtlichen westdeutschen Kartenwerke zeigten daher die Reichsgrenze von 1937 und sogenannte Demarkationslinien entlang von Oder und Neiße sowie zwischen Bundesrepublik und DDR. In abgewandelter Form setzte sich in der Bundesrepublik die kartografische Spannung zwischen tatsächlichem Staatsgebiet und dem beanspruchten Territorium fort, wie sie schon nach dem Ersten Weltkrieg in Atlanten abgebildet war. Als die Bundesregierung 1970/72 im Warschauer Vertrag die Oder-Neiße-Grenze anerkannte, war die Revisionsforderung als offizielle Regierungshaltung obsolet. In zahlreichen Schulatlanten blieb die Strichellinie der Reichsgrenze von 1937 trotzdem erhalten, sodass auch nach der Grenzankennung die Deutschlandkarten von der Spannung gekennzeichnet waren.

Die DDR-Regierung hingegen akzeptierte die neue Grenze an Oder und Neiße im Görlicher Vertrag 1950.¹³ Sie sah sich dabei erheblichem Druck aus Moskau und Warschau ausgesetzt. Zugleich strebte sie in der Anfangszeit eine Wiedervereinigung mit der Bundesrepublik in einem – nach ihren Vorstellungen – sozialistischen Deutschland an. In der DDR zeigten die Schulatlanten daher Oder und Neiße als Staatsgrenze.¹⁴

An diesen, in der bisherigen Forschungsliteratur anzutreffenden Ergebnissen ist auffällig, dass sie sich ausschließlich auf kartografische Erzeugnisse stützen, die für die Nutzung *im Inland* hergestellt wurden, wie z. B. Schulatlanten. Demgegenüber blieben Karten unberücksichtigt, die zur Verwendung *im Ausland* produziert wurden. Zu solchen Quellenmaterialien zählen vor allem Tourismus-, Reise- und Verkehrskarten, die in der Bundesrepublik und in der DDR hergestellt wurden, und die sich an ein ausländisches Publikum richteten. Wesentliches Merkmal solcher Karten ist die Ausführung der Legende und gegebenenfalls weiterer erläuternder Texte nicht nur in deutscher Sprache, sondern auch in einer oder mehreren Fremdsprachen. Dazu kommen Karten, die nur fremdsprachig gestaltet waren, bspw. Werbekarten, die gedruckt wurden, um sie auf großen ausländi-

(Hrsg.), *Zwangsmigrationen im mittleren und östlichen Europa. Völkerrecht – Konzeptionen – Praxis (1938–1950)*, Mainz 2007.

¹² Sperling erweiterte die Studie von 1986 einige Jahre später zu einem eigenen Buch, das die Zeit bis 1990 abdeckt, vgl. Walter Sperling, *Die deutsche Ostgrenze sowie die polnische West- und Nordgrenze in deutschen Schulatlanten seit 1946*, Frankfurt a. M. 1991; Egon Breetz, *Entwicklung der geographischen Schulkartographie in der DDR*, in: *Zeitschrift für den Erdkundeunterricht* 41 (1989), S. 350–368.

¹³ Burkhard Olschowsky, *Die staatlichen Beziehungen zwischen der DDR und Polen*, in: Basil Kerki/Andrzej Kotula/Kazimierz Wóycicki (Hrsg.), *Zwangsverordnete Freundschaft? Die Beziehungen zwischen der DDR und Polen 1949–1990*, Osnabrück 2003, S. 41–58; Christian Lotz, *Zwischen verordneter und ernsthafter Freundschaft. Die Bemühungen der Helmut-von-Gerlach-Gesellschaft um eine deutsch-polnische Annäherung in der DDR und in der Bundesrepublik (1948–1972)*, in: Hans Henning Hahn/Heidi Hein-Kircher/Anna Kochanowska-Nieborak (Hrsg.), *Erinnerungskultur und Versöhnungskitsch*, Marburg 2008 (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung, hrsg. vom Herder-Institut Marburg, 26), S. 201–219.

¹⁴ Joachim Engel/Walter Sperling, *Deutschlandbild und Deutsche Frage in den geographischen Unterrichtswerken der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik*, in: Jacobmeyer (Hrsg.), *Deutschlandbild und Deutsche Frage*, S. 371–430.

schen Messen zu verteilen. Als Autoren, Gestalter und Herausgeber dieser Karten traten (und treten) private und staatliche Akteure auf: angefangen von den großen Mineralölkonzernen, über Bahn- und Flugunternehmen bis hin zu Fremdenverkehrsgesellschaften und staatlichen Agenturen. Aus dem breiten Spektrum der Reise- und Verkehrskarten ist solches Material (im Folgenden kurz „Auslandswerbekarten“) besonders aufschlussreich, das von den amtlichen Fremdenverkehrsstellen in der Bundesrepublik und in der DDR herausgegeben wurde, und zwar von der Deutschen Zentrale für Fremdenverkehr (DZF) im Westen sowie vom Deutschen Reisebüro und vom VEB Landkartenverlag im Osten.¹⁵ Anhand dieses Auslandswerbematerials lässt sich untersuchen, wie sich die Darstellungen von Einheit und Teilung der Nation, von Bewahrtem, Gewonnenem und Verlorenem in der Außenrepräsentation beider deutscher Staaten entwickelten, welche konkurrierenden und integrierenden Elemente die Karten enthielten und welche Konflikte um die Karten ausgefochten wurden.

II.

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs war die Landkartenproduktion im besetzten Deutschland zunächst durch Vorschriften der Siegermächte streng reguliert. Als diese ihre Vorgaben zur Kartengestaltung am 9. September 1950 aufhoben, unternahm die Regierung der Bundesrepublik und jene der DDR Anstrengungen, um die Herstellung von Landkarten in ihrem Sinne zu steuern. Zuständig für diese Steuerung waren auf westdeutscher Seite das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (BMG) und auf ostdeutscher Seite die Verwaltung Vermessungs- und Kartenwesen (VVK) im Innenministerium der DDR.

In der Bundesrepublik erarbeiteten die Geografen Emil Meynen und Friedrich Hoffmann im Auftrag des BMG die Richtlinien für die Darstellung Deutschlands auf Landkarten, die für den amtlichen Gebrauch im Inland und im Ausland vorgesehen waren; sie erschienen am 7. Juli 1952. Diese Richtlinien zielten darauf ab, die eingangs beschriebene Spannung zwischen tatsächlichem Staatsgebiet und territorialem Anspruch in einer Weise in die kartografische Praxis umzusetzen, wie sie den politischen Zielen der Bundesregierung förderlich zu sein schien. Die Richtlinien enthielten daher detaillierte Vorgaben: Sie schrieben vor, dass Deutschland in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 darzustellen sei. Innerhalb dieses Gebietes, wie auch im Memelgebiet und in Danzig, sollten ausschließlich die bis 1937 gebräuchlichen deutschen Ortsnamen verwendet werden. Das Territorium der DDR war als „Sowjetisch besetzte Zone“ auszuzeichnen. Die Gebiete östlich von Oder und Neiße hatten den Aufdruck „zur Zeit unter polnischer (bzw. unter sowjetischer) Verwaltung“ zu tragen.¹⁶ Innerhalb dieses Territoriums waren als sogenannte Demarkationslinien die innerdeutsche Grenze und die Oder-Neiße-Grenze in zurückhaltender Signatur zu drucken. Wie es die Forschungen von Patrick Lehn und Walter Sperling zeigen, orien-

¹⁵ Zahlreiche Landkarten, auf die die folgende Analyse verweist, sind als Farbabbildung reproduziert in Christian Lotz, *Die anspruchsvollen Karten. Polnische, ost- und westdeutsche Auslandsrepräsentationen und der Streit um die Oder-Neiße-Grenze (1945–1972)*, Leipzig 2011.

¹⁶ Der Text der Kartenrichtlinie von 1952 in Sperling, *Die deutsche Ostgrenze*, S. 150, Dokument B 14; dort auch zahlreiche Kartenbeispiele aus Schulatlanten (Tafel XI bis XIV).

tierte sich die amtliche Schulkartografie an diesen Vorgaben.¹⁷ Auch private Verlage setzten die Richtlinien während der ersten Jahre um.

Das vorherrschende Deutschlandbild auf Landkarten während der 1950er Jahre in der Bundesrepublik umfasste daher das Gebiet des Deutschen Reiches von 1937. Trotz der faktisch bestehenden Teilung des Landes, dargestellt mit gestrichelten Grenzsignaturen der Demarkationslinien, zeigte die abgebildete Fläche das beanspruchte, größere Territorium. Mit dieser Darstellung erschienen Verwaltungskarten für Behörden, Schulatlanten und eben auch solche Karten, die bspw. von der DZF zur Information und Werbung im Ausland benutzt wurden. Diese Karten spiegelten nicht zuletzt die Vorstellung von der Gestalt Deutschlands wider, wie sie beim Großteil der Bevölkerung in West und in Ost anzutreffen war: Die Besetzung Deutschlands berührte zwar vielerorts den Lebensalltag der Menschen, aber es lag zunächst außerhalb ihres Vorstellungshorizonts, dass das Land dauerhaft geteilt und so erheblich territorial verkleinert würde.¹⁸

Neben einer geringen Anzahl von westdeutschen Auslandswerbematerialien, die einfache physische Karten zeigten, wie sie bspw. auch in Schulatlanten enthalten waren, erschien die Mehrzahl des Werbematerials mit Karten, die grafisch so gestaltet wurden, dass sie touristische Attraktionen hervorhoben, wie etwa Kulturdenkmäler, einzigartige Landschaften oder lohnenswerte Reiserouten. Mit solchen Details war allerdings allein die Bundesrepublik versehen. Das Territorium der DDR und jenes östlich von Oder und Neiße blieb ganz oder überwiegend leer. Allenfalls große Städte, wie bspw. Leipzig oder Breslau, waren schlicht als Ortschaften verzeichnet und Transitwege führten durch die DDR nach Berlin.¹⁹

Bei der Herstellung dieser Karten griffen die Kartografen auf zahlreiche gestalterische Mittel der 1920er und 1930er Jahre zurück. Dazu gehörte nicht nur der Stil, in dem Reiserouten oder Kulturdenkmäler gezeichnet und auf der Karte platziert waren, sondern auch die Art, eine gestalterische Lösung für die politischen Probleme zu finden: Waren es in den 1920er und 1930er Jahren Transitwege nach Ostpreußen, die dem Betrachter verständlich gezeigt werden mussten, galt es nun, Transitwege nach West-Berlin einzuzeichnen. In der Zwischenkriegszeit führten diese Transitwege durch den sogenannten polnischen Korridor; nach 1945 verliefen sie durch die (wie es auf der Karte hieß) „Sowjet-Zone“. Dass lediglich auf dem Gebiet der Bundesrepublik Reisestrecken und – auf ähnlichen Karten – Kulturdenkmäler, Sehenswürdigkeiten usw. verzeichnet waren, ging wahrscheinlich auf mehrere Ursachen zurück: Aus tourismuswirtschaftlicher Perspektive war eine solche Darstellung folgerichtig, denn es galt, mit den Materialien den Fremdenverkehr in der Bundesrepublik zu befördern und nicht etwa die Werbetrommel für den Konkurrenten im Osten zu rühren. In der Praxis schien sich angesichts des angespannten politischen Klimas der 1950er Jahre ein genuin touristisches Interesse an der DDR und an den Ostgebieten ohnehin in Grenzen zu halten, sieht man vom lebhaften Besuchsverkehr unter Familienangehörigen zwischen Ost und West ab. Gegen die Darstellung einer „leeren“ DDR und „leerer“ Ostgebiete meldete auch das Gesamtdeutsche Ministerium aus deutsch-

¹⁷ Lehn, Deutschlandbilder; Sperling, Die deutsche Ostgrenze.

¹⁸ Edgar Wolfrum, Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990, Darmstadt 1999, S. 85–93.

¹⁹ Vgl. Gute Fahrt auf Deutschlands Straßen, hrsg. von der Deutschen Zentrale für Fremdenverkehr, Frankfurt a. M. 1955; Studium in der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. von der Deutschen Zentrale für Fremdenverkehr, Frankfurt a. M. 1957; Bon voyage sur les routes d'Allemagne, hrsg. von der Deutschen Zentrale für Fremdenverkehr, Frankfurt a. M. 1956.

landpolitischer Sicht keine Einwände an: Ob absichtlich oder unabsichtlich – die weißen Flächen östlich der Bundesrepublik schienen während der 1950er Jahre im BMG niemanden zu stören.

Auf ostdeutscher Seite erschienen seit 1951 Verordnungen, Zeichenvorschriften und Instruktionen zur Herstellung von Landkarten.²⁰ Da die archivalische Überlieferung dieser Anweisungen nicht vollständig ist, kann lediglich anhand der vorhandenen Materialien rekonstruiert werden, in welchem Jahr welcher Aspekt in die Instruktionen Eingang fand. In jedem Fall enthielten jene Zeichenvorschriften, die bis 1957 erschienen, keine Anweisungen zur Gestaltung des Blattschnitts, zur Darstellung des Verhältnisses von Bundesrepublik und DDR oder zur Schreibweise von ausländischen Ortsnamen.²¹ Da sämtliche ostdeutschen Landkarten Oder und Neiße als Staatsgrenze zeigten und da – von Ausnahmen abgesehen – für Ortsnamen im Ausland die jeweiligen landessprachigen Bezeichnungen benutzt wurden, also bspw. „Szczecin“ oder „Wrocław“, kann man mit großer Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, dass die Leitung der VVK zumindest mündliche Weisungen zu diesen Sachfragen erteilt hatte. Dass mit der neuen Grenze an Oder und Neiße etwa ein Viertel des deutschen Vorkriegsterritoriums an Polen und die Sowjetunion abgetreten werden musste, deutete die DDR-Regierung nicht als Verlust. Zwar respektierte sie in den ersten Jahren nach der Staatsgründung das menschliche Leid, das den deutschen Flüchtlingen und Vertriebenen bei Kriegsende widerfahren war²², aber die Grenzverschiebung bedeutete keinen Verlust, da der Nachbar im Osten auch ein sozialistischer Staat war. „Das verlorene Land“, so brachte es Wolfgang Harich 1949 auf den Punkt, „ist also gar nicht verloren. Hier ist eine neue Bastion des Friedens und des Sozialismus entstanden.“²³

Konsequent zeigten ostdeutsche kartografische Produkte von Anfang an Oder und Neiße als Staatsgrenze. Hingegen war in den 1950er und 1960er Jahren der Umgang mit geografischen Namen, die in irgendeiner Weise auf Kultur und Geschichte der Deutschen östlich von Oder und Neiße verwiesen, sehr uneinheitlich: Während von Reisekarten bspw. die „Pommersche Bucht“ schon 1949 verschwand, blieben in Stadtplänen Namen wie „Schlesischer Platz“ oder „Königsberger Straße“ bis in die 1960er Jahre erhalten.²⁴ Solche Straßennamen und auch andere Verweise auf deutsche Geschichte östlich von

²⁰ Vgl. Verordnung vom 31. Mai 1951 über die Herstellung und Herausgabe von Karten und Plänen in der Deutschen Demokratischen Republik, Gesetzblatt der DDR, Nr. 67, S. 538f.

²¹ Vgl. Bundesarchiv (im Folgenden BArch) Berlin, DO 1/15.0/70045, Ministerium des Innern, Verwaltung Vermessungs- und Kartenwesen: Allgemeine Instruktion für die Grundsätze der Darstellung des Karteninhaltes der topographischen Kartenwerke 1:25 000 bis 1:100 000 und den Arbeitsablauf bei der Schaffung der Ausgabeoriginale der Maßstäbe 1:10 000 bis 1:100 000, Berlin (Ost) 1957.

²² Vgl. Christian Lotz, Die Deutung des Verlusts. Erinnerungspolitische Kontroversen im geteilten Deutschland um Flucht, Vertreibung und die Ostgebiete (1948–1972), Köln u. a. 2007, S. 84–110.

²³ Wolfgang Harich, Die Polen und wir, in: Blick nach Polen I (1949), H. 3, S. 21.

²⁴ Die Bezeichnung „Pommersche Bucht“ findet sich 1949 bspw. auf der Karte von Willy Eggers, Mitteleuropa – Geländebildkarte, Leipzig, Verlag List und von Bressendorf, ohne Jahr [1949]. Größere Städte in den deutschen Ostgebieten führten hier zweisprachige Bezeichnungen, wie etwa „Gdańsk (Danzig)“ und „Wrocław (Breslau)“. In späterer Zeit finden sich nur wenige Ausnahmen, in denen deutsche Ortsnamen im Ausland eingezeichnet wurden, exemplarisch: Walter Heidenreuter/Walter Krämer (Hrsg.), Atlas der Erdkunde für die Mittelschule, Berlin (Ost), Verlag Volk und Wissen, 1958, S. 20f., dort „Cluj (Klausenburg)“ und „Sibiu (Hermannstadt)“; zu Straßennamen vgl. Christian Lotz, Roads to Revision. Disputes over Street Names Representing German Eastern Territories after the First and Second World War in the Cities of Dresden and Mainz 1921–1972, in: Niven/Paver, Memorialisation in Germany, S. 37–47.

Oder und Neiße hatten in den späten 1940er und frühen 1950er Jahren noch nicht die starke politische Konnotation, wie sie sie in späterer Zeit erlangen sollten. Zwar brandmarkte die SED-Propaganda wiederholt solche geografischen Namen als Ausdruck von Revanchismus, aber die SED-Propaganda allein reichte nicht zu so einer starken Politisierung. Vielmehr führte erst der Schlagabtausch zwischen Ost und West, insbesondere zwischen den Vertriebenenverbänden in der Bundesrepublik und der SED-Propaganda-Abteilung in der DDR dazu, dass Straßennamen und andere Verweise auf deutsche Geschichte im Osten Europas im Laufe der 1950er und 1960er Jahre politisiert wurden: Denn die Landsmannschaften nutzten all diese Verweise auf die deutsche Geschichte als einen Beleg dafür, dass ihre Forderung nach Wiederherstellung der Reichsgrenzen von 1937 angemessen waren: Gerade weil man bspw. mit dem Namen „Breslau“ den – aus Sicht der Landsmannschaften – schon immer und ausschließlich deutschen Charakter der Stadt betonte und damit den Anspruch auf Rückgewinnung dieser Stadt unterstrich, war der Name „Breslau“ bald nicht mehr nur eine geografische Bezeichnung, sondern in den 1960er Jahren Ausdruck einer politischen Forderung.

Die SED-Propaganda schlug aus entgegengesetzter Richtung in die gleiche Kerbe: Um Polens Anspruch auf seine Westgebiete zu unterstützen, bestand sie auf Verwendung polnischer Ortsnamen, denn die polnischen Namen seien der Beleg für den – so die Argumentation der SED – schon immer polnischen Charakter der Stadt und damit der Beweis für Polens rechtmäßigen Besitz dieser Gebiete. Beide – SED-Propaganda-Abteilung und Landsmannschaften – erzeugten also durch ihre Argumentation einen „erinnerungspolitischen Sog“, in dem sämtliche Verweise auf deutsche Kultur und Geschichte östlich von Oder und Neiße hineingerieten, ganz gleich mit welcher Absicht sie von den Zeitgenossen ausgesprochen oder geschrieben wurden.²⁵

Die Instruktionen für die ostdeutsche Kartenproduktion enthielten während der 1950er Jahre jedoch keine expliziten Anweisungen zur Darstellung der deutsch-polnischen Grenze und des jenseits davon liegenden Gebiets. Ebenso wenig war die gemeinsame Darstellung von DDR und Bundesrepublik auf einem Kartenblatt, zwar durch eine Staatsgrenze getrennt, aber einheitlich durchgestaltet, Gegenstand der Zeichenvorschriften während der 1950er Jahre, aber umso mehr gängige Darstellungspraxis: Die gemeinsame Abbildung von West- und Ostdeutschland auf einem Kartenblatt mit Oder und Neiße als Staatsgrenze und – in einigen Fällen – einer besonderen Signatur für die innerdeutsche Grenze findet sich sowohl in den ersten ostdeutschen Schulatlanten als auch in den allgemeinen Reisekarten.²⁶ Da eine der am meisten verbreiteten Karten, nämlich die vom Verlag Kurt Schaffmann (später VEB Landkartenverlag) ab 1952 beinahe jährlich neu aufgelegte „Reise- und Verkehrskarte von Deutschland“, bemerkenswerterweise die Bezeichnung „Deutschland“ für die Abbildung von Bundesrepublik und DDR verwendete, war eine solche Karte nicht zuletzt eine Herausforderung für die amtliche Kartografie in der Bundes-

²⁵ Zur Politisierung vgl. Lotz, Die Deutung des Verlusts, S. 80f., 84–103 und 240–247.

²⁶ Kurt Schaffmann, Reise- und Verkehrskarte von Deutschland, Berlin (Ost), Landkartenverlag Kurt Schaffmann, 1952, sowie [ohne Autor] Reise- und Verkehrskarte von Deutschland, Berlin (Ost), VEB Landkartenverlag, 1959; zu Schulatlanten vgl. Engel/Sperling, Deutschlandbild und Deutsche Frage; Bundesrepublik und DDR auf einem Kartenblatt mit zurückhaltender innerdeutscher Grenzsignatur oder ganz ohne Grenze zeigen bspw.: Heidenreuter/Krämer (Hrsg.), Atlas der Erdkunde für die Mittelschule, S. 20f. (dieser Atlas erschien 1958 ausdrücklich als neu konzipiertes Unterrichtsmaterial); sowie Fritz Haefke, Atlas zur Erd- und Länderkunde. Kleine Ausgabe, Berlin (Ost) und Gotha, Volk und Wissen volkseigener Verlag und VEB Geographisch-Kartographische Anstalt Gotha, 1955, S. 18f.

republik, die den Begriff „Deutschland“ nicht auf das Territorium beider deutscher Staaten beschränkt sehen wollte. Neben den ostdeutschen Karten, die Bundesrepublik und DDR gemeinsam zeigten, erschienen jedoch auch in den 1950er Jahren schon Werbematerialien in der DDR, deren Karten allein die DDR oder einzelne Regionen abbildeten. Ebenso wie bei den westdeutschen Karten hatte diese Darstellung ihre Ursache wahrscheinlich darin, keine Werbung für den Konkurrenten im Westen betreiben zu wollen. Gleichwohl bezogen die begleitenden Texte deutschlandpolitisch Stellung: „Die westliche Grenze [der DDR]“, hieß es bspw. in einer Reisebroschüre des Deutschen Reisebüros aus Ost-Berlin 1960, „spaltet Deutschland noch immer in zwei Teile – in die Deutsche Demokratische Republik und Westdeutschland.“²⁷

Beide deutsche Staaten traten mit ihren touristischen Werbematerialien und Reisekarten auf internationalen Veranstaltungen, Messen und Ausstellungen auf. Für beide spielte solche Werbung eine besondere Rolle, da sie sich so vor der internationalen Öffentlichkeit und gegenüber dem jeweils anderen profilieren konnten. Diese – im weiteren Sinne – Auslandskulturarbeit der Bundesrepublik und der DDR nahm bis zur Aufnahme beider Länder in die Vereinten Nationen 1973 auch eine Ersatzfunktion wahr für den gegenseitigen Austausch über Blockgrenzen hinweg.²⁸

Ausgehend von den Richtlinien, die beide deutsche Staaten erlassen hatten, und vor dem Hintergrund der kartografischen Praxis, die sich nach einigen Jahren einstellte, wurde rasch deutlich, dass die Gestaltung von Auslandswerbekarten mit zwei grundsätzlichen Problemen konfrontiert war, und zwar mit der Abbildung der deutschen Ostgebiete einschließlich einer deutschen Ostgrenze sowie mit der Darstellung des Verhältnisses zwischen beiden deutschen Staaten.

Während die Darstellung des Verhältnisses beider deutscher Staaten im Wesentlichen nur die deutschen Kartografen und deren amtliche Auftraggeber beschäftigte, entpuppte sich die Art der Abbildung der deutschen Ostgebiete und der deutsch-polnischen Grenze geradezu als Dauerthema bei internationalen Anlässen, bei denen deutsche, insbesondere westdeutsche Karten im Umlauf waren. Stellte die westdeutsche Fremdenverkehrszentrale ihre Karten mit der Reichsgrenze von 1937 auf internationalen Veranstaltungen vor, stieß sie damit bei den Vertretern Polens und anderer mittel- und osteuropäischer Länder auf heftigen Widerspruch. Seit Anfang der 1960er Jahre nahmen auch westeuropäische Länder an diesen Karten Anstoß. Aufgrund dieses zunehmenden Gegenwinds konnte die DZF ihr Werbematerial auf Veranstaltungen im Ausland immer seltener verteilen. Die Kartografen der Fremdenverkehrszentrale versuchten daher, das Problem durch immer unauffälligere Darstellungen und allerlei grafische Hilfsmittel zu lösen, mussten sich dafür jedoch immer wieder vor dem BMG und dem Auswärtigen Amt (AA) rechtfertigen, die in dieser Sache zu einer harten Gangart rieten und die geschilderten Probleme für übertrieben hielten. Da die internationale Kritik jedoch anhielt, konnten sich die DZF-

²⁷ Exemplarisch: Deutsches Reisebüro, Deutsche Demokratische Republik. Die DDR als Reiseland, Berlin (Ost), ohne Jahr [1959]; das Zitat aus: Deutsches Reisebüro, Ihr Reisebegleiter, Berlin (Ost), ohne Jahr [1960].

²⁸ Einen Zugang zur ost- und westdeutschen Kulturpolitik im Ausland bieten Olivia Griese, Auswärtige Kulturpolitik und Kalter Krieg. Die Konkurrenz von Bundesrepublik und DDR in Finnland 1949–1973, München 2006; Johannes Paulmann, Auswärtige Repräsentationen. Deutsche Kulturdiplomatie nach 1945, Köln 2005; Hans-Georg Golz, Verordnete Völkerfreundschaft. Das Wirken der Freundschaftsgesellschaft DDR-Großbritannien und der Britain-GDR Society. Möglichkeiten und Grenzen, Leipzig 2004.

Kartografen 1969 schließlich mit einer Kartendarstellung gegenüber BMG und AA durchsetzen, von der die Reichsgrenze des Jahres 1937 vollständig verschwunden war.²⁹

An Verlauf und Ergebnis dieser Kontroverse um die Darstellung der Reichsgrenze auf westdeutschem Auslandswerbematerial erscheinen drei Aspekte besonders bemerkenswert: Erstens zeigen die heftigen Kontroversen um westdeutsche Landkarten, welche Irritationen die Bundesrepublik im Ausland auslöste. Insbesondere Polen und Tschechen empfanden die abgebildete Reichsgrenze von 1937 als Affront. Die in der Forschungsliteratur anzutreffende These, die auswärtige Kulturpolitik der jungen Bundesrepublik wäre von einer „Haltung der Zurückhaltung“³⁰ gekennzeichnet, bedarf daher der kritischen Reflexion. Zweitens nahm die DZF mit ihren Auslandswerbekarten 1969 eine Anerkennung von Oder und Neiße als Grenze gleichsam kartografisch vorweg, die von der Bundesregierung mit Unterzeichnung und Ratifizierung des Warschauer Vertrages erst 1970/72 vollzogen wurde. Drittens entstand eine bemerkenswerte Spannung zwischen der kartografischen Repräsentation der Bundesrepublik nach innen und nach außen: Während in Schulatlanten die Reichsgrenze von 1937 weiterhin zumindest als Strichelinie eingezeichnet blieb, war auf Auslandswerbekarten davon nichts mehr zu sehen: Nach innen präsentierte sich die Bundesrepublik mit einem „gestrichelten“ Anspruch auf die Ostgebiete, nach außen verbarg sie diesen Anspruch.

Was die Darstellung des Verhältnisses von Bundesrepublik und DDR anbetraf, war dies für ost- und westdeutsche Kartografen ein gleichermaßen sperriges Problem. Auf Seiten der DDR liefen in der VVK – wahrscheinlich seit 1955 – Diskussionen um gestalterische Neukonzeptionen der Abbildung von DDR und Bundesrepublik. In erster Linie ging es hierbei um den Inhalt der Schulatlanten und allgemeiner Atlanten. Reise- und Verkehrskarten waren davon jedoch langfristig ebenso betroffen. Neben der Frage der gemeinsamen Darstellung von DDR und Bundesrepublik auf einem Kartenblatt ging es auch um die – aus Sicht der SED-Führung – quantitativ und qualitativ unzureichende Behandlung der sozialistischen Länder in den Schulatlanten. Durchsetzen konnten sich jene, die eine alleinige Darstellung der DDR favorisierten. 1959 erschien daher letztmalig der seit 1952 beinahe jährlich neu aufgelegte Titel „Deutschland. Reise- und Verkehrskarte“. Fortgesetzt wurden nach 1960 im gleichen Stil und Maßstab (1:700 000), aber nun mit kleinerem Blattschnitt, der Titel „Reise- und Verkehrskarte. Deutsche Demokratische Republik“.³¹ Auch in Schulatlanten und allgemeinen Atlanten verschoben sich die Schwerpunkte zugunsten der DDR und der anderen sozialistischen Länder. Eine gemeinsame Darstellung von Bundesrepublik und DDR auf einem Blatt war nach 1959 nur noch in wenigen kartografischen Produkten anzutreffen: Der VEB Hermann Haack bspw. druckte zwischen 1961 und 1968 mehrere Auflagen einer Übersichtskarte „Die beiden deutschen Staaten“, in einer physischen Ausführung im Maßstab 1:450 000 und in einer Ausführung mit politischer Gliederung im Maßstab 1:800 000.³²

²⁹ Vgl. dazu ausführlich Christian Lotz, *Die anspruchsvollen Karten. Polnische, ost- und westdeutsche Auslandsrepräsentationen und der Streit um die Oder-Neiße-Grenze (1945–1972)*, Leipzig 2011.

³⁰ Johannes Paulmann, *Die Haltung der Zurückhaltung. Auswärtige Selbstdarstellung nach 1945 und die Suche nach einem erneuerten Selbstverständnis in der Bundesrepublik*, Bremen 2006.

³¹ Reise- und Verkehrskarte Deutsche Demokratische Republik, Berlin (Ost), Verlag Schaffmann & Kluge (später: VEB Landkartenverlag), Ausgaben von 1950 und 1960; vgl. dazu auch den „Vorgänger“: Reise- und Verkehrskarte von Deutschland, Berlin (Ost), VEB Landkartenverlag, 1959.

³² Vgl. Hubertus Mickel/Horst Reetz, *Die beiden deutschen Staaten (politisch, Maßstab 1:800 000)*, Gotha, VEB Hermann Haack, 1961; sowie [ohne Autor], *Die beiden deutschen Staaten (physisch mit*

Von diesen Ausnahmen abgesehen herrschte bei den allgemeinen Reise- und Verkehrskarten nun die Darstellung der DDR allein auf einem Kartenblatt vor. Aus Sicht der amtlichen westdeutschen Kartografie demonstrierte die DDR-Regierung damit ihr Einverständnis zur Teilung Deutschlands; aus Sicht der ostdeutschen Kartografie hingegen rückten diese neuen Karten, die allein die DDR zeigten, die Entwicklung des „ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden“³³ in den Mittelpunkt; sie begriffen auf diese Weise die DDR als neue Einheit. Öffentlich vorgeschoben für die Veränderungen in den Kartendarstellungen wurde – wie es hieß – die „Einbeziehung der BRD in die NATO“.³⁴ Mit einem solchen Argument schob die VVK die Verantwortung für die Spannungen im Ost-West-Konflikt kurzerhand der Westseite allein zu. Zugleich war ein dankbarer Grund gefunden, um die Bundesrepublik buchstäblich an den Kartenrand zu drängen. Es ist wahrscheinlich, dass seit Mitte der 1950er Jahre ein Ursachenbündel für die Veränderung der ostdeutschen Landkarten auftrat, dessen Einzelheiten von zukünftigen Forschungen noch herauszuarbeiten sind: Als ein wesentlicher Faktor kann der Kurswechsel der SED-Deutschlandpolitik gelten. Noch in den ersten Nachkriegsjahren hatte die SED-Führung (und wahrscheinlich auch der größte Teil der Parteimitglieder) am Ziel einer Einheit der Besatzungszonen bzw. beider deutscher Staaten festgehalten. Als die sowjetische Regierung 1955 die Zwei-Staaten-Theorie verkündete, schwenkte die SED-Führung bald auf diese Linie ein und verabschiedete sich damit vom Ziel einer Einheit von Bundesrepublik und DDR.³⁵ Darüber hinaus trug die Verhärtung der Fronten im Kalten Krieg – insbesondere in Gestalt der zweiten Berlin-Krise ab 1958 – dazu bei, dass Ost und West auseinanderdrifteten. Schließlich sollten neben diesen Einflüssen aus dem Bereich der „großen“ Politik Aspekte nicht übersehen werden, die auf darunterliegenden Ebenen wirkten: Dazu gehören bspw. die positiven Erfahrungen, die Mitarbeiter der DDR-Reisebüros und ostdeutsche Messevertreter ab Ende der 1950er Jahre auch im westlichen Ausland sammelten und die der Außenrepräsentation der DDR mehr Selbstbewusstsein gaben.³⁶

Mit den Instruktionen, die die VVK erarbeitete, wurde die Schwerpunktverschiebung zugunsten der DDR ebenso wenig angeordnet wie zuvor die gemeinsame Darstellung von Bundesrepublik und DDR. Festgeschrieben war ab 1960 bemerkenswerterweise jedoch ein Aspekt, der seit Langem verbreitete Praxis in der ostdeutschen Kartengestaltung war, und zwar die Schreibweise von Ortsnamen im Ausland. So hieß es in der Redaktionsanweisung von 1960 erstmalig: „Die Schreibweise der Kartennamen von ausländischen Gebieten erfolgt in der jeweiligen Landessprache einschließlich sämtlicher diakritischer

politischen Grenzen, Maßstab 1:450 000), 7. [und damit wahrscheinlich letzte, C. L.] Auflage, Gotha, VEB Hermann Haack, 1968.

³³ So die stehende Redewendung zum Selbstverständnis der DDR-Regierung; exemplarisch in Erich Honecker, Festveranstaltung zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR, in: Neues Deutschland, 6. 10. 1989; online auch unter http://germanhistorydocs.ghi-dc.org/sub_document.cfm?document_id=1159 (Stand: 11. 3. 2011).

³⁴ Reginald Pustkowski, Die Verlagskartographie in der Deutschen Demokratischen Republik. Ein Beitrag zu Entwicklung und Aufgaben, Gotha/Leipzig 1981, S. 36f.

³⁵ Michael Lemke, Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949–1961, Köln u. a. 2001, S. 503–513.

³⁶ Exemplarisch BArch Berlin, DY 13/29 [im Findbuch verzeichnet als 25b], Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland, Abteilung IIa (Deckers), Jahresbericht der Abteilung IIa für 1958, 25. 2. 1959.

Beifügungen.³⁷ Für das Gebiet der DDR wurde zugleich festgelegt: „Neue, durch die Bodenreform geschaffene und historisch wertvolle Flurnamen sind in einer Auswahl zu übernehmen. Chauvinistische und reaktionäre Namen sind nicht in die Karte einzutragen.“³⁸ Um sämtliche Unsicherheiten in diesen Fragen auszuschließen, erschien eine die Schreibweise geografischer Namen im Detail regelnde Instruktion schließlich 1963.³⁹ Abweichend von der oben genannten Richtlinie aus dem Jahre 1960, nur landessprachige Bezeichnungen im Ausland zu verwenden, sah diese Instruktion vor, dass etwa in der Tschechoslowakei die Namen Budweis, Pilsen und Prag sowie in Polen Warschau als deutsche Bezeichnungen zugelassen waren.⁴⁰

Unabhängig von dieser späten Regelung der Ortsnamenschreibung ist in der Wahl des Blattschnitts und in der Darstellungsweise die Zäsur mit Händen zu greifen: 1959/60 änderten die VVK und die an ihre Weisungen gebundenen Verlage sowohl die Karten, die wie etwa in Schulatlanten im Inland benutzt wurden, als auch solche Karten, die im Ausland verwendet wurden. Das Territorium der DDR war auf diesen neuen Karten nun die bestimmende kartografische Einheit. Allerdings blieben am Rand der kartografischen Produktpalette einige Publikationen erhalten, die über diese Einheit hinauswiesen, wie die oben erwähnte Karte „Die beiden deutschen Staaten“.⁴¹

In der Bundesrepublik begannen in den folgenden Jahren ebenso Debatten um die Darstellung des Verhältnisses von Bundesrepublik und DDR. Anders als der Streit um die Abbildung der Reichsgrenze, dessen Auslöser von außen (vor allem durch Kritik aus Polen) kam, wurde die Auseinandersetzung um die kartografische Darstellung beider deutscher Staaten durch Impulse von außen *und* innen hervorgerufen: Zum einen intensivierte die DDR ihre Tätigkeit in der Auslandskulturarbeit und Tourismuswerbung seit 1958 auch in den neutralen und westlichen Ländern Europas. Die „Gesellschaft für Kulturelle Verbindungen mit dem Ausland“ und die „Liga für Völkerfreundschaft“ verbreiterten ihr Arbeitsspektrum und gründeten seit den 1950er Jahren zahlreiche Teilgesellschaften, denen die Kontaktpflege zu einzelnen Ländern oder Regionen der Welt oblag.⁴² Das Deutsche Reisebüro der DDR dehnte sein Engagement auf zahlreiche westliche Länder aus, so etwa auf Norwegen, Großbritannien oder Zypern.⁴³ Darüber hinaus war die DDR bestrebt, dem Internationalen Tourismusverband (International Union of Official Travel Organizations, IUOTO) beizutreten.⁴⁴ All diese neuen Anstrengungen blieben den Auslandsstellen

³⁷ Vgl. BArch Berlin, DO 1/15.0/70035, Ministerium des Innern, Verwaltung Vermessungs- und Kartenwesen: Redaktionsanweisung für die Schaffung der Topographischen Übersichtskarte 1:500 000, 1. Ausgabe, Berlin (Ost) 1960, S. 51 und 53.

³⁸ Vgl. ebenda.

³⁹ Staatsbibliothek Berlin, Kartensammlung, 8'' Kart. 64/328, Ministerium des Innern, Verwaltung Vermessungs- und Kartenwesen: Instruktionen für die Schreibweise der geographischen Namen in deutschsprachigen Karten (verantwortlicher Redakteur: Reginald Pustkowski), Berlin (Ost) 1963.

⁴⁰ Ebenda, S. 36.

⁴¹ Mickel/Reetz, Die beiden deutschen Staaten.

⁴² BArch Berlin, DY 13/2162, „Disposition der Rede des Präsidenten [Robert Alt]“, Präsidiumssitzung, 21. 6. 1962.

⁴³ BArch Koblenz, B 231/150, Schreiben der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Oslo an das Auswärtige Amt, 28. 4. 1965; BArch Koblenz, B 231/150, Schreiben der Deutschen Zentrale für Fremdenverkehr an das Bundesministerium für Verkehr, 10. 3. 1964; BArch Koblenz, B 231/150, Schreiben des Bundesministeriums für Verkehr an die Deutsche Zentrale für Fremdenverkehr, 25. 10. 1965.

⁴⁴ BArch Koblenz, B 231/150, Schreiben des Bundesministeriums für Verkehr an das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, 28. 10. 1965.

der westdeutschen Fremdenverkehrszentrale nicht verborgen – im Gegenteil: Die Auslandsstellen sandten sorgenvolle Berichte an die Zentrale in Frankfurt am Main und baten um Unterstützung, insbesondere gegen die ostdeutschen Anstrengungen, in die IUOTO aufgenommen zu werden.⁴⁵ Das Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten trat offenkundig in ein neues Stadium.

Zum anderen wandelte sich die Wahrnehmung der DDR innerhalb jener Bundesbehörden, die am Herstellungsprozess der westdeutschen Auslandswerbekarten beteiligt waren, insbesondere im Gesamtdeutschen Ministerium. Im BMG selbst sowie im sogenannten Vorfeld des Ministeriums, d. h. in zahlreichen gesellschaftlichen Organisationen, Vereinen und Bildungseinrichtungen, die teilweise oder ganz vom BMG finanziert wurden, hatte sich im Laufe der Jahre ein breites inhaltliches Spektrum an deutschlandpolitischen Perspektiven und Konzepten herausgebildet.⁴⁶ Hatte die Bundesregierung – und in ihr besonders das Gesamtdeutsche Ministerium – während der 1950er Jahre eine kompromisslos ablehnende Haltung gegenüber der DDR eingenommen, meldeten sich in den 1960er Jahren gerade aus dem BMG und dessen Vorfeld Stimmen zu Wort, die Diskussionen über mögliche Alternativen im Umgang mit dem anderen deutschen Staat anstießen.

Als im Dezember 1966 erstmals ein Regierungsvertreter (und zwar ausgerechnet Herbert Wehner als neuer Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen in der Großen Koalition) den Begriff „DDR“ benutzte, statt von „Sowjetisch besetzter Zone“ zu sprechen, wie es bislang regierungsoffiziell üblich war und den amtlichen Karten- und Bezeichnungsrichtlinien entsprach, entzündete sich eine lebhafte deutschlandpolitische Diskussion, in der schließlich auch die Kartenrichtlinien hinterfragt wurden. Denn der Inhalt dieser Richtlinien, die neben der Bezeichnung „Sowjetisch besetzte Zone“ für die DDR den Begriff „Ostdeutschland“ für die Gebiete östlich von Oder und Neiße vorschrieben, passte seit mehreren Jahren nicht mehr zum Sprachgebrauch im Alltag und in vielen Medien. Zahlreiche Zeitungen und Rundfunkstationen benutzten die Begriffe „Ostdeutschland“ und „DDR“ (mit und ohne Anführungsstriche) ganz selbstverständlich für den anderen deutschen Staat.

Eine interne Analyse des BMG vom 4. Januar 1967 bestätigte nicht nur den Eindruck, dass die Wirksamkeit der Richtlinien im Laufe der Jahre nachgelassen hatte, sondern konstatierte ebenso nüchtern wie besorgt, dass die Bezeichnung „sowjetische Besatzungszone“ bei der Bevölkerung in Mitteldeutschland psychische Reaktionen hervorruft, die nicht im Sinne unserer Politik liegen“. Obwohl die Bonner Regierung immer betont hätte, „daß das Alleinvertretungsrecht keine Bevormundung darstelle“, wäre trotzdem „bei der Bevölkerung in Mitteldeutschland de[r] Eindruck“ entstanden, „als seien sie gegenüber der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutsche minderer Kategorie“.⁴⁷ Eine solche Lageeinschätzung forderte eine Diskussion um die Bezeichnung der DDR – und man kann hinzufügen: um die Abbildung der DDR auf Landkarten – geradezu heraus. Als am Vormittag des 20. Januar 1967 Mitarbeiter des BMG Entwürfe für die

⁴⁵ Ebenda.

⁴⁶ Zum „Vorfeld“ des BMG und dessen deutschlandpolitischer Ausdifferenzierung vgl. Stefan Kreuzberger: *Kampf für die Einheit. Das gesamtdeutsche Ministerium und die politische Kultur des Kalten Krieges 1949–1969*, Düsseldorf 2008, S. 141–154; Gisela Rüss, *Anatomie einer politischen Verwaltung. Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen – Innerdeutsche Beziehungen 1949–1970*, München 1973, S. 75–81; Lotz, *Die Deutung des Verlusts*, S. 151–161 und 225–232.

⁴⁷ BArch Koblenz, B 137/3707, Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, II 1, Vermerk (1. Entwurf), betr. Bezeichnungsrichtlinien, 4.1.1967.

neuen Karten der Fremdenverkehrszentrale begutachteten, wurde am konkreten Beispiel deutlich, welche Spannung zwischen den gedruckten Karten, dem Anspruch der Richtlinien und der aktuellen politischen Lage im Verlauf der zurückliegenden Jahre entstanden war.⁴⁸ Im Mittelpunkt der Begutachtung standen erneut die Darstellung des Verhältnisses zwischen Bundesrepublik und DDR und die Abbildung der Ostgebiete; hinzu kam außerdem die Frage der Kartenbetitelung. Die Kartografen der Fremdenverkehrszentrale hatten, wie in vergangenen Jahren, einen Entwurf vorgelegt, der das Territorium der DDR, abgesehen von den wichtigsten Orten und Straßen, leer belassen hatte. Eine solche Darstellung folgte – wie oben erläutert – den tourismuswirtschaftlichen Interessen der DZF, der an einer Werbung für ihre eigenen Ziele in der Bundesrepublik lag. Auch war diese Darstellung vom Gesamtdeutschen Ministerium immer gutgeheißen worden.

Gerade bei dieser leeren Fläche, die zuvor nie Gegenstand der Diskussion gewesen war, setzte nun das Gesamtdeutsche Ministerium an und legte der DZF nahe, dass „die Einzeichnung der Kulturdenkmäler im Bereiche der sowjetischen Besatzungszone in dem Sinne geringfügig breiter gestreut werden könnte, daß nicht der Eindruck leerer Flächen entsteht“.⁴⁹ Offenkundig hatte das blanke DDR-Territorium durch die Debatte einen Bedeutungswandel erfahren: Aus einem tourismuswirtschaftlich uninteressanten Gelände war ein Territorium geworden, das es zumindest darstellerisch mit dem Gebiet der Bundesrepublik zu verbinden galt.

Angesichts der Menge der Werbematerialien, die die Fremdenverkehrszentrale herausgab, fällt es schwer zu beurteilen, welche unmittelbare Auswirkung die Empfehlung des Gesamtdeutschen Ministeriums hatte. Legt man die ab 1967 erschienenen Karten der DZF nebeneinander, so sind einfache physische, gleichmäßig in West und Ost durchgestaltete Landkarten (die es vereinzelt auch schon zuvor gab⁵⁰) nun häufiger anzutreffen als die reich illustrierten Karten, die in den 1950er Jahren erschienen waren, und die im Erscheinungsbild das Territorium der Bundesrepublik gegenüber der DDR und den Ostgebieten hervorgehoben hatten.⁵¹ Auch wenn in den Quellen kein direkter Verweis auf diese nun größere Zahl an physischen Karten zu finden ist – dem BMG kam diese Darstellung eines geradezu harmonischen Nebeneinanders von Bundesrepublik und DDR auf Landkarten zweifellos entgegen.

⁴⁸ BArch Koblenz, B 137/3707, Entwurf einer Karte in der Anlage zum Schreiben des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen an das Bundesministerium für Verkehr, betr.: Karte der DZF für den Neudruck des Prospektes „Romantisches Deutschland“, 20. I. 1967; ein Abdruck dieser Karte findet sich in Lotz, *Die anspruchsvollen Karten*, S. 53.

⁴⁹ BArch Koblenz, B 137/3707, Schreiben des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen an das Bundesministerium für Verkehr, betr.: Karte der DZF für den Neudruck des Prospektes „Romantisches Deutschland“, 20. I. 1967.

⁵⁰ Exemplarisch: *Nach Deutschland zu jeder Jahreszeit*, hrsg. von der Deutschen Zentrale für Fremdenverkehr, Frankfurt a. M., ohne Jahr [1956].

⁵¹ Vgl. die jeweils in mehreren Sprachen erschienenen Werbematerialserien: *Bundesrepublik Deutschland. Gute Fahrt*, hrsg. von der Deutschen Zentrale für Fremdenverkehr, ohne Jahr [1967]; *République Fédérale d'Allemagne. Bon Voyage*, hrsg. von der Deutschen Zentrale für Fremdenverkehr, Frankfurt a. M., ohne Jahr [1967]; *Federal Republik of Germany. Happy Days in Germany*, hrsg. von der Deutschen Zentrale für Fremdenverkehr, Frankfurt a. M. 1972; vgl. auch die in Zusammenarbeit mit dem Werbeamte der Deutschen Bundesbahn bereits seit Mitte der 1960er Jahre hergestellten Karten (*Durch Deutschland [sic!]* mit der Bahn, hrsg. von der Deutschen Zentrale für Fremdenverkehr und dem Werbeamte der Deutschen Bundesbahn, Frankfurt a. M. 1965, 1969).

Mit Hilfe der einfachen physischen Landkarten, die beide deutsche Staaten gleichmäßig gestaltet nebeneinander zeigten, war zwar auf *ein* darstellerisches Problem eine zeitgemäße Antwort gefunden. Mindestens zwei weitere, wesentliche Probleme blieben jedoch bestehen und beschäftigten die beteiligten Stellen weiter, und zwar die Betitelung der Karten und die Darstellung der Gebiete östlich von Oder und Neiße.

Die Betitelung der Karten war durch die neuen darstellerischen Lösungen keineswegs einfacher geworden. Auch das Betitelungsproblem hatte seine Ursache in dem von der Bundesregierung Anfang der 1950er Jahre formulierten Alleinvertretungsanspruch, wonach allein die Bundesregierung das Recht besäße, für alle Deutschen zu sprechen. In kartografischer Hinsicht hatte dies unmittelbare Folgen für die Verwendung des Begriffes „Deutschland“ auf Landkarten. Innerhalb der Bundesbehörden gab es einerseits Stimmen, die sich dafür einsetzten, den Begriff „Deutschland“ auch dann zu benutzen, wenn allein von der Bundesrepublik die Rede war. Denn dadurch – so die Argumentation – würde auf internationaler Ebene gerade der Anspruch Bonns verdeutlicht, nicht einfach nur für die Westdeutschen, sondern für alle Deutschen zu sprechen. Andererseits gab es Wortmeldungen, die sich dagegen verwarnten, von „Deutschland“ zu sprechen, wenn allein die Bundesrepublik gemeint war, da – so die Befürchtungen – in der internationalen Öffentlichkeit der Eindruck entstehen könnte, als bestehe „Deutschland“ nur aus der Bundesrepublik. Dadurch wäre nicht nur das Ziel einer Vereinigung mit der DDR in Gefahr geraten, sondern auch jeder Anspruch auf die Gebiete östlich von Oder und Neiße hinfällig geworden.⁵²

Diese unauflösbare Spannung im Deutschlandbegriff war die Ursache für immer neue Debatten um die Betitelung der Karten und Werbebroschüren. Auch die Verwendung von Abkürzungen auf Landkarten war ein politisch vermintes Terrain. Als die Werbetexter der Fremdenverkehrszentrale bspw. Anfang 1967 dem BMG einen Umschlagentwurf vorlegten, der den Titel „BRD – Romantisches Reiseland“ führte, reichte der Referent im BMG den Entwurf mit spitzen Fingern zurück: „Ich möchte [...] vorsorglich bemerken“, hieß es in dem Rückgabeschreiben, „daß der Titel ‚BRD – Romantisches Reiseland‘ meine Zustimmung nicht finden wird. [...] ich [muß] Sie darauf hinweisen, daß nach den weiterhin gültigen Richtlinien der Staatsname Bundesrepublik Deutschland nicht abgekürzt werden darf.“⁵³ Zusätzlich verkompliziert wurde die Benennungsfrage durch die zahlreichen Übersetzungen in andere europäische Sprachen, auf die jede internationale Fremdenverkehrswerbung angewiesen war.⁵⁴

Auch in der Betitelungsfrage zogen sich die Diskussionen über Jahre hin. Die gefundenen „Lösungen“ wurden unterdessen immer merkwürdiger – wohl auch, weil im Laufe der Zeit eine immer größere Zahl an Bundesbehörden an den Kartendiskussionen teilnahm.⁵⁵ Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte die Ratlosigkeit in der Frage nach dem

⁵² Exemplarisch für die Kontroverse vgl. BArch Koblenz, B 137/3707, Schreiben des Auswärtigen Amts an das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, 5.11.1965.

⁵³ BArch Koblenz, B 137/3707, Schreiben des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen an das Bundesministerium für Verkehr, betr.: Karte der DZF für den Neudruck des Prospektes „Romantisches Deutschland“, 20.1.1967.

⁵⁴ Zur Werbung in Italien und zu den Schreibweisen „Repubblica Federale di Germania“ und „Repubblica Democratica Tedesca“ vgl. bspw. BArch Koblenz, B 137/3707, Schreiben des Deutschen Generalkonsulats in Mailand (Konsul H. Flender) an die DZF-Vertretung in Rom (Arnold Pallenberg), 27.10.1966.

⁵⁵ Vgl. dazu BArch Koblenz, B 137/3707 und die darin überlieferten Korrespondenzen 1965–1968.

Kartentitel im Frühjahr 1967, als die französischsprachige Ausgabe einer Werbekarte der Fremdenverkehrszentrale unter dem Titel erschien: „Carte de l’Office Central Allemand du Tourisme – DZF“⁵⁶ – hier bezeichnete der Kartentitel nicht mehr das Dargestellte, sondern den Darstellenden.

Ebenso umständlich wie das Problem, die DDR angemessen neben der Bundesrepublik abzubilden, erwies sich der kartografische Umgang mit den Gebieten östlich von Oder und Neiße: Auch wenn die Karten der DZF ab 1967 die DDR und die Bundesrepublik gestalterisch näher zusammenrückten, blieben noch zwei Jahre lang kleine Einblendkarten erhalten, die als Umriss die Reichsgrenzen von 1937 zeigten. Den Blattschnitt und die Platzierung von Legende und erläuternden Texten hatten die Kartografen der DZF schon seit Ende der 1950er Jahre so arrangiert, dass östlich von Oder und Neiße wohl absichtlich nur wenig Platz für kartografisches Gestalten blieb. Als die DZF 1969 auch die Einblendkarten aus ihrem Werbematerial nahm, blieb Leere in den Ostgebieten zurück: In dem Streifen östlich von Oder und Neiße war außer des Reliefs nichts zu sehen: Keine Städte oder Dörfer, keine Straßen und schon gar keine Kulturdenkmäler. Nach Jahren des Streits um die Abbildung der Reichsgrenze war die Darstellung der Gebiete östlich von Oder und Neiße derart aufgeladen, dass die Fremdenverkehrszentrale ebenso wie das Gesamtdeutsche Ministerium in kartografischer Sprachlosigkeit gefangen blieb.

III.

Teilung und Einheit, territorialer Gewinn und Verlust in der deutschen Geschichte werden seit dem 19. Jahrhundert lebhaft in Politik, Öffentlichkeit und auch in der Geschichtswissenschaft diskutiert. Der Aufsatz befasste sich mit der Zeitphase 1945 bis 1972, konzentrierte sich auf räumliche Aspekte von Teilung und Einheit und nutzte als hauptsächliche Quelle kartografische Darstellungen Deutschlands. Bisherige Forschungen haben vor allem Schul- und Geschichtsatlanten analysiert, also Karten, die im Inland benutzt wurden; demgegenüber legte dieser Aufsatz den Schwerpunkt auf Landkarten, die in der Bundesrepublik und in der DDR für das Ausland hergestellt wurden, und zwar Reise- und Verkehrskarten für die internationale touristische Werbung („Auslandswerbekarten“). Der Aufsatz verfolgte die Frage, wie sich die Darstellungen von Teilung und Einheit in Auslandswerbekarten veränderten, welche Konflikte um die Karten ausgefochten wurden und weshalb sich Veränderungen in den Kartendarstellungen durchsetzten.

Die während der 1950er Jahre in der Bundesrepublik hergestellten Auslandswerbekarten zeigten Deutschlands Grenzen von 1937 (damit folgten sie den geltenden Karten- und Bezeichnungsrichtlinien). Innerhalb dieser Grenzen allerdings blieben die Territorien der DDR und östlich von Oder und Neiße weitgehend leer. Einheit und Teilung manifestierten sich in diesen Karten also gleichzeitig, und zwar in der (einheitlichen) Signatur für die Grenze von 1937 einerseits, und andererseits in der unterschiedlichen Flächengestaltung mit Reiserouten und Kulturdenkmälern im Westen und Leere im Osten. Diese Art der Darstellung ging wahrscheinlich darauf zurück, dass die DZF in Frankfurt am

⁵⁶ République Fédérale d’Allemagne. Bon Voyage, hrsg. von der Deutschen Zentrale für Fremdenverkehr, Frankfurt a. M., ohne Jahr [1967]; zur Frage der Kartenbetitelung vgl. auch BArch Koblenz, B 137/3703, Schreiben des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen an Bundeskanzleramt u. a., 8. 2. 1966, Anlage: Protokoll der Besprechung vom 24. 1. 1966.

Main kein wirtschaftliches Interesse hatte, für Reiseziele außerhalb der Bundesrepublik zu werben. Auch das BMG hatte offenkundig gegen die dargestellte Leere im Osten nichts einzuwenden. – Auf Auslandswerbekarten, die während der 1950er Jahre in der DDR produziert wurden, zeigten sich Teilung und Einheit in unterschiedlicher Weise: Während allgemeine Reisekarten die Bundesrepublik und die DDR gleichmäßig gestaltet auf einem Kartenblatt präsentierten, bildeten Materialien für spezielle touristische Zwecke allein die DDR oder einzelne Regionen ab. Auf all diesen Karten waren Oder und Neiße als Staatsgrenze eingezeichnet.

1960, also noch vor dem Mauerbau, verengte die Verwaltung Vermessungs- und Kartenwesen in der DDR den Blattschnitt zahlreicher Karten: Eine gemeinsame Darstellung von Bundesrepublik und DDR war nur noch auf wenigen Kartenprodukten anzutreffen. Die meisten Verkehrs- und sämtliche Tourismus-Karten zeigten nun nur noch die DDR. Aus Sicht der westdeutschen Kartografie demonstrierte die DDR damit die Teilung Deutschlands, aus Sicht der ostdeutschen Kartografie hingegen rückten diese neuen Karten, die allein die DDR zeigten, die Entwicklung des Sozialismus in den Mittelpunkt; sie begriffen auf diese Weise die DDR als eine neue Einheit.

Während der 1960er Jahre veränderte auch die westdeutsche Fremdenverkehrszentrale die Abbildung Deutschlands auf ihren Karten, da diese Karten Gegenstand anhaltender Kritik waren. Zum einen regte sich Widerspruch in ost- und bald auch in westeuropäischen Ländern gegen die Abbildung der Reichsgrenze von 1937. Zum anderen führte die zunehmende Präsenz beider deutscher Staaten auf internationalen Veranstaltungen sowie die in der Bundesrepublik spürbar nachlassende Wirkung der Karten- und Bezeichnungsrichtlinien dazu, die bisherige Darstellung der DDR zu überdenken. Im Ergebnis wiederholter Überarbeitungen stellten die westdeutschen Auslandswerbekarten ab 1967 das Gebiet von Bundesrepublik und DDR stärker integrierend dar; die Reichsgrenze von 1937 verschwand ab 1969 ganz aus den Auslandswerbekarten.

Unabhängig von diesen Veränderungen blieben die Darstellungen von Teilung und Einheit auf ost- und westdeutschen Landkarten spannungsreich: Zwar begriff die amtliche ostdeutsche Kartografie die DDR als staatliche Einheit und grenzte daher ab 1960 das Gebiet der Bundesrepublik immer mehr aus den Karten aus; in einigen kartografischen Produkten blieb aber auch nach 1960 eine Darstellung von Ost- und Westdeutschland auf einem Kartenblatt bspw. mit dem Titel „Die beiden deutschen Staaten“ erhalten. In den westdeutschen amtlichen Kartenwerken zeigten sich Widersprüche vor allem bei der Darstellung der deutschen Ostgebiete: Während in vielen Schulatlanten die Reichsgrenze von 1937 auch in den 1970er und 1980er Jahren – mindestens als Strichellinie – erhalten blieb, verzichteten jene Karten, die für das Ausland produziert wurden, ab 1969 auf die Darstellung der Reichsgrenze.

Namhee Lee

Tausend keimende Träume erstickt

Die Teilung Koreas, der Kalte Krieg und die Nationalismen zweier Koreas

Gerade einen Monat vor der Niederschrift dieses Artikels sah sich eine unglückliche Welt mit der unmittelbar bevorstehenden Möglichkeit eines Krieges konfrontiert, der die koreanische Halbinsel zu zerstören und die Erde in eine nukleare Katastrophe zu stürzen drohte. Am 23. November 2010 eskalierte ein amerikanisch-südkoreanisches Manöver zu einem Artillerieduell zwischen den beiden Koreas. Nordkorea nahm die Insel Yeonpyeong unter Feuer, vier Menschen wurden getötet und erheblich mehr verletzt, Südkorea antwortete entsprechend.

Trotz des dringlichen Appells an die Regierungen Nordkoreas, Südkoreas und der Vereinigten Staaten, eine bereits gefährliche Situation nicht noch weiter anzuhetzen, setzten alle drei ihre provokatorischen Aktionen und ihre aufreizende Rhetorik fort, die bislang schon die Spannung hatten steigen lassen. Unmittelbar nach dem Feuerwechsel der Artillerien entsandten die USA einen mit Atomwaffen bestückten Flugzeugträger, und Präsident Lee Myung-bak gab bekannt, dass die Gefechtsvorschriften für die südkoreanischen Streitkräfte geändert worden seien und nun bei einem Angriff Nordkoreas eine asymmetrische Antwort erlaubten. Der Norden erhöhte die Spannung mit der Erklärung, dass er „ohne Zögern zweite und dritte Angriffe unternehmen werde, sollten sich die Kriegshetzer in Südkorea abermals frecher militärischer Provokationen schuldig machen“. Als die amerikanisch-südkoreanischen Manöver ihren Lauf nahmen, stieg die Spannung noch höher.

Der Zwischenfall zeigte deutlich die Fragilität des Waffenstillstands von 1953, der den Koreakrieg nur vorübergehend stoppte. Fast sechzig Jahre später stehen sich nahezu zwei Millionen Soldaten an der Demilitarisierten Zone (DMZ) gegenüber, Massenvernichtungswaffen finden sich auf beiden Seiten im Überfluss, und die Streitkräfte in der Region stehen in höchster Alarmbereitschaft. Korea ist noch immer geteilt, lange nach Ende des Kalten Krieges, der einst zu der Teilung geführt hat. Warum ist das so, und wie sind einige der Mechanismen beschaffen, die den Zustand der Spaltung konserviert haben?

Es gibt größere strukturelle Schranken für die beiden Koreas, die den Prozess der Wiedervereinigung aufhalten, doch aus Platzgründen beschäftige ich mich hier nur mit der zweiten Frage. Ich vertrete die Auffassung, dass der Kanon des Nationalismus, der theoretisch die Wiedervereinigung der beiden Koreas verlangt, in der Praxis zu den Schlüsselementen gehört, die in jedem der zwei Koreas die Teilung aufrechterhalten haben. Obwohl die Bahn und die Kontur des nationalistischen Kanons sich in der Zeit seit 1948 gewandelt haben, skizziere ich nur den baren Umriss ihrer Charakteristika in den beiden Koreas und trete nicht in eine detaillierte Erörterung unterschiedlicher Perioden ein. Wenn ich dem Fall Südkorea übermäßige Aufmerksamkeit schenke, so vor allem deshalb, weil sich die Forschung, auch meine eigene, mehr dem Süden gewidmet hat; nicht etwa, weil der Fall des Nordens weniger anziehend wäre oder weniger Beachtung verdiente.

Nationalismus als hegemonischer Diskurs

Der Mythos von fünftausend Jahren Geschichte als vereinte Nation – seit der Zeit Tan'guns – und die Erfahrung der japanischen Kolonialherrschaft haben den Koreanern

ein starkes Nationalgefühl eingepflanzt, das namentlich auf der Vorstellung eines gemeinsamen Schicksals und der Teilhabe am gleichen „koreanischen Blut“ beruht, einer ethnisch homogenen und rassisch distinkten „eine Nation“.¹ Die Teilung Koreas und der folgende Koreakrieg haben diese Vorstellung einer auf gleichem Blut und gleicher Abstammung basierenden Nation noch verstärkt, die nun von den Menschen ein Maß an Bindung und Loyalität verlangt, wie es in der koreanischen Geschichte wohl ohne Beispiel ist.² Nationalismus ist als Norm für zwei Koreas mit der gleichen „intellektuellen und moralischen Logik“ akzeptiert, und die Wiedervereinigung der getrennten Teile gilt als eine Verpflichtung, die offenkundig und offensichtlich ist, auch wenn die Divergenzen in allen Lebensbereichen wachsen, die beiden Länder einander feindlich gegenüberstehen und die junge Generation in Südkorea der damit verbundenen finanziellen Bürde mit immer weniger Begeisterung entgegenseht.³

Der nationalistische Kanon wurde auf beiden Seiten festgelegt als Antwort auf die Wandlungen der inneren wie der internationalen Situation, die Teilung des Landes und die Errichtung der separaten Regime unter den Bedingungen des Kalten Krieges. Der Kanon hält aber daran fest, dass sich die beiden Teile Koreas unter allen Umständen vereinigen müssen, da die Teilung unnatürlich und ungewollt sei. Zugleich funktioniert die Teilung jedoch; sie zementiert den Zustand, indem beide Seiten ihrer Legitimität und Überlegenheit absoluten Vorrang zusprechen, was den Menschen auf beiden Seiten die Bindung an den jeweils eigenen Kanon zur einzigen Option macht.

Viele Koreaner verstanden 1945 die Befreiung von japanischer Kolonialherrschaft als historischen Umbruch, als Neubeginn. Korea werde, so glaubte man, seine koloniale Vergangenheit abschütteln und eine neue Nation hervorbringen. Korea werde nicht einen früheren Zustand des politischen Gemeinwesens „restaurieren“. Der postkoloniale Augenblick stellte also den Koreanern in Aussicht, ihr eigenes Wesen als „befreite Menschen einer demokratischen Gesellschaft“ verwirklichen zu können.⁴

Diese Aussicht wurde jedoch jäh und rücksichtslos zunichtegemacht. Die Koreaner hatten ihre Befreiung von Japan nicht als Frucht ihres eigenen Kampfes gewonnen – trotz ihrer beharrlichen antikolonialistischen Anstrengungen –, sondern dem Ende des Zweiten Weltkrieges zu verdanken, und ihr Wunsch nach einem unabhängigen und vereinigten Nationalstaat fiel in der ersten Phase des Kalten Krieges ihrer geopolitischen Lage zum Opfer. Die damals entstehenden Supermächte, die Vereinigten Staaten und dann die Sowjetunion, besetzten die koreanische Halbinsel, und dem autonomen Willen des koreanischen Volkes wurden Grenzen gezogen.

Wie Bruce Cumings sagt, gab es keine historische Rechtfertigung für die Teilung Koreas; anders als Deutschland war Korea während des Krieges kein Aggressor gewesen. Auch die inneren Verhältnisse lieferten keinen Vorwand, das Land zu teilen: „Die politischen und

¹ Gi-Wook Shin/Paul Y. Chang, *The Politics of Nationalism in U.S.-Korean Relations*, in: *Asian Perspective* 28 (2004), H. 4, S. 119–145, hier S. 121.

² Yi Ho-yŏng, *Han’guk chŏnjaenghu Nampukhan „minjok chŏngch’esŏng“ ūi hyŏngsŏng* [Die Entstehung nationaler Identitäten in Nord- und Südkorea seit dem Koreakrieg], in: *Sahoe wa yŏksa* 65 (2004), S. 233–261, hier S. 238.

³ Kim Chŏng-hun, *Nampukhan chibae tamnon ūi minjok chu’i pigyo yŏn’gu* [Eine vergleichende Studie des Nationalismus als herrschende Ideologie in Nord- und Südkorea], Diss. Yonsei Univ., Seoul 1999, S. 3 und 21f.

⁴ Siehe zum Beispiel Chang Chun-ha, *Kwŏntuŏn. Tanchŏl ūi insik* [Vorwort. Anerkennung von Spaltungen], in: *Sasangye* 37 (1956), S. 12f.

ideologischen Gegensätze, die wir mit dem Kalten Krieg verbinden, waren die Gründe für die Teilung Koreas; sie wirkten in Korea schon früh, noch vor dem Beginn des globalen Kalten Krieges, und heute überdauern sie das Ende des Kalten Krieges überall sonst.⁴⁵

Die Vereinigten Staaten hatten die japanische militärische Stärke überschätzt und daher die Sowjetunion gebeten, am Krieg gegen Japan teilzunehmen. Als die USA feststellten, dass die Sowjetunion bereits Truppen jenseits der Grenze stationiert hatte, schlugen sie im Juli 1945 vor, quer durch die koreanische Halbinsel eine temporäre militärische Trennlinie zu ziehen, damit sowohl die Vereinigten Staaten wie die Sowjetunion Japans Kapitulation entgegennehmen könnten. Dass Japan früher als erwartet aufgab und die Sowjetunion Truppen im Norden versammelte, veranlasste die Vereinigten Staaten, die Trennung zu verfestigen; Washington zog die militärische Demarkationslinie am 38. Breitengrad, notifizierte dies Moskau am 15. August 1945, und am 2. September wurde die Trennung offiziell anerkannt.⁶ Die USA kontrollierten den südlichen Teil als Besatzungszone unter einer Militärregierung (United States Military Government/USMG), die alle Macht eines Siegers in feindlichem Territorium besitzt. Die sowjetischen Truppen, die schon am 9. August in den Norden eingerückt waren, begannen bereits zehn Tage nach der Befreiung Blockaden entlang des 38. Breitengrads zu errichten.

Die beiden Supermächte waren in Korea zuerst und vor allem darauf bedacht, ihre eigene Machtbasis zu etablieren, was mit dem Wunsch des koreanischen Volkes zusammenstieß, einen unabhängigen Nationalstaat zu gründen. Zwar machte es die politische Spaltung zwischen der Linken und der Rechten in Korea schwierig, eine gemeinsame koreanische Stimmung zur Geltung zu bringen, doch waren es die widerstreitenden Absichten der Supermächte, die schließlich zur Entstehung separater Regime zu beiden Seiten des 38. Breitengrads führten. Das soll kurz erklärt werden.

Sobald die militärische Demarkationslinie gezogen war, die damals als temporär galt, setzten im Norden wie im Süden unterschiedliche politische Prozesse ein. Die Geschichte der Periode nach der Befreiung ist daher die Geschichte der allmählichen Umwandlung einer anfänglich militärischen Trennlinie in eine ideologische und politische Trennung, in eine Trennung der Systeme. Im Laufe der Jahre wurde diese vorübergehende Linie auch zu einem internationalen Brennpunkt und zum Quell unaussprechlicher Tragödien für das koreanische Volk.⁷

In der ersten Phase der amerikanischen Militärregierung machten jene koreanischen Politiker, die in der Mitte des politischen Spektrums standen – zum Beispiel Yō Yun-hyōng und Kim Kyu-sik, beide bekannte, geachtete und gemäßigte nationalistische Führer –, den Versuch, Linke und Rechte zusammenzubringen, um eine einigte Regierung zu bilden; sie unternahmen es, eine Koalition zwischen Links und Rechts zu organisieren. Die amerikanische Militärregierung jedoch, die den Gedanken an die Koalition initiiert hatte und an die beiden Führer herangetreten war, gedachte das Projekt zur Beschneidung der Macht und des Einflusses der Linken und zur Beschwichtigung einer zunehmend kritischen Bevölkerung zu nutzen. Etliche unterschiedliche Gruppen haben sich bis zum Mai 1946 an der Koalitionsbildung beteiligt, doch ab Juli 1946 begann die amerikanische Militärregierung die führenden Funktionäre der Kommunistischen Partei zu verhaften; dann verbot

⁵ Bruce Cumings, *Korea's Place in the Sun. A Modern History*, New York 1997, S. 186.

⁶ Ebenda, S. 187.

⁷ Pak Myōng-gyu, *Han'guk chōnjaeng kwa minjokjuū* [Der Koreakrieg und Nationalismus], in: *Asia munhwa* 16 (2000), S. 57–95, hier S. 64.

sie die Partei. Damit machte sie die Anstrengungen der Gemäßigten, eine Koalition ins Leben zu rufen, praktisch zunichte. Die Sowjetunion wiederum wirkte auf die gemäßigten nationalistischen Führer ein, die Beteiligung an der Koalition aufzugeben; sie argumentierte, dabei handle es sich bloß um ein antikommunistisches Manöver der USA. Washington und Moskau verfolgten nur ihre eigenen Ziele, die auf die Errichtung von Regimen hinausliefen, die der jeweils eigenen soziopolitischen und ökonomischen Vision freundlich gesinnt waren. Die gemäßigten Führer scheiterten daran, einen autonomen, eigenen Weg zu gehen, da sie zwischen Rechten und Linken eingeklemmt waren und selbst nur geringe organisatorische Kräfte besaßen; außerdem in der Zange der Rivalität zwischen USA und Sowjetunion, des Kalten Krieges, vermochten sie die externen und internen Hindernisse nicht zu überwinden.

Die Vereinten Nationen, damals überwiegend von den USA kontrolliert, stimmten dafür, dass im Mai 1948 Wahlen allein in Südkorea stattfinden sollten. Viele Südkoreaner meinten mit Recht, diese Entscheidung werde die Teilung noch weiter konsolidieren. Kim Kyu-sik und Kim Ku, einer der bekanntesten nationalistischen Führer in Korea, versuchten abermals, zwischen linken und rechten Gruppen eine Einigung zustande zu bringen. Kim Ku sah mit der Wahl den Weg zur Bildung zweier separater Regierungen besritten, was nach seiner Ansicht die von den Supermächten festgelegte temporäre territoriale Trennung in eine permanente Spaltung verwandeln musste. Sie schworen, nicht einer Bahn zu folgen, die am Ende zu einer militärischen Konfrontation zwischen USA und Sowjetunion – dazu zwischen Norden und Süden – führen konnte, auch traten sie dafür ein, das koreanische Problem müsse von Koreanern und unabhängig von den Supermächten gelöst werden. So reisten denn Kim Ku und Kyu-sik – zusammen mit vielen anderen – noch vor den Maiwahlen nach Nordkorea zu einem Treffen mit den dortigen koreanischen Führern, um in vielen Fragen Kompromisse zu finden und Wahlen in beiden Teilen Koreas zu erreichen; damit sollte eine einige Zentralregierung ermöglicht werden. Trotz solcher Bemühungen fanden die Wahlen statt wie geplant, entstand als Resultat die Republik Korea im Süden. Nordkorea folgte sofort und etablierte die Demokratische Volksrepublik Korea.⁸

Anders als Deutschland, das vor seiner Teilung ein Nationalstaat gewesen war – wie kurz auch immer –, standen beide Koreas vor der Aufgabe, einen modernen Nationalstaat vom Augenblick der Teilung an zu schaffen. Die Führer in Nord- wie in Südkorea reagierten auf das Verlangen der Bevölkerung nach einer unabhängigen und vereinten Nation mit der Verabsolutierung eines aus der Kolonialzeit entwickelten Nationalismus. In beiden Koreas erhielt der Nationalismus Vorrang vor allen anderen Werten, und allmählich entwickelte er sich zu einem Instrument, mit dem die herrschenden Regime ihre Macht ausdehnten. Wie in anderen postkolonialen Gesellschaften existierte der Nationalismus zudem in beiden Koreas als ein revolutionäres Credo, das die Menschen mit dem Versprechen der Nationsbildung und nationalistischer Entwicklung mobilisierte, und als „restauratives“ Rezept, das die existierenden hierarchischen Beziehungen reproduzierte.⁹

Seit 1945 und besonders seit dem Koreakrieg war die Existenz der anderen Seite wesentlich für die innere Einheit in den beiden koreanischen Staaten. Die Geschichte wurde in beiden Regimen umgeschrieben, um zu beweisen, dass man selbst der einzige legitime

⁸ Siehe u. a. Yun Min-jae, *Chungdop'a üi minjokjuüi unkong kwa pundan kukga* [Nationalistische Bewegungen in der Mitte und der geteilte Staat], Seoul 2004.

⁹ Kim Chông-hun, *Nampukhan chibae tamnon*, S. 22.

Staat auf der koreanischen Halbinsel und der jeweils andere die Marionette der USA beziehungsweise der Sowjetunion sei; jede der Supermächte erschien dabei als imperialistische Macht, die einfach Japan abgelöst habe. Syngman Rhee im Süden erinnerte die Menschen ständig an die unglückliche koloniale Erfahrung und daran, dass der Norden nichts anderes als eine „neue Kolonie“ der Sowjetunion sei, während Kim Il-sung den Menschen des Nordens einzuhämmern suchte, dass der „amerikanische Eindringling“ sich wie der Besitzer des Landes aufführe.¹⁰

Südkorea: Antikommunismus als nationale Identität

Die Vorstellung einer Nation von „dem Anderen“ ist gewöhnlich keine eingeborene oder feste gesellschaftliche Kategorie, sondern erfährt im Laufe ihrer Entwicklung strittige und die Gestalt verändernde Wandlungen. In Südkorea ist der Kommunist als „der Andere“ das Produkt spezifischer kolonialer und postkolonialer Verhältnisse, ebenso der politischen Umstände. Während der kolonialen Periode haben die japanischen Behörden Kommunisten als „Verbrecher“ und „Sünder“ gebrandmarkt, wie auch alle anderen, die sich damals Japan widersetzen. Koreanische Kommunisten leisteten den Japanern heftigen Widerstand und genossen vor 1945 trotz ihrer inneren Konflikte und trotz der nur kurzen Existenz einer organisierten Partei weithin Ansehen in der koreanischen Bevölkerung.

Das Bild, das sich Koreaner von Kommunisten machten, veränderte sich jedoch mit der Teilung des Landes und mit der Präsenz der Besatzungsmächte USA und UdSSR zu beiden Seiten des 38. Breitengrads. Die Linken, frustriert durch nicht von ihnen zu verantwortende politische Behinderungen und im Bewusstsein eines aus ihrem antikolonialen Kampf folgenden historischen und moralischen Mandats, arbeiteten unermüdlich an der Verwirklichung ihrer Vision von einem sozialistischen Korea. Die Rechten, die kaum einen historischen oder moralischen Anspruch auf die Führung der Nation besaßen, bestanden nicht weniger hart auf ihrem Recht, die Zukunft Koreas nach ihren Vorstellungen zu gestalten. Trotz aller Anstrengungen derjenigen, die sich in der Mitte des politischen Spektrums befanden, ein geeintes Korea zu schaffen, entstanden separate Regime im Norden und Süden, jeweils mit nachhaltiger Unterstützung der USA und der Sowjetunion. 1950 machte Kim Il-sung den Versuch, Korea durch den Einfall in Südkorea gewaltsam wiederzuvereinigen. Danach wurden die Kommunisten in Südkorea nicht nur zu Feinden, sondern zu bösen Geistern, die es aus der Gesellschaft auszutilgen gelte.

Es ist gewiss richtig, dass der innere Streit zwischen Linken und Rechten erheblich zu den politischen Wirren beitrug, die das Land in der ersten Nachkriegsperiode heimsuchten, doch war die Hilfe der amerikanischen Politik in Korea ausschlaggebend dafür, dass die Macht der Rechten zunahm, während die der Kommunisten und Linken eliminiert wurde. Unter dem Diktat der amerikanischen Sicherheitsinteressen in Asien verfolgte Washington in Südkorea vor allem ein Ziel: „Die Eindämmung der Ausbreitung des sowjetischen Kommunismus, die Schaffung politischer Stabilität und die Heranziehung koreanischer Bundesgenossen, die willens sind, eine Demokratie nach amerikanischem Muster und eine kapitalistische Entwicklung zu fördern.“¹¹ Amerikanische Ideale von

¹⁰ Yi Ho-yŏng, *Han'guk chŏnjaenghu Nampukhan*.

¹¹ Hyun Sook Kim, *The Politics of Repression, Resistance, and Revolution. Statemaking in Postwar Korea 1945–1948*, Diss., The New School for Social Research, New York 1991, S. 20.

Freiheit und Demokratie, die Südkoreas Entwicklung bestimmen sollten, waren, wie Bruce Cumings bündig sagt, die „amerikanischen Deckworte für Antikommunismus“.¹² Die amerikanische Militärregierung im postkolonialen Südkorea erwies sich als äußerst effiziente antikommunistische Proselytenmacherin. Bis 1948 war die revolutionäre Situation, die nach 1945 zunächst bestanden hatte, unter Kontrolle gebracht, und linke Gruppen, die sich heftig gegen das Regime gewehrt hatten, sahen sich in den Untergrund abgedrängt.

Im Klima des Kalten Krieges sind die verschiedenartigen soziopolitischen Fragen, die sich leichter Kategorisierung entzogen, im simplizistischen Gegensatz Antikommunismus – Prokommunismus gesehen worden. Jene Individuen, deren frühere politische Orientierung und Tätigkeit sie eigentlich zu Objekten der Säuberung von pro-japanischen Elementen hätten machen sollen, erhielten ein neues politisches Leben und sozusagen eine neue politische Identität als Antikommunisten. Erhielten die Rechten politische Legitimität als Nationalisten, so wurden Kommunisten und sonstige Linke nicht nur als „antinationale“ verfehmt, sondern als „unreine Elemente“, die zu beseitigen seien. Ihnen wurde die volle Staatsbürgerschaft verweigert, darüber hinaus galten sie als minderwertige Menschen. Nach dem Vorbild der Bestrafung von Familienmitgliedern und Verwandten derjenigen, die schwerer Verbrechen – zum Beispiel „lèse-majesté (yönjwaje)“ – angeklagt waren, wurden auch die Familienmitglieder und Verwandten angegeblicher Linker vom öffentlichen Dienst und von der Militärakademie ausgeschlossen; sie durften nicht ins Ausland reisen, was sie daran hinderte, Stellungen in Wirtschaftsverbänden zu bekommen.

Der Koreakrieg

Für die meisten Südkoreaner blieb jedoch der Koreakrieg die prägende antikommunistische Erfahrung. Dieser Krieg, mehr als alles andere, machte Antikommunismus zur nationalen Politik und verlieh ihm seine tief internalisierte und in den Alltag wirkende Qualität. Der Politologe Choi Jang-jip schreibt:

„Der Koreakrieg war der entscheidende Wendepunkt in der modernen koreanischen Geschichte, die Löschung von allem, das vorherging: die koloniale Erfahrung, die Befreiung, die Teilung und die Besetzung. Zugleich wurde er zum Ausgangspunkt jeglicher koreanischer Nachkriegspolitik. Auch für die Beziehung Staat – Zivilgesellschaft formte er die Parameter kommender Konflikte. Hatte vor dem Krieg der südkoreanische Staat nur eine schwache lokale Basis, so versorgte der Krieg den Staat mit einer ideologischen Fundierung für den Aufbau von Legitimität. Antikommunismus, artikuliert und erfahren im Alltagsleben, wurde zum Leitmotiv der ideologischen Legitimierung des südkoreanischen Staates.“¹³

Krieg wird gewöhnlich für eine Nation oder einen Staat geführt und dann eine Grundlage für die Festigung nationaler Identität. Wäre der Koreakrieg ein Krieg zur Befreiung Koreas von einer Kolonialmacht gewesen, wäre er zum Symbol der Integration der koreanischen Gesellschaft geworden. Doch war er kein Befreiungskrieg und kein Krieg zwischen Nationalstaaten.¹⁴ Aus der vorherrschenden Ansicht, dass sich die koreanische Nation in tausend Jahren politischer, sprachlicher und geografischer Kontinuität entwickelt habe, und aus dem unmittelbar vorhergehenden antikolonialistischen Befreiungsimpuls,

¹² Bruce Cumings, *The Origins of the Korean War*, Bd. 2, Princeton 1990, S. 28.

¹³ Jang Jip Choi, *Political Cleavages in South Korea*, in: Hagen Koo (Hrsg.), *State and Society in Contemporary Korea*, Ithaca, NY 1993, S. 13–50, hier S. 21f.

¹⁴ Pak Myöng-gyu, *Han'guk chönjaeng kwa minjokjuüi*, S. 58.

der die Koreaner für den Kampf gegen Japan mobilisiert hatte, ergab sich die Logik, dass das willkürlich geteilte Land wieder vereinigt werden müsse, wenn notwendig mit Gewalt¹⁵ – diese fehlerhafte Logik lag dem Koreakrieg zugrunde.

Während der Prozess der Etablierung separater Regime ablief, warfen die Führer beider Seiten einander vor, illegitim, ja Betrüger zu sein, doch ist es zweifelhaft, dass diese Art von Feindschaft an der Spitze auch den durchschnittlichen Koreaner bewegte. Trotz der grundverschiedenen Art, in der auf beiden Seiten postkoloniale Probleme gelöst wurden – Bodenreform ist das hervorstechendste Beispiel –, hatten die Menschen in Süd- und Nordkorea solche Unterschiede nicht internalisiert und die Teilung nur als temporär angesehen. Nachdem der Krieg aber begonnen hatte, verschwand das auf rassistischer und ethnischer Einheit beruhende Nationalgefühl nahezu, mit ihm der optimistische Glaube, die Teilung sei nur vorübergehend. Die durchschnittlichen Koreaner sahen sich in einer völlig neuen und absurden Situation, in der die eigene Existenz fundamental unsicher geworden war, es sei denn, man verstand den jeweils anderen als Feind; die Wahl, sich für eine Seite zu entscheiden, wurde zu einer Frage von Leben und Tod.¹⁶ Der Schock und die ihn begleitende psychische Spaltung beschränkten sich nicht auf die Generation, die den Krieg selbst erlebte; auch das Bewusstsein und die Weltsicht der nächsten Generation standen noch in ihrem Banne.¹⁷

Trotz immenser Zerstörung und dem Verlust vieler Menschenleben änderte der Krieg nichts am Status quo. Da die jeweils andere Seite als ein unverbesserliches Anderes galt, diente die offizielle Nachkriegsform des Nationalismus – dass die Koreaner eine Nation seien und daher die Teilung überwinden müssten – vor allem dazu, die politische Legitimität und Ideologie der nördlichen beziehungsweise der südlichen Seite zu beglaubigen und zu stützen; für die Wiedervereinigung der beiden Teile konnte das nur als Hindernis wirken. Der Nationalismus funktionierte mehr als Weltanschauung und kulturelles System und nicht einfach als eine vom Staat oktroyierte Doktrin oder als Mittel zur Einigung des Landes.¹⁸

So trug der Krieg, der zur Überwindung der geopolitischen Teilung geführt wurde, am Ende in beiden Koreas zur Konsolidierung und Vertiefung der Spaltung in all ihren Aspekten bei. Der Krieg wurde nicht allein von Soldaten auf dem Schlachtfeld ausgetragen, sondern zugleich in der jeweiligen Zivilgesellschaft mit üblen Akten der Eliminierung all jener, die für Anhänger der anderen Seite gehalten wurden; zehntausende Zivilisten wurden ohne Prozess summarisch hingerichtet, weil sie angeblich für den Feind gearbeitet hatten. Durch die Erfahrung des Krieges nahm der Norden für den Süden und der Süden für den Norden den Platz des „Anderen“ ein, und zwischen beiden Seiten herrschte bis vor Kurzem Antagonismus. Die extrem hasserfüllte Art des Antikommunismus im Süden und der gleichermaßen hasserfüllte Anti-Amerikanismus im Norden erwachsen aus jener Situation.¹⁹ Während sowohl der Norden wie der Süden die Wiedervereinigung zum Ziel ihrer nationalen Politik erklärten – bis 1972 blieb Seoul die verfassungsrechtliche Hauptstadt Nordkoreas –, suchten beide Koreas das Land durch die Übernahme der

¹⁵ Kim Chǒng-hun, *Nampukhan chibae tamnon*, S. 39.

¹⁶ Pak Myǒng-gyu, *Han'guk chǒnjaeng kwa minjokjuüi*, S. 78.

¹⁷ Ebenda, S. 59.

¹⁸ Ebenda, S. 62.

¹⁹ Kim Chǒng-hun, *Nampukhan chibae tamnon*, S. 25; Pak Myǒng-gyu, *Han'guk chǒnjaeng kwa minjokjuüi*, S. 78.

jeweils anderen Seite zu vereinigen, und sowohl Südkorea wie Nordkorea schufen staatliche Einrichtungen zur Ausspionierung und zur Destabilisierung des feindlichen Landesteils. Vor Mitte der sechziger Jahre machte der Norden auch den Versuch, eine politische Partei zur Revolutionierung des Südens zu etablieren, was dann, dem Norden zufolge, die Revolution auf der ganzen Halbinsel, im dann vereinigten Korea vollenden würde. (Die Politik Nordkoreas in dieser Frage hat sich im Laufe der Zeit geändert.) Keine Seite entwickelte eine Politik der Versöhnung oder Annäherung, ähnlich der Ostpolitik Westdeutschlands, bis die Regierung Kim Dae-jungs in den späten neunziger Jahren ihre „Sonenschein-Politik“ einleitete. Auch gab es, wiederum bis vor Kurzem, keine Kontakte zwischen den Bevölkerungen der beiden Koreas.

Nordkorea: „Unsere Art des Sozialismus“

Nordkoreas Definition von Nation und die wichtigeren nordkoreanischen Vorstellungen von Nationalismus haben sich im Laufe der Jahre gewandelt, und zwar meist mit der Entwicklung des „Juche-Ideals“ und mit wechselnden inneren und internationalen Situationen. Nordkoreas herrschende Ideen waren im Juche-Ideal verkörpert, das Autonomie und Selbstvertrauen in allen Bereichen des Lebens lehrt, von Politik und Wirtschaft über Kultur bis zum Verhalten im Alltag. Juche (wörtlich: „Meister, Hauptsache, das Ganze“) im Sinne von Unabhängigkeit und Selbstvertrauen gab es im Lexikon des koreanischen politischen Lebens schon länger. Es wurde oft von gesellschaftlichen und politischen Führern wie Park Chung-hee beschworen. Das Juche-Ideal als zentrale politische Doktrin, die alle Aspekte des Lebens in Nordkorea bestimmt, tauchte jedoch 1955 auf, als der Norden mit wachsenden Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, in den zunehmenden Spannungen zwischen der Sowjetunion und China eine neutrale und eigenständige Position zu behaupten. Zum nordkoreanischen Gedankensystem gehörte Juche in der Ideologie, Unabhängigkeit in der Politik (chaju), Selbstversorgung in der Wirtschaft und Selbstverteidigung (chawi). Das Juche-Ideal war das Produkt der besonderen Lage Nordkoreas als einer postkolonialen Gesellschaft, in der die Legitimität der politischen Führung auf ihrer Leitung einer bewaffneten antikolonialen Bewegung beruhte. Da Nordkorea in der postkolonialen Dritten Welt fast zehn Jahre lang die einzige herrschende kommunistische Partei aufwies, galt das Land im Westen auch weithin als „der schlimmste internationale Paria“, weil es den Koreakrieg begonnen hatte, in den die Vereinten Nationen verwickelt wurden, zudem als eine Marionette der Sowjetunion. Aus diesen Gründen haben einige Gelehrte im Westen – die vielleicht Sympathie für Nordkorea hatten, aber nicht gerade für linke Tendenzen bekannt waren – dazu geneigt, die Juche-Idee als „eine normale und gesunde Reaktion der Koreaner auf die unter Fremdherrschaft ertragenen Leiden“ zu betrachten, als eine Form „psychologischer Dekolonisierung, [...] als Versuch der Abschüttelung japanischer Einflüsse und als Vorbereitung auf die Aufgabe der Transformierung der Koreaner in eine fortgeschrittene und unabhängige Nation“.²⁰

Vor Kurzem haben Wissenschaftler in Südkorea das Juche-Ideal gründlicher zu untersuchen und als eine seinem Wesen nach nationalistische Idee zu behandeln begonnen.

²⁰ Dae-Sook Suh, Kim Il Sung. *The North Korean Leader*, New York 1988, S. 310; Gordon White, *North Korean Chuch'e: The Political Economy of Independence*, in: *Bulletin of Concerned Asian Scholars* 7 (1975), H. 2, S. 44–54, hier S. 45.

Chŏn Sang-in zum Beispiel hat konstatiert, das Juche-Ideal sei in dreierlei Hinsicht nationalistisch:

Erstens sei es eine Form des sozialistischen Patriotismus, zu definieren „als Patriotismus der Arbeiterklasse, die nach Sozialismus und Kommunismus strebt“, und als „die Vereinigung der Liebe zur eigenen Klasse mit der zur eigenen Nation und zum Vaterland“.²¹ In seinen frühen Jahren habe Nordkorea den Nationalismus kritisch gesehen, als „bourgeois Denken“, das Klasseninteresse als nationales Interesse ausbeute und Streit zwischen den Nationen schüre. Nordkorea habe behauptet, sein sozialistischer Patriotismus basiere nicht auf der Vorstellung von einer unveränderlichen oder primordialen Nation, sondern spiegle einen sozialen und ökonomischen Zustand der Nation wider, der sich ebenfalls im Laufe der Zeiten wandle; damit sollte der Unterschied zum traditionellen Nationalismus, der sich auf rassische oder ethnische Einheit beruft, betont werden.²² Der sozialistische Patriotismus resultierte aus dem Bemühen Nordkoreas, Klassenbewusstsein und nationalistische Emotionen zu kombinieren²³, doch muss festgehalten werden, dass die Nation eine zentrale Antriebskraft für Autonomie und Entwicklung im Juche-Ideal geblieben ist.

Zweitens unterliege Nordkoreas sozialistischer Revolution und Entwicklung das Prinzip der nationalen Autonomie. Wie schon kurz erwähnt, hat Kim Il-sung, seit 1955 das Juche-Ideal etabliert worden war, Autonomie und Unabhängigkeit als entscheidende Faktoren der erfolgreichen sozialistischen Revolution Nordkoreas hervorgehoben. Autonomie und Unabhängigkeit auf ideologischem, politischem, wirtschaftlichem Felde wie auch in Fragen der nationalen Verteidigung waren die Leitprinzipien des Juche-Ideals und Nordkoreas sozialistischer Entwicklung.²⁴

Drittens bestehe die Vorstellung von einem starken Führer (suryŏng) und der erblichen Weitergabe von Macht, was viel mit den hierarchischen Prinzipien des traditionellen koreanischen Herrschaftssystems gemein habe.²⁵ Im Juche-Ideal nimmt der oberste Führer einen zentralen Platz im Leben der Nation ein; er spielt eine entscheidende Rolle in einem revolutionären Kampf. Der oberste Führer leitet die revolutionäre Bewegung, und die Menschen schließen sich auf der Grundlage brüderlicher Liebe und Loyalität zusammen; die Beziehung ist „organisch und vollständig hingebungsvoll“. Während eines revolutionären Kampfes sollen die Menschen „suryŏng“ vorbehaltlos als oberste Autorität in allen Fragen anerkennen. Die erbliche Weitergabe von Macht wird ebenfalls damit begründet, dass ein neuer Führer „ein oberster Führer sein wird, der suryŏngs revolutionäre Aufgabe vollendet“. Diese Aspekte des Juche-Ideals stehen der traditionell dominierenden Ideologie des konfuzianischen Systems sehr nahe.²⁶

Seit Mitte der achtziger Jahre, als Nordkorea vor einer Reihe innerer und internationaler Herausforderungen stand, begann der Nationalismus die Einschränkungen abzustreifen, die zuvor gemacht worden waren: Ethnische und rassische Einheit traten in den Vordergrund, die Überlegenheit der nordkoreanischen Art des Sozialismus wurde postuliert. Nordkorea verfocht nun die Doktrin „die koreanische Nation zuerst“ (Chosŏminjok cheil

²¹ Zitiert bei Chŏn Sang-in, *Hanguk chŏnjaeng kwa kukka kŏnsŏl* [Der Koreakrieg und Staatsbildung], in: *Asia munhwa* 16 (2000), S. 19–56.

²² Yi Ho-yŏng, *Han'guk chŏnjaenghu* Nampukhan, S. 245.

²³ Chŏn Sang-in, Kim Jong Il ch'eje ūi chibae inyŏm [Die herrschende Ideologie des Systems von Kim Jong Il], in: *T'ongil yŏn'gu nonch'ong* 3 (1994), H. 2, S. 1–29, hier S. 2.

²⁴ Ebenda, S. 12f.

²⁵ Ebenda, S. 13f.

²⁶ Ebenda, S. 14.

chuüi) und „Unser Stil des Sozialismus“ (urisik sahoe chuüi), was Wissenschaftler als das Bemühen interpretieren, angesichts der kapitalistischen Marktwirtschaft in China und der damaligen Sowjetunion eine Alternative zum Geschick des europäischen Kommunismus zu finden.²⁷ 1987 wurde sogar das Wort „Nationalismus“ wieder eingeführt, das bis dahin gebannt gewesen war.²⁸ Anfang der neunziger Jahre setzte die Förderung nationaler Traditionen ein, so wurde der Tan'gun-Mythos wiederbelebt und der Konfuzianismus, bislang als reaktionäre Ideologie angesehen, wieder gewürdigt „als eine mögliche politische Ethik, die das Juche-Ideal stützen könnte“.²⁹

Wiedervereinigung und Homogenität

Wie dargelegt, haben beide Koreas die friedliche Vereinigung als grundsätzliches Ziel proklamiert, bis vor Kurzem aber dieses Ziel durch die Übernahme der anderen Seite zu erreichen gesucht. Wie viele Gelehrte festgestellt haben, sind der Norden und der Süden voneinander abhängig; es kann weder Innenpolitik noch Außenpolitik geben, ohne die Existenz der anderen Seite zur Kenntnis zu nehmen. Allein ist weder Nordkorea noch Südkorea eine selbstständige autonome Politik möglich. Daher sollte die Wiedervereinigung in beiden Ländern als gesellschaftliche Aufgabe gelten. Andererseits müsste nach der Vereinigung die Homogenisierung der beiden Koreas keine primäre Notwendigkeit für die gesellschaftliche Integration sein. Wenn Homogenität vor der Teilung existierte, so sagen manche, sollten sich die Koreaner fragen, ob diese überhaupt wünschenswert sei. Für eine gesellschaftliche Integration, ohne dass eine Seite entfremdet oder unterdrückt wird, müssen die Unterschiede, die jetzt zwischen Nord und Süd bestehen, anerkannt und akzeptiert werden.³⁰

Aus dem Englischen übersetzt von Hermann Graml

²⁷ Shin/Chang, *The Politics of Nationalism*, S. 134.

²⁸ Kim Chǒng-hun, *Nampukhan chibae tamnon*, S. 33; Yi Ho-yǒng, *Han'guk chǒnjaenghu Nampukhan*, S. 245.

²⁹ Shin/Chang, *The Politics of Nationalism*, S. 134.

³⁰ Yi Ho-yǒng, *Han'guk chǒnjaenghu Nampukhan*, S. 254; Shin/Chang, *The Politics of Nationalism*, S. 134.

III. Dekolonisation

Peter King

Indonesien und ethno-nationalistischer „Separatismus“ seit der Unabhängigkeit: Ost-Timor, Aceh und Papua

Am 7. August 1945, einen Tag nach der Bombardierung Hiroshimas, schlossen sich die künftigen Führer Indonesiens, Sukarno und Hatta, einem von Japan organisierten Vorbereitenden Komitee für Indonesiens Unabhängigkeit in Jakarta an. Prompt wurden sie nach Saigon geflogen, wo sie mit dem japanischen Befehlshaber des südlichen Bereichs, Feldmarschall Hisaichi Terauchi, zusammentrafen, der ihnen Unabhängigkeit als dringliche Priorität zusagte – aber nur für das niederländische ostindische Territorium. Am 17. August, wieder in Jakarta, erklärten sie die Unabhängigkeit des ganzen ehemals niederländischen Gebiets von Sabang im nördlichen Aceh bis zu Merauke im südwestlichen Neuguinea – im Namen eines selbstständigen Indonesien.¹

Damit schien die Frage der Expansion des künftigen indonesischen Staates über die Grenzen des holländischen Imperiums hinaus – in die ebenfalls malaiischen Regionen Malaya und British-Borneo – beantwortet zu sein, eine Option, für die Sukarno während der japanischen Besetzung in Diskussionen mit anderen Nationalisten eingetreten war. Noch leidenschaftlicher hatte sich der prominente intellektuelle Nationalist und Mentor Sukarnos, Mohammad Yamin², für ein pan-malaiisches Indonesien eingesetzt; er wollte auch das portugiesische (Ost-)Timor in die Unabhängigkeitserklärung aufgenommen sehen.³

Auf der anderen Seite hatte Sukarnos Vizepräsident, Mohammad Hatta aus Sumatra, die Gefahren einer indonesischen imperialen Rolle vis à vis Britisch-Malaya beschworen. Er hatte sogar angedeutet, dass den melanesischen Papuas erlaubt werden sollte, ihren eigenen Weg zu gehen, statt sie an die muslimisch und javanisch dominierte malaiische Welt Indonesiens zu binden; er hatte sie als Mitbewohner West-Neuguineas kennengelernt, wohin er von den Holländern in den dreißiger Jahren als politischer Häftling deportiert worden war. Er sympathisierte auch mit den Holländern bei ihrem Indies-Debakel.⁴ Es war Hatta, der 1949 die indonesische Delegation bei der Round-Table-Konferenz mit den Holländern führte, die, im Interesse möglichst früher Unabhängigkeit, die Kompromiss-Lösung begünstigte, welche es den Holländern erlaubte, West-Neuguinea aus dem Transfer der Souveränität auf das unabhängige Indonesien auszunehmen. Diese Entscheidung sollte katastrophale Konsequenzen für die Holländer, für die Indonesier und auch, so lässt sich sagen, für die Papuas selbst haben.⁵

Die Holländer retteten in der Tat ein gewisses Maß an Kolonialstolz, jedenfalls in ihren eigenen Augen, als sie das Territorium behielten, das West-Papua werden sollte, doch war die indonesische Zustimmung zum temporären „Verlust“ des Gebiets stets nur ein mo-

¹ M. C. Ricklefs, *A History of Modern Indonesia since 1200*, Palgrave 2001, S. 259.

² J. D. Legge, *Sukarno. A Political Biography*, London 1972, S. 190.

³ Robert Cribb/Audrey Kahin, *Historical Dictionary of Indonesia*, Lanham, MD 2004, S. 460 (Eintrag zu Yamin).

⁴ Mavis Rose, *Indonesia Free. A Political Biography of Mohammad Hatta*, Singapore 2010, S. 262.

⁵ C. L. M. Penders, *The West New Guinea Debacle. Dutch Decolonisation and Indonesia 1945–1962*, Honolulu 2002, S. 84. Ricklefs nennt das Territorium zu dieser Zeit Irian Jaya – eine Bezeichnung, die nur von Sukarno nach 1962 gebraucht wurde.

mentanes Aushilfsmittel. Und so wurden die Holländer doch noch entscheidend geschlagen, und zwar nach einem langen ergebnislosen diplomatischen Ringen mit Sukarno in den fünfziger Jahren über West-Irian, wie die Indonesier die Region zu nennen begonnen hatten, und nach einer kurzen – ebenfalls ergebnislosen – Auseinandersetzung mit den noch immer von Sukarno geführten indonesischen Streitkräften Anfang der sechziger Jahre durch eine unfreundliche Wendung in der Diplomatie der Kennedy-Administration in Washington.

Die amerikanische Regierung begann die Linsen ihrer Kalte-Kriegs-Brille zu adjustieren und den Vorteil zu erkennen, der zu gewinnen sein mochte, wenn sie Sukarno einen glorreichen Sieg über ihre Bundesgenossen in Europa, die Holländer, ermöglichte. Sie hoffte den Kommunismus in Indonesien in Schach zu halten, sofern es ihr gelang, die politische Radikalisierung zu untergraben, die aus der Intensivierung der „Befreit-West-Irian“-Kampagne Sukarnos resultierte; auch sollte dem Einfluss entgegengewirkt werden, den China über die PKI (Partai Komunis Indonesia – Kommunistische Partei Indonesiens) und die Sowjetunion mit Waffenlieferungen in Jakarta gewannen. Am 15. August 1962 willigten die Holländer – unter dem von den USA vermittelten und ohne die geringste papuanische Beteiligung ausgehandelten sogenannten New York Agreement – ein, West-Neuguinea am 1. Mai 1963, nach einer Interims-Verwaltung durch die Vereinten Nationen, Indonesien zu übergeben – zu welchem Datum Indonesien nun ein „saturierter“ ex-kolonialer Staat sein sollte.⁶

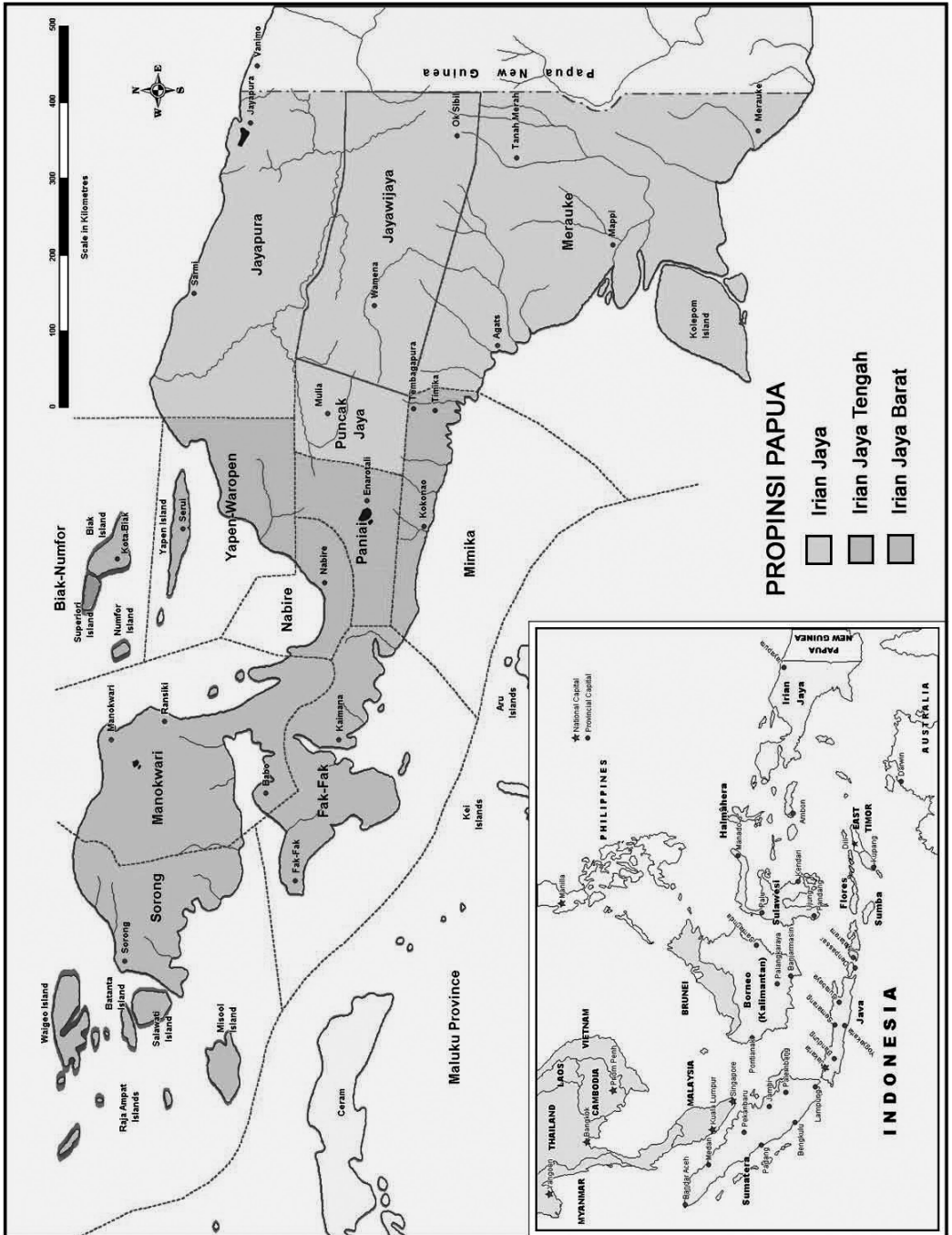
Tatsächlich machte aber Sukarno noch einen weiteren Versuch, die indonesische Hegemonie über die im August 1945 festgelegten Grenzen – wenn auch innerhalb der mailaiischen Welt – auszudehnen, und zwar 1963 bis 1965 mit seiner „Konfrontasi-Kampagne“ gegen Malaysia. Das war freilich eine erfolglose diplomatische und nur halbherzige militärische Anstrengung, die Inkorporation der Territorien auf Borneo – und vorübergehend, wie sich herausstellte, auch Singapurs – in ein erweitertes und mittlerweile (seit 1957) unabhängiges Malaya zu blockieren.⁷ Diese Narrheit Sukarnos wurde im September 1965 in aller Stille von seinem Nachfolger, dem „gemäßigten“ und US-freundlichen General Haji Mohamed Suharto, beendet, der allerdings nach einem Jahrzehnt ebenfalls die imperialistische Versuchung spürte.

1974/75, als Portugal recht chaotische Vorbereitungen traf, Ost-Timor zu entkolonialisieren, gab Präsident Suharto – der immerhin den Oberbefehl über Sukarnos Kampagne zur „Befreiung“ West-Irians innegehabt hatte – der am Ende fatalen Verlockung nach, das unter der populären Fretilin-Partei zur Unabhängigkeit anstehende Ost-Timor gewaltsam unterwerfen zu wollen. Fretilin hatte durch ihren bewaffneten Arm Falantil einen entschlossenen militärischen und politischen Widerstand gegen die indonesische Herrschaft bereits geplant und dann prompt eröffnet, der zumindest politisch eine ganze Generation andauerte. Seit Beginn der Okkupation, im Dezember 1975, sah sich die Suharto-Diktatur, obwohl im Westen als der – buchstäblich – Henker des indonesischen Kommunismus willkommen geheißen, lang andauernder Kritik ausgesetzt, in den Vereinten Nationen und in Europa, wo die Rechtmäßigkeit der Annexion Ost-Timors – ohne einen einwandfreien Akt der Selbstbestimmung – niemals akzeptiert wurde. Eine solche Anerkennung war ja auch höchst unwahrscheinlich, solange Unterdrückung, Grausamkeit und Ausbeutung die Okkupation charakterisierten.⁸

⁶ Ebenda, S. 328.

⁷ J. A. C. Mackie, *Konfrontasi. The Indonesia-Malaysia Dispute, 1963-1966*, Oxford 1974.

⁸ James Dunn, *East Timor. A People Betrayed*, Sydney 1983.



Am Ende brach der indonesische Wille zur Herrschaft in Ost-Timor. Die asiatische Finanzkrise von 1997 führte im Mai 1998 zum Sturz Suhartos, und im Januar 1999 gab die mit Reformversprechen angetretene Präsidentschaft Jusuf Habibies bekannt, dass ein Referendum über die Unabhängigkeit Ost-Timors unter UN-Auspizien stattfinden werde. Im August 1999 gab es unter der restaurierten Fretilin-Führung einen triumphalen Sieg. Ost-Timor war, wie zuvor Indonesien, in der Lage, am 2. Mai 2002 eine zweite Unabhängigkeit, nach der nicht anerkannten vom November 1975, zu erklären.

Mittlerweile war 1976, nur ein Jahr nach der Besetzung Ost-Timors, eine nach Unabhängigkeit strebende Aufstandsbewegung in der Aceh-Region auf Sumatra entstanden, die ebenfalls 1999 einen politischen Höhepunkt erreichte. Im Dezember 1999 demonstrierte eine Million Menschen in Banda Aceh, der Hauptstadt, für ein eigenes Referendum, ganz nach dem Muster des Volksentscheids, der im August Ost-Timor gewährt worden war. Der Wunsch blieb freilich unerfüllt, obwohl ihn Habibies demokratischer Nachfolger als Präsident, Abdurrahman Wahid, unterstützt hatte, ehe er im Oktober 1999 an die Macht kam. (Nachdem er die Macht an Megawati Sukarnoputri, die Tochter Sukarnos, wieder verloren hatte, durch einen parlamentarischen Impeachment-Coup im Juli 2001, schlug er ein solches Referendum auch für West-Papua vor.⁹)

Jedoch nach sechs Jahren – und im Nachgang zu dem katastrophalen Tsunami vom zweiten Weihnachtsfeiertag 2004, der 170 000 Acehnesiern das Leben kostete – hatten sich die Guerillas der GAM (Gerakan Aceh Merdeka – Bewegung Freies Aceh) auf einen ganz speziellen Autonomie-Handel mit der Regierung des Präsidenten Susilo Bambang Yudhoyono, der Megawati im Oktober 2004 nachgefolgt war, eingelassen. Als unparteiischer Dritter fungierte der ehemalige finnische Präsident Martti Ahtisaari.

Mit dem „Memorandum of Understanding“ (MoU), das die GAM und Indonesien unterzeichneten, verloren – oder demobilisierten – die Acehnesier ihre Aufstandsbewegung und lieferten die Waffen ab, mit denen sie gekämpft hatten. Aber neben anderen Dingen gewannen sie das Recht, ihre Aufstandsbewegung als politische Partei wieder erstehen zu lassen, ein Privileg, das nicht einmal für gewaltfreie lokale Gruppierungen in irgendeiner anderen indonesischen Provinz und schon gar nicht für die Papuas erreichbar war. Die seit Langem existierende Guerilla-Bewegung der Papuas, die OPM (Organisasi Papua Merdeka – Organisation für ein freies Papua), versucht – oder versuchte bis vor Kurzem – einen Übergang zu friedlicher Politik wie die GAM, doch scheitert der Versuch derzeit am fehlenden Entgegenkommen Jakartas.

In Aceh ist das Zugeständnis, lokale Parteien ins Leben rufen zu dürfen, in den nach der Friedensregelung durchgeführten Provinz- und Gouverneurswahlen glänzend gerechtfertigt worden. Im Dezember 2006 hat der ehemalige Guerilla-Führer Irwandi Yusuf die Wahl als Provinzgouverneur gegen alle Kandidaten nationaler Parteien gewonnen, und 2009 erreichte die Nachfolgerin der GAM, die Aceh-Partei, 33 von 69 Sitzen im Provinzialparlament.

Im Gegensatz hierzu hatten die Holländer in West-Papua eine Saat gesät, aus der eine überwältigende Präferenz für Selbstbestimmung und Unabhängigkeit – vor allen sonstigen Optionen, die zwischen 1949 und 1963 in Rede standen – erwuchs. Es begann, als die ungewünschte „Unabhängigkeit“ von Holland sich den Melanesiern von Sukarnos

⁹ Peter King, *West Papua and Indonesia since Suharto. Independence, Autonomy or Chaos?*, Sydney 2004, S. 20.

West-Irian als Besetzung durch das von Java beherrschte Indonesien darbot.¹⁰ (Die neue Provinz wurde später, 1973, in Irian Jaya (Siegreiches Irian) umgetauft – doch waren die Sieger keineswegs die Papuas.) Diese unechte Selbstbestimmung wurde 1969 noch bekräftigt, als die Farce des „Act of Free Choice“ unter – jedoch in Abkehr von – den Bedingungen des holländisch-indonesischen „New York Agreement“ über die Bühne ging, wobei die papuanische Bevölkerung von 800 000 auf 1 025 Wahlberechtigte heruntermanipuliert wurde, die denn auch mit einer wenig plausiblen Einstimmigkeit – verängstigt, weil sozusagen den geladenen Revolver an der Schläfe – für die Inkorporation in Indonesien votierten.¹¹

All das war für die Papuas eine Tragödie, und fast fünf Jahrzehnte später suchen sie noch immer – mehr denn je – einen Ausweg, im Namen ihres eigenen Rechts auf „merdeka“ (Freiheit).

* * *

In den drei oben angeführten Fällen scheint es auf die Frage, was Gewinne und was Verluste für Indonesien waren, eine klare Antwort zu geben. Ost-Timor war ein Gewinn, mit dem von Anfang an, seit 1975, schlecht umgegangen wurde, und das führte 1999 zu einem Verlust. Aceh war ein potenzieller Verlust, aus dem, obwohl von 1976 bis kurz nach 2000 ebenfalls miserabel gehandhabt, 2005 durch einen Kompromiss ein Gewinn wurde, und dieser Kompromiss funktioniert bis heute offenbar recht gut. Papua war 1963 ein Gewinn, der aber bis zur Gegenwart eine üble Behandlung erfuhr und immer noch zum Verlust werden kann, da es im Hinblick auf die Papuas an echter Anerkennung, Würdigung, Konsultation und Verhandlungsbereitschaft fehlt. In der Realität jedoch und selbst unter dem Aspekt von „Realpolitik“ ist, wie wir sehen werden, die Kalkulation mit Gewinn und Verlust in solch simplem Geist auf geradezu absurde Weise unangemessen, selbst wenn wir die Interessen (win – lose) der provinziellen Partner/Opfer, Ost-Timor, Aceh und Papua, in Betracht ziehen. Hier lautet die zentrale Frage: Verlust und Gewinn für wen?

Was ist „Indonesien“ und was sind seine vorgeblichen Interessen?

Wenn wir von indonesischen Interessen sprechen, meinen wir dann Interessen der Eliten, des Staates oder weit verstandene nationale Interessen, das heißt Interessen der Bevölke-

¹⁰ Nach der Volkszählung von 2010 leben auf Java 57% von Indonesiens etwa 240 Millionen Menschen, von denen 45% ethnische Javaner sind, <http://en.wikipedia.org/wiki/Java> (Zugriff: 31.5.2012). West-Papuas gesamte eingeborene Bevölkerung belief sich zum Zeitpunkt dieser Volkszählung auf schätzungsweise 1,76 Millionen, neben einer nach 1963 zugewanderten indonesischen Bevölkerung von 1,85 Millionen, viele davon Javaner. Die Siedlerpopulation hat seither um 10% pro Jahr zugenommen, und die eingeborenen Papuas sind nun eine klare Minderheit in ihrem eigenen Land. Siehe Jim Elmslie, *Comprehending West Papua. Demographic Transition and the 2010 Indonesian Census*, in: Peter King/Jim Elmslie/Camellia Webb-Gannon (Hrsg.), *Comprehending West Papua, The West Papua Project, Centre for Peace and Conflict Studies, University of Sydney 2011*, S. 358–368, hier S. 359f. (online zugänglich: http://sydney.edu.au/arts/peace_conflict/practice/Comprehending%20West%20Papua.pdf, 31.5.2012).

¹¹ Pieter Drooglever, *An Act of Free Choice. Decolonisation and the Right to Self-Determination in West Papua*, London 2009.

rung? Reden wir von kurzfristigen, mittelfristigen oder langfristigen Interessen? Hat es Sinn, indonesische Interessen so zu definieren, dass der Wert einer ethnischen Minorität und die Interessen einer Provinz in den Wind geschlagen werden? Wir brauchen diese Fragen bloß zu stellen, um zu sehen, dass die Berechnung von win – lose ganz anders ausfällt, wenn wir ihnen auch nur flüchtiges Augenmerk widmen.¹²

Die Interessen der Eliten und die des Staates sind in Indonesien natürlich ebenso unentwirrbar verknüpft wie fast überall sonst auf unserem Planeten, doch ist ihre derzeitige Form in den Zeiten Sukarnos und Suhartos festgelegt worden; „reformasi“ seit 1998 hat daran wenig geändert. Patriotismus meint als Schlüsselwort für die herrschende Elite: blinde Loyalität zur NKRI (Negara Kesatuan Republik Indonesia – Unitarischer Staat der Republik Indonesien), tatsächlich aber gilt ihre letzte Loyalität, wie man sagen könnte, den drei Buchstaben KKN (Korupsi, Kolusi dan Nepotisme – Korruption, Kollusion und Nepotismus). Jedenfalls dominieren diese verschwisterten Kräfte die nationale Politik, dank des von Sukarno in der von seiner Tochter Megawati Sukarnoputri geführten Partei (Partai Demokrasi Indonesia Perjuangan: PDI-P – Demokratische Partei des Kampfes Indonesiens) hinterlassenen Erbes und dank des Erbes Suhartos in der Golkar-Partei, die jetzt von einem der reichsten Männer Indonesiens geführt wird, von Aburizal Bakrie. Doch das Prinzip der Familienpolitik, das ebenso korporativ wie politisch ist – siehe die nach wie vor blühende Suharto-Familie –, und die Verquickung von Geld und Politik sind auch in der dem Anschein nach reformistischen Demokratischen Partei (Partai Demokrat), die der gegenwärtige Präsident gegründet hat, sehr lebendig.¹³

Enthüllungen aus dem angezapften Funkverkehr amerikanischer Diplomaten weisen darauf hin, dass sich Präsident Yudhoyono im KKN-Rennen mit etlichen notorischen Gestalten aus der Suharto-Ära eingelassen hat.¹⁴ Familienpolitik (Nepotisme), die Verbindung von Politik und Geld sowie integraler Nationalismus, die dauerhafte Trinität im politischen Leben Indonesiens, das bedeutet, dass die Interessen des Staates von einer reichen, bürokratischen, militärischen und politischen Elite nicht nur definiert, sondern auch in den Dienst der diversen Interessen dieser Elite gestellt werden.

Solch politisch-ökonomische Perspektiven ebenso vor Augen wie Aspekte der Geopolitik, wollen wir die drei Fälle noch einmal untersuchen.

¹² Siehe auch Peter King, *West Papua and Indonesia in the 21st Century. Resilient Minnow? Implacable Minotaur?*, Paper presented to Panel 34, *Enduring Conflicts and Ethnic Resilience*, Euroseas Conference, Naples, 12-14 September 2007 (erhältlich als Papua Paper No 1, West Papua Project, Centre for Peace and Conflict Studies, University of Sydney, online: http://sydney.edu.au/arts/peace_conflict/docs/working_papers/PK%20WP%20and%20Indonesia%20in%20the%2021st%20century-%20Nov10.pdf, 31. 5. 2012).

¹³ Siehe Donny Syofyan, 2012: *Yudhoyono's Final Chance to Curb Corruption*, in: *Jakarta Post*, 30.12. 2011.

¹⁴ Philip Dorling, *Explosive WikiLeaks Cables Nail Yudhoyono*, in: *Asia Sentinel*, 11. 3. 2011. Yudhoyono hat anscheinend den Ehemann von Megawati, Taufik Kiemas, 2004 gegen schwere Korruptionsvorwürfe gedeckt, während sein damaliger Vizepräsident, der Geschäftsmann Yusuf Kalla, Millionen Dollars zur Verfügung stellte, um den Vorsitz der Golkar-Partei und im gleichen Jahr einen Griff nach der Präsidentschaft zu sichern. Das derzeitige Haupt der Golkar-Partei und Yudhoyonos Koordinationsminister für Volkswohlfahrt, Aburizal Bakrie, wird sich höchstwahrscheinlich 2014 um die Präsidentschaft bewerben, dabei möglicherweise gegen Yudhoyonos Ehefrau und Großunternehmerin Kristiani Herawati antreten. Dazu: *SBY's Wife for Indonesia's President? Don't Cry for Me, Indonesia*, in: *Asia Sentinel*, 5. 1. 2011.

Ost-Timor

Der offenkundige strategische Gewinn, der 1975 gemacht werden konnte, bestand darin, dass das einzige fremde Territorium in dem ausgedehnten Archipel, der Indonesien ist, eliminiert und zugleich die angenommene Möglichkeit, ein unabhängiges, von der Fretilin-Partei geführtes Ost-Timor werde ins kommunistische Lager abdriften, zunichtegemacht wurde. Eine solche Möglichkeit war ja auch für Indonesien selbst nicht ausgeschlossen, ehe im Frühjahr 1965 Sukarno die Macht ergriff. Mit Ost-Timor nach den blutigen Kampagnen und der Hungersnot von 1978/79 in sicherem Besitz, fand die Armee viele Gelegenheiten, sowohl selbst Geschäfte zu machen als auch die lokalen Geschäfte zu schröpfen; lange erfreute sie sich eines Monopols der hauptsächlichen Exportware Ost-Timors: Kaffee. Sie nutzte auch weidlich die Art von Straflosigkeit aus, die sie sich 1965/66 nach der „Niederwerfung“ der PKI zu verschaffen gewusst hatte; die Opfer aus der PKI erreichten sechsstellige Zahlen, wie später auch die Opfer der Armee in Timor.¹⁵ Bis das Santa-Cruz-Friedhof-Massaker (Dili-Massaker) auf Video aufgenommen wurde, hat das Regime, das eine derartige militärische Okkupation guthieß oder sogar ermutigte, warme Unterstützung in Washington, Canberra und anderswo gefunden, wenn auch nicht so sehr in Europa und bei den Vereinten Nationen.

Tatsächlich hatte Suharto 1975 gezögert, gegen ein unabhängiges Ost-Timor vorzugehen, und seine Nachfolger als Präsident hatten es stets in der Hand, die Annexion zu widerrufen oder doch provisorisch zu delegitimieren. Habibie schien dazu bereit zu sein, als er Anfang 1999 ein Referendum ankündigte. In Wirklichkeit aber konnten die TNI (Tentara Nasional Indonesia – die Streitkräfte) während ihrer Einschüchterungskampagne in jenem Jahr und bei ihrem Rachefeldzug nach dem Referendum im August stets auf finanzielle und sonstige Unterstützung in der Regierung zählen. Jakarta hätte wohl in der Tat den Versuch der TNI akzeptiert, zur Revision des Referendums – wäre es erfolgreich gewesen – Massendeportationen, also eine „ethnische Säuberung“, durchzuführen. Doch das Indonesien der Verschwörung der Militärs und der Nachgiebigkeit der Regierung wurde durch eine Art globalen zivilen Aufstands vor sich selbst gerettet, und eine von Australien dirigierte – und von den USA gedeckte – militärische Aktion der UN nahm den Indonesiern die Frage aus der Hand.¹⁶

Schließlich hat sich das unabhängige Ost-Timor unter den Veteranen von Fretilin und Falantil gegenüber Jakarta so unterwürfig gezeigt, wie das ein Anhänger von „Realpolitik“ nur wünschen konnte. Tatsächlich sind die West-Papuas wiederholt sowohl vom derzeitigen Präsidenten Ramos Horta wie von dessen Premierminister Xanana Gusmão ermahnt worden, ihr Geschick innerhalb der NKRI hinzunehmen – was zu der Zeit unvorstellbar gewesen wäre, als der eine im Cipinang-Gefängnis saß und der andere in einem anscheinend nie enden wollenden Exil lebte.¹⁷

¹⁵ Chega! Final Report of the Commission for Reception, Truth and Reconciliation in East Timor (CAVR), CAVR, Dili 2005 (Chega = „Nie wieder“ auf Portugiesisch), <http://www.etan.org/news/2006/cavr.htm> (31. 5. 2012).

¹⁶ Clinton Fernandes, *Reluctant Saviour. Australia, Indonesia and the Independence of East Timor*, Melbourne 2004.

¹⁷ A Response to Ramos Horta's Advice to West Papuan Activists, in: TAPOL. The Indonesia Human Rights Campaign, 1. 11. 2005, AWPAA (Australia West Papua Association) Newsletter No. 69, October 2005, <http://www.zulenet.com/awpa/pages/wp69.html> (31. 5. 2012).

Aceh

Von allen indonesischen Provinzen hatte allein Aceh eine lange Geschichte unabhängiger Existenz vor Erscheinen der Holländer, und dort stießen die holländischen Truppen auch auf den härtesten Widerstand, dem sie während des 19. Jahrhunderts irgendwo auf dem Archipel begegneten. Zwei Kriege waren nötig, um die Acehnesier zu unterwerfen, und nach 1945 haben die Holländer nicht einmal den Versuch einer Wiedereroberung gemacht. So konnten die Acehnesier eine führende Rolle im revolutionären Krieg von 1945 bis 1949 spielen, was ihnen das Versprechen auf eine privilegierte autonome Position in einem selbstständigen Indonesien verschaffte. Als sich dieses Versprechen unter Suharto in Luft auflöste, suchten die Menschen die Unabhängigkeit durch einen Aufstand zu erreichen, waren aber erst 2005 in der Lage, durch eine ausgehandelte Vereinbarung jene Art von Autonomie zu erreichen, die man ihnen ein halbes Jahrhundert zuvor zugesagt hatte.¹⁸

Die Armee erlitt dabei Verluste – Aceh war der zweitletzte Raum gewesen, in dem sie noch immer straflos unterdrücken und dunkle Geschäfte machen können; nach dem MoU blieb nur noch ein gesetzloses Gebiet: West-Papua. Aber für die indonesische Regierung, selbst für eine von einem Ex-General (Yudhoyono) geführte Regierung, und für das indonesische Volk waren die Gewinne beträchtlich: gesteigertes Ansehen und die allgemeinen Segnungen des Friedens nach fast 30 Jahren Konflikt. Und Aceh blieb in der Republik. Die lange Periode der Repression konnte man als eine überlange Periode potenziellen Totalverlusts für Jakarta ansehen, ein Übel, das am Ende durch Dialog und den Kompromiss von 2005 vermieden wurde.

West-Papua

Wie schon gesagt, konnte Jakarta einen handgreiflichen „realpolitischen“ Gewinn einheimsen, als Druck auf die Holländer und Bereitwilligkeit der amerikanischen Politik dazu führten, dass West-Neuguinea 1963 in den Schoß der unabhängigen ostindischen Republik von 1949 „zurückkehrte“, wo es seither ein schwierig zu handhabendes, doch produktives Aktivum war. 1963, als Jakarta die Verwaltung von Irian aus den Händen der UN übernahm, wuchs Indonesiens schmale – für eine Bevölkerung von 240 Millionen – Landfläche um mehr als ein Fünftel; Irian/Papua beherbergte die größte Gold- und Kupfermine der Welt (Eigentum des amerikanisch kontrollierten Freeport Indonesia, Jakartas größter Steuerzahler), und die indonesische Geschäftswelt wie ihre Mitspielerin, die indonesische Armee, bekamen die Chance, Papuas maritime, minerale, agrarische und forstwirtschaftliche Reichtümer auszubeuten, im Rahmen des schwächsten und korruptesten legalen Regimes auf dem ganzen Planeten.¹⁹

Vielleicht am wichtigsten: Irian/Papua wurde zum Heim von mehr als anderthalb Millionen indonesischen Neusiedlern aus den Regionen außerhalb Papuas (und deren Nachkommenschaft), die mittlerweile die ungebärdigen eingeborenen Papuas an Zahl wohl

¹⁸ Edward Aspinall, *Islam and Nation. Separatist Rebellion in Aceh, Indonesia*, Stanford, CA 2009.

¹⁹ Peter King, „Corruption Ruins Everything“. Gridlock over Suharto's Legacy in Indonesia, in: *The Asia-Pacific Journal: Japan Focus*, Februar 2008, online: <http://japanfocus.org/~peter-king/2679> (31. 5. 2012).

übertreffen und diese mit äußerster Marginalisierung, ja selbst mit einem „langsamen Genozid“ bedrohen.²⁰

* * *

Um die bisherigen Argumente zusammenzufassen:

Mit seiner Politik der Ausplünderung und der Unterdrückung legte Jakarta in Ost-Timor eine Win-lose-Situation an – und die Provinz ging schließlich verloren, nachdem dem Gegner, der Bevölkerung und der Widerstandsbewegung Ost-Timors, schreckliche Kosten aufgebürdet worden waren. Überraschenderweise hat sich jedoch das unabhängige Regime in Dili als ein freundlicher, ja überfreundlicher Nachbar erwiesen, obwohl es von eben den internationalen Aktivisten und Guerilla-Kommandeuren geführt wird, die dem Ansehen Indonesiens so viel Schaden zufügten, während der Konflikt im Gange war.²¹

In Aceh vermied Jakarta einen solchen Ausgang, indem es das Null-Summen-Spiel der Insurgentenbekämpfung in eine Affäre beidseitigen Gewinns überführte, in der abermals die früheren Leiter des Widerstands ihre eigene Politik – und ihre eigenen Geschäfte – machen können, wenn auch letzten Endes nach den Regeln Jakartas. Doch erfreuen sie sich jetzt einer sehr speziellen Version der speziellen Autonomie, die ihnen – wie den Papuas – ursprünglich von Jakarta 2001 gegeben worden war, die sie aber mit dem MoU von 2005 zugunsten einer wesentlich mehr autochthonen lokalen Ordnung verwarfen; zu ihr gehört auch das Recht – sie sind Indonesiens frömmste Muslime –, eine acehnische Art der Scharia zu verbreiten und anzuwenden.

In starkem Gegensatz hierzu dauert in Papua der Null-Summen-Konflikt an. Die „gewöhnliche“ Sonderautonomie wurde 2001 zugestanden oder eigentlich ohne angemessene Konsultation verliehen und von etlichen unterschiedlichen, jedoch repräsentativen papuanischen Massenorganisationen abgelehnt (etliche Male an Jakarta „zurückgegeben“). Der sichtbarste „Rückgabe-Akt“ war eine gewaltige Demonstration in Jayapura, bei der, im Juni 2010, das alt-papuanische Oberhaus des lokalen Parlaments MPR (Majelis Rakyat Papua) und der Papuanische Herkömmliche Rat (Dewan Adat Papua) Pate standen. Die Papuas wehren sich nicht nur gegen den Mangel an Konsultation über das spezielle Autonomiegesetz, sondern weil dessen Durchführung nicht dem Oberhaus übertragen ist und weil Bestimmungen zur Sicherung der staatlichen Finanzierung des Gesundheits- und des Bildungswesens, zwei Bereiche mit starker Priorität, fehlen. Papua ist sogar in zwei Provinzen geteilt worden: Papua und West-Papua. Das Dekret des Präsidenten, das 2003 diese Trennung verfügte, ignorierte das Vetorecht, das dem MPR nach dem Autonomiegesetz bei einer derartigen Maßnahme des *divide et impera* zustehen sollte; allerdings hat das MPR zu jenem Zeitpunkt noch nicht existiert!

²⁰ Siehe Anm. 10.

²¹ Die Regierung von Ramos Horta und Xanana Gusmão hält es jetzt für richtig, sich gegen die Volksmeinung zu stellen, indem sie sich weigert, die Organisationen und Exekutoren von 32 Jahren Menschenrechtsverletzungen in Ost-Timor und der Zerstörung der Infrastruktur des Landes am Vorabend der Befreiung 1999 zur Rechenschaft zu ziehen. Sie gibt sich nun auch dazu her, den Führern von Papuas Kampf um Gerechtigkeit zu raten, ihr Geschick unter Merah Putih, der rot-weißen Flagge Indonesiens, zu akzeptieren. Dies gehört zum „Preis der Freiheit“, den die früher sehr unverblümt sprechenden Führer Ost-Timors nach Erlangung der Eigenständigkeit zu zahlen haben. Siehe Damien Kingsbury, *East Timor. The Price of Liberty*, New York 2009.

Dass zulängliche Investitionen in die Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Papuas fehlen, hängt aufs Engste mit der Schaffung neuer Provinzen (etliche mehr sind schon zu ahnen) und neuer Regentschaften – ihre Zahl hat sich in einer Dekade verdoppelt – zusammen. Gewählte eingeborene papuanische Gouverneure (wie sie vom Gesetz vorgesehen sind) und Bupatis (Bezirkschefs), die unter der Bedingung der Rechtsfreiheit und der indonesischen Habsuchtspolitik operieren, haben vor der Notwendigkeit zur Entwicklung völlig versagt, sind vielmehr selbst zu einer kritiklosen Elite geworden, die vom guten Willen Jakartas abhängig ist – wie das wahrscheinlich auch beabsichtigt war. Die im Rahmen der Sonder-Autonomie der beiden papuanischen Provinzen gewährten Gaben der Zentralregierung – Billionen Rupien (Hunderte von Millionen Dollar) – sind für überproportionierte neue Bürokratien verschwendet worden, in Korruption – einschließlich von Zahlungen an bestechliche Funktionäre in Jakarta – versickert und sogar in militärische Operationen geflossen – auf Verlangen unterfinanzierter und übereifriger TNI-Einheiten.²²

Die politische Situation, die sich aus all dem in Papua selbst ergeben hat, kann als Dreiecks-Konflikt gesehen werden, nämlich zwischen der Masse der eingeborenen Papuas – verarmt, verbittert und politisch in Bewegung –, einer kleinen papuanischen politischen und bürokratischen Elite, unter der Sonder-Autonomie von Jakarta mit hohen Kosten gepflegt, und dem Geschäftsimperium der TNI, besonders der Spezialeinheit der Armee (Kopassus/Komando Pasukan Khusus), die die papuanische Elite unter der Knute hält und ebenso effektiv – jedenfalls oft – für die indonesischen Siedler spricht und handelt wie die Zentralregierung. Diese Regierung schien oft so vorzugehen, als habe sie keine Politik für Papua, als mangle es ihr jedenfalls an Zutrauen, dort ihre zentrale Politik zu verfolgen, die der Sonder-Autonomie, welche auf gefährliche Weise durch Ränke ausgeschiedener Offiziere mit anderen Ultra-Nationalisten im Innenministerium untergraben worden ist.²³

Bis jetzt hat die Regierung keine überzeugenden Schritte zur Überwindung des toten Punkts unternommen, der in Papua durch die skizzierte Konstellation der Kräfte entstanden ist, Schritte wie mit der Referendum-Initiative von 1999 in Ost-Timor und wie mit dem zweiten Versuch einer international vermittelten Verhandlung mit der GAM in Aceh, der 2005 erfolgreich war.

Papua/Jakarta

Nachdem die Konflikte in Ost-Timor und Aceh einigermaßen behandelt sind, ist als nächster Schritt eine Analyse der Situation zwischen Papua und Jakarta angemessen, wobei die oben umrissene Herangehensweise angewandt werden soll, die nach den Verlusten und Gewinnen der in einen mörderischen Konflikt verwickelten Parteien fragt. Dazu gehört auch – logischerweise – die Hinterfragung von geltend gemachten Staatsinteressen im Lichte der fundamentaleren – und daher langfristigen – Vorstellung von nationalem Interesse, das heißt vom Interesse der Bevölkerung, gelöst von engen „realpolitischen“ Überlegungen und von den Gruppeninteressen jener Militärs und Finanzleute, die, im

²² Socratez Sofyan Yoman, *Genocide, Military Operations and Islamization under Special Autonomy in West Papua*, 10. 3. 2007, copyright w@tchPapua, online: <http://www.infopapua.org> (31. 5. 2012).

²³ King, *West Papua and Indonesia since Suharto*, Kap. 3.

Falle Indonesiens, ihre Dominanz über Staat und Bevölkerung aus dem Herrschaftssystem des kleptokratischen militärischen Diktators Suharto in die gegenwärtige Ära einer Semidemokratie verlängert haben – vor allem in Papua.

In der Tat – nach der international erzwungenen Vertreibung der TNI aus Ost-Timor wie der zögerlichen Annahme des MoU in Aceh und der erheblichen Demobilisierung dort²⁴ ist nur noch Papua übrig, und zwar sowohl als letzter gesetzloser Raum für unangefochtene üble Geschäftemacherei und ungehemmte Unterdrückung – einschließlich öffentlicher Folter²⁵ – durch TNI und Polizei wie aber auch als Raum für eine weitere Kampagne der indonesischen und papuanischen (dazu der internationalen) Zivilgesellschaft zur möglichen Zurückdrängung und Entmachtung der TNI.

Dazu müsste nicht notwendigerweise papuanische Unabhängigkeit gehören, auch wenn die Mehrheit der Papuas sie wohl nie aus den Augen verlieren wird. Doch wäre es erforderlich, dass Indonesien sich erstmals ernsthaft mit den akkumulierten papuanischen Gravamina auseinandersetzt und für Papua zumindest einen Status nach dem Muster Acehs in Betracht zieht. Welche Gewinne und Verluste und für wen – und was genau konstituiert hier Indonesien und was Papua?

Beschäftigen wir uns zuerst mit der Option der Unabhängigkeit, die eine Form erhalten könnte, wie sie die australische Regierung in ihrer diplomatischen Initiative vom Dezember 1998 für Ost-Timor vorgesehen hatte. Premierminister John Howard empfahl Präsident Habibie eine längere Periode echter Autonomie, der dann ein Referendum über die Frage der Unabhängigkeit für die Bevölkerung Ost-Timors folgen könne – eben den Weg, der tatsächlich von den rebellischen Provinzen und Menschen in Frankreichs süd-pazifischem Territorium Neu-Kaledonien (Kanaky) und von der Bougainville-Provinz des papuanischen Neuguinea gegangen wurde, nach ausgehandelten Friedensschlüssen, die langen Konflikten ein Ende setzten.²⁶ Solche Regelungen haben den außerordentlichen Vorteil einer Abkühlungsperiode, in der Herr und Untertan die möglichen Gewinne und Verluste mit einiger Gelassenheit erwägen und vielleicht sogar bislang fundamentale Vorstellungen davon revidieren können.

Es lässt sich sagen, dass Indonesien gut daran tat, nach dem Sturz Suhartos sogleich auf ein Referendum in Ost-Timor zuzusteuern. Der „Gewinn“ Ost-Timors war mit beträchtlichen Kosten verbunden – so musste fast 35 Jahre lang eine starke militärische Garnison unterhalten werden –, auch litt das internationale Ansehen, und diese Bürde drohte noch viele Jahre auf dem Staat zu lasten. Nur die Militärs profitierten, und Habibie war ja ein ziviler Präsident, der außerdem nicht ohne Sorge sah, dass die Bevölkerung Timors ein überwältigend christliches Element in einem ansonsten muslimischen Indonesien darstellte.²⁷ Aceh erfreute sich am Ende einer sehr speziellen Form einer speziellen Autono-

²⁴ Aspinall, *Islam and Nation*, Kap. 8.

²⁵ Indonesia: Stop Stalling on Investigating Torture Video Episode. Papuan Farmer Describes Days of Abuse by Soldiers, in: News Release, Human Rights Watch, New York, 21.11.2010, <http://www.hrw.org/news/2010/11/21/indonesia-stop-stalling-investigating-torture-video-episode-0> (31.5.2012); [President] SBY describes Papua torture as „minor“, in: *The Jakarta Post*, 22.1.2011. „Routine“ wäre angebracht – die fraglichen Soldaten wurden lediglich wegen Disziplinlosigkeit angeklagt, während Filep Karma eine Gefängnisstrafe von 15 Jahren abbüßt, wegen der Hissung der Morgenstern-Flagge Papuas.

²⁶ Anthony J. Regan, *Light Intervention. Lessons from Bougainville*, Washington, D.C. 2010.

²⁷ Zu Habibie und Ost-Timor siehe Kingsbury, *East Timor*, Kap. 3. Die Papuas sind in ihrer überwältigenden Mehrheit Christen.

mie, wenn auch ihr MoU keine Klausel enthielt, die den Austritt aus der unitarischen Republik per Referendum erlauben würde; einige hartgesottene acehnische Nationalisten verweigern eben deshalb der neuen Ordnung in ihrem Heimatland noch immer ihre Zustimmung. Den Papuas ist weder ein Referendum noch eine mit internationaler Beteiligung ausgehandelte Sonder-Autonomie offeriert worden. Warum ist das so?

Jakartas Kalkulation der Gewinne und Verluste, die mit Regelungen des Papua-Konflikts verbunden sein können, sofern diese den Status Papuas möglicherweise fundamental verändern, scheint folgendermaßen zu sein:

1. Unter einer sehr speziellen Autonomie, die für die Papuas akzeptabel sein soll, müsste es für gewählte papuanische Führer reale Autorität geben, eine Wahrheits- und Versöhnungskommission, eine unabhängige Menschenrechtskommission – zugesagt, aber unter der speziellen Autonomie nicht eingerichtet – und vor allem eine „Richtigstellung der Geschichte“. Darunter verstehen die Papuas einen Prozess, in dem die Sünden der indonesischen Stiefväter seit 1963 beschworen, erinnert, festgehalten und korrigiert werden müssen. In den Augen Jakartas wäre das jedoch nur eine weitere Ermutigung von „Separatismus“ – der indonesische Begriff für jegliche gegen Jakarta gerichtete Aktivität, vom Schwenken der papuanischen Flagge und der mit friedlichen Mitteln vertretenen Ablehnung der speziellen Autonomie bis zu bewaffneter Rebellion und zum Eintreten für Unabhängigkeit.

2. Der Status quo ist also für die tonangebenden Gruppen Indonesiens sehr annehmbar, angesichts enormer Profite und bedeutender Steuereinnahmen von der Freeport-Grube und zunehmend von BP's Erdgasanlagen in Bintuni Bay; dazu kommen riesige Palmölplantagen und landwirtschaftliche Güter, die um Merauke und anderswo unterstützt werden. All das kann nur einen von Jakarta gewollten – was freilich selten ausgesprochen wird – Prozess beschleunigen, in dem die eingeborenen Papuas durch eine Welle freiwilliger neuer indonesischer Siedler wie der Nachkommen bereits Angesiedelter demografisch überwältigt werden. Am Ende werden die eingeborenen Papuas nicht nur weniger Waffen haben, sondern auch weniger Menschen und weniger Stimmen.²⁸

Schluss

Aber die Logik der in Papua angewandten schmutzigen Praktiken stößt an jene Grenzen, die schon in Ost-Timor und Aceh zu beobachten waren. In den Worten eines japanischen Wissenschaftlers, der in Ost-Timor reiche Erfahrungen sammeln konnte:

„Die Situation, in der sich die indonesische Regierung derzeit hinsichtlich des Problems West-Papua befindet, erinnert an das Problem Ost-Timor in den späten achtziger Jahren. Da gab es schwere Menschenrechtsverletzungen, das Gebiet war gegen ausländische Medien abgeschottet, der Zustrom von Migranten marginalisierte die Ansässigen und verursachte hochgehende Ressentiments, örtliche Führer begannen zu denken, die Politik der Regierung sei gescheitert, und da gab es eine herangewachsene junge Generation, deren Angehörige zwar unter dem indonesischen Bildungssystem als indonesische Kinder erzogen worden waren, sich jedoch trotzdem weigerten, sich als Indonesier zu fühlen. Diese jungen Leute artikulierten sich zusehends und fuhren fort, die

²⁸ Die Tausende der Freiheitskämpfer der OPM haben nur gelegentlich eine geringe Anzahl moderner Gewehre aufbieten können; ihr Widerstand gegen die Okkupation war weitgehend symbolisch, wenn auch in diesem Sinne kraftvoll.

„Unhaltbarkeit“ der Situation anzuprangern. In West-Papua scheint die Situation in der Tat unhaltbar zu sein. Es dauert nur länger, bis die Welt die Wahrheit erkennt.“²⁹

Für die Papuas kann aber die Unhaltbarkeit dauern, bis einmal die Indonesier beginnen, ihre Interessen von denen der „Unsicherheitskräfte“ in der gegenwärtigen, von Terror geprägten militärisch-polizeilichen Okkupation zu unterscheiden.³⁰ Die Indonesier müssen auch Distanz zu den „Plünderungskräften“ in Papua suchen, den multinationalen und indonesischen Unternehmen, die mit Militär und Polizei konspirierten, um die Ressourcen des Landes auszubeuten. Sie sollten ferner eine Regierung in Jakarta zur Rechenschaft ziehen, die rücksichtslos jene Ressourcen verschwendet hat, die aus Papua für den Wohlstand Papuas – und Indonesiens – zu gewinnen waren.³¹ Wenn sie Papua „verlieren“ – entweder durch eine echte Autonomie oder durch die Unabhängigkeit –, können die Indonesier einen schweren Schlag gegen die Strafflosigkeit, die Brutalität und die üblen Geschäfte von Armee und Polizei führen, ebenso in der Geschäftswelt gegen die Herrschaft der Zerstörer der Wälder und der verantwortungslosen Bergwerksbesitzer. Für alle wären in Papua große Gewinne zu erzielen, würde man die für ganz Indonesien mit dem „Verlust“ Papuas angeblich verbundenen Einbußen hinterfragen und richtig einschätzen – und vielleicht ist das schon in Aussicht.

Im November 2011 schrieb ich:

„Am 19. Oktober 2011 hat der Dritte Volkskongress Papuas, in Reaktion auf die äußerste Gleichgültigkeit der indonesischen Regierung gegen papuanische Forderungen, die Unabhängigkeit Papuas erklärt und eine Regierung für eine unabhängige papuanische Republik proklamiert, unter Berufung auf frühere Erklärungen im Oktober 1961 und im Juni 2000. Dem folgte ein blutiger Gegenschlag von Polizei und Militär, der sieben Menschenleben kostete. Hunderte wurden verhaftet und zusammengeschlagen; zahlreiche hohe Haftstrafen für Hochverrat schalteten abermals eine Generation politischer Führer Papuas aus. [...] Bald] kam es, angesichts der Verlegenheiten, die der ‚Hochverrat‘ und das Blutvergießen im Gefolge hatten, zu einiger Aktivität. Zehn Tage nach dem Schlag gegen den Kongress hatte [Präsident] Yudhoyono eine ‚Unit for the Acceleration of Development in Papua and West Papua provinces‘ (UP4B) unter Bambang Darmono eingesetzt, einem ehemaligen General, der die militärischen Operationen in Aceh befehligt hatte. UP4B sollte ‚den Wandel in Papua planen und konstruktive Verbindungen zwischen den zentralen und den regionalen Administrationen schaffen‘.“³²

Als das Ergebnis eskalierender Proteste und der Unzufriedenheit der Bevölkerung rückte also Ende 2011 doch der Dialog auf die Agenda der Regierung, und das Scheitern der speziellen Autonomie wurde wieder ein Stück weit eingeräumt. Aber immer noch fehlte in Jakarta das Eingeständnis systematischer Menschenrechtsverletzungen in Papua.³³

²⁹ Akihisa Matsuno, *West Papua and the Changing Nature of Self-Determination*, in: King u. a. (Hrsg.), *Comprehending West Papua*, S. 177-190.

³⁰ Siehe Jim Elmslie/Camellia Webb-Gannon/Peter King (Hrsg.), *Anatomy of an Occupation. The Indonesian Military in West Papua*, Sydney 2011.

³¹ Ein großer Teil der Papua unter der speziellen Autonomie zugewiesenen Gelder, hunderte von Millionen Dollar, ist gestohlen und unterschlagen worden. Siehe Peter King, *Self-Determination and Papua. The Indonesian Dimension*, in: King u. a. (Hrsg.), *Comprehending West Papua*, S. 148-158, hier S. 157.

³² Ebenda, S. 150f.

³³ Acht Tage vor diesem blutigen Gewaltakt, der noch immer seine uneingeschränkte Billigung hat, musste der Präsident Kritik an den in Papua begangenen Menschenrechtsverletzungen abwehren, die niemand anderes geübt hatte als Hillary Clinton, die amerikanische Außenministerin: „Soweit es die Papua-Politik betrifft, haben wir schon klargemacht, dass es in Papua keine systematischen Menschenrechtsverletzungen gibt. Es handelt sich nur um vereinzelte Fälle, sie sind nicht die Norm.“ Siehe: *Indonesia Rejects Clinton Allegations on Papua*, in: *Agence France-Presse*, 11. 11. 2011.

Nur wachsender Druck von allen Seiten – von papuanischer, von indonesischer und von internationaler – scheint dem Frieden eine Chance in Papua zu verschaffen, und wahrscheinlich fällt den Papuas die Hauptrolle zu.

Aus dem Englischen übersetzt von Hermann Graml

Martin Großheim

„1954 verlor der Vater seine Heimat, 1975 verlor der Sohn sein Vaterland“

Teilung, Flucht und Wiedervereinigung in Vietnam

Einleitung

„1954 verlor der Vater seine Heimat, 1975 verlor der Sohn sein Vaterland“ – dieses Lied des bekannten vietnamesischen Komponisten Pham Duy thematisiert die Flucht Hunderttausender von Vietnamesen nach Ende des Krieges gegen die Franzosen 1954 und nach dem Einmarsch von Verbänden Nordvietnams und der Nationalen Befreiungsfront Süd-vietnams (NLF) in Saigon am 30. April 1975.

Die Parteihistoriografie in Vietnam stellt die Siege über die französische Kolonialmacht und die USA sowie das südvietnamesische „Marionettenregime“ als wichtige Etappen im Kampf des vietnamesischen Volkes um seine Unabhängigkeit und die Wiedervereinigung des Landes unter Führung der Kommunistischen Partei dar. Während der 30. April im heutigen Vietnam offizieller Feiertag ist, interpretieren viele Exilvietnamesen dieses Datum demgegenüber als „Tag der nationalen Schande“ und als Endpunkt einer Fluchtbe-wegung vor den Kommunisten, die nach der provisorischen Teilung des Landes auf der Genfer Indochinakonferenz 1954 begann und sich 1975 nach dem Sieg Hanoi über die Republik Vietnam fortsetzte. Ihre historischen Wurzeln sind in der Gründung der Demokratischen Republik Vietnam am 2. September 1945 zu finden.

Die Brüche, welche den Prozess zur Erlangung der Unabhängigkeit und der national-staatlichen Identitätswahrung begleiteten, sowie der kontroverse erinnerungspolitische Umgang mit diesen Einschnitten stehen im Vordergrund der folgenden Ausführungen.

1. 1945: Unabhängigkeit

Am 2. September 1945 verkündete Ho Chi Minh auf dem Ba-Dinh-Platz in Hanoi die Un-abhängigkeit Vietnams und rief die Demokratische Republik Vietnam (DRV) aus. Der Prozess der Dekolonisierung war in Vietnam wie auch in den anderen Kolonien in Süd-ostasien maßgeblich von den durch den Zweiten Weltkrieg hervorgerufenen Umwälzun-gen bestimmt. Ein wichtiger Faktor, der die als „Augustrevolution“ bezeichnete Macht-übernahme der Viet Minh, einer im Mai 1941 von Ho Chi Minh gegründeten Einheits-frontorganisation, ermöglichte, war die Auflösung der französischen Kolonialverwaltung im März 1945 durch die Japaner, die seit 1940 wichtige strategische Positionen in Indo-china besetzt hatten. Mit dem Abwurf der Atombomben über Hiroshima und Nagasaki im August 1945 war die Niederlage Japans besiegelt und die Träume einer Großasiatischen Wohlstandssphäre in Ost- und Südostasien waren zerplatzt. Damit war der Zeitpunkt ge-kommen, auf den die Viet Minh lange gewartet hatten. Sie nutzten das Machtvakuum und schufen vollendete Tatsachen, noch bevor die französische Kolonialmacht versuchen konnte, ihre Herrschaft über Indochina wieder zu etablieren.¹

¹ Zur Augustrevolution vgl. David G. Marr, Vietnam 1945. The Quest for Power, Berkeley/Los Ange-les 1997. Zu den internationalen Faktoren, die die Ereignisse in Vietnam 1945 bestimmten, vgl.

Die DRV mit ihrem Präsidenten Ho Chi Minh umfasste ganz Vietnam, d. h. die früheren Protektorate Tonkin und Annam im Norden bzw. im Zentrum sowie die Kolonie Cochinchina im Süden. Auf der Potsdamer Konferenz im Juli 1945 war jedoch bereits beschlossen worden, die Japaner nördlich des 16. Breitengrades durch nationalchinesische Truppen und südlich dieser Markierung durch britische Verbände entwaffnen zu lassen.² Diese von den Großmächten beschlossene faktische Teilung Vietnams hatte erhebliche Folgen für die weitere Entwicklung des jungen vietnamesischen Staates. Während die Nationalchinesen im Norden die französischen Rückeroberungspläne bis 1946 behinderten und die DRV in diesem Gebiet Zeit fand, sich in einem gewissen Grad zu konsolidieren, erlaubten die Briten im Süden bereits im September 1945 die Stationierung französischer Truppen. Im Gegensatz zu Nordvietnam kam es hier deshalb bereits ab 1945 zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen Viet Minh und Franzosen.³

Ho Chi Minh versuchte in der Folge, durch Verhandlungen mit den Franzosen eine landesweite bewaffnete Auseinandersetzung zu verhindern. Im März 1946 unterzeichnete er mit Jean Sainteny, dem Abgesandten der französischen Regierung, ein Abkommen, dass die DRV als „freien Staat“ innerhalb der Französischen Union anerkannte. Über das Schicksal Cochinchinas, das für die Franzosen wirtschaftlich am interessantesten war, sollte in einem Referendum entschieden werden. Die Ausrufung eines separaten Staates „Cochinchina“ am 1. Juni 1946 durch den französischen Hochkommissar in Indochina, Thierry d’Argenlieu, machte jedoch deutlich, dass die französischen Kolonialinteressen und der Wunsch der Ho-Chi-Minh-Regierung nach Wahrung der territorialen Einheit des vietnamesischen Staates unvereinbar waren. Die parallel laufenden französisch-vietnamesischen Verhandlungen in Fontainebleau waren damit zum Scheitern verurteilt. Der Modus Vivendi, zum dem Ho Chi Minh und der französische Kolonialminister Marius Moutet im September 1946 kamen, konnte die Verschärfung der Spannungen in Vietnam nicht verhindern. Am 19. Dezember 1946 brach der Krieg aus.⁴

Dieser Krieg, der bis 1954 dauern sollte, war nicht nur eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen den um ihre Unabhängigkeit kämpfenden Vietnamesen und den Franzosen, die ihre Kolonialherrschaft über Indochina aufrechterhalten wollten, sondern auch ein innervietnamesischer Konflikt zwischen konkurrierenden Vertretern des vietnamesischen Nationalismus.

Parteien wie die Viet Nam Quoc Dan Dang (Nationalistische Partei Vietnams) oder die „Dai Viet“-Partei (Großes Vietnam) stellten nicht-kommunistische nationalistische Alternativen zu den Viet Minh bzw. der 1930 gegründeten Kommunistischen Partei Indochinas (KPI) dar.⁵ Die Spaltung des vietnamesischen Nationalismus ging auf die 1930er Jahre zurück und lässt sich grob mit der Entwicklung in China vergleichen. Dieser Bruch der nationalistischen Bewegung kam sogar in den französischen Kolonialgefängnissen zum Ausdruck, in denen nach der Niederschlagung verschiedener Aufstände durch die Kolo-

Christopher E. Goscha/Christian F. Ostermann, *Connecting Histories. Decolonization and the Cold War in South East Asia*, in: Dies. (Hrsg.), *Connecting Histories. Decolonization and the Cold War in South East Asia, 1945–1962*, Stanford, CA 2009, S. 1–12, hier S. 2f.

² Vgl. Mark Atwood Lawrence, *Assuming the Burden. Europe and the American Commitment to War in Vietnam*, Berkeley/Los Angeles 2005, Kap. 3.

³ Vgl. Christopher E. Goscha, *The Indochina War: A Connected History*, http://www.er.uqam.ca/nobel/r26645/documents/HIS2630/Goscha_The_Indochina_War.pdf (Zugriff: 2. 3. 2011).

⁴ Vgl. Stein Tønnesson, *Vietnam 1946. How the War Began*, Berkeley/Los Angeles 2010.

⁵ Die KPI war im Oktober 1945 von Ho Chi Minh aus taktischen Gründen aufgelöst worden.

nialmacht in den 1930er Jahren Tausende von Nationalisten unterschiedlicher Couleur einsaßen. Ein nicht-kommunistischer Nationalist machte einem kommunistischen Mitgefangenen gegenüber deutlich, wie er das gegensätzliche Verhältnis einschätzte: „Für uns sind die Kommunisten der Feind Nr. 1, die Imperialisten sind der Feind Nr. 2.“⁶

Diese Polarisierung verstärkte sich weiter nach der Machtübernahme der Viet Minh 1945, als auch die nicht-kommunistischen Nationalisten aus den Kolonialgefängnissen freikamen bzw. im Gefolge der Kuomintang aus ihrem Exil in Südchina in Vietnam einmarschierten und nun ihrerseits an der Macht teilhaben wollten. Vor allem aus taktischen Gründen gestand die Viet Minh den Parteien wie der Viet Nam Quoc Dan Dang eine bestimmte Anzahl von Sitzen in der ersten Nationalversammlung zu, doch vor allem auf lokaler Ebene kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nicht-Kommunisten. Während sich der gemäßigte Präsident Ho Chi Minh im Sommer 1946 zu Verhandlungen in Frankreich aufhielt, nutzte der damalige Innenminister Vo Nguyen Giap die Gunst der Stunde, um „Säuberungsaktionen“ vor allem gegen die Viet Nam Quoc Dan Dang durchzuführen. Als die Nationalversammlung im Oktober 1946 zu ihrer zweiten Sitzung zusammenkam, waren 33 der für die Delegierten der Viet Nam Quoc Dan Dang und anderer nationalistischer Parteien reservierten 70 Plätze leer.⁷

Die Verhärtung der inneren ideologischen Fronten sollte am Ende des Krieges gegen Frankreich in Verbindung mit externen Einflussfaktoren zur Teilung Vietnams führen.

Im Krieg gegen die Franzosen waren die Viet Minh zunächst in der Defensive und mussten sich in die alte Widerstandsbasis im Viet Bac im vietnamesisch-chinesischen Grenzgebiet und in einige sichere Gebiete im nördlichen Zentralvietnam zurückziehen. In den ersten Kriegsjahren blieb die DRV außerdem trotz vielfältiger Bemühungen von Präsident Ho Chi Minh und seiner Emissäre außenpolitisch isoliert. Während das Hauptaugenmerk der sowjetischen Außenpolitik in dieser Phase noch klar auf Europa lag, waren die chinesischen Kommunisten, mit denen seit der Herausbildung des vietnamesischen Kommunismus in den 1920er Jahren Kontakte bestanden, noch in Kämpfe mit den Kuomintang verwickelt.⁸

Auch die USA, denen Ho Chi Minh ebenfalls Avancen machte, zeigten sich reserviert. Die Haltung der US-Administration in der Vietnamfrage war unentschlossen. Zwar unterstützte die Truman-Regierung prinzipiell die Rückkehr der Franzosen nach Indochina – vor allem, um auf diese Weise die politische Ordnung in Frankreich, einem der wichtigsten Staaten in Westeuropa, zu stabilisieren –, doch sahen vor allem die Asien-Experten im State Department den „archaischen“ französischen Kolonialismus mit Skepsis und machten diesen für den Aufstieg Ho Chi Minhs verantwortlich.⁹

⁶ Zitiert in Goscha, *The Indochina War*. Vgl. hierzu François Guillemot, *Vietnamese Nationalist Revolutionaries and the Japanese Occupation: The Case of the Dai Viet Parties (1936–1946)*, in: Li Narangoa/Robert Cribb (Hrsg.), *Imperial Japan and National Identities in Asia, 1895–1945*, London 2003, S. 221–248, hier S. 222, und Neil L. Jamieson, *Understanding Vietnam*, Berkeley/Los Angeles 1995, S. 176–178.

⁷ Vgl. ebenda, S. 204.

⁸ Vgl. hierzu Christopher E. Goscha, *Courting Diplomatic Disaster? The Difficult Integration of Vietnam into the Internationalist Communist Movement (1945–1950)*, in: *Journal of Vietnamese Studies* 1 (2006), H. 1–2, S. 59–103, hier S. 63–70.

⁹ Vgl. Mark Philip Bradley, *Vietnam at War*, Oxford 2009, S. 51–53, und Mark Atwood Lawrence, *Recasting Vietnam: The Bao Dai Solution and the Outbreak of the Cold War in Southeast Asia*, in: Goscha/Ostermann (Hrsg.), *Connecting Histories. Decolonization and the Cold War*, S. 15–38, hier S. 15f.

Mehrere Faktoren trugen jedoch dazu bei, dass 1950 die Fronten in Vietnam „klar waren“ und die USA die südostasiatische Region und den indochinesischen Kriegsschauplatz als „Ziel einer von Moskau aus gesteuerten Offensive“¹⁰ einschätzten. Nach dem Sieg der Kommunisten unter Mao Zedong und der Ausrufung der Volksrepublik China im Oktober 1949 sowie dem Ausbruch des Koreakrieges im Juni 1950 war Washington nunmehr fest entschlossen, das weitere Vordringen des Kommunismus auch in Vietnam zu verhindern. Dieser Wandel in der amerikanischen Haltung war auch durch die von den Franzosen initiierte Gründung des „Assoziierten Staates Vietnam“ unter der Führung des früheren Kaisers Bao Dai befördert worden.¹¹ Mit der Schaffung einer staatlichen Alternative zu der von den kommunistischen Nationalisten dominierten DRV spielten die Franzosen die „antikommunistische Karte“, sicherten sich so die Unterstützung der USA und konnten ihre koloniale Präsenz in Indochina verlängern.¹² Die von den Franzosen eingeleitete „Vietnamisierung“ (jaundissement) des Krieges seit 1950 verschärfte den Bürgerkrieg in Vietnam. Tatsächlich sollten mehr Vietnamesen, die in der Armee Bao Dais dienten, im Kampf gegen die Viet Minh sterben als französische Soldaten.¹³

Die Ankunft des Kalten Krieges in Indochina wurde von den vietnamesischen Kommunisten begrüßt.¹⁴ Vor allem Politiker wie der Parteichef Truong Chinh (1907–1988) sahen Vietnam nicht als Spielball der Chinesen und der Sowjets, sondern schätzten die Verschiebungen des internationalen Kontextes in Südostasien als eine günstige Gelegenheit ein, um der langjährigen außenpolitischen Isolierung zu entfliehen, sich aktiv die Unterstützung Moskaus und Pekings zu sichern, auf diese Weise eine radikalere Politik einzuleiten und so noch während des Krieges den Grundstein zur Konsolidierung eines kommunistischen Staates in Vietnam zu legen.¹⁵ Es war genau dieser Übergang von einer moderaten Einheitsfront zu einer vom Maoismus beeinflussten Klassenkampflinie mit Säuberungskampagnen innerhalb von Partei und Armee, der zu einer weiteren Polarisierung der Fronten in der vietnamesischen Gesellschaft führte und viele Vietnamesen, die sich als Nationalisten dem antifranzösischen Widerstand angeschlossen hatten, in einen Gewissenskonflikt brachte. Dies galt zum Beispiel für den bereits erwähnten Komponisten und Musiker Pham Duy, der seit Kriegsausbruch 1946 auf Seiten der Viet Minh gegen die Franzosen kämpfte.¹⁶ 1951 erhielt er das Angebot, in die Kommunistische Partei aufgenommen zu werden und zur weiteren Ausbildung als Kader und Musiker nach Moskau geschickt zu werden – allerdings unter der Bedingung, dass seine schwangere Frau in

¹⁰ Lawrence, *Recasting Vietnam*, S. 16.

¹¹ Ebenda, S. 17f.

¹² Vgl. Goscha/Ostermann, *Connecting Histories*, S. 2f.

¹³ Vgl. Goscha, *The Indochina War*.

¹⁴ Einige Autoren vertreten die Ansicht, dass die vietnamesische Kommunistische Partei sich aus der bipolaren Auseinandersetzung heraushalten wollte, vgl. etwa Mark Philip Bradley, *Imagining Vietnam & America. The Making of Postcolonial Vietnam, 1919–1950*, Chapel Hill/London 2000, S. 181. Dagegen überzeugend Christopher E. Goscha, *Choosing between the Two Vietnams: 1950 and Southeast Asian Shifts in the International System*, in: Ders./Ostermann (Hrsg.), *Connecting Histories. Decolonization and the Cold War*, S. 207–237, hier S. 216f. und 231, sowie Tuong Vu, *From Cheering to Volunteering: Vietnamese Communists and the Coming of the Cold War, 1940–1951*, in: Goscha/Ostermann (Hrsg.), *Connecting Histories. Decolonization and the Cold War*, S. 172–204, hier S. 172f.

¹⁵ Vgl. Tuong Vu, *From Cheering*, S. 192.

¹⁶ Zu Pham Duy vgl. Eric Henry, *Pham Duy and Modern Vietnamese History*, in: *Southeast Review of Asian Studies* 27 (2005), <http://www.uky.edu/Centers/Asia/SECAAS/Seras/2005/Henry.htm> (Zugriff: 1. 3. 2011).

Vietnam bleiben und er sich öffentlich von seinem als „kleinbürgerlich“ und „romantisch“ eingestuften Lied „Ben cau bien gioi“ (An der Brücke zur Grenze) distanzieren sollte. Da sich der bürgerliche Pham Duy nicht der rigiden Kulturpolitik und dem Klassendenken der stark vom Maoismus beeinflussten Arbeiterpartei unterwerfen wollte, verließ er den Widerstand (dinh te). Wie viele andere floh er mit seiner Familie aus dem Viet Bac, dem von der Viet Minh kontrollierten Gebiet in der Nähe der vietnamesisch-chinesischen Grenze, in seine Heimatstadt Hanoi. Damit galt er bei seinen früheren Kampfgenossen als Abtrünniger – To Huu (1920–2002), Schriftsteller und ab Mitte der 1950er Jahre einer der wichtigsten Kulturkader der Partei, machte noch in seiner 2000 erschienenen Biografie aus seiner Verachtung über die Abkehr Pham Duys von den Viet Minh keinen Hehl: „Damit ist wirklich ein Leben verschwendet.“¹⁷ Die Flucht Pham Duys und anderer von den Viet Minh enttäuschten Nationalisten war Prolog für weitere Fluchtbewegungen.

Nachdem die DRV durch die Sowjetunion, die Volksrepublik China sowie andere sozialistische Staaten Anfang 1950 diplomatisch anerkannt worden war und die chinesische Militärhilfe seit Frühjahr des gleichen Jahres nach Vietnam fließen konnte, ging der zunächst ungleiche Kampf der Viet Minh gegen die Franzosen in einen neue Phase über. Die Internationalisierung des Krieges seit 1949/50 war für die Franzosen wie auch für die Viet Minh mit Vorteilen verbunden, machte jedoch beide Kriegsparteien auch von ihren Verbündeten abhängig und grenzte ihren Handlungsspielraum ein, wie das Ende des Krieges zeigte.

2. Teilung 1954 und Flucht

Am 7. Mai 1954 fiel die französische Festung Dien Bien Phu, ein im Nordwesten Vietnams in der Nähe der laotisch-vietnamesischen Grenze gelegener Talkessel. Trotz des grandiosen Sieges von Dien Bien Phu, der bis heute als einer der größten militärischen Triumphe über eine europäische Kolonialmacht gilt, musste die DRV auf der Genfer Friedenskonferenz im Sommer 1954 die provisorische Teilung des Landes entlang des 17. Breitengrads hinnehmen. Dieser Kompromissfrieden war vor allem auf den Druck der Volksrepublik China zurückzuführen, die sich nach ihrer Intervention im Koreakrieg wieder auf innenpolitische Fragen konzentrieren wollte und hierfür ein stabiles internationales Umfeld benötigte. Der chinesische Außenminister Zhou Enlai wies die DRV-Führung deshalb bereits vor dem Fall von Dien Bien Phu darauf hin, dass eine Friedenslösung in Indochina nicht vom internationalen Kontext abgekoppelt werden könne und die Viet Minh Konzessionen machen müsse, um nicht eine Intervention der USA zu riskieren.¹⁸ Die chinesische Haltung kam auch den Interessen der Sowjetunion entgegen, die nach dem Tod Stalins ebenfalls eine direkte Konfrontation mit dem Westen vermeiden wollte.¹⁹ Außerdem sahen sich die Viet Minh genötigt, am Verhandlungstisch in Genf Kompromisse ein-

¹⁷ To Huu, *Nho lai mot thoi. Hoi ky* [Erinnerung an eine Zeit. Memoiren], Hanoi 2000, S. 284.

¹⁸ Zur Rolle der Volksrepublik China bei der Genfer Friedenskonferenz 1954 vgl. Qiang Zhai, *China and the Vietnam Wars 1950–1975*, Chapel Hill/London 2000, S. 49–63, und Chen Jian, *China and the Indochina Settlement at the Geneva Conference of 1954*, in: Mark Atwood Lawrence/Fredrik Logevall (Hrsg.), *The First Vietnam War. Colonial Conflict and Cold War Crisis*, Cambridge 2007, S. 240–262.

¹⁹ Vgl. Chen Jian, *China*, S. 245. Zur Rolle der Sowjetunion vgl. auch Ilya V. Gaiduk, *Confronting Vietnam. Soviet Policy toward the Indochina Conflict, 1954–1963*, Washington, D.C. 2003, S. 28–53.

zugehen, weil sie für einen endgültigen militärischen Sieg über die Franzosen realistischere noch drei bis fünf Jahre hätten veranschlagen müssen.²⁰ Damit musste sich die DRV nach acht Jahren verlustreichen Kampfes faktisch mit der Hälfte des Gebietes zufriedengeben, das sie bei ihrer Gründung am 2. September 1945 umfasst hatte.²¹ Allerdings waren nach zwei Jahren landesweite Wahlen vorgesehen, die in die Wiedervereinigung münden sollten.

Darüber hinaus setzten die Bestimmungen des Genfer Friedensabkommens weitreichende Bevölkerungsbewegungen in Vietnam in Gang. Danach hatten Zivilisten und Soldaten der beiden Kriegsparteien die Möglichkeit, im Zeitraum von 300 Tagen nach Inkrafttreten des Abkommens in das Gebiet nördlich oder südlich der Demarkationslinie umzusiedeln.

General Ely, französischer Hochkommissar in Indochina, schätzte, dass ca. 30 000 Großgrundbesitzer und Geschäftsleute von dieser Möglichkeit Gebrauch machen würden.²² Tatsächlich flohen im Zeitraum vom 22. Juli 1954 bis zum 16. Mai 1955, an dem der letzte französische Sektor im Norden evakuiert wurde, jedoch ca. 930 000 vietnamesische Zivilisten und 120 000 Soldaten und paramilitärisches Personal nach Südvietnam.²³

Das Gros der Flüchtlinge aus dem Norden machten Katholiken aus. Nach Schätzungen flohen ca. 800 000 Katholiken aus Nordvietnam. Der größte Teil hiervon kam wiederum aus den beiden Diözesen Phat Diem und Bui Chu in den Provinzen Ninh Binh bzw. Nam Dinh im Delta des Roten Flusses. In beiden Diözesen hatte es während des Krieges blutige Auseinandersetzungen zwischen paramilitärischen Verbänden der Katholiken und den Viet Minh gegeben.²⁴

Die Ursachen für die Flucht der Katholiken waren vielfältiger Natur. Die in der Literatur immer noch weitverbreitete These, die Katholiken seien in erster Linie durch eine geschickte, vom CIA-Agenten Edward Lansdale initiierte Propagandakampagne zur Flucht in den Süden getrieben worden, ist von neueren Untersuchungen widerlegt worden. Lansdale selbst betonte später, dass die Katholiken im Norden nicht einfach aufgrund von Propagandaslogans wie „Die Jungfrau Maria ist in den Süden gegangen“ die schwere Entscheidung trafen, ihre Heimat zu verlassen – allerdings habe die USA den Flüchtlingen logistische Unterstützung angeboten.²⁵ Wie hoch der Prozentsatz der Katho-

²⁰ Vgl. Chen Jian, *China*, S. 254, und Qiang Zhai, *China and the Vietnam Wars*, S. 58f.

²¹ Die Abschlussdeklaration ist abgedruckt in George Katsiaficas (Hrsg.), *Vietnam Documents: American and Vietnamese Views of the War*, Armonk 1992, S. 28–30. Vgl. Goscha, *The Indochina War*.

²² Vgl. Seth Jacobs, *Cold War Mandarin. Ngo Dinh Diem and the Origins of America's War in Vietnam, 1950–1963*, Lanham, MD 2006, S. 43, und allg. Andrew Hardy, *Internal Transnationalism and the Formation of the Vietnamese Diaspora*, in: Brenda S. A. Yeoh/Katie Willis (Hrsg.), *State/Nation/Transnation. Perspectives of Transnationalism in the Asia-Pacific*, London/New York 2004, S. 218–237, hier S. 223f.

²³ William S. Turley, *The Second Indochina War. A Concise Political and Military History*, Lanham, MD 2009, S. 25. Zur Fluchtbewegung vgl. die Darstellung bei Nghia M. Vo, *The Vietnamese Boat People, 1954 and 1975–1992*, Jefferson, NC u. a. 2006, S. 17–30.

²⁴ Peter Hansen, *Bac di cu: Catholic Refugees from the North of Vietnam, and Their Role in the Southern Republic, 1954–1959*, in: *Journal of Vietnamese Studies* 4 (2009), H. 3, S. 173–211, hier S. 179. Siehe auch die Zahlen bei Seth Jacobs, *America's Miracle Man in Vietnam. Ngo Dinh Diem, Religion, Race, and U.S. Intervention in Southeast Asia, 1950–1957*, Durham/London 2004, S. 131.

²⁵ Die Evakuierung von Flüchtlingen aus dem Norden in das Gebiet südlich des 17. Breitengrades wurde als „Passage to Freedom“ bekannt. Vgl. Hansen, *Bac di cu*, S. 182f. Die kritisierte These wird z. B. nach wie vor von Turley, *The Second Indochina War*, S. 25, und Jacobs, *America's Miracle Man*, S. 132f., vertreten.

liken, die sich in einem Gebiet zur Flucht entschlossen, war, hing stark von der Haltung der katholischen Geistlichen ab. So flohen in der Diözese Hanoi, in der sich der örtliche Bischof zum Bleiben entschieden hatte, nur ca. ein Drittel der Katholiken Richtung Süden, während in den bereits genannten Diözesen Phat Diem und Bui Chu mehr als 70 Prozent der Katholiken zusammen mit ihren Bischöfen in das Gebiet südlich des 17. Breitengrades gingen.²⁶

Nachdem Ho Chi Minh aus der Widerstandsbasis im Viet Bac nach Hanoi zurückgekehrt war, hatte er zwar betont, dass die DRV-Regierung alle willkommen heiße, die zum Wohle des Volkes und der Nation beitragen wollten, auch wenn sie zuvor für den Feind gearbeitet hätten. Ebenso garantierte er, dass Geschäftsleute weiterhin ungestört ihrer Tätigkeit nachgehen könnten.²⁷ In der Praxis wurde dieser Appell des Präsidenten, der die Fortführung der Einheitsfrontpolitik suggerierte, jedoch vor allem durch die Entwicklungen in den Dörfern konterkariert. Hier führte die Arbeiterpartei Vietnams bereits seit Ende 1953 eine radikale Landreform durch. Wer dabei als Großgrundbesitzer eingestuft und zudem verdächtigt wurde, mit den Franzosen oder der Bao-Dai-Regierung kollaboriert zu haben, landete häufig als „Vaterlandsverräter“ und „grausamer und tyrannischer Großgrundbesitzer“ vor einem Erschießungskommando.²⁸ Entgegen den Versprechungen Ho Chi Minhs wurde die Beurteilung einer Person nach ihrer Klassenzugehörigkeit, die bereits ab 1950 in den von den Viet Minh besetzten Gebieten Einzug gehalten hatte, nun auf das gesamte Gebiet nördlich des 17. Breitengrades ausgedehnt. Vor diesem Hintergrund kehrten viele der bürgerlichen Fachleute, die sich ursprünglich zur Mitarbeit am Wiederaufbau entschlossen hatten, der DRV schnell den Rücken. Selbst unter denjenigen, die sich dem Widerstand gegen die Franzosen aus Patriotismus angeschlossen hatten, aber nicht der Kommunistischen Partei beigetreten waren, machte sich zunehmend Enttäuschung breit, da sie als „Viet Minh zweiter Klasse“ behandelt wurden.²⁹ Da das Klassendenken in allen Bereichen der nordvietnamesischen Gesellschaft Einzug hielt, der kommunistische Staat die Kontrolle über die Bürger verstärkte und private Unternehmen mit hohen Steuern belegte, machten sich auch Teile der städtischen Bevölkerung, darunter viele Geschäftsleute, auf den Weg nach Süden.³⁰

Daneben schlossen sich viele Menschen der Fluchtbewegung an, die für die Franzosen, die Regierung oder in der Armee des Assoziierten Staats Vietnam unter Bao Dai tätig gewesen waren, oder die politischen Parteien wie der Viet Nam Quoc Dan Dang oder der Dai Viet angehörten, die von der Viet Minh bereits seit der Augustrevolution verfolgt worden waren. Außerdem flohen viele Vietnamesen, die wie Pham Duy Anfang der 1950er Jahre aus Enttäuschung über den „Linksschwenk“ die Viet Minh verlassen hatten.³¹

²⁶ Vgl. Hansen, *Bac di cu*, S. 180–187.

²⁷ Vgl. William J. Duiker, *Ho Chi Minh. A Life*, New York 2000, S. 465.

²⁸ Zur Landreform vgl. ebenda, S. 443f. und 474–488, sowie die Schilderungen in Duong Van Mai Elliott, *The Sacred Willow. Four Generations in the Life of a Vietnamese Family*, Oxford 1999, S. 234f., und Xuan Phuong/Danièle Mazingarbe, *Ao dai. My War. My Country. My Vietnam*, New York 2004, S. 162–175.

²⁹ Vgl. Xuan Phuong/Mazingarbe, *Ao dai*, S. 141f. und 147f.

³⁰ Vgl. Tuan Hoang, *The Early South Vietnamese Critique of Communism*, in: Tuong Vu/Wasana Wongsurawat (Hrsg.), *Dynamics of the Cold War in Asia. Ideology, Identity, and Culture*, New York 2009, S. 17–32, hier S. 22, sowie Hardy, *Internal Transnationalism*, S. 224f., und Jamieson, *Understanding Vietnam*, S. 232f.

³¹ Vgl. ebenda, S. 232f.

Die Entscheidung eines Großteils der Flüchtlinge, die in den Süden gegangen waren, war auch eine Entscheidung gegen die kommunistische Version des vietnamesischen Nationalismus, wie sie von der vietnamesischen Arbeiterpartei und ihrem Präsidenten Ho Chi Minh verkörpert wurde. Die provisorische Teilung Vietnams am 17. Breitengrad sowie die massiven Bevölkerungsverschiebungen nach dem Friedensschluss von Genf verschärften die Polarisierung der vietnamesischen Gesellschaft, die sich bereits während der Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen politischen Parteien nach der Augustrevolution intensiviert hatten, noch weiter. Diese Spaltung, die den Konflikt zwischen der Republik Vietnam im Süden und der DRV im Norden von 1954 bis zum Ende des Vietnamkrieges bestimmte, führte auch in auslandsvietnamesischen Gemeinden zur Fraktionsbildung und strahlte noch lange in die Nachkriegszeit aus.³²

Im Gegenzug zur Fluchtbewegung Richtung Süden siedelten gemäß dem Genfer Friedensabkommen innerhalb der erwähnten Frist ungefähr 87 000 Viet-Minh-Soldaten und 43 000 Zivilisten nach Norden um. Andere Viet Minh wie der spätere Parteichef Le Duan (1907–1986) blieben in Südvietnam, vergruben ihre Waffen und blieben mit Blick auf die für 1956 anvisierten Wahlen zunächst in „Wartestellung“.³³

Nach dem Abzug der Franzosen konzentrierte sich die Ho-Chi-Minh-Regierung zunächst darauf, ihre Herrschaft nördlich des 17. Breitengrades zu konsolidieren, das vom Krieg zerrüttete Land wiederaufzubauen und den Sozialismus zu errichten. Innerhalb der Führung in Hanoi bildeten sich jedoch schnell unterschiedliche Vorstellungen darüber aus, ob dem Aufbau des Sozialismus im Norden oder dem Kampf um die Wiedervereinigung Priorität zugemessen werden sollte. Auch inspiriert durch die sowjetische Politik der friedlichen Koexistenz sprach sich Parteichef Truong Chinh dafür aus, von der soliden Basis eines wirtschaftlich prosperierenden sozialistischen Staates im Norden den friedlichen Kampf um die Wiedervereinigung Vietnams zu führen. Dagegen plädierte Le Duan, der Leiter der Parteiorganisation in Südvietnam, schon frühzeitig für die Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes für die Wiedervereinigung des Landes.

Verschiedene Faktoren sorgten dafür, dass sich Le Duan mit seiner militanteren Wiedervereinigungsstrategie ab 1956 gegen die „moderate“ Fraktion um Truong Chinh durchsetzen konnte.³⁴ Der südvietnamesische Präsident Ngo Dinh Diem, dem es zur Überraschung vieler Beobachter schnell gelungen war, seine Herrschaft im Süden zu konsolidieren, hatte die vorbereitenden Gespräche für die landesweiten Wahlen, die eigentlich nach dem Genfer Friedensabkommen im Jahr 1956 stattfinden sollten, abgelehnt. Die Hoffnung der Führung in Hanoi, die Kontrolle über den südlichen Landesteil durch Wahlen zu erlangen, konnte sich also nicht erfüllen. Da Ngo Dinh Diem verstärkt mit repressiven Mitteln gegen jegliche Form von Opposition vorging, waren auch die Hilferufe der im Süden verbliebenen Kader in Hanoi nicht mehr zu überhören. Zudem machte sich auch unter den Viet Minh, die nach 1954 in den Norden umgesiedelt waren, Unmut breit. Ein Gedicht, das unter ihnen zirkulierte, verspottete die Propaganda der Hanoier Regierung, die in dieser Phase noch an die Geduld der südvietnamesischen Landsleute

³² Vgl. hierzu ebenda, S. 233, und Hardy, *Internal Transnationalism*.

³³ Vgl. Turley, *The Second Indochina War*, S. 25.

³⁴ Zu diesen Entwicklungen vgl. die detaillierte Diskussion in Martin Großheim, *Die Partei und der Krieg. Debatten und Dissens in Nordvietnam*, Berlin 2009, Kap. 1.

appellierte: „Ich werde in den Süden zurückkehren, warte auf mich, meine Frau. [...] Wenn ich zurückkehre, werden mein Haar und mein Bart grau sein.“³⁵

Dass ihre Rufe nach einer Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes nicht ungehört blieben, hing auch mit personellen Veränderungen in der Führung der Kommunistischen Partei Vietnams 1956 zusammen. Der bisherige Generalsekretär der Partei, Truong Chinh, und einige seiner engsten Mitarbeiter mussten die Verantwortung für die Landreform übernehmen, bei der es zu einer Reihe von Exzessen gekommen war, und verloren auf einem Parteiplenum im September 1956 ihre Posten. Mit diesem Revirement begann der Aufstieg Le Duans an die Parteispitze. Anfang 1957 wurde er als Vollmitglied in das Politbüro berufen – auch um Ho Chi Minh zu unterstützen, der kommissarisch das Amt des Generalsekretärs der Partei übernommen hatte. Faktisch führte Le Duan jedoch mehr und mehr selbst die Amtsgeschäfte und konnte zudem seine Machtposition weiter ausbauen, indem er Schlüsselstellungen in Partei, Staat und Armee mit engen Vertrauten besetzte. Zusammen mit Le Duc Tho, dem neuen mächtigen Leiter der Parteiorganisation, bestimmte Le Duan so die politische Linie der Partei bis zu seinem Tod 1986.³⁶

Als die Parteiorganisation im Süden aufgrund einer antikommunistischen Kampagne der Ngo-Dinh-Diem-Regierung 1958 ihre „schwärzesten Tage“³⁷ erlebte, nahm die Partei schließlich die Empfehlungen Le Duans auf und sanktionierte in der Resolution Nr. 15 im Mai 1959 den Aufbau bewaffneter revolutionärer Kräfte in Südvietnam sowie die Anwendung von bewaffneter Gewalt neben dem politischen Kampf. Die praktische Umsetzung dieses Kurswechsels verzögerte sich allerdings noch, da die Truong-Chinh-Fraktion innerhalb der Parteiführung, die zunächst auf den Aufbau des Sozialismus in Nordvietnam setzte, noch hemmenden Einfluss ausübte. Zudem behinderte auch die Haltung der Sowjetunion und der Volksrepublik China, die in dieser Phase einer Intensivierung des bewaffneten Kampfes noch ablehnend oder neutral gegenüberstanden, eine schnelle Implementierung des neuen Kurses. Erst als sich das internationale Umfeld Ende der 1950er Jahre mit dem Ausbruch des sino-sowjetischen Konfliktes änderte und Le Duan im September 1960 auch offiziell zum Parteichef gewählt wurde, erfolgte im Dezember des gleichen Jahres die Bildung der NLF.³⁸ Ab Anfang der 1960er Jahre drängte die Fraktion um Le Duan und Le Duc Tho diejenigen Parteimitglieder in die Defensive, die unter Berufung auf die von der Sowjetunion propagierte Politik der friedlichen Koexistenz an einer friedlichen Wiedervereinigungsstrategie festhielten. Dieser innerparteiliche Streit, der mit dem Vokabular des sino-sowjetischen Konfliktes ausgefochten wurde, erreichte Ende 1963 auf dem 9. Plenum der Partei seinen Höhepunkt und endete mit einem Sieg Le Duans. In der „Kampagne gegen den modernen Revisionismus“ schaltete die Parteiführung 1964 Gegner ihres militanten Kurses aus, die ihrer Ansicht nach mit der Verbreitung „revisionistischer“ Ideen wie der friedlichen Koexistenz den Kampfeswillen der Bevölkerung und die ideologische Geschlossenheit der Partei zu unterminieren drohten.

³⁵ Zitiert in Balasz Szalontai, *Political and Economic Crisis in North Vietnam, 1955–56*, in: *Cold War History* 5 (2005), H. 4, S. 395–426, hier S. 415. Vgl. auch die Interviews in David Chanoff/Doan Van Toai, *„Vietnam“. A Portrait of Its People at War*, London/New York 1996, S. 32 und 77. Zur Rolle der südvietnamesischen Kader, die nach 1954 in den Norden gingen, liegt interessanterweise bis heute keine Untersuchung vor.

³⁶ Vgl. Großheim, *Die Partei*, S. 32–38.

³⁷ Vgl. Robert K. Brigham, *Guerrilla Diplomacy. The NLF's Foreign Relations and the Viet Nam War*, Ithaca, NY/London 1999, S. 9.

³⁸ Vgl. Großheim, *Die Partei*, S. 38–44 und 66–70.

Außerdem diente die Kampagne dazu, die nordvietnamesische Bevölkerung propagandistisch auf den bewaffneten Kampf um die Wiedervereinigung des Landes vorzubereiten. Dass sich die Le-Duan-Fraktion mit ihrer „militanten“ Linie in der Innen- und Außenpolitik durchsetzen konnte, lag nicht nur an der ideologischen Unterstützung durch die Volksrepublik China in dieser Phase, sondern paradoxerweise auch an der massiven Intervention der USA in Südvietnam, die den Hoffnungen auf eine friedliche Wiedervereinigung des Landes unter kommunistischen Vorzeichen den Boden entzog.³⁹

Die Teilnahme an dem „Krieg zur nationalen Rettung gegen die USA“ – so die offizielle Bezeichnung für den Konflikt, der nach dem Tonkin-Zwischenfall im August 1964 militärisch eskalierte – erklärte Le Duan in einer Ansprache vor Soldaten einer Flakstellung in Haiphong zur „heiligen Pflicht“. Bevor sie den langen Weg über das Truong-Son-Gebirge Richtung Süden antraten, lernten die Soldaten der vietnamesischen Volksarmee, dass sie die einzig legitime Form des vietnamesischen Nationalismus repräsentierten und einen „gerechten Krieg“ (chien tranh chinh nghia) für die Wiedervereinigung ihres Vaterlandes führten, der Gegner, das Saigoner Marionettenregime (nguy quyen), aber keinerlei Legitimität beanspruchten konnte.⁴⁰

Tatsächlich war der südvietnamesische Präsident Ngo Dinh Diem keine „Marionette des US-Imperialismus“. Neuere Untersuchungen haben ergeben, dass Diem ein selbstständig handelnder Politiker war, der nicht von den USA auf seinen Posten gehoben wurde, sondern bereits in den letzten Jahren des Krieges gegen Frankreich eigene politische Initiativen entwickelte und Kontakte zu anderen antikommunistischen nationalistischen Politikern in Vietnam pflegte. Er wurde 1954 von Bao Dai zum Premierminister des Staates Vietnam auserkoren und setzte sich nach seiner Wahl zum Präsidenten 1955 gegen seine Gegner durch. Ohne Zweifel wurde seine Regierung ab Mitte der 1950er Jahre massiv von den USA unterstützt, doch wahrte Diem nach wie vor ein hohes Maß an Selbstständigkeit und folgte häufig nicht den Ratschlägen der Amerikaner.⁴¹

Dabei stützte sich der Katholik Diem vor allem auf die Hunderttausenden von Katholiken, die nach dem Inkrafttreten des Genfer Friedensabkommens nach Süden geflohen waren. Ebenso war er entgegen den Behauptungen der Hanoier Propaganda durchaus „Nationalist“ – so war er z. B. 1933 aus Protest gegen die Politik der französischen Kolonialverwaltung von seinem Posten als Innenminister zurückgetreten – allerdings als Vertreter einer antikommunistischen Variante, deren Legitimität von der Parteihistoriografie in Vietnam bis heute bestritten wird.

Das grundsätzliche Problem der Diem-Regierung und seiner Nachfolger war jedoch, dass ihr alternativer Nationalismus „in der Substanz schwach“⁴² war. Diem konzentrierte sich mit US-Hilfe auf *nation building* und schob die Wiedervereinigung des Landes auf. Dass er die Teilung des Landes als „politische Realität“ akzeptierte, spiegelte sich auch darin wider, dass der Begriff „Südvietnam“ in der Öffentlichkeit als Synonym für die

³⁹ Vgl. ebenda, S. 114–172.

⁴⁰ Vgl. Martin Großheim, Der „gerechte Krieg“: Der Vietnamkrieg und Erinnerungsdebatten, in: Jahrbuch für Politik und Geschichte 1 (2010), S. 151–173, hier S. 155f.

⁴¹ Das Bild Ngo Dinh Diems ist in den letzten Jahren vor allem durch die Untersuchungen von Edward Miller maßgeblich revidiert worden. Vgl. Edward Miller, Vision, Power and Agency: The Ascent of Ngo Dinh Diem, 1945–54, in: Journal of Southeast Asian Studies 35 (2004), S. 433–485, und ders., Misalliance. Ngo Dinh Diem, the United States, and the Fate of South Vietnam, Cambridge, MA 2013.

⁴² Hardy, Internal Transnationalism, S. 222.

Republik Vietnam verwendete wurde.⁴³ Der Appell der südvietnamesischen Regierung an „Nationalismus“ und „Antikommunismus“ blieb zu abstrakt und inhaltsleer, als dass sie die Soldaten der Army of the Republic of Vietnam (ARVN) mit dem unbedingten Kampfeswillen und Einsatz für die Wiedervereinigung ihres Vaterlandes hätten erfüllen können, der die Soldaten der DRV und der südvietnamesischen Befreiungsfront auszeichnete.⁴⁴ So konnten die Soldaten der ARVN den *bo doi* aus dem Norden und südvietnamesischen Guerillakämpfern nichts entgegensetzen, als der Krieg 1964 begann.⁴⁵

Der Wunsch des Komponisten Pham Duy, der nach 1954 zu einem der bekanntesten Künstler der Republik Vietnam geworden war, die Vietnamesen mögen Blutvergießen vermeiden und sich in einem freien und demokratischen Staat vereinen, wie er in vielen seiner Lieder zum Ausdruck kam, ging damit nicht in Erfüllung: Der Vietnamkrieg (1964–1975) kostete Millionen seiner Landsleute das Leben.

3. Krieg gegen die USA

In der militärischen Auseinandersetzung mit der amerikanischen Supermacht und der Republik Vietnam erhielt Hanoi massiv Militärhilfe von der Volksrepublik China, der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten. Nach dem Rücktritt Nikita Sergejewitsch Chruschtschows im Herbst 1964 hatte die neue sowjetische Führung unter Leonid Iljitsch Breschnew und Alexei Nikolajewitsch Kossygin eine Neueinschätzung ihrer Vietnampolitik vorgenommen und beschlossen, die DRV im Kampf gegen die USA zu unterstützen, sie aber gleichzeitig zu einer Verhandlungslösung zu bewegen.⁴⁶ Mit der Verbesserung der Beziehungen zu Moskau und vor dem Hintergrund der Zerstörungen, die die amerikanischen Bombardements in Nordvietnam anrichteten, erhielten in der DRV Kräfte Auftrieb, die die militante Wiedervereinigungspolitik der Parteiführung in Frage stellten, sich für eine Begrenzung des militärischen Engagements Nordvietnams im Süden aussprachen und wieder größeres Gewicht auf den Aufbau des Sozialismus im Norden setzen wollten. In dieser innerparteilichen Auseinandersetzung behielt die Fraktion um Parteichef Le Duan die Oberhand. Sie wurde von Kadern der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams bestärkt, die einen erneuten Kompromissfrieden wie in Genf 1954 befürchteten.⁴⁷

1967 wurden in mehreren Wellen Hunderte von Parteikadern und Intellektuellen, die zumeist bereits Zielscheibe der „Anti-Revisionismus-Kampagne“ 1964 gewesen waren, verhaftet. Die Hintergründe dieser sogenannten Anti-Partei-Revisionismus-Affäre sind bis

⁴³ Vgl. ebenda.

⁴⁴ Dieses Defizit erkannten viele Soldaten der ARVN selbst. Vgl. Robert K. Brigham, ARVN. Life and Death in the South Vietnamese Army, Lawrence 2006, S. 40–44, und Großheim, Der „gerechte Krieg“, S. 156.

⁴⁵ Mit *bo doi* (wörtlich „marschierende Truppen“) werden gemeinhin die Soldaten der Vietnamesischen Volksarmee in der DRV bezeichnet.

⁴⁶ Vgl. Ilya V. Gaiduk, The Soviet Union and the Vietnam War, Chicago 1996, Qiang Zhai, China and the Vietnam Wars, Kap. 6–9, und ders., An Uneasy Relationship: China and the DRV during the Vietnam War, in: Lloyd C. Gardner/Ted Gittinger (Hrsg.), International Perspectives on Vietnam, College Station 2000, S. 108–139. Zum Vietnamkrieg allgemein vgl. Marc Frey, Geschichte des Vietnamkriegs. Die Tragödie in Asien und das Ende des amerikanischen Traums, München ⁸2006, und Bradley, Vietnam at War.

⁴⁷ Vgl. Brigham, Guerrilla Diplomacy, S. 41f., 48, 53f. und 56f., sowie Großheim, Die Partei, Kap. 6.

heute nicht ganz geklärt. Es deutet aber Vieles darauf hin, dass die Parteiführung um Le Duan in Vorbereitung einer großen Offensive im Süden jegliche Opposition ausschalten und außerdem Verteidigungsminister Vo Nguyen Giap, der der „moderaten Fraktion“ zugeordnet wurde, isolieren wollte.⁴⁸

Die Tet-Offensive im Januar 1968 brachte die von der Führung in Hanoi erhoffte Wende im Krieg. Sie war ein propagandistischer Erfolg – US-Präsident Lyndon B. Johnson erklärte im Mai 1968, dass er bei den kommenden Wahlen nicht mehr als Kandidat zur Verfügung stehen würde. Er ließ die Bombardements auf nordvietnamesisches Territorium einstellen und bot der DRV Verhandlungen an. Rein militärisch war die Großoffensive jedoch eine Niederlage. Die NLF hatte den Großteil der Verluste zu beklagen und wurde langfristig geschwächt. Ab Ende der 1960er Jahre wurden die südliche Widerstandsfront und die Provisorische Regierung Südvietnam (PRG), die 1969 gebildet worden war, so mehr und mehr von Nordvietnam dominiert. Innerhalb der NLF-Einheitsfront, der sich auch bürgerliche Kräfte angeschlossen hatten, führte dies zu ähnlichen Verschiebungen wie bei den Viet Minh 1950/51. Nachdem bislang Patriotismus und der Widerstand gegen das Saigoner Regime und die US-Intervention als Nachweis der richtigen politischen Gesinnung ausgereicht hatten, wurden die „bourgeois Mitglieder“ der NLF nunmehr von Spezialisten des Nguyen-Ai-Quoc-Instituts, der Kadenschmiede der Partei in Hanoi, zur Teilnahme an politischen Schulungskursen angehalten und mussten sich für ihren bürgerlichen Klassenhintergrund rechtfertigen.⁴⁹ Mit diesem erneuten Übergang von der Einheitsfront- zur Klassenkampflinie, der sich hier andeutete, entfremdeten sich Teile der bürgerlichen-nationalen Elemente von der Front. Damit wurden auch die Weichen für die Nachkriegsentwicklung gestellt.

Im Januar 1973 kamen die langjährigen Verhandlungen zwischen den USA und Nordvietnam zu einem Abschluss. Im Pariser Friedensabkommen verpflichteten sich die USA zum Abzug ihrer Streitkräfte aus Südvietnam. Demgegenüber durften die regulären nordvietnamesischen Truppen, die sich südlich des 17. Breitengrades befanden, bleiben. Die nordvietnamesische Delegation mit ihrem Leiter Le Duc Tho hatte im Laufe des Jahres 1972 die Verhandlungen in Paris beschleunigt und, ohne mit der NLF Rücksprache zu halten, die Forderung nach Bildung einer Koalitionsregierung in Südvietnam aufgegeben. Tatsächlich war dies ein geschickter Schachzug Hanois, um den Einfluss bürgerlicher südvietnamesischer Nationalisten innerhalb der NLF einzudämmen und die Kontrolle über die Front zu behalten.⁵⁰

Die Schlussoffensive der Vietnamesischen Volksarmee und der NLF begann im März 1975 im Zentralen Hochland. Sie brachte eine auch für die Hanoier Führung überraschend schnelle Entscheidung. Am 30. April 1975 fiel Saigon – die Republik Vietnam war untergegangen.⁵¹

⁴⁸ Vgl. im Einzelnen Großheim, ebenda, und Nguyen T. Lien Hang, *The War Politburo: North Vietnam's Diplomatic and Political Road to the Tet Offensive*, in: *Journal of Vietnamese Studies* 1 (2006), H. 1-2, S. 4-58, hier S. 22-33.

⁴⁹ Vgl. Truong Nhu Tang (mit David Chanoff und Doan Van Toai), *A Viet Cong Memoir. An Inside Account of the Vietnam War and Its Aftermath*, New York 1986, S. 186-196, und Brigham, *Guerrilla Diplomacy*, S. 77f., 83f., 93f. und 108.

⁵⁰ Vgl. Truong Nhu Tang, *A Viet Cong Memoir*, S. 216f., und Brigham, *Guerrilla Diplomacy*, S. 109.

⁵¹ Zum 30. 4. 1975 vgl. die Schilderungen bei Walter Skrobanek, *Nach der Befreiung. Damit ihr wisst, dass das Leben weitergeht. Tagebuch aus Vietnam 1975*, Bad Honnef 2008, S. 16-25, und Duong Van Mai Elliott, *The Sacred Willow*, S. 405-414.

4. 1975: Wiedervereinigung, aber keine Wiederversöhnung – Die zweite Flucht

Die politische Entwicklung nach dem 30. April 1975 wies deutliche Parallelen mit der Entwicklung nach dem Sieg über die Franzosen zwei Jahrzehnte zuvor auf: Wie Ho Chi Minh nach der Rückkehr der DRV-Regierung nach Hanoi 1954, so versprach die Führung der Kommunistischen Partei auch 1975, eine Politik der Wiederversöhnung mit dem früheren Gegner einzuleiten – dies war bereits Bestandteil einer Reihe von Verlautbarungen der PRG und des Pariser Friedensabkommens von 1973 gewesen.⁵² In der Praxis zeigte sich jedoch schnell, dass die Sieger stattdessen systematisch versuchten, das besiegte südvietnamesische „Marionettenregime“ mit seinen Trägern weiter zu delegitimieren, die Erinnerung an die untergegangene Republik im wahrsten Sinne des Wortes auszulöschen und wie schon in Nordvietnam nach 1954 nun auch in der südlichen Landeshälfte den Sozialismus aufzubauen.⁵³

Bereits vor dem 30. April 1975 und in den letzten Stunden, bevor die nordvietnamesischen Panzer in Saigon einrollten, hatten ca. 65 000 Südvietnamesen – vor allem solche, die zuvor hohe Stellungen in der Saigoner Regierung oder Armee bekleidet und mit den USA eng zusammengearbeitet hatten – in einer unter chaotischen Umständen verlaufenden Rettungsaktion der Amerikaner ihre Heimat verlassen. In Erinnerung an die Landreform in Nordvietnam Mitte der 1950er Jahre und an Geschehnisse während der Tet-Offensive in Hue 1968, als nach der Einnahme der Stadt Träger der südvietnamesischen Regierung von der NLF ermordet worden waren, hatten viele befürchtet, dass es nach dem Sieg der Kommunisten erneut zu einem „Blutbad“ kommen würde. Andere Südvietnamesen, darunter Mitglieder des Bürgertums, hatten sich zum Bleiben entschlossen, um beim Wiederaufbau des Landes mitzuwirken.⁵⁴

Das „Blutbad“ blieb nach dem Sieg Hanois zwar aus, doch wanderten Hunderttausende von Südvietnamesen in „Umerziehungslager“, in denen sie in langen Kritik- und Selbstkritiksitzungen bekennen mussten, inwieweit sie zum Funktionieren der untergegangenen Republik Vietnam beigetragen und mit den Amerikanern kooperiert hatten. Auch kamen Personen in Umerziehungslager, die vor 1975 gegen das Saigoner Regime gekämpft, sich aber nicht der NLF angeschlossen hatten („Dritte Kraft“). Wie schon nach 1950 in den von den Viet Minh kontrollierten Gebieten und nach 1954 in ganz Nordvietnam wurden jetzt der Klassenhintergrund und das Verhältnis jedes Einzelnen zum besiegten Feind zum wichtigsten Beurteilungskriterium.

Wie sich bereits Anfang der 1970er Jahre angedeutet hatte, wurden nach Kriegsende vor allem die bürgerlichen Mitglieder der NLF an den Rand gedrängt. Entgegen aller vorherigen Vereinbarungen zog die Führung in Hanoi die Wiedervereinigung „im Schnellverfahren“ durch. Bereits Mitte 1976 wurde das Land unter dem Namen „Sozialistische Republik Vietnam“ wiedervereinigt, ohne dass die NLF hierbei eine entscheidende

⁵² Vgl. Jamieson, *Understanding Vietnam*, S. 358f., und Marvin E. Gettleman u. a. (Hrsg.), *Vietnam and America. The Most Comprehensive Documented History of the Vietnam War*, New York 1995, S. 471–487.

⁵³ Vgl. Großheim, *Der „gerechte Krieg“*, S. 158–160, und Gerhard Will, *Vietnam 1975–1979. Von Krieg zu Krieg*, Hamburg 1987.

⁵⁴ Vgl. Großheim, *Der „gerechte Krieg“*, S. 158, und Hardy, *Internal Transnationalism*, S. 227. Hardy nennt für 1975 eine Zahl von 130 000 Flüchtlingen. Wahrscheinlich gehören dazu auch Vietnamesen, denen in den ersten Monaten nach Kriegsende die Flucht gelang.

Rolle gespielt hätte. Bei diesem Prozess wurden nicht nur die staatlichen Symbole der untergegangenen Republik Vietnam, sondern selbst die der NLF, wie z. B. die blau-rot gestreifte Flagge, „entsorgt“ und durch solche der Nordvietnamesen, die nun den Sieg für sich allein reklamierten, ersetzt.⁵⁵

Um das besiegte südvietnamesische „Marionettenregime“ mit seiner heterodoxen Kultur an das orthodoxe sozialistische System im Norden anzupassen, verboten die Sieger jegliche Kulturgüter „dekadenten“ und „neokolonialistischen“ Inhalts, darunter auch die Lieder Pham Duys.⁵⁶

Ab Mitte 1978 forcierte die Führung in Hanoi zudem den Aufbau des Sozialismus in Südvietnam (Kollektivierung der Landwirtschaft, Verstaatlichung des Handels).

In Verbindung mit der Verschlechterung der Beziehungen zur Volksrepublik China führten all diese Faktoren ab 1977 zu einer zweiten massiven Fluchtwelle, in deren Verlauf circa 700 000 Vietnamesen über das Südchinesische Meer (*boat people*) oder über den Landweg aus ihrer Heimat flohen. Außerdem nutzten weitere 600 000 Vietnamesen das Orderly Departure Programm, das 1979 von den USA eingerichtet worden war. Insgesamt wurden schätzungsweise 1,5 Millionen Vietnamesen in den westlichen Staaten wie den USA, Australien, Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen.⁵⁷

US-Untersuchungen deuten darauf hin, dass nicht nur der Hintergrund dieser Fluchtbewegungen, sondern auch die Zusammensetzung der Flüchtlinge eine große Kontinuität zu der Fluchtwelle aufweist, die nach Abschluss des Genfer Friedensabkommens 1954 Richtung Südvietnam einsetzte. Mehr als die Hälfte der Flüchtlinge 1975 hatte für die besiegte Regierung bzw. die Amerikaner gearbeitet. Viele derjenigen, die sich der ersten Fluchtwelle 1975 angeschlossen hatten, stammten außerdem aus Nordvietnam. Entweder sie selbst oder ihre Eltern waren vor 1954 für die Franzosen oder die von diesen gestützte Bao-Dai-Regierung tätig gewesen. Zudem waren 34 Prozent der Flüchtlinge Katholiken, die die Mehrheit der Personen gestellt hatten, die 1954 nach Süden geflohen waren. Aussagen eines Mitarbeiters eines Flüchtlingslagers in den USA bestätigen die Verbindung: Danach stammten die meisten der Flüchtlinge im Lager aus Familien, die bereits 1954 die Flucht angetreten hatten.⁵⁸

Während die Vietnamesen jedoch bei der „Umsiedlung“ in das Gebiet südlich des 17. Breitengrades 1954 „lediglich“ ihre Heimat im Norden verloren hatten, so erschien ihnen der Verlust, den sie 1975 und in den ersten Jahren nach Kriegsende erfuhren, ungleich

⁵⁵ Vgl. das Beispiel in Chanoff/Doan Van Toai, Vietnam, S. 192. Siehe Großheim, Der „gerechte Krieg“, S. 159, und Doan Van Toai, The Fate of the National Front, in: Asian Affairs 8 (1981), S. 216–226.

⁵⁶ Vgl. Philip Taylor, Fragments of the Present. Searching for Modernity in Vietnam's South, Honolulu 2001, S. 23–55, und Jamieson, Understanding Vietnam, S. 360–364.

⁵⁷ Außerdem flohen ca. 250 000 Vietnamesen (wohl vorwiegend chinesischer Herkunft) nach China. Vgl. die Zahlen mit den entsprechenden Quellenangaben in Hardy, Internal Transnationalism, S. 228.

⁵⁸ Vgl. ebenda, S. 228f. Siehe auch Duong Van Mai Elliott, The Sacred Willow. Die Autorin schildert in dieser Monografie das Schicksal ihrer Familie über mehrere Generationen. Ihr Vater, der in hoher Position in der Kolonialverwaltung gearbeitet hatte, floh 1954 nach Süden und dann – mittlerweile hochbetagt – 1975 in die USA. Unsystematische Interviews des Verfassers mit *boat people* bestätigen den Befund. Viele der Befragten geben an, dass sie bzw. ihre Eltern ursprünglich aus Nordvietnam, häufig auch aus den katholischen Enklaven Phat Diem und Bui Chu stammen, deren Bewohner 1954 fast geschlossen in den Süden gingen.

größer. Die Kontinuität der Verlusterfahrungen von 1954 und 1975, aber gleichzeitig ihre unterschiedliche Dimension wird in den Erinnerungen von Exilvietnamesen, aber auch in Liedern von Pham Duy, der 1975 in die USA gegangen war, deutlich. In seinem Text „1954 cha bo que, 1975 con bo nuoc“ (1954 verläßt Du, Vater, die Heimat, 1975 verließ ich das Vaterland) besingt ein Sohn, wie sein Vater 1954 auf der Flucht vor den Kommunisten seine ursprüngliche Heimat Son Tay in der Nähe von Hanoi verlassen musste, aber in Bien Hoa in der Nähe von Saigon im eigenen Land eine neue Heimat fand. 1975 musste die Familie dann zum zweiten Mal fliehen, dieses Mal war es allerdings ein Abschied vom Vaterland.⁵⁹ „1954 cha bo que, 1975 con bo nuoc“ wurde vor allem in den neuen exilvietnamesischen Gemeinden in den USA zu einer Hymne an eine untergegangene Welt. Typisch ist die Version von Elvis Phuong, einem bekannten Sänger in Südvietnam vor 1975, in einem im Internet verbreiteten Musikvideo, die von Dokumentaraufnahmen von der Flucht und Abschiedsszenen 1954 und 1975 begleitet wird.⁶⁰

Das verlorene, durch die Kommunisten eroberte Südvietnam lebte nach 1975 vor allem in Bühnenshows wie „Paris by Night“, „Hollywood Nights“ oder „Saigon Nights“ in einer nostalgisch verklärten Version weiter. In diesen Shows, die ab den 1980er Jahren als Videos kommerziell erfolgreich vermarktet wurden, singen die bekannten Musikgrößen aus der Zeit vor dem Fall von Saigon die alten Lieder, häufig melancholische Balladen, die als „gelbe Musik“ nach 1975 von den neuen Machthabern in Vietnam verboten wurden, aber auch westliche Popmusik, die während des Krieges zum Standardrepertoire der Cafés in Saigon gehörten. Diese Gegenkultur wurde durch neue Lieder ergänzt, die das Schicksal der Flüchtlinge und der in den Umerziehungslagern einsitzenden Südvietnamesen sowie, in den ersten Nachkriegsjahren, den Wunsch nach Rückeroberung der Heimat thematisierten.⁶¹

Die Idee eines alternativen antikommunistischen Nationalismus, repräsentiert durch die untergegangene Republik Vietnam, erhielt bei den Exilvietnamesen nach 1975 sogar neue Schwungkraft. In der Videoshow „Gia biet Saigon“ (Abschied von Saigon) der wichtigen Produktionsfirma Thuy Nga mit Sitz in Paris erschien so das frühere Südvietnam unter den Präsidenten Ngo Dinh Diem und Nguyen Van Thieu als Hort der Stabilität und Harmonie, als glorreiche Vergangenheit.⁶² Diese antikommunistische „Meistererzählung“ fand ihr Spiegelbild in der von der Hanoier Historiografie propagierten Geschichtsversion, wonach die Kommunistische Partei als einzig legitime Vertreterin des vietnamesischen Nationalismus das vietnamesische Volk zum Sieg über den französischen Kolonialismus und US-Imperialismus führte. In Übereinstimmung mit diesen gegensätzlichen Meistererzählungen erhoben sowohl Vertreter der antikommunistischen vietnamesischen Diaspora

⁵⁹ Vgl. hierzu Kieu Linh Caroline Valverde, *Making Vietnamese Music Transnational: Sounds of Home, Resistance and Change*, in: *Amerasia Journal* 29 (2003), H. 1, S. 29–49, hier S. 32.

⁶⁰ Siehe das entsprechende Video unter: <http://www.youtube.com/watch?v=RbIGzsR1JEs&playnext=1&list=PLF6115DC784D3D920> (Zugriff: 19. 3. 2011).

⁶¹ Vgl. Ashley Carruthers, *National Identity, Diasporic Anxiety, and Music Video Culture in Vietnam*, in: Yao Souchou (Hrsg.), *House of Glass. Culture, Modernity, and the State in Southeast Asia*, Singapore 2001, S. 119–149, hier S. 123–125; Kieu Linh Caroline Valverde, *Making Vietnamese Music Transnational*, S. 32f.; und Stuart Cunningham/Tina Nguyen, *Popular Media of the Vietnamese Diaspora*, in: Stuart Cunningham/John Sinclair (Hrsg.), *Floating Lives. The Media and Asian Diasporas*, Lanham, MD u. a. 2001, S. 91–128, hier S. 110–120.

⁶² Vgl. Cunningham/Tina Nguyen, *Popular Media*, S. 118. Thuy Nga verlagerte später seinen Hauptsitz nach Westminister, Kalifornien.

als auch die führenden Kulturkader in Hanoi den Anspruch, die einzig „reine“, authentische vietnamesische Kultur zu repräsentieren, und qualifizierten die von der Gegenseite propagierte Kultur als „durch den Kommunismus“ bzw. „durch den US-Kulturimperialismus“ entfremdet ab.⁶³

Abweichungen von den Meistererzählungen werden von beiden Seiten in die Schranken gewiesen. Während die vietnamesische Historiografie nach wie vor an ihrer teleologischen Geschichtsversion und generellen Abwertung der Republik Vietnam als „Handlanger des US-Imperialismus“ festhält, versuchen demgegenüber die Kulturwächter der exilvietnamesischen Diaspora zu verhindern, dass ihre Ideologie des Antikommunismus „unterwandert“ wird. Als beispielsweise in der 40. Folge von „Paris by Night“ 1987 eine Dokumentarsequenz zu sehen war, in der südvietnamesische Zivilisten von den Helikoptern und Flugzeugen der Saigoner Armee getötet werden, führte dies in großen Teilen der vietnamesischen Exilgemeinde in den USA zu Proteststürmen. Die Produktionsfirma Thuy Nga, der sogar „Verrat“ und ein kommerzielles Zugeständnis an das kommunistische Vietnam vorgeworfen wurde, musste sich öffentlich entschuldigen und eine „historisch korrekte“ Version des Videos auf den Markt bringen.⁶⁴

Dennoch lässt sich seit Ende der 1980er Jahre gerade im Kulturbereich beobachten, dass die Grenzen zwischen einer antikommunistischen vietnamesischen Nation, wie sie in einigen Exilkreisen imaginiert wird, und der Sozialistischen Republik Vietnam durchlässiger geworden sind.⁶⁵ Die Vorstellung vom kommunistischen Vietnam als dem „Reich des Bösen“ in Exilkreisen, aber auch die Abqualifizierung der Vietnamesen, die nach Ende des Vietnamkrieges aus ihrer Heimat flohen, als „Landesverräter“ (Viet Gian) durch die Hanoier Führung, haben in den letzten Jahren an Verbindlichkeit eingebüßt. Das Ende des Kalten Krieges, die Einleitung von Wirtschaftsreformen ab 1986 und die Öffnungspolitik in Vietnam ab Anfang der 1990er Jahre, die damit verbundene Normalisierung der Beziehungen Vietnams mit den USA und anderen westlichen Staaten mit einer großen vietnamesischen Exilgemeinde, aber auch das Heranwachsen neuer Generationen in der vietnamesischen Diaspora und in Vietnam selbst haben die alten starren Fronten aufweichen lassen.⁶⁶ Zudem ermutigt die Hanoier Führung mittlerweile die Exilvietnamesen, in die Heimat zurückzukehren und die neuen wirtschaftlichen Möglichkeiten wahrzunehmen. Entgegen der früheren Ausgrenzungspolitik werden die Exilvietnamesen heute in Vietnam offiziell als „integraler Bestandteil der vietnamesischen Nation“ betrachtet.⁶⁷

Vor diesem Hintergrund entschloss sich 2005 auch der damals 85-jährige Pham Duy zur Rückkehr. Dieser Schritt erregte allerdings den Unmut einer Zahl von Exilvietnamesen, aber auch einiger seiner früheren Künstlerkollegen in Vietnam. Während die Ersteren

⁶³ Vgl. Carruthers, *National Identity*, S. 122, und Taylor, *Fragments of the Present*.

⁶⁴ Großheim, *Der „gerechte Krieg“*; Carruthers, *National Identity*, S. 116f. und 126–129.

⁶⁵ Dies gilt vor allem für den Bereich der Musik. Vgl. Kieu Linh Caroline Valverde, *Making Vietnamese Music Transnational*, und Richard Marosi, *Vietnam's Musical Invasion*, in: *Los Angeles Times*, 8. 8. 2000, <http://articles.latimes.com/2000/aug/08/news/mn-634> (Zugriff: 28. 2. 2011).

⁶⁶ Vgl. Carruthers, *National Identity*, S. 123.

⁶⁷ Vgl. Ashley Carruthers, *Vietnamese Language and Media Policy in the Service of Deterritorialized Nation-Building*, in: Lee Hock Guan/Leo Suryadinata (Hrsg.), *Language, Nation and Development in Southeast Asia*, Singapore 2007, S. 196–217, hier S. 198–202; Nga Pham, *Vietnamese Diaspora Urged to Return Home*, in: *BBC*, 24. 11. 2009, <http://news.bbc.co.uk/2/hi/8373580.stm> (Zugriff: 28. 2. 2011); Bill Bainbridge, *Once Cursed, Vietnamese Welcomed Home*, in: *New York Times*, 18. 3. 2005, <http://www.nytimes.com/2005/03/17/world/asia/17iht-viet.html> (Zugriff: 28. 2. 2011).

ihm vorwarfen, zum kommunistischen Feind übergelaufen zu sein, neideten Letztere einem Mann die plötzliche Popularität in der Öffentlichkeit, der ihrer Meinung nach Jahrzehnte zuvor die „Reihen der Revolution“ verlassen hatte und deshalb nicht mit denen zu vergleichen sei, die in den beiden Kriegen gegen Frankreich und die USA ihr Blut vergossen hatten.⁶⁸ Ungeachtet dieser Kritik, darf die lange verbotene Musik Pham Duys in Vietnam wieder gespielt werden – mittlerweile sind zahlreiche CDs und DVDs mit Titeln wie „Ngay tro ve“ (Der Tag der Rückkehr) im Handel. Die lange Reise Pham Duys von Nord- nach Südvietnam, von Saigon nach Kalifornien und von den USA zurück nach Vietnam, die stellvertretend für die Verlusterfahrungen hunderttausender Vietnamesen seit Mitte des 20. Jahrhunderts steht, scheint damit ein Ende gefunden zu haben. Pham Duy starb im Januar 2013 in Ho-Chi-Minh-Stadt, dem früheren Saigon.

⁶⁸ Vgl. o. V., Pham Duy van gay tranh cai [Pham Duy ruft immer noch Streit hervor], BBC Vietnamese, 13. 3. 2006, http://www.bbc.co.uk/vietnamese/entertainment/story/2006/03/060313_phamduy.shtml (Zugriff: 1. 3. 2011), und Phong Quang, Nhac si Pham Duy ve den Viet Nam [Der Musiker Pham Duy kehrt nach Vietnam zurück], in: BBC Vietnamese, 18. 5. 2005, http://www.bbc.co.uk/vietnamese/entertainment/story/2005/05/050518_phamduy.shtml (Zugriff: 28. 2. 2011).

IV. Das Ende des Kalten Kriegs

Dareg Zabarah

Die Republik Moldau: Staatswerdung im Spannungsfeld zwischen historischen Ansprüchen und dem Zerfall alter Ordnungen

Mit der Proklamation des Moldauischen in seiner lateinischen Variante zur Amtssprache durch den Obersten Sowjet der Moldauischen Sowjetischen Republik am 31. August 1989 erhielt die Moldauische Sozialistische Sowjetrepublik (MSSR) als neunte Sowjetrepublik nach langem Ringen ihre Amtssprache. Obwohl sich das Moldauische in seiner lateinisch geschriebenen Variante nun kaum vom Rumänischen unterschied, wurde Moldauisch und nicht Rumänisch Amtssprache. Dieser Kompromiss spiegelte die Zersplitterung der politischen Elite des Landes wider. Zudem wurde das Russische als Sprache der interethnischen Kommunikation beibehalten und eine Übergangsfrist von fünf Jahren beschlossen, in der der Wechsel zur Amtssprache in allen Behörden und Ämtern zu erfolgen hatte. Wie die Zuspitzung der Ereignisse zeigt, war das Dekret jedoch der Auslöser, der zur Verschärfung der Elitenkonflikte entlang der bestehenden gesellschaftlichen Bruchlinien beitrug. Schließlich nahmen die zentrifugalen Kräfte überhand, und Moldau atomisierte sich gesellschaftlich und politisch.

Der folgende Beitrag zeigt diese Bruchlinien innerhalb der moldauischen Gesellschaft auf. Er fokussiert hierbei auf die verschiedenen Gesellschafts-, Nations- und Staatsentwürfe, bei denen die Sprachenfrage einen zentralen Stellenwert einnahm. Die historischen Narrative dieser Entwürfe waren allesamt mit spezifischen nationalen – territorialen und kulturellen – Verlusten befrachtet, deren elitäre diskursive Konstruktion und Rekonstruktion unüberbrückbare Freund-Feind-Konstellationen erzeugten.

Nationale Identitäten: Bruchlinien in der moldauischen Gesellschaft

Mit dem Frieden von Bukarest erhielt das Russische Reich im Jahre 1812 den östlichen Teil des Fürstentums Moldau zugesprochen, während der Westen unter dem Einfluss des Osmanischen Reiches blieb. Der östliche Teil Moldaus wurde unter dem Namen Bessarabien vom Zarenreich verwaltet. Nach der Oktoberrevolution im Jahre 1917 wurde Bessarabien am 2. Dezember 1917 zunächst als Moldauische Demokratische Republik unabhängig und vereinigte sich später mit Rumänien.¹ Durch die Eingliederung Bessarabiens in das neu geschaffene Großrumänien vereinigten sich am 9. April 1918 – zum ersten Mal in der Geschichte – alle rumänischsprachigen Territorien in einem politischen Staat. Bei einigen der bessarabischen Notabeln, welche sich bereits durch ihre Loyalität gegenüber dem russischen Zaren ausgezeichnet hatten, überwog die Skepsis gegenüber den neuen Herren aus Bukarest. Andere wiederum, insbesondere jene, die sich national und nicht dynastisch definierten, standen der Vereinigung positiv gegenüber.² Wie die breite Volksmasse zur Eingliederung ins rumänische Reich stand, lässt sich anhand bestehender Da-

¹ Die Umstände der Vereinigung mit Rumänien sind bis heute strittig. Details hierzu siehe Charles King, *The Moldovans. Romania, Russia, and the Politics of Culture*, Stanford, CA 2000, S. 32–35.

² Irina Livezeanu, *Cultural Politics in Greater Romania. Regionalism, Nation Building, and Ethnic Struggle, 1918–1930*, Ithaca, NY 1995, S. 100f.

ten nicht abschließend rekonstruieren. Fest steht jedoch, dass jene nicht Moldauisch bzw. Rumänisch sprechenden Teile der Bevölkerung, welche zu Beginn des 20. Jahrhunderts 52,4 Prozent der Gesamtbevölkerung und 85,8 Prozent der Stadtbevölkerung und damit der tonangebenden Intelligenz ausmachten, Diskriminierungen und Statusverlust befürchteten.³ Dies resultierte nicht zuletzt aus dem Nationsverständnis der rumänischen Elite in Bukarest. Da in dem von der rumänischen Elite konstruierten Narrativ zur rumänischen Nation Letztere als Abstammungsgemeinschaft definiert wurde, konnten Nicht-Rumänen folglich niemals zu Rumänen und damit zu vollwertigen Staatsbürgern werden. Aus Sicht der rumänischen Eliten hatten Nicht-Rumänen, auch wenn sie seit Jahrhunderten auf rumänischem Gebiet heimisch waren, keinen Anspruch auf dieses Territorium, da es ihrer Meinung nach nur den Rumänen vorbehalten war, die dort zuerst gesiedelt hatten.⁴ Dieses „Recht der ersten Siedlung“ war ein integraler Bestandteil der rumänischen Nationalideologie, wie sie von den herrschenden Eliten seit dem späten 19. Jahrhundert propagiert und später auch in der MSSR in den späten 1980er Jahren erneut aufgegriffen wurde.

Doch auch für diejenigen Teile der Bevölkerung, die im neuen herrschenden Verständnis als Rumänen angesehen wurden, bedeutete die Vereinigung 1918 nicht automatisch einen Zugewinn. Da ein Großteil von ihnen zur Landbevölkerung zählte und sich daher weniger um kulturelle und nationale Belange als um jene des täglichen bäuerlichen Lebens kümmerte, wurde ihnen von den rumänischen Machthabern häufig vorgeworfen, sie würden „die rumänische Sache“ nicht genügend unterstützen. Oft wurden sie von den neu eingesetzten Verwaltern als Bürger zweiter Klasse diskriminiert. Zudem wurden Landverteilungen, die in den ersten Monaten der russischen Revolution zu ihren Gunsten erfolgt waren, wieder rückgängig gemacht, und die Macht der Großgrundbesitzer, der sogenannten Bojaren, wurde restauriert.⁵ Den größten Gewinn aus der Vereinigung zogen jene Teile der Bevölkerung, welche zur moldauisch- bzw. rumänischsprachigen intellektuellen Elite gehörten. Anders als im Zarenreich erfuhren sie durch die Zurückdrängung des Russischen und die Förderung des Rumänischen als Standardschriftsprache eine Aufwertung, da sie sich hauptsächlich dieser Sprache bedienten.

Mit der Zunahme nationalistischer Tendenzen im rumänischen Altreich, dem Regat, welche dann schließlich in der Machtübernahme durch General Ion Antonescu gipfelten, nahmen Diskriminierungen gegenüber jenen Bewohnern Bessarabiens zu, welche nicht als Rumänen im Sinne der Nationalideologie zählten.

Die Vereinigung Bessarabiens mit Rumänien entwickelte sich zum ständigen Zankapfel zwischen Rumänien und der Sowjetunion. Der Verlust des Territoriums an das monarchistische und damit in den Augen der Sowjetunion reaktionäre Rumänien wog für Moskau schwer. Die kommunistische Führung versuchte durch gezielte Unterstützung kommunistischer Zellen in Bessarabien, die Machtbasis der neuen Herrscher zu unterminieren.⁶ Mit der Gründung der Moldauischen Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik (MASSR) im Jahre 1924 auf dem Gebiet der Ukrainischen SSR linksseitig des Dnjestr-Flusses legte

³ Gemäß Volkszählung von 1897. Hierzu King, *The Moldovans*, S. 24, und Irina Livezeanu, *Urbanization in a Low Key and Linguistic Change in Soviet Moldavia (Part 2)*, in: *Soviet Studies* XXXIII (1981), H. 4, S. 573–592, hier S. 592.

⁴ Umut Korkut, *Nationalism versus Internationalism: The Roles of Political and Cultural Elites in Interwar and Communist Romania*, in: *Nationalities Papers* 34 (2006), H. 2, S. 131–155, hier S. 133.

⁵ King, *The Moldovans*, S. 42–44.

⁶ Ebenda, S. 51.



das Sowjetregime einen Gegenentwurf zur rumänischen Nationalideologie vor. Adressat dieses Entwurfes waren nicht nur jene ca. 172 000 Moldauisch bzw. Rumänisch sprechenden Bevölkerungsteile östlich des Dnjestr-Flusses in der MASSR, sondern auch jene Bessarabiens.⁷ Während im rumänischen nationalen Narrativ zwischen Rumänen und Nicht-Rumänen unterschieden wurde, sprach die Sowjetunion von einem „moldauischen Volk“, welches sich einerseits von seinen westlichen rumänischen Nachbarn unterschied, andererseits in einem engen Bund mit den übrigen Völkern der UdSSR – insbesondere den Slawen – eine Gemeinschaft bildet. Die MASSR sollte daher quasi als Vorreiter und Vorbild für das moldauische Volk fungieren, welches von der „Fremdherrschaft“ der Rumä-

⁷ Gemäß Volkszählung von 1926, in: Ebenda, S. 54.

nen unterdrückt wurde. Bezeichnend hierbei ist, dass die MASSR nicht als Republik für alle dort lebenden Bevölkerungsgruppen konzipiert wurde, sondern explizit als ein Proto-Nationalstaat für die „Moldauer“.

Der Gründung der MASSR folgten massive sowjetische Maßnahmen zum *nation building*. Obwohl das sowjetische Weltbild sich als Gegenentwurf zur rein auf die Abstammungsgemeinschaft fokussierten rumänischen Nationalideologie darstellte, trug es dennoch zur Verfestigung genau dieser ethnischen Kategorie bei. Gemäß dem von Stalin schon 1913 maßgeblich konzipierten Nationsverständnis begriff die Sowjetmacht eine Nation als eine stabile Gemeinschaft mit spezifischen objektiven Merkmalen wie Sprache, ein gemeinsames Territorium, ein gemeinsamer Wirtschaftsraum sowie einer psychologischen Prädisposition, dem sogenannten nationalen Charakter.⁸ Diese Charakteristika, welche für die Bildung eines ethnischen Nationsverständnisses förderlich waren, wurden auch nach Stalins Tod nicht in Frage gestellt und bildeten die Basis für alle anschließenden in der Sowjetunion durchgeführten nationalhistoriografischen Forschungen.

Aufgrund ihres Charakters als internationalistische Bewegung lehnte die sowjetische Kommunistische Partei eigentlich eine Trennung nach ethnischen Linien ab. Daher musste sie die Diskrepanz zwischen einer ethnisch definierten Nation, die als Gemeinschaft gemeinsamer Abstammung und Merkmale vorgestellt wurde, und einer Nation von Arbeitern und Bauern überbrücken. Als Folge dessen wurde eine supranationale Gemeinschaft geschaffen, welche die Nation als Schicksalsgemeinschaft, als klassenlose Gemeinschaft der neuen Sowjetmenschen, widerspiegelte: Dieses Konzept sah explizit eine supranationale Identität vor, die die durch gemeinsame Abstammung und Merkmale beschriebenen Nationen überwölben sollte. In der Praxis war dieses supranationale Konstrukt indes in einem erheblichen Maß von russischen kulturellen Symbolen durchsetzt und wurde daher von Nichtrussen oft lediglich als russische kulturelle Hegemonie wahrgenommen.⁹ Im Ergebnis produzierte die Sowjetelite in der MASSR und später in der MSSR drei miteinander unvereinbare Vorstellungen, die gemeinsam das sowjetische Weltbild prägten. Die als Gemeinschaft gemeinsamer Abstammung und Merkmale vorgestellte Nation (ethnisches Konzept) konkurrierte mit der Nation als Schicksalsgemeinschaft (= Doktrin des Sowjetmenschen) sowie einer als Gemeinschaft gemeinsamen Siedlungsraums konzipierten Nation (die staats- oder regionalzentrierte Nation).¹⁰ Diese inkompatiblen Elemente wurden durch die ideologische Hegemonie der Kommunistischen Partei zusammengehalten, die in Formeln wie „Völkerfreundschaft“ und – bei Vergleichen zwischen den Eroberungen des Russischen mit jenen des Osmanischen oder Britischen Imperiums – das „kleinere Übel“ ihren Ausdruck fanden. Diese Formeln wurden in verschiedenen Fällen angewandt, um sowohl die russische kulturelle Dominanz als auch die Inkorporation von Territorien in die Sowjetunion zu rechtfertigen. Die Sowjetführung nutzte diese drei unvereinbaren Nationskonzepte kreativ, indem sie jedes ihrer konstituierenden Elemente je nach Bedarf anwandte.¹¹

⁸ Iosif Stalin, *Marxizm i nacional'nyj vopros*, in: Ders., *Marxizm i nacional'no-kolonial'nyj vopros. Sbornik izbrannyh statej i rečej*, Moskva 1934, S. 3–45, hier S. 5.

⁹ Rogers Brubaker, *Nationalism Reframed. Nationhood and the National Question in the New Europe*, Cambridge 1997, S. 49.

¹⁰ Dareg A. Zabarah, *Nation- and Statehood in Moldova. Ideological and Political Dynamics since the 1980s*, Wiesbaden 2011, S. 40–50.

¹¹ Das Argument des „kleineren Übels“ nutzte das Sowjetregime, um die Eroberungen des russischen Zarenreiches zu rechtfertigen, die eine Grundlage für den späteren sowjetischen Machtbereich

Mit der Annexion Bessarabiens im Juni 1940 durch die Sowjetunion als Konsequenz des geheimen Zusatzprotokolls des sogenannten Molotov-Ribbentrop-Pakts wurde das Nationsverständnis der MASSR auf ganz Bessarabien ausgeweitet. Jegliche Definition der moldauisch- bzw. rumänischsprachigen Bevölkerung in rumänisch-nationalen Kategorien wurde unterdrückt. Aus jenen Bessarabiern, die in den letzten 22 Jahren zu Rumänen geworden waren, aber auch jenen, deren Identität im Widerspruch zu der aus Bukarest vorgegebenen gestanden hatte, sollten nun sowjetische „Moldauer“ werden. Territorial entsprach die MSSR nicht dem ehemaligen Bessarabien. Der Süden (der Bugeac) und der Norden (die Bukovina) fielen an die Ukraine, während der schmale Landstreifen, der heute Pridnestrowie (Transnistrien) darstellt, der MSSR zugesprochen wurde. Nachdem die östlichen Teile der MASSR der Ukraine zugeschlagen wurden, erfolgte die Auflösung dieser autonomen Republik. So ging die MASSR zum Großteil in der Ukraine und teilweise in der MSSR auf.

Mit der Annexion verlor Bessarabien zugleich fast 99 Prozent seiner deutschsprachigen Bevölkerung. Durch die vom deutschen Naziregime initiierte und von den neuen Machthabern in der MSSR unterstützten Umsiedlungsaktionen „Heim ins Reich“ wurden ungefähr 93 500 Bessarabiendeutsche ihrer Heimat beraubt.¹²

Im August 1941 gelang der rumänischen Armee mit Unterstützung der deutschen Wehrmacht die Eroberung von Bessarabien und von Teilen der Ukraine. Die Gebiete östlich des Dnjestr wurden in dem Verwaltungsgebiet Transnistrien zusammengefasst, und Bessarabien wurde an Rumänien angegliedert. Nun fungierte in Bessarabien und Transnistrien wieder die rumänische Nationalideologie als Orientierungswert. Es erfolgten umfangreiche Ermordungs- und Vertreibungsaktionen. Hauptsächlich hiervon betroffen waren die Juden und die Roma, welche aus allen Teilen Rumäniens in die Lager Transnistriens deportiert wurden. Etwa 185 000 Personen kamen in den transnistrischen Vernichtungslagern um. Bessarabien verlor den Großteil seiner Juden und Roma.¹³

1944 wurde Bessarabien von der Sowjetunion zurückerobert; der verwaltungstechnische Zustand von 1940 wurde restauriert. Für jenen Teil der intellektuellen Elite, die den rumänischen Machthabern nahestand, aber auch für jene, die sowohl Kritiker des Antonescu-Regimes waren als auch eine Eingliederung in die Sowjetunion nicht befürworteten, blieb entweder nur die Flucht oder die Anpassung an die neuen Gegebenheiten. In den ersten Jahren verloren 80 000 bis 300 000 Menschen aus Bessarabien ihre Heimat durch Zwangsdeportationen oder Flucht.¹⁴ Einige von ihnen kamen in stalinistischen Lagern ums Leben. Da der Großteil der Moldauisch bzw. Rumänisch sprechenden Bevölkerung auf dem Land lebte, waren diese Menschen von den Zwangskollektivierungsmaßnahmen, die nun eilig von den neuen sowjetischen Machthabern „nachgeholt“ wurden, besonders betroffen. Zwischen 1946 und 1947 starben 115 000 bessarabische Bauern an den Folgen von Hungersnöten.¹⁵

darstellten. Gerade bei Bessarabien spielte diese Formel eine entscheidende Rolle, um Ansprüche gegenüber Rumänien zu rechtfertigen. Siehe hierzu im Detail Wim P. van Meurs, *The Bessarabian Question in Communist Historiography. Nationalist and Communist Politics and History-Writing*, New York 1994, S. 153.

¹² Mariana Hausleitner, *Deutsche und Juden in Bessarabien 1814–1941*, München 2005, S. 170.

¹³ Ebenda, S. 187.

¹⁴ Claus Neukirch, *Die Republik Moldau. Nations- und Staatsbildung in Osteuropa*, Münster 1996, S. 68. Die Zahlen variieren stark und die absolute Höhe ist noch nicht gänzlich geklärt.

¹⁵ A. M. Țaran u. a., *Golod v Moldove, 1946–1947: Sbornik dokumentov*, Chișinău 1993, S. 9.

Die Skepsis der neuen Machthaber gegenüber der lokalen Bevölkerung blieb auch während der Sowjetherrschaft bestehen. Wie die rumänischen Verwalter, so zweifelten auch die Sowjets an der Loyalität der Einwohner Bessarabiens. Hohe Verwaltungsposten und entscheidende Schlüsselpositionen in der Partei wurden entweder mit Kadern aus anderen Republiken oder mit moldauisch- bzw. rumänischsprachigem Führungspersonal aus Pridnestrovie besetzt. So wurde die östlich des Dnjestr gelegene Stadt Tiraspol und nicht die MSSR-Hauptstadt Chişinău zur Kaderschmiede der moldauischen Nomenklatura.¹⁶ Die privilegierte Stellung der östlichen Regionen machte sich auch in der Industrialisierung bemerkbar. Während für die bessarabischen Regionen die Konzentration auf die Produktion von Agrargütern vorgesehen war, wurde fast die gesamte Schwerindustrie der MSSR links des Dnjestr aufgebaut. Die dort errichteten Fabriken standen unter direkter Kontrolle von Moskau.

Obwohl die Arbeitsmigration aus anderen Sowjetrepubliken zahlenmäßig nicht hoch war (der Anteil der Titularnation sank zwischen 1941 und 1989 um lediglich ca. 4 Prozent)¹⁷, entstand bei einigen Vertretern der intellektuellen Titularelite der Eindruck einer Überfremdung der Republik. Während es auf dem Land kaum Einwanderungsbewegungen gab, machten sie sich in den größeren Städten durchaus bemerkbar. Ein Großteil der industriellen Fachkräfte kam aus Russland, der Ukraine und aus anderen Sowjetrepubliken, was dazu führte, dass in den Städten das Moldauische bzw. Rumänische aus dem täglichen Sprachgebrauch zunehmend verdrängt wurde und die Städte hauptsächlich russischsprachig waren. So entstand ein Stadt-Land-Gefälle, welches man mit Ivan Katchanovski als Bruchlinie (Cleavage) innerhalb des Landes bezeichnen kann.¹⁸ Auf der einen Seite waren die russischsprachigen Städter, hauptsächlich in der Industrie in Pridnestrovie beschäftigt, mit typischen Allunions-Biografien, deren sowjetisches Nationsverständnis die Grenzen der MSSR überschritt.¹⁹ Auf der anderen Seite stand die moldauisch- bzw. rumänischsprachige Landbevölkerung, die sich aus den russisch geprägten Städten herausgedrängt fühlte und ihr Heimatland innerhalb der Grenzen der MSSR sah.²⁰ Eine Interpretation dieser Bruchlinie in primordialen ethnischen Kategorien wäre allerdings inkorrekt, da sich zum einen sowohl in der einen als auch in der anderen Gruppe sogenannte ethnische Moldauer befanden. Zum anderen bildeten die sogenannten Russischsprachigen keine ethnische Nation, die als Gemeinschaft gemeinsamer Abstammung und Merkmale vorgestellt wurde, sondern eine Amalgamation aus „ethnischen Moldauern“, Ukrainern, Russen, Bulgaren, Gagausen und Juden, deren Gruppenbildungsprozesse sich nicht an primordialen Kategorien orientierten, sondern sich eher als Sowjetbürger definierten, ohne jedoch zwangsläufig mit der kommunistischen Ideologie verbunden zu sein.²¹

¹⁶ Vertieft hierzu Ronald J. Hill, *Soviet Political Elites. The Case of Tiraspol*, New York 1977.

¹⁷ King, *The Moldovans*, S. 97.

¹⁸ Allerdings sieht Katchanovski diese Grenze stark geografisch. Siehe Ivan Katchanovski, *Cleft Countries. Regional Political Divisions and Cultures in Post-Soviet Ukraine and Moldova*, Stuttgart 2006.

¹⁹ Ala Şveţ, *Politico-Economical Markers in the Project of the Transnistrian Regional Identity Construction*, in: *Interstitio. East European Review of Historical Anthropology I* (2007), H. 2, S. 195–220.

²⁰ Jennifer R. Cash, *Origins, Memory, and Identity: „Villages“ and the Politics of Nationalism in the Republic of Moldova*, in: *East European Politics and Societies* 21 (2007), H. 4, S. 588–610.

²¹ Zabarah, *Nation- and Statehood in Moldova*, S. 13f.

Konstruktion und Dekonstruktion einer moldauischen Sprache: Bruchlinien in der Sprachpolitik

In den Diskursen um die moldauische Identität nahm die Sprachfrage eine derart zentrale Stellung ein, dass die gesellschaftlichen Bruchlinien Moldaus stark durch die Haltung zur moldauischen und rumänischen Sprache entstanden. Ohne auf die soziolinguistischen Details einzugehen²², sollen hier nur die wesentlichen Etappen der Sprachkonstruktion dargestellt und ihre Wechselwirkung mit der moldauischen Identitätskonstruktion interpretiert werden.

Die ostromanischen Idiome, deren Verbreitung sich über Rumänien und Moldau hinaus auch auf Sprachinseln in der Ukraine und in Serbien sowie auf kleinere Gemeinden in Griechenland und Albanien erstreckt, unterscheiden sich von den slawischen Nachbarsprachen dadurch, dass sie zu einer romanischen Sprachgruppe gehören, die auf dem Lateinischen basiert. Von diesen Idiomen wurden nur das Rumänische und in gewissem Maße auch das Aromunische als Standardsprachen ausgebaut.²³ Das Rumänische erfuhr seine Standardisierung im späten 19. Jahrhundert auf Basis des Bukarester Dialekts. Die vollständige Lateinisierung erfolgte erst im Jahre 1860. Zu jener Zeit war Bessarabien noch Teil des Russischen Imperiums, sodass eine direkte Einbindung der bessarabischen Intellektuellen in die sprachlichen Standardisierungsprozesse kaum erfolgte. Die Bezeichnung „moldauische Sprache“, wie sie in einigen historischen Quellen oft auftaucht, bezog sich eher auf eine Selbstbezeichnung der Sprache durch die Bewohner als auf einen eigenen Standard. Nach der Eingliederung Bessarabiens in Großrumänien wurde die Bezeichnung lediglich durch „rumänische Sprache“ ersetzt und der rumänische Standard als allgemeingültig eingeführt. Diese Einführung stieß bei der zum Großteil schreib- und leseunkundigen Bevölkerung, die darin eine Bevormundung sah, auf Widerstände.²⁴

Mit der Gründung der MASSR wurden dagegen in der UdSSR die ersten Versuche unternommen, eine eigenständige moldauische Standardsprache zu schaffen. Da das stalinistische Nationalitätenkonzept eine eigene Sprache als konstitutiv für eine Nation ansah, wurde das Moldauische Wissenschaftliche Komitee unter der Leitung des Kommissars für Aufklärung in der MSSR Pavel Chior und seines Kollegen Leonid Madan damit beauftragt, eine moldauische Standardsprache ins Leben zu rufen. Zwischen 1927 und 1930 wurden die weitgehendsten Schritte unternommen, das Moldauische vom Rumänischen abzugrenzen. Dies geschah durch die Veröffentlichung einer eigenen Grammatik, einer auf dem kyrillischen Alphabet basierenden Orthografie und durch die Einführung von Neologismen. Nach der von Stalin initiierten Abkehr von der Politik der lokalen Elitenförderung (korenizacija) hin zu einer Russifizierungspolitik wurden diese Standardisierungsprozesse wieder rückgängig gemacht. Zudem sollte im Rahmen der Latinisierung der nichtslawischen Sprachen der Sowjetunion nun auch das Moldauische in der MASSR lateinisch geschrieben werden. Die im Jahre 1932 von Madan in lateinischen Buchstaben neu überarbeitete Grammatik war von einer rumänischen Grammatik kaum noch zu

²² Hierzu Dareg Zabarrah, *The Linguistic Gordian Knot in Moldova: Repeating the Yugoslav Experience?*, in: *Srpski jezik – studije srpske i slovenske* 15 (2010), H. 1-2, S. 187-210.

²³ Zur Terminologie der Ausbausprache siehe Heinz Kloss, *Die Entwicklung neuer germanischer Kultursprachen seit 1800*, Düsseldorf 1978, S. 23-37. Zum Aromunischen siehe Thede Kahl, *Hirten in Kontakt. Sprach- und Kulturwandel ehemaliger Wanderhirten (Albanisch, Aromunisch, Griechisch)*, Wien u. a. 2007, S. 128-132.

²⁴ King, *The Moldovans*, S. 42f.

unterscheiden. 1938 wurde das kyrillische Alphabet erneut eingeführt, und nach der Besetzung Bessarabiens galt die kyrillische Schrift auch für Bessarabien. Lediglich in den Jahren 1941 bis 1944 wurde wieder Lateinisch geschrieben. Außer der erneuten Umstellung auf kyrillische Buchstaben ab 1944 und der Einführung eines neuen Graphems im Jahre 1967 wurden seit 1945 keine nennenswerten Standardisierungsversuche in der Struktur des Sprachkorpus unternommen.

Die sprachlichen Realitäten waren charakteristisch für die duale Realität der sowjetischen Gesellschaft. Auf der einen Seite nannte man die Sprache Moldauisch, da dies die offizielle Haltung der Partei war. Auf der anderen Seite unterschied sich die moldauische Sprache, außer im kyrillischen Schriftbild, nicht vom Standard-Rumänischen. Obwohl der akademischen und kulturellen Elite diese Diskrepanz in der Logik stets klar war, wollte oder konnte sie dies niemals offiziell zugeben.²⁵ So entstand ein halbherziges Festhalten an einem moldauischen Standard, ohne dass Versuche unternommen wurden, diesen dahingehend auszubauen, dass er sich vom Standard-Rumänischen klar unterscheiden ließ. Zwar argumentiert Marcu Gabinschi zurecht, dass es bis 1956 sehr wohl Initiativen gab, verstärkt Slawismen in die Sprache einzuführen und die Sprache von den „bourgeois Rumänismen“ zu reinigen²⁶, doch führte dies niemals zu strukturellen Eingriffen in den Sprachkorpus.

Zudem gab es Initiativen seitens der sowjetischen Regierung, die kulturellen Verbindungen zwischen Rumänien und der MSSR zu unterbrechen. Rumänische Bücher waren eher in Moskau als in Chişinău erhältlich. Ein Paradox bestand jedoch auch in der Frage des Literaturkanons. Sowohl die MSSR als auch Rumänien teilten sich Klassiker wie Ion Creangă und Mihai Eminescu. In der Sowjetunion wurden sie jedoch als „moldauische“ Schriftsteller bezeichnet, was nicht ganz unrichtig war, da sie tatsächlich in Moldau gewirkt hatten. Allerdings lag dieses Moldau westlich des Grenzflusses Pruth und war ein Teil Rumäniens.

Es war vor allem die kulturelle Elite der Titularnation der MSSR, der die inneren Widersprüche im sowjetischen Narrativ klar vor Augen standen. Aus ihren Reihen formte sich die stärkste Opposition gegen das Sowjetregime.

Vertiefung der Bruchlinien

Als im Rahmen der durch Perestrojka und Glasnost' erfolgten Öffnung die gesellschaftlichen Diskurse weniger Restriktionen unterlagen, begann Mitte 1988 eine öffentliche Debatte über den Zustand der moldauischen Sprache. Die Initiativen hierzu gingen hauptsächlich von den Akademikern und Schriftstellern der intellektuellen Titularelite aus, die sich als „Informelle“ bezeichneten, da sie außerhalb der Parteivorgaben agierten. Sie kritisierten die desaströse Lage, in der sich ihre Sprache nach jahrelanger Vernachlässigung und Russifizierung befand. Ihre Forderungen beinhalteten die Anerkennung der Identität des Moldauischen mit dem Rumänischen, die Umstellung des Alphabets von der kyrillischen auf die lateinische Schrift und die Deklaration des Moldauischen als Staatssprache. Diese Forderungen waren höchst provokativ, da sie die komplette Annullierung der ge-

²⁵ Zabarah, *The Linguistic Gordian Knot*, S. 190.

²⁶ Marcu Gabinschi, *O privire confruntativă asupra situației glotice din Republica Moldova*, in: *Sociolingvistică LIII* (2011), S. 112-118, hier S. 117.

samen Nationsbildungsprozesse der Sowjetmacht implizierten. Würde das Alphabet auf eine lateinische Schreibweise umgestellt werden, so wären Moldauisch und Rumänisch nicht zu unterscheiden, da beide auf der gleichen Standardsprache basieren. Berücksichtigt man das herrschende sowjetische Weltbild zu Nation und Sprache, hätte dies zur Folge, dass die Anerkennung der sprachlichen Identität gleichzeitig eine Anerkennung der nationalen Identität zwischen Moldauern und Rumänen bedeuten würde. Da das Recht auf Selbstbestimmung indirekt implizierte, dass eine Nation keine zwei Staaten haben kann, wäre eine zukünftige Vereinigung der MSSR mit Rumänien die logische Konsequenz.

Weiterhin würde die Festlegung des Moldauischen als Staatssprache all jene benachteiligen, die in ihrem beruflichen Leben Russisch nutzten und nur geringe Kenntnisse des Moldauischen aufwiesen. Außer der kulturellen Titularelite waren noch Ende der 1980er Jahre nur wenige Einwohner der MSSR des Moldauischen in seiner kyrillischen Schriftform mächtig, von der lateinischen Schriftform ganz zu schweigen. Dies führte zu einer starken Opposition gegen die Gesetzesentwürfe. Es begann eine rege Debatte um die Sprachgesetze, die als Entwurf von führenden Intellektuellen der Titularelite vorgelegt und erstmalig in der moldauischen Presse diskutiert wurden. Die politische Elite war noch nicht willens, den Forderungen der moldauischen Intellektuellen nachzugeben und setzte ihr eine dilatorische Beruhigungstaktik entgegen.

Als Folge des Tabubruches, der durch die öffentliche Diskussion der Sprachenfrage initiiert wurde, setzten in der Öffentlichkeit nun auch Debatten über die moldauische Identität ein. Auf der einen Seite waren jene, die das moldauische Nationsmodell als ein künstliches sowjetisches Konstrukt kritisierten, nur geschaffen, um die Titularnation der MSSR von ihrem rumänischen Nachbarn zu unterscheiden. Andere jedoch hielten an der Idee der moldauischen Nation fest und verteidigten deren Existenzberechtigung.

Nachdem sich die „Informellen“ Mitte des Jahres 1989 zur Volksfront Moldaus (VM) zusammengeschlossen hatten, begannen jene Stimmen lauter zu werden, die das rumänische Nationsmodell favorisierten. In Opposition zur VM standen drei Gegenbewegungen, welche zunehmend an Bedeutung gewannen und sich gegen die immer stärker werdenden nationalistischen Forderungen der VM verbanden. Die erste Bewegung war die der Gagauz Halky. Diese Bewegung setzte sich für den Schutz der Rechte der Gagausen, eines in der Moldau ansässigen Turkvolks, ein und war im Wesentlichen im ländlich geprägten Süden der MSSR aktiv. Die zweite Bewegung war die internationalistische Bewegung Edinstvo-Unitate, welche hauptsächlich aus russischsprachigen Akademikern bestand. Die dritte Interessengruppe, der Vereinigte Rat der Arbeitskollektive, bekannt unter seinem russischen Akronym OSTK, trat hauptsächlich für die Interessen der industriellen Eliten der pridnestrovischen Region ein. Alle drei Bewegungen standen in Opposition zu den geplanten Sprachgesetzen, fühlten sich gleichermaßen durch den Auftrieb des Nationalismus in Moldau bedroht und befürchteten einen Statusverlust.

Nachdem die Kommunistische Partei ihren Kurs unter ihrem neuen Führer Petru Lucinschi im November 1989 geändert hatte und sich immer stärker von Moskau entfernte, begann sie die VM zu unterstützen und stimmte in wichtigen Angelegenheiten gemeinsam mit deren Vertretern ab. Mit rund 25 bis 27 Prozent der Sitze in dem im April 1990 neugewählten Obersten Sowjet der MSSR hatten die VM-Abgeordneten keine signifikante Mehrheit im legislativen Organ Moldaus und hätten daher folglich ohne die Unterstützung der moldauischen kommunistischen Elite keinen bedeutsamen Einfluss auf die Entscheidungsprozesse ausüben können. Die steigenden zentrifugalen Kräfte in der gesam-

ten Sowjetunion verschoben die Machtstrukturen zugunsten der moldauischen kommunistischen Elite. Politische Figuren wie der Vorsitzende des Obersten Sowjets der MSSR und spätere Präsident Mircea Snegur und der Parteivorsitzende der MSSR Petru Lucin-schi begannen sich gegen das Moskauer Zentrum zu behaupten. Eine Bewegung, die für einen Nationalstaat eintrat, in dem die Schlüsselpositionen von der Titularbevölkerung besetzt werden sollten, war auch für die neue kommunistische Elite sehr vorteilhaft und wurde daher gern unterstützt. Das Bündnis der Protagonisten der rumänischen nationalen Idee mit der politischen kommunistischen Führung machte die rumänische Nationsidee zur dominierenden Ideologie im politischen Diskurs. Jener Teil der politischen Elite, der durch die Änderung des *status quo* Diskriminierung befürchtete, begann, alternative Strategien zu prüfen, nachdem er feststellen musste, dass er keine Möglichkeit hatte, die politischen Ergebnisse zu beeinflussen.

Nationsbildung und Verluste entlang gesellschaftlicher Bruchlinien

Die unterschiedlichen Verlusterfahrungen von moldauischen Eliten in diesen Prozessen lassen sich anhand der Debatten über die geplanten Sprachgesetze von Sommer 1989 im Obersten Sowjet Moldaus (Parlament) veranschaulichen. So schilderte die Schriftstellerin und VM-Aktivistin Leonida Lari ihre Verlusterfahrungen folgendermaßen:

„Unser Volk war im Verlauf der Jahrhunderte Leiden ausgesetzt, Deportationen, Repressionen, Hunger. Es wurde an die Wand gedrückt. Jahrzehntelang wartete es auf Gerechtigkeit, doch hat es diese nie erhalten und ist so an den Grenzen seiner Geduld angelangt. Man darf seine Geduld nicht weiter strapazieren. Denn wenn dieses versklavte Volk bis jetzt nicht begriffen hat, wer ihm die Ausübung seiner elementaren Existenzrechte verwehrt, so hat es das in dieser Sitzung nun begriffen. Es fragt sich: Wer nimmt ihm seine Rechte, bei wem soll es um sie betteln? Doch nicht etwa bei der Regierung Moldaus? Bei der chauvinistischen Mafia der Republik? Oder beim Zentrum in Moskau? Endlich, bei dieser Sitzung, hat es begriffen, was genau passiert. Die von Moskau unterstützte chauvinistische Mafia der Republik – das sind jene, die ihm nicht seine Sprache zurückgeben wollen.“²⁷

Lari stellt das Schicksal des moldauischen Volkes als eine Kette von Verlusterfahrungen dar. Es entsteht der Eindruck eines unterdrückten Volkes, welches unter Fremdherrschaft leidet und sich nur durch die Rückbesinnung auf seine Sprache befreien kann. Die Sprache ist dabei von zentraler Bedeutung – sie ist das „Wesen“ der Nation. Mit der Infragestellung der Postulate von „Völkerfreundschaft“ und „dem kleineren Übel“, welche zum einen die kulturelle Dominanz des Russischen als *lingua franca* der Sowjetunion und zum anderen die Einverleibung Bessarabiens in die UdSSR legitimierten, beginnt Lari bewusst einen Tabubruch. Parallel wurden Stimmen laut, die die russischsprachige Bevölkerung Moldaus als Besatzer bezeichneten. Antisowjetische Slogans vermischten sich mit antirussischen. Der russischsprachigen Bevölkerung wurde insbesondere die geringe Bereitschaft, die moldauische Sprache zu erlernen, vorgeworfen:

„Und ich will Ihnen sagen, dass 1947, nach dem Krieg, im Hungerjahr, ich nach sieben Schulklassen auf die medizinische Berufsschule gegangen bin, wo nicht ein Fach auf Moldauisch unterrichtet wurde. Wir konnten kein Russisch, kein Wort, doch haben wir gemeinsam mit den Russen

²⁷ So L. I. Iorga (Leonida Lari), in: Verhovnyj Sovet Moldavskoj SSR (Hrsg.), Trinadcataja sessija Verhovnogo Soveta Moldavskoj SSR (odinnadcatyj sozvy). 29. Avgusta – 1. Sentjabrja 1989 goda. Stenografičeskij očet, Bd. 2, Chișinău 1990, S. 11.

studiert. Sie haben uns geholfen. Nach einem halben Jahr standen wir auf eigenen Füßen. Man hat uns nicht als weniger geeignet angesehen als die anderen. Dazu haben wir noch die russische Sprache gelernt. Der russischsprachigen Bevölkerung möchte ich sagen – das ist eine bittere Erfahrung.“²⁸

Die Gegenargumente fanden sich exemplarisch in den Reden der Abgeordneten Runikovskij und Gedziera:

„Russland [Rus', Anm. D. Z.] hat immer alle aufgenommen und verteidigt, die bei ihr Schutz gesucht haben. Darunter auch die Entrechteten und nicht nur ihre eigenen Söhne, sondern auch die Söhne der anderen Völker und Kontinente. Darin besteht die Größe und Güte Russlands.“²⁹

„Uns nennt man Besatzer. Sind wir denn etwa in diese Republik gekommen, um die einheimischen Bewohner zu unterdrücken? Wir sind gekommen, um Wohlstand für die ganze Republik zu schaffen, und außerdem sind wir ja nicht ins Ausland gezogen, sondern leben in der Sowjetunion und genießen die gleichen Rechte wie alle anderen.“³⁰

Ihre Beiträge zeigen deutlich, dass das historische Verständnis der russischsprachigen Elite jenem der Titularelite diametral entgegenstand. Russland – in seinen imperialen Grenzen als *Rus'* bezeichnet – war eindeutig positiv konnotiert, als großer Bruder, der andere Nationen unter seinen Schutz nahm, ohne Dank dafür zu erwarten. Zugleich werden die nach 1945 aus anderen Sowjetrepubliken nach Moldau Hinzugezogenen als Förderer des Wohlstandes dargestellt. Der Nationsbegriff war hier weiter gefasst und bezog sich nicht nur auf die Grenzen Moldaus, sondern umfasste die ganze Sowjetunion. Auch bestand seitens der russischsprachigen Bevölkerung die berechtigte Befürchtung, dass den sprachlichen Forderungen weitere folgen werden und im Ergebnis die Rechte der Nicht-Titularnationen stark eingeschränkt würden:

„Die politische Situation in der Republik lässt den Gedanken aufkommen, dass die Sprachgesetze nur der erste Schritt zur Realisierung der nationalen Idee sind, die heute für einige höher als die Interessen des Menschen steht. Antisowjetische Lösungen verbinden sich mit antirussischen. Gesandte aus Litauen und Estland kommen zu uns und bilden eine Einheitsfront gegen unseren sowjetischen [Gesellschafts-]Aufbau.“³¹

Obwohl die Anhänger der VM Gagausisch als zweite Amtssprache im Süden Moldaus einführen und damit den Status dieser Sprache verbessern wollten, sprachen praktische Überlegungen gegen eine alleinige Einführung des Gagausischen:

„Ich bitte zu bemerken, dass ich mit Absicht den Ausdruck ‚russischsprachige Bevölkerung‘ vermeide, da ich der Meinung bin, dass dieser Terminus ungenau ist, da Gagausen und Bulgaren, Ukrainer und Juden ihre nationale Sprache haben, doch halten sie es für nötig, im wirtschaftlichen, politischen und sozialen Leben die russische Sprache zu verwenden, da diese bis zum heutigen Tage für die absolute Mehrheit die am besten zugängliche Sprache der interethnischen Kommunikation in der Republik darstellt.“³²

„Als Vertreter der Bewohner im Süden Moldaus reiche ich eine Bitte ein, oder wenn Sie wollen, stelle die Forderung, dass dem Russischen das Recht der freien Verwendung im Süden Moldaus gewährt wird. Warum? Weil die Leute, sowohl die im Süden lebenden Gagausen als auch die Bulgaren, 45 Jahre Russisch gelernt haben und es noch lernen. Das Recht des sofortigen Übergangs zum Gagausischen bringt nichts und wird nichts bringen.“³³

²⁸ So T. V. Moşneaga, in: Ebenda, Bd. 2, S. 75.

²⁹ So V. V. Runikovskij, in: Ebenda, Bd. 1, S. 79.

³⁰ So V. I. Gedziera, in: Ebenda, Bd. 1, S. 70.

³¹ So L. V. Ţurcan, in: Ebenda, Bd. 1, S. 102f.

³² So V. I. Glebov, in: Ebenda, Bd. 1, S. 108.

³³ So M. K. Paşaly, in: Ebenda, Bd. 2, S. 22.

„Wirklich, die gagausische Sprache ist stark degradiert. Faktisch existiert sie nicht. Wenn man das Ziel hat, sie wieder zu erschaffen, so wird die Belastung der Schüler ziemlich stark sein. Eine analoge Situation gilt für die bulgarische Bevölkerung. Daher ist es, wie es schon hier gesagt wurde, für die Kinder schwer, eine Turksprache, eine romanische, eine slawische und eine Fremdsprache zu lernen.“³⁴

Da die gagausische Sprache erst im Jahre 1950 vollständig standardisiert wurde und der erste regelmäßige Unterricht in dieser Sprache erst 1989 erfolgte, hätte eine Einführung des Gagausischen und des Moldauischen als Amtssprachen die Bevölkerung der Region zu Analphabeten gemacht. Zudem fürchteten die gagausischen Aktivisten und deren Anhänger im Süden des Landes ebenfalls das Erstarken des rumänischen Nationalismus. Durch den damit verbundenen exklusiven Territorialanspruch der Moldauer/Rumänen befürchteten sie, in ihrer Heimat zu Bürgern zweiter Klasse zu werden.

Die wichtigste Lobby für die gagausische Autonomie, die Gagauz-Halky-Bewegung, hatte ihre Forderungen nach Schaffung einer autonomen Formation bereits ab Februar 1989 artikuliert. Ursprünglich standen ihre Forderungen im Zusammenhang mit der geplanten Sprachgesetzgebung. Die Forderung nach Autonomie erhielt jedoch bald eine Eigenynamik, nachdem die gagausischen Aktivisten erkannten, dass der von Chişinău eingeschlagene Kurs eine Bedrohung darstellte. So wurden die Forderungen nach Gewährung eines Autonomiestatus unabhängig von der Verabschiedung der kontroversen Sprachgesetze gestellt.³⁵ Obwohl die Gagauz Halky eine Bewegung war, die sich für ethnische Gruppenrechte einsetzte, war eine nationalistische Rhetorik, wie sie bei der VM üblich war, nicht zu vernehmen.

Da die Gagausen keinen eigenen Nationalstaat hatten, beriefen sie sich auf ihr Recht auf Selbstbestimmung. Die historische Grundlage dieser Forderung war bei Befürwortern und Gegnern der vorgeschlagenen Gebietsreform heftig umstritten.³⁶ Mit der Klärung der Frage der ersten Siedlung zu ihren Gunsten wollten die Gagausen ihre Gebietsansprüche gegenüber den Anhängern der rumänischen Nationalideologie rechtfertigen, da das Recht der ersten Siedlung eine zentrale Rolle im ideologischen Narrativ spielt. Das völlige Fehlen einer in staatsbürgerlichen Kategorien definierten Nation führte zur Entstehung eines Weltbildes, in dem Rechte nur Gruppen, und nicht Individuen, gewährt wurden. Diese Rechte fanden ihren Ausdruck im Recht auf Selbstbestimmung. Aufgrund der Diskrepanz zwischen möglichen Territorialforderungen und der existierenden territorialen Struktur wurde eine gewisse Kategorienhierarchie zwischen den Nationen der Sowjetunion in Bezug auf ihr potenzielles Recht auf Selbstbestimmung eingeführt. Nach dieser Hierarchie unterteilte man Volksgruppen in jene, die als Nation klassifiziert wurden und damit einen Anspruch auf einen eigenen Staat hatten, und in jene, die „nur“ als ethnische Gruppe galten und damit keinen Anspruch auf eine eigene territoriale Formation hatten. Die Anerkennung als Nation war daher während des gesamten Disputs zwischen Chişinău und der Gebietshauptstadt Comrat von herausragender Bedeutung. Während der erste Punkt also eine Rechtfertigung gegenüber dem sowjetischen Nationsmodell darstellte, war der zweite eine Antwort auf das rumänische Nationsmodell. Die Diskussion war daher auf zwei Hauptpunkte fokussiert: den Status der Gruppe (ob sie eine ethnische

³⁴ So I. I. Arnaut, in: Ebenda, Bd. 2, S. 138.

³⁵ Rezolucija sobranije kluba „Gagauz Halky“, in: Leniskoe Slovo, 21. 3. 1989, S. 2.

³⁶ Zabarah, Nation- and Statehood in Moldova, S. 112-138.

Gruppe oder eine Nation darstelle) und ihre Bindung zur Region (ob sie vor oder nach den Moldauern auf dem Gebiet siedelte).³⁷

Die Auseinandersetzungen mit dem moldauischen Zentrum intensivierten sich im Juli 1990. Nachdem den gagausischen Aktivisten klar geworden war, dass Chişinău ihnen die erhoffte Autonomie nicht zugestehen würde, wandelten sich die Beziehungen zwischen Comrat und Chişinău in einen offenen Konflikt. Die regionale politische Elite, die hauptsächlich aus Sympathisanten der Autonomie bestand, deklarierte am 19. August 1990 sogar die vollständige Unabhängigkeit von der MSSR. Nach anfänglicher Zurückhaltung schlug sich die regionale Kommunistische Partei auf die Seite der gagausischen Eliten und unterstützte sie gegen die moldauische Zentralverwaltung. Die Gagausen erhielten auch Unterstützung von den Eliten aus Pridnestrovie, die ebenfalls am Aufbau paralleler staatlicher Strukturen arbeiteten. Doch im Gegensatz zu Pridnestrovie fehlte in Gagausien eine entsprechende Sowjetrhetorik. Dies spiegelte sich nicht nur im Namen „Republik Gagausien“, in dem die Attribute „sowjetisch“ und „sozialistisch“ weggelassen wurden, sondern auch im Mangel an kommunistischen Symbolen, die in Pridnestrovie vorherrschten.

Im Gegensatz zu den Gagausen, die sowohl nach dem rumänischen als auch sowjetischen Nationsverständnis in der Sowjetunion eine eigene Volksgruppe darstellten, egal ob nun als ethnische Gruppe oder Nation, traf diese Klassifizierung nicht auf die Bewohner der Region Pridnestrovie zu. Da der Region eine auf gemeinsamer Abstammung und gemeinsamen Merkmalen basierende ethnische Nation fehlte, die als Rechtsträgerin der Selbstbestimmung fungieren konnte, mussten die politischen und akademischen Eliten eine höchst kreative Neuordnung des sowjetischen Weltbildes in Angriff nehmen.

Die Idee zur Schaffung einer pridnestrovischen Autonomie entstand als Reaktion auf die Einführung des Moldauischen als Amtssprache im August 1989. Im Gegensatz zu den Gagauz Halky, welche hauptsächlich kulturelle Argumente vorbrachten, gab die pridnestrovische Elite ökonomische Gründe als Rechtfertigung ihrer Autonomiepläne an. Die Idee zur Schaffung eines Autonomiegebildes wurde in den Arbeitskollektiven diskutiert, welche den Kern des OSTK bildeten. Als die Autonomiepläne erstmals in der Presse auftauchten, waren ihre Fürsprecher bereits gut vorbereitet und begannen gleich die nächsten Schritte einzuleiten. Zwischen Dezember 1989 und September 1990 führten die Verfechter der Autonomie mehrere Referenda zur Autonomiefrage in der gesamten Region durch. Da sie wussten, dass das Recht zur Selbstbestimmung nach sowjetischer Nationalitätendoktrin kaum auf Pridnestrovie Anwendung finden würde, begannen die Befürworter der Autonomie mit der Schaffung paralleler Staatsstrukturen, ohne mit dem moldauischen Zentrum in Verhandlungen zu treten.³⁸

Im Verlaufe des Jahres 1990 gelang es den pridnestrovischen Eliten, die Kontrolle über Pridnestrovie zu erlangen. Durch ihren Wahlsieg in den Regionalparlamenten und die gleichzeitige Schaffung paralleler Staatsstrukturen war es ihnen möglich, die politischen Strukturen der Region unter ihre Kontrolle zu bringen. Ähnlich wie in Gagausien wechselte die regionale kommunistische Partei die Fronten und unterstützte die Separatisten, nachdem Chişinău immer mehr die Kontrolle über die Region verloren hatte. Die prid-

³⁷ Ebenda, S. 112f.

³⁸ Dareg Zabarrah, *Opportunity Structures and Group Building Processes: An Institutional Analysis of the Secession Processes in Pridnestrovie and Gagauzia between 1989 and 1991*, in: *Communist and Post-Communist Studies* 45 (2012), S. 183–192, hier S. 187–190.

nestrovischen Führer wurden von der Edinstvo-Bewegung unterstützt. Nachdem die Region jedoch einseitig ihre Unabhängigkeit von der MSSR deklariert hatte, spaltete sich die Edinstvo-Bewegung. Während die radikaleren Kräfte in der Führung offen mit den pridnestrovischen Eliten paktierten, sprachen sich andere gegen eine Teilung der MSSR aus.

Die programmatische Idee des „Pridnestrovismus“ stellte viele Elemente des sowjetischen Weltbildes nach. So unterstützte die pridnestrovische Elite die Bildung einer auf gemeinsamer Abstammung und gemeinsamen Merkmalen basierenden Nation. In den ersten Jahren ihrer Existenz hat sich die Pridnestrovische Moldauische Republik (PMR), die am 02. September 1990 zuerst als Pridnestrovische Moldauische Sowjetische Sozialistische Republik ausgerufen und wenig später in ihren jetzigen Namen umbenannt wurde, als der einzige Staat dargestellt, der die authentische moldauische Kultur vor einer Rumänisierung schützen könne. Die politischen und intellektuellen Eliten der PMR boten den Moldauisch bzw. Rumänisch sprechenden Bevölkerungsteilen eine Identität an, die ausschließlich moldauisch war, und bestanden darauf, dass ihre Sprache ausschließlich unter Verwendung des kyrillischen Alphabets zu schreiben sei. Diese Position wurde in einer der ersten Deklarationen des provisorischen Parlaments am 2. September 1990 wie folgt wiedergegeben:

„Unter Berücksichtigung der nationalen Besonderheiten und kulturellen Eigenheiten des moldauischen Bevölkerungsteils in der pridnestrovischen Region und mit dem Ziel, Bedingungen zum Schutz der moldauischen Nation vor völliger Rumänisierung zu schaffen und zur Entwicklung der moldauischen Nation beizutragen, sieht es der zweite Kongress als zielführend an, dem Moldauischen in der wiedergegründeten Republik einen nationalen Status zu verleihen, wobei gleichzeitig die Gleichberechtigung aller Nationen und Völker in der Republik hervorzuheben ist, die ihr die geografische Bezeichnung Pridnestrovische Moldauische Sowjetische Sozialistische Republik verliehen haben.“³⁹

Diese moldauische Identität pridnestrovischer Prägung sah nicht nur eine Differenzierung zwischen den Moldauern und Rumänen auf beiden Seiten des Pruths vor, sondern auch verschiedene Identitäten der Moldauer auf den beiden Ufern des Dnjestr. Der Pridnestrovismus postulierte außerdem noch die Existenz eines pridnestrovischen Volkes (Pridnestrovskij narod) welches im Rahmen der Grenzen des nicht anerkannten Staates PMR vorgestellt wurde. Aufgrund ihres Status' als nicht anerkannte Republik kultivierten die Eliten der Region das Image einer belagerten Festung. Dies führte zur Formierung eines massiven Staatskultes. Einerseits wurde postuliert, dass die Unabhängigkeit von der MSSR und später von der Republik Moldau das ultimative Ziel der gesamten Bevölkerung sei, andererseits beharrte man darauf, dass sich die Bevölkerung dieser Region von ihren Nachbarländern unterscheide und daher eine auf Grundlage eines gemeinsamen Lebensraums basierte Nation darstelle. Das pridnestrovische Volk ähnelte deutlich den Vorstellungen über das Sowjetvolk. Beide wurden in einem ständigen Belagerungszustand und als von Feinden umgeben dargestellt. Das pridnestrovische Volk war zudem in der ostslawischen Zivilisation als einer Schicksalsgemeinschaft eingebettet. In dieser Vorstellung war das pridnestrovische Volk Teil dieser Zivilisation und stellte ein „slawisches Bollwerk“ dar. Diese Rhetorik fungierte als Ersatz für die kommunistische Ideologie.⁴⁰

³⁹ S'ezd deputatov Pridnestrov'ja 02.09.1990, Politiko-pravovoe obosnovanie sozdanija Pridnestrovskoj Moldavskoj Sovetskoj Socialističeskoj Respubliki, in: Dnestrovskaja Pravda, 8.9.1990, S. 2.

⁴⁰ Siehe vertieft hierzu Nicolae V. Babilunga, Pridnestrov'e. Kratkij istoričeskij očerk, in: V. F. Gryzlov (Hrsg.), Nepriznannaja Respublika. Očerki, dokumenty, chronika. Dokumenty gosudarstvennych organov Pridnestrov'e, Moskva (1997), Bd. 1, S. 18–33; Stefan Troebst, „We are Transnistrians!“ Post-

Trotz des Verlustes der kommunistischen Ideologie und der damit verbundenen Infragestellung der alten Ordnung arbeiteten die PMR-Eliten die inhärenten Elemente des sowjetischen Weltbildes von Nation und Staat kreativ in ihre programmatischen Ideen ein. Sie kombinierten die auf gemeinsamer Abstammung und gemeinsamen Merkmalen basierende Nationsgemeinschaft (ethnisches Konzept der Moldauer), die Gemeinschaft in einem gemeinsamen Siedlungsraum (das pridnestrowsche Volk) und die Schicksalsgemeinschaft der Slawen (das „slawische Bollwerk“). Das Einzigartige an diesem Konzept ist, dass die pridnestrowschen Eliten von einem institutionalisierten Verständnis abrückten, in dem das Recht auf Selbstbestimmung nur nationalen Gemeinschaften gemeinsamer Abstammung und Merkmale zustand. Durch die Schaffung eines Staates, in dem alle drei nationalen Gruppen – wenigstens formell – gleiche Rechte besitzen sollten, war die Ausrufung der PMR ein einzigartiges Phänomen im ethno-territorial geprägten post-sowjetischen Raum.

Die post-sowjetische Ära: Neuer Kontext für alte Bruchlinien

Als Moldau am 27. August 1991 seine Unabhängigkeit von Moskau erhielt, hatte es große Teile seines Territoriums verloren. Weder die im Osten noch die im Süden neu proklamierten, aber von niemandem anerkannten Quasi-Staatsgebilde, die Pridnestrowsche Moldauische Republik und die Gagausische Republik, waren bereit, an einem gemeinsamen post-sowjetischen Moldau zu partizipieren und sich mit diesem neuen Staat zu identifizieren. Während die Beziehungen zwischen Comrat und Chişinău weitgehend von friedlichen Verhandlungen geprägt waren, nahmen die Spannungen zwischen Tiraspol und Chişinău zu und führten schließlich im Juni 1992 zu einem Krieg, in dem etwa tausend Menschen ihr Leben ließen.

Der Juni-Krieg des Jahres 1992 stellte einen Wendepunkt in den moldauisch-pridnestrowschen Beziehungen dar, da er dem massiven Staatskult der pridnestrowschen politischen Elite ein klares Moldau-Feindbild beimengte. In diesem Feindbild wurde die Verantwortung für den Zusammenbruch der Sowjetunion und den Verlust der gemeinsamen sowjetischen Heimat den Anhängern der rumänischen Nationalideologie angelastet. Dies bezog sich insbesondere auf die Anhänger der VM, aber auch auf jene, die sich für eine von Rumänien unabhängige moldauische Staatlichkeit einsetzten.

Doch neben den territorialen Verlusten im Süden und im Osten wurde dem Land mit seiner Unabhängigkeit auch seine gesamte wirtschaftliche Grundlage entzogen. Insbesondere der Verlust der östlichen Landesteile wog in den ersten Jahren schwer, da sich ein Großteil der moldauischen Schwerindustrie dort befand. Während Moldau zu Zeiten der Sowjetunion noch zu jenen Sowjetrepubliken mit dem höchsten Lebensstandard gehörte, wurde das Land fast über Nacht zum Armenhaus Europas. Als Produzent von Agrargütern hatte Moldau keine konkurrenzfähigen Waren, um auf dem Weltmarkt zu bestehen. Der Handel mit Russland, wo es noch eine gewisse Nachfrage nach moldauischen Gütern – insbesondere Wein – gab, war die einzige Möglichkeit, Deviseneinnahmen zu sichern.

Soviet Identity Management in the Dniester Valley, in: *Ab Imperio* 1 (2003), S. 437–466; Vladimir Solonari, Creating a „People“: A Case Study in Post-Soviet History-Writing, in: *Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History* 4 (2003), H. 2, S. 411–438; und Zabarrah, Nation- and Statehood in Moldova, S. 139–151.

Mit den harten Realitäten der Unabhängigkeit konfrontiert, wurden auch die Kontroversen zwischen den Anhängern der Vereinigung mit Rumänien und jenen Gesellschaftsteilen, die ein eigenständiges Moldau favorisierten, stärker. Die politischen Eliten, welche fast ausnahmslos der ehemaligen Kommunistischen Partei entstammten, favorisierten immer stärker einen von Rumänien unabhängigen Kurs. Die als Referendum ausgelegte Umfrage vom April 1994 besiegelte schließlich das Schicksal der Vereinigungsfrage: 95,4 Prozent aller Moldauer stimmten dafür, dass Moldau unabhängig bleiben sollte.⁴¹

Die bereits in den Vorjahren begonnenen Annäherungsversuche zwischen Comrat und Chişinău, bei denen die Türkei, die sich für das gagausische Turkvolk engagierte, eine nicht unwesentliche Vermittlerrolle einnahm, gipfelten 1994 in einer Lösung des schwebenden Konflikts. Nachdem die moldauische Regierung den Gagausen umfangreiche Autonomierechte zugesichert und sie als Nation explizit anerkannt hatte, wurde die Republik Gagausien als autonomes Gebiet in die Republik Moldau eingegliedert. Es ist bemerkenswert, dass der Einigungsvertrag ein Sezessionsrecht Gagausiens im Falle einer Vereinigung Moldaus mit Rumänien vorsieht.⁴²

Mit der Spaltung der Anhänger der rumänischen Nationalideologie, der VM und der ihr nahestehenden Intellektuellen in mehrere Flügel, verschwand die Vereinigungsfrage weitgehend von der politischen Tagesordnung. Hinzu kam der stetig schwindende Rückhalt innerhalb der Bevölkerung, die den Verlust ihrer Existenzgrundlage und die Teilung des Landes in nicht unerheblichem Maße mit den nationalistischen Parolen und Aktivitäten der VM-Regierungen verband. Die ehemaligen Anhänger der VM, die ja zum Großteil aus der intellektuellen Titularelite bestanden, zogen sich in die Bildungseinrichtungen zurück, über die sie, nachdem sie diese von ihren Gegnern und Widersachern gesäubert hatten, vollständig die Kontrolle übernehmen konnten.⁴³

Die politische Elite des post-sowjetischen Moldaus entwarf nun ein Nationskonzept, das die Titularnation als Moldauer und nicht als Rumänen vorstellt. Im Unterschied zum sowjetischen Moldovanismus fehlen dem moldauischen Nationalismus jedoch die kommunistische und die internationalistische Komponente. Anstatt ein gänzlich staatsbürgerliches Konzept zu entwickeln, in dem alle Volksgruppen gleichberechtigt am Staat teilhaben, entwickelte die politische Elite seit 1993 zwei parallele Diskurse, einen ethno-zentrischen nationalen und einen die gesamten Einwohner des Landes umfassenden staatlichen.⁴⁴ Während im ersteren Diskurs die Moldauer als Titularnation, oder wie es seit 2001 heißt, als „staatsformierende Nation“ und damit als *primus inter pares* fungieren, sind im zweiten Diskurs alle Nationen gleichberechtigt, da sie gleichsam zum Erfolg des Staates beitragen.

⁴¹ Narod skazal svoje slovo. Vystuplenie prezidiuma Respubliki Moldova Mirči Snegură po radio i televizijski 9. Marta, in: *Nezavisimaja Moldova*, 12. 3. 1994, S. 1.

⁴² Claus Neukirch, *Autonomy and Conflict Transformation: The Case of the Gagauz Territorial Autonomy in the Republic of Moldova*, in: Kinga Gal (Hrsg.), *Minority Governance in Europe*, Budapest 2002, S. 105–123, hier S. 115.

⁴³ Siehe vertieft hierzu Elizabeth A. Anderson, *Backward, Forward, or Both? Moldovan Teachers' Relationship to the State and the Nation*, in: *European Education* 37 (2005), H. 3, S. 53–67; Elizabeth A. Anderson, „They are the Priests“: The Role of the Moldovan Historian and Its Implications for Civic Education, in: *Compare. A Journal of Comparative Education* 37 (2007), H. 3, S. 277–290; Vladimir Solonari, *Narrative, Identity, State: History Teaching in Moldova*, in: *East European Politics and Societies* 16 (2002), H. 2, S. 414–445; und Stefan Ihrig, *Wer sind die Moldawier? Rumänismus versus Moldovanismus in Historiographie und Schulbüchern der Republik Moldova, 1991–2006*, Stuttgart 2008.

⁴⁴ Siehe vertieft hierzu Anika Zeller, *Konstruktion im Wandel: Nationale Identität in der Republik Moldau. Eine Analyse der staatlichen Zeitung Nezavisimaja Moldova (1991–1994)*, Hamburg 2005.

Letzteres Konzept wurde vor allem während der kommunistischen Voronin-Regierung durch den Abgeordneten und Voronin-Vertrauten in Nationsfragen Victor Stepaniuc im Jahre 2006 ausgearbeitet.⁴⁵

Daneben setzte sich ab 2000 in Russland selbst erneut eine konservative Sicht auf eine Mission Russlands in der Welt durch, die einen dezidierten russischen und nicht russländischen Diskurs pflegt. Für die politische Elite der PMR, welche traditionell mit den konservativen Kräften Russlands paktierte, waren diese Veränderungen sehr willkommen. Die PMR definierte sich nicht mehr als Beschützer der Moldauer, und das Projekt zur Schaffung eines pridnestrovischen Volkes war nicht mehr von zentraler Bedeutung. Die pridnestrovische Elite war sogar bereit, ihre „Unabhängigkeit“ für eine Vereinigung mit der Russischen Föderation aufzugeben. Im geänderten Diskurs hat die pridnestrovische Elite die Rolle Russlands als Garant und Schutzmacht der ostslawischen Zivilisation und der PMR selbst weiter hervorgehoben. So wurde die programmatische Idee des „Pridnestrovismus“ zunehmend durch die des *Russkij Mir* – also einer auf Russland zentrierten Friedensordnung – abgelöst. Im Unterschied zur vorher dargestellten programmatischen Idee ist hier eine völlige und nicht hinterfragbare Unterordnung unter die russische Hegemonie vorgesehen. Die Ereignisse um das kontroverse Referendum zur Vereinigung der PMR mit Russland erreichten ihren Höhepunkt im September 2006, als angeblich 97,2 Prozent der Bevölkerung für eine Vereinigung mit Russland stimmten.

Nach der Machtübernahme durch die liberale Regierung unter Premier Vlad Filat in Chişinău im Jahre 2009 und mit der wechselseitigen Blockade der Kommunisten und der Liberalen im Parlament erhielten andere Themen Priorität auf der politischen Agenda. Obwohl heute eine Hinwendung zu einem kulturellen rumänischen Nationalismus erkennbar ist, fehlen die damit verbundenen nationalistischen Postulate der 1990er gänzlich. Aber auch in der abtrünnigen PMR lässt ein Machtwechsel auf Veränderungen hoffen. Mit der Wahl des dynamischen, reformorientierten Oppositionskandidaten Evgheni Şevciuk, der in einer als frei und fair zu bezeichnenden Wahl sowohl gegen den langjährig amtierenden „Präsidenten“ Igor Smirnov als auch gegen den Moskauer Favoriten Anatoli Kaminski gewonnen hat, wurde ein Paradigmenwechsel vollzogen. Die fast vollständige Erneuerung der politischen Führungsriege – inklusive der Absetzung des gefürchteten „Geheimdienstchefs“ Shevtsov – lassen auf eine neue Dynamik schließen. Wenngleich dieser Machtwechsel kaum zu einer baldigen Vereinigung der PMR mit Moldau führen wird, ist eine neue Eskalation des Konflikts nicht mehr denkbar. Ähnlich wie für Chişinău genießen derzeit auch für Tiraspol andere Themen Priorität. Da im Vergleich zu anderen post-sowjetischen Konfliktregionen (z. B. im Kaukasus) die Konfliktlinien und Grenzen weitaus durchlässiger sind, soll der bestehende rege wirtschaftliche Austausch zwischen den beiden Landesteilen forciert werden und die Nationsfragen hintangestellt werden.

Bilanz

Der Beitrag hat gezeigt, dass die moldauische Gesellschaft stark vom Zerfall alter Ordnungen geprägt ist, welche sich als einzige Konstante durch die Geschichte des Landes ziehen. Durch den Zwang zur Neuorientierung unter den jeweiligen Machthabern, sei es

⁴⁵ Victor Stepaniuc, *Gosudarstvennost' moldavskogo naroda. Istoričeskie, političeskie i pravoye aspekty*, Chişinău 2006.

im Russischen Reich, in Großrumänien, in der Sowjetunion oder unter den post-sowjetischen Machthabern verschiedener ideologischer Strömungen, haben sich zu verschiedenen Zeiten unterschiedliche Bruchlinien gebildet. Diese haben wiederum zu einer Atomisierung der moldauischen Gesellschaft geführt. Jede Gruppe hat im Ergebnis ihren eigenen Gesellschafts-, Nations- und Staatsentwurf vorgelegt und sich für dessen Realisierung eingesetzt. Die unterschiedlichen Erfahrungen der Eliten mit territorialem und kulturellem Verlust führen zu einem Geschichtsbild, welches stark von Entweder-Oder-Postulaten geprägt ist. Die daraus entstandenen, oft unüberbrückbaren Freund-Feind-Bilder, die in den entsprechenden Diskursen durch die Eliten konstruiert und rekonstruiert werden, erschweren Annäherungen. Paradigmenwechsel erfolgen daher eher über Machtwechsel anstatt durch ausgehandelte Kompromisse. Die jüngsten Machtwechsel auf beiden Seiten des Dnjestr haben jedoch gezeigt, dass für die Bevölkerung andere Themen im Vordergrund stehen, dass man den drängenden wirtschaftlichen Reformen den Vorzug geben und die nicht enden wollenden Identitätsdiskurse hintanstellen möchte. Ob dies gelingt, bleibt abzuwarten.

Zaur Gasimov

Aserbaidsschan: Befreiung und Konflikt – der Umgang mit Verlusten in einer post-kolonialen Gesellschaft

Einführung

Aserbaidsschan erlangte seine staatliche Unabhängigkeit 1991 zum zweiten Mal. Die kollektive Erinnerung der aserbaidsschanischen Gesellschaft an die erste Republik 1918–1920 war jedoch im Vergleich z. B. zu den baltischen Staaten relativ schwach ausgeprägt.¹ Im „langen“ 19. Jahrhundert wurde das infolge der russisch-persischen Kriege 1804–1813 und 1826–1828 russisch gewordene aserbaidsschanische Siedlungsgebiet nördlich des Flusses Arax dem europäischen Nationalismus ausgesetzt. Der Panlawismus, konservative und nihilistische Ideenströmungen und der großrussische (Integrations-)Nationalismus beeinflussten die russischen Geistesgrößen im ausgehenden 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Das Raumdenken und Nationsdiskurse wurden vom Zentrum (St. Petersburg und Moskau) aus an die Peripherie (z. B. die Städte im Kaukasus) übertragen. So befassten sich die aserbaidsschanischen Intellektuellen der urbanen Zentren des damaligen Kaukasus, Baku, Gandscha und Tiflis², mit den Ideen des Panislamismus und später intensiv mit dem Pan-Turkismus bzw. Panturanismus³. Sie bewegten sich gedanklich zwischen dem russischen Kaukasus, dem osmanischen Istanbul und dem persischen Täbriz. Die aserbaidsschanische Bevölkerung im Nordiran blieb das ganze 19. Jahrhundert lang ein Teil der schiitischen Umma, in der die persischen und aserbaidsschanischen Kulturen aufgingen und sich reziprok beeinflussten. Ende des 19. Jahrhunderts gelangte der europäische Nationalismus auf dem Wege über den Kaukasus und das „iranische Aserbaidsschan“ nach Persien (Irane-zamin). Die Vermittlerrolle kam sowohl Armeniern als auch Aserbaidsschanern zu. Das iranische Aserbaidsschan wurde dabei in den aserbaidsschanischen Diskursen ausschließlich als „Südaserbaidsschan“ bezeichnet.

Das iranische Aserbaidsschan liegt zwischen der kaspischen Meeresküste, dem Urmija-See und dem Arax-Fluss.⁴ Infolge der Impulse von außen sowie der Schwäche des persi-

¹ Mehr zu diesem Vergleich bei Kamran Musayev, *Die postsowjetische Transformation im Baltikum und Südkaukasus. Eine vergleichende Untersuchung der politischen Entwicklung Lettlands und Aserbaidsschans 1985–2009*, Stuttgart 2010.

² Neben den aserbaidsschanischen Städten Baku und Gandscha war auch das georgische Tiflis (alle drei waren im 19. Jahrhundert Provinzstädte des Zarenreiches) ein bedeutendes Zentrum der aserbaidsschanischen Kultur, wo mehrere Generationen der aserbaidsschanischen Intellektuellenschicht sozialisiert wurden. Erwähnenswert ist hier das Forschungsprojekt der US-amerikanischen Historikerin Aimee Dobbs „Nineteenth-Century City of Colonial Convergence: The Role of Tiflis in the Development of an Azerbaijani Intelligentsia“, <http://www.indiana.edu/~receiweb/history/gradstds.shtml> (Zugriff: 31. 5. 2011).

³ Unter dem Panturanismus (auch [Pan-]Turanismus genannt) sind die Förderung und Bestrebung einer politischen, ökonomischen und kulturellen Integration der Turkvölker von Istanbul bis nach West-China zu verstehen. Zu den Gründern des Panturanismus werden der türkische Soziologe Ziya Gökalp und die aus dem Zarenreich nach Istanbul ausgewanderten aserbaidsschanischen und tatarischen Intellektuellen Ali Bey Hüseyinzade und Yusuf Akçura gezählt. Mehr dazu Jacob M. Landau, *Pan-Turkism. From Irredentism to Cooperation*, London 1995.

⁴ Tadeusz Swietochowski/Brian C. Collins, *Historical Dictionary of Azerbaijan*, Lanham, MD 1999, S. 2.

schen Staates entwickelte sich das iranische Aserbaidschan im 20. Jahrhundert zu einer politisch unruhigen Provinz. Angesichts des mangelnden persischen Schulnetzwerkes sprach die aserbaidschanische Provinzbevölkerung Irans noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts kaum Persisch und identifizierte sich nur in geringem Maße mit Teheran. Das sowjetische Öldustriezentrum Baku dagegen zog viele Gastarbeiter aus dem Iran an. Das seit 1920 kommunistische nördliche Aserbaidschan wurde zum Mekka für Aktivisten der iranischen, im Jahre 1941 gegründeten, marxistisch-leninistischen politischen Gruppierung Tudeh.⁵ Der Sowjetunion gelang es in den 1940er Jahren, einen kommunistischen Marionettenstaat im nördlichen Iran zu gründen und ihn durch eine unmittelbare militärische Präsenz monatelang am Leben zu halten. Die sogenannte Pischevari-Bewegung⁶ (1945/46) im iranischen Aserbaidschan entsprang ähnlich wie die frühere Chijabani-Bewegung⁷ (um 1920) den sowjetischen Versuchen, den Iran zu bolschewisieren. Das Resultat der beiden Operationen war jedoch keineswegs ein Moskau-konformer Regimewechsel in Teheran, sondern ein Gedankentransfer von Baku im Norden nach Täbriz im Süden. Transfers sind zwar selten einseitig, doch war die Einreise iranischer Staatsbürger in das sowjetische Aserbaidschan seit den 1930er Jahren kaum möglich. Dasselbe betraf den Postverkehr, der von den sowjetischen Behörden überprüft und zensiert wurde. Daher kann man in dieser Zeitperiode hauptsächlich von einem Transfer aus dem sowjetischen in das persische Aserbaidschan sprechen. Dabei trug die von Moskau ermöglichte Propaganda aserbaidschanischer Kultur im Iran gleichzeitig auch zu einer Stärkung des aserbaidschanischen Nationalismus in der Aserbaidschanischen SSR bei. Die Chijabani- und Pischevari-Bewegungen wurden in Baku als „national-demokratische Befreiungsbewegungen“ definiert und in das nationale Narrativ aufgenommen, wobei die ausländischen, d. h. die sowjetischen Einmischungen ausgeblendet und die Aserbaidschaner zu einer immer nach politisch-kultureller Einheit strebenden Nation stilisiert wurden.

Die moderne nationale Identität der Aserbaidschaner ist nicht zuletzt ein Produkt dieser Prozesse im 20. Jahrhundert. Die Tatsache, dass das aserbaidschanische Volk mehrfach geteilt wurde, und die daraus resultierende Annahme, dass die Aserbaidschaner lange vor 1918 ihrer eigenen Staatlichkeit beraubt worden seien, wurden zu integralen Teilen des Nationswerdungsprozesses. Dieser begann bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts, wurde jedoch insbesondere im poststalinistischen Zeitalter bewusst forciert. Die inneraserbaidschanischen Diskussionen und Diskurse, die heute meistens in Baku und viel weniger in Täbriz geführt werden, sind daher aus der Sicht der (post-)kolonialen Diskurse näher zu betrachten. Dekolonisierung und Postkolonialität sind, wie bereits an anderen Beispielen beschrieben, langfristige Prozesse. Dabei werden in den postkolonialen Gesellschaften die

⁵ Vgl. Kristen Blake, *The U.S.-Soviet Confrontation in Iran, 1945-1962. A Case in the Annals of the Cold War*, Lanham, MD 2009.

⁶ Dschafar Pischevari (1892-1947) war ein iranischer Kommunist aserbaidschanischer Herkunft. 1945 gründete er einen kommunistischen Marionettenstaat im nördlichen Iran, der aber bereits Ende 1946 aufgelöst wurde. Danach floh Pischevari nach Baku, wo er 1947 unter unklaren Umständen ums Leben kam. Mehr dazu bei Cəmil Həsənli, *Günəy Azərbaycan. Tehran – Bakı – Moskva arasında (1939-1945)* [Südaserbaidshan. Zwischen Teheran – Baku – Moskau], Baku 1998. 1984 wurden in Baku die Gesamtwerke Pischevaris in einer Großauflage herausgegeben. Vgl. Pişəvari Mir Cəfər Əmirəli Lahrudi, *Seçilmiş əsərləri* [Ausgewählte Werke], Baku 1984.

⁷ Scheich Mohammed Chijabani (1880-1920) war ein Politiker aserbaidschanischer Herkunft und Anführer der Revolution im nördlichen Iran. Detailliert bei Tabatabai Khatambakhsh, *The Role of Shaykh Muhammad Kheyabani and the Democratic Movement of Azerbaijan in the Socio-Political History of Iran 1910-1920*, Edinburgh 1984.

Debatten um Verluste mit besonderer Vehemenz geführt. Dieser Aspekt soll im Folgenden am Beispiel des postkommunistischen Aserbaidsschans näher untersucht werden.

Die heutige aserbaidsschanische Gesellschaft befindet sich in einer Auseinandersetzung mit der ehemaligen Zentralmacht Russland sowie auf einer Identitätssuche. Gleichzeitig ist sie aber vom armenisch-aserbaidsschanischen Krieg 1988–1994 geprägt, der nicht mit einem Friedensvertrag endete, sondern mit einem Waffenstillstand vorübergehend eingestellt wurde. Die von den aserbaidsschanischen Eliten, vor allem vom jetzigen Staatspräsidenten İlham Aliyev (seit 2003, im Amt bestätigt 2008) geführte Kriegsrhetorik führt dazu, dass die Kriegserinnerung permanent wachgehalten wird. Das gestaltet die allgemeine Wahrnehmung und Rezeption der historischen und gegenwärtigen Verluste besonders emotional und prägt die Erinnerungskultur auf eine bestimmte Art und Weise – der Freiraum für eine individuelle oder gesellschaftlich alternative Vergangenheitsrezeption wird weitgehend eingeengt.

Die Debatte um die Verluste findet im Rahmen einer ständigen ideologischen Mobilisierung der Bevölkerung statt. Mehrmals am Tag werden in den Tagesnachrichten des populären Fernsehkanals ANS TV sowie in dessen Werbespots Bilder aserbaidsschanischer Kinder mit einem roten Tuch am Kopf gezeigt, auf dem der Spruch „Döyüş alınıza yazılıb“ (Der Kampf ist uns auf die Stirn geschrieben) steht. Der Fokus der Aufmerksamkeit liegt dabei auf der jüngsten Vergangenheit: dem Konflikt mit Armenien um Karabach, weniger auf dem historischen Konflikt mit dem Iran um seine gleichnamige Provinz Aserbaidsschan. Jedoch geht das Zweite im Ersten auf und stärkt somit die nationalistische Komponente in der Debatte um Verluste.⁸ Das Ziel des „verordneten Nationalismus“ (Dittmar Schorkowitz⁹) besteht darin, die jeweilige Gesellschaft zu überzeugen, dass der gesamte Staat, der „Organismus der Nation“ in absehbarer Zukunft Schritt für Schritt abgebaut werde und verschwinde, wenn in einem Punkt nachgegeben werde. In Aserbaidsschan trifft eine solche Interpretation auf hohe Resonanz, da die junge Republik neben dem Karabach-Krieg im Westen des Landes Anfang der 1990er Jahre mit den separatistischen Bewegungen der kaukasischsprachigen Minderheit Lesginen im Norden und der persischsprachigen Minderheit Taliş im Süden konfrontiert war. All das trägt daher zusätzlich zur Verschärfung der Verlustdebatte im postsowjetischen Aserbaidsschan bei. Als verloren gegangen betrachtet man in Aserbaidsschan auch die Stadt Derbent, die heute Teil der Republik Dagestan (Russland) ist. Dabei steht das sogenannte Südaserbaidsschan (Nordiran) und Karabach ganz oben in der Liste der Verluste.

Im Jahre 2007 gab eine Gruppe aserbaidsschanischer Historiker und Philologen in Baku einen Sammelband unter dem Titel „Geschrei einer gespaltenen Nation: Gedichte der Sehnsucht und der Volksdichtung“ heraus.¹⁰ Gesammelt wurden darin Hunderte von Gedichten aus der Republik Aserbaidsschan sowie aus dem nördlichen Iran. Breite Werbung für dieses Buch¹¹ ebenso wie für das Buch des aserbaidsschanischen Historikers und Diplo-

⁸ Vgl. hierzu auch den Beitrag von Frances Trix in diesem Band.

⁹ Vgl. Dittmar Schorkowitz, Postkommunismus und verordneter Nationalismus. Gedächtnis, Gewalt und Geschichtspolitik im nördlichen Schwarzmeergebiet. Unter Mitwirkung von Vasile Dumbrava und Stefan Wiese, Frankfurt a. M. u. a. 2008.

¹⁰ Vgl. Ə. Rəhimli (Bije)/E. Ələkbərli/Musa Qasımlı, Parçalanmış millətın harayı: həsrət şeərləri və bayatları [Geschrei einer gespaltenen Nation: Gedichte der Sehnsucht und der Volksdichtung], Baku 2007.

¹¹ <http://www.dak.az/view.php?lang=az&menu=108&cid=677> (25. 10. 2010).

maten Əliyər Səfərli¹², „Geteiltes Aserbajdschan“¹³, machte auch die größte Dachorganisation der aserbajdschanischen Diaspora DAK¹⁴. Im aserbajdschanischen Diskurs hat sich der Gedanke einer „gespaltenen“ Nation bereits seit den 1960/70er Jahren fest verankert. Seit dem verlorenen Krieg gegen Armenien 1988–1994 um die größtenteils von ethnischen Armeniern bewohnte aserbajdschanische Provinz Berg-Karabach wurden die Diskurse über „Teilung“ und „Spaltung“ durch die über die Verluste und Niederlagen ergänzt. Dabei handelt es sich aber nicht um separat existierende Diskurse: Sie sind untereinander eng verflochten und gehen im Kontext der Befreiung Aserbajdschans von der sowjetischen Herrschaft und des armenisch-aserbajdschanischen Konflikts ineinander auf. Russland und Persien¹⁵/Iran, zwei in die Teilungen des aserbajdschanischen Siedlungsgebietes involvierte Regionalmächte des ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts, werden in der aserbajdschanischen Publizistik zu Feindbildern. Auch in der aserbajdschanischen Öffentlichkeit und in der Historiografie sind sie die negativ aufgeladenen Teilungsmächte. Armenien, das den Karabach-Krieg gegen Aserbajdschan gewonnen hat und dessen Truppen bis heute etwa 15 Prozent des aserbajdschanischen Staatsterritoriums besetzt halten, wird in den historiografischen, publizistischen und literarischen Publikationen als (Erz-)Feind dargestellt. Allerdings ist die „Erzfeindschaft“ zwischen Armenien und Aserbajdschan zumindest im aserbajdschanischen Narrativ eine postsowjetische Entwicklung. Armenien und Armenier waren traditionell ein Thema in der aserbajdschanischen Prosa und Poesie, und sie wurden keineswegs negativ dargestellt.

Verfolgt man die Debatten in den aserbajdschanischen Medien, kommt man zu dem Schluss, dass das Land von Feinden umgeben sei. Jedes der Nachbarländer (Armenien, Georgien, Russland, Iran) habe sich in unterschiedlichem Maße an der Teilung der aserbajdschanischen Territorien beteiligt. Am deutlichsten ist dies an der vom aserbajdschanischen Sicherheitsministerium veröffentlichten virtuellen „Karte der Verluste“ zu sehen. Eine farbige geografische Karte der Region des Kaukasus zeigt die Territorien, die Aserbajdschan vom 19.–20. Jahrhundert an seine Nachbarn verloren habe. Laut den Angaben der Internetseite beträgt die Oberfläche der heutigen Republik Aserbajdschan nur 54 Prozent Aserbajdschans nördlich des Arax-Flusses (die Teilung im 19. Jahrhundert in Nord- und Süd-Aserbajdschan ist hier nicht mit eingerechnet): 10 Prozent machten die Gebiete Karabachs aus, 23 Prozent und 7 Prozent des Gebiets liegen demnach im heutigen Armenien und Georgien, 6 Prozent in Russland.¹⁶ Auch auf der Titelseite des 2007 in Baku posthum herausgegebenen Buches des aserbajdschanischen Philosophen Asif Ata (Efendiyev) ist der Umriss eines Großaserbajdschans zu erkennen. Die Fläche des *bütöv Azərbaycan* (des gesamten, ganzen Aserbajdschan) schließt Derbent im Norden (Russlän-

¹² Əliyər Səfərli (geb. 1937 in Nachitschewan, Aserbajdschan) studierte Orientalistik in Baku. Gegenwärtig ist er Philologie-Professor an der Bakuer Staatlichen Universität. In den 1990er Jahren war er Botschafter der Republik Aserbajdschan in Teheran.

¹³ <http://www.dak.az/view.php?lang=az&menu=1117&id=10784> (25. 10. 2010).

¹⁴ Der DAK (Dünya Azərbaycanlılar Konqressi – Kongress der Aserbajdschaner der Welt) wurde 1997 in den USA gegründet. Bis jetzt wurden mehrere Kongresse und Jahrestreffen durchgeführt, u. a. in Köln und Baku, die wegen der Thematisierung der Südaserbajdschanfrage von der iranischen Seite scharf verurteilt wurden. Seit 2008 wird der DAK vom nationalistischen Dichter Sabir Rüstəmخانl geleitet (<http://www.dak.az/view.php?lang=az&menu=0>, 25. 10. 2010).

¹⁵ Den Begriff „Persien“ gibt es im aserbajdschanischen Sprachgebrauch nicht, man spricht vom „Iran“, oder abwertend von „Farsistan“ (Perserland).

¹⁶ <http://www.tarix.az/projects1/azerbajjan/az/> (2. 11. 2010).

dische Föderation), den Sewan-See im Westen (Armenien) und die iranische Stadt Hamadan im Süden ein.¹⁷ Die Idee eines Groß-Aserbaidschans bzw. des historischen Aserbaidschans, die seit 1989/90 in der nationalistischen Publizistik intensiv vertreten wird, ist kein authentisch aserbaidschanisches Denkprodukt, sondern ein Resultat der Übernahme der Vorstellungen aus Armenien und dem Iran. Im armenischen Diskurs hat die Thematisierung „Armeniens vom Meer zum Meer“, Armeniens der Herrschaftszeit von Tigran II. etc. eine längere Tradition. Ähnlich spricht man im Iran von einem *Irane-bozorg*, einem historischen Groß-Iran, der nicht nur die benachbarten iranischsprachigen Gebiete (Afghanistan, Tadschikistan, Ossetien etc.), sondern auch den gesamten Raum der Verbreitung der persischen Kultursprache und Traditionen, d. h. das gesamte Zentralasien, den Kaukasus und sogar die Nord- und Westteile Indiens mit einschließt.

Folgt man den Gedanken des im August 2000 verstorbenen ehemaligen Präsidenten Aserbaidschans, des Arabisten Əbülfəz Elçibəy¹⁸, so war Aserbaidschan wie eine Ware dem Begehren der Anderen ausgeliefert: Es gebe noch heute „vierzig Millionen aserbaidschanischer Türken mit der Hoffnung, die heiligen Gebiete ihrer Vorfahren zu vereinen, die vor 183 Jahren vom russischen Imperium aufgeteilt¹⁹ wurden.“²⁰ Die Selbstdarstellung Aserbaidschans als Opfer soll in der Rezeption der aserbaidschanischen Leserschaft den Gang der Geschichte verbindlich deuten.

Die aserbaidschanische Liste der Verluste ist, wie bereits ausgeführt, lang. In diesem Beitrag wird es im Weiteren um den Umgang mit den zwei wichtigsten „Verlust-Topoi“, dem sogenannten südlichen Aserbaidschan, d. h. dem von Aserbaidschanern bewohnten Nord-Iran sowie um Berg-Karabach gehen.

Spaltung und Niederlage im aserbaidschanischen Kontext der Befreiung und des Konflikts

Die Teilung Aserbaidschans im 19. Jahrhundert hat sich als Forschungsgegenstand in der westlichen Aserbaidschanforschung sowie in den allgemeinen Regionalstudien und Nachschlagewerken²¹ längst etabliert. Besonders erwähnenswert sind die schon klassisch zu

¹⁷ Vgl. Asif Ata, *Uluyurd aqibəti – bütöv Azərbaycan* [Das Schicksal des Vaterlandes – das gesamte Aserbaidschan], Baku 2007. Mit der Ideologie der „Groß-Aserbaidschan“-Anhänger befasste sich der Freiburger Turkologe Hendrik Fenz. Siehe ders., Nationalismus und Panaserbaidschanismus in der Republik Aserbaidschan, in: Hendrik E. Boeschoten/Heidi Stein, *Einheit und Vielfalt in der türkischen Welt. Materialien der 5. Deutschen Turkologenkongferenz*, Universität Mainz, 4.–7. Oktober, Wiesbaden 2007, S. 381–394.

¹⁸ Zur Person Elçibəys siehe Zaur Gasimov, *Demokraten oder Nationalisten? Zur Dissidentenbewegung im sowjetischen Südkaukasus am Beispiel Georgiens und Aserbaidschans*, in: *Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte* 1 (2009), S. 107–128.

¹⁹ Interessant ist die sprachliche Formulierung Elçibəys. Er verwendet keines der neutralen Verben *parçalamaq*, *ayırmaq* oder *bölmək*, die „aufteilen“ bedeuten. Er benutzt die Formulierung *parça-tikə*, was so viel wie „in (Fleisch-)Stücke reißen“ heißt. Die eigene Nation wird als biologischer Gesamtkörper dargestellt, jedes einzelne Teil erhält vitale Bedeutung.

²⁰ Əbülfəz Elçibəy, *Bütöv Azərbaycan Yolunda*, hrsg. von Ədalət Tahirzadə und Çingiz Göytürk, Ankara 1998 (Baku 2004), zitiert nach: <http://elcibey.com/butov-az%C9%99rbaycan-yolunda.html> (30. 11. 2010).

²¹ Die polnische Allgemeine Enzyklopädie (1927) unterschied zwischen den Lemmata *Azerbejdżan perski* und *Azerbejdżan Kaukaski*. Vgl. *Encyklopedia powszechna*, Bd. 1, Warschau 1927, S. 531. Dies ent-

nennenden Werke zur aserbaidischen Geschichte der US-amerikanischen Historiker Tadeusz Swietochowski²², Audrey Altstadt²³ und David Nissmann²⁴. Michael Smith setzte sich als einer von Wenigen mit der Thematisierung des Traumas und mit der historischen Erinnerungskultur in Aserbaidisch an auseinander und wies auf die Schlüsseldaten (1918, 1990) sowie auf zwei Themenblöcke („Südaserbaidisch“, Karabach) hin, die in der aserbaidischen kollektiven Erinnerung breiten Platz einnehmen.²⁵ Interessant ist die Studie des israelischen Forschers Cameron S. Brown zu diesem Thema, wobei er sich kaum mit der Auswertung lokaler Diskurse befasste.²⁶ Die deutschen Aserbaidisch-historiker Volker Adam²⁷ und Raoul Motika²⁸ machten die Entwicklung des aserbaidischen Nationalismus und seine Einflussnahme auf die Historiografie in mehreren Arbeiten zum Thema und nahmen sowohl die nord- als auch die südaserbaidischen Diskurse in ihre Forschung auf. Die aserbaidischen Diskurse wurden bis jetzt leider von der westlichen Forschung vernachlässigt, was auf die fehlenden Aserbaidischkenntnisse zurückzuführen ist. Ausnahmen sind die Arbeiten Motikas, Adams und der US-amerikanischen Islamwissenschaftler und Historiker Tadeusz Swietochowski und Audrey Altstadt.²⁹

In der aserbaidischen Forschung setzte sich vor allem der Kulturologe Rauf Qaragözov in mehreren Studien mit der kollektiven Erinnerung im Kontext der Entwicklung

sprach der Selbstwahrnehmung der Eliten der Aserbaidischen Demokratischen Republik 1918–1920. 1919 verkündete man: „En Azerbaïdjan, dans sa partie persane, aussi bien qu’au Caucase, ou plutôt en Transcaucasie, la population est composée de Turcs, parlant un dialecte turc appelé azerbaïdjanien, qui possède sa littérature, sa poésie nationale, ses traditions et ses mythes.“ Vgl. La République de l’Azerbaïdjan du Caucase, Paris 1919, S. 7.

²² Tadeusz Swietochowski, *Russian Azerbaijan, 1905–1920. The Shaping of a National Identity in a Muslim Community*, Cambridge 1985; ders., *Russia and Azerbaijan. A Borderland in Transition*, New York 1995; ders., *Azerbaïdjan*, Warschau 2006.

²³ Audrey L. Altstadt, *The Azerbaijani Turks. Power and Identity under Russian Rule*, Stanford, CA 1992. Siehe Anm. 32.

²⁴ Vgl. David B. Nissman, *The Soviet Union and Iranian Azerbaijan. The Use of Nationalism for Political Penetration*, Cambridge 1987.

²⁵ Majkl Smit, *Pamjat’ ob utraty i azerbaïdžanskoe obščestvo*, unter: http://www.sakharov-center.ru/publications/azrus/az_004.htm (3.11.2010).

²⁶ Cameron S. Brown, *Wanting to Have Their Cake and Their Neighbor’s Too: Azerbaijani Attitudes towards Karabakh and Iranian Azerbaijan*, in: *Middle East Journal* 58 (2004), H. 4, S. 576–596.

²⁷ Volker Adam, *Umdeutung der Geschichte im Zeichen des Nationalismus seit dem Ende der Sowjetunion: das Beispiel Aserbaidisch*, in: Bernd Bonwetsch/Fikret Adanir (Hrsg.), *Osmanismus, Nationalismus und der Kaukasus. Muslime und Christen, Türken und Armenier im 19. und 20. Jahrhundert*, Wiesbaden 2005, S. 21–41.

²⁸ Raoul Motika, *Glasnost in der Sowjetrepublik Aserbaidisch am Beispiel der Zeitschrift „Azərbaycan“*, in: *Orient. Zeitschrift des deutschen Orient-Instituts*, 32 (1991), S. 573–590; ders., *Aserbaidisch-Nationalismus und aseritürkischer Nationalismus*, in: Egbert Jahn (Hrsg.), *Nationalismus im spät- und postkommunistischen Europa, Bd. 2: Nationalismus in den Nationalstaaten*, Baden-Baden 2009, S. 299–329.

²⁹ Vgl. Altstadt, *The Azerbaijani Turks*; Volker Adam, *Auf der Suche nach Turan: Panislamismus und Panturkismus in der aserbaidischen Vorkriegspresse*, in: Raoul Motika/Michael Ursinus (Hrsg.), *Caucasia between the Ottoman Empire and Iran 1555–1914*, Wiesbaden 2000, S. 189–205; Swietochowski/Collins, *Historical Dictionary of Azerbaijan*; Henrik Bischof, *Der Karabach-Konflikt: Moskaus Hand in Transkaukasien*, Bonn 1995; Ferhat Avsar, *Schwarzer Garten im Land des ewigen Feuers. Entstehungsgeschichte und Genese des Karabach-Konflikts*, Darmstadt 2006; Aser Babajew, *Der Bergkarabach-Konflikt aus aserbaidischer Sicht*, in: Erich Reiter (Hrsg.), *Der Krieg um Bergkarabach. Krisen- und Konfliktmanagement in der Kaukasus-Region*, Wien u. a. 2009, S. 77–103.

der aserbaidtschanischen postsowjetischen Identität auseinander.³⁰ Qaragözov knüpfte an die Theorien von Maurice Halbwachs an und ging vor allem empirisch vor. Spaltung und Niederlagen im aserbaidtschanischen Fall wurden auch in den Werken anderer westlicher Kaukasushistoriker zum Thema gemacht. Die Publikationen zum armenisch-aserbaidtschanischen Konflikt widmen sich in der Regel der Wiedergabe der in offiziellen Statements verkündeten Positionen der Konfliktparteien, dem Ablauf der Kriegseignisse bzw. des Friedensprozesses: Die Wahrnehmung des Konflikts in den jeweiligen Gesellschaften blieb jedoch bis heute weitgehend unbeleuchtet.³¹

Im aserbaidtschanischen Diskurs werden die Begriffe „Spaltung“ (*parçalanma*) und „Teilung“ (*ayrılıq*) fast synonym verwendet. Die Nation sei geteilt und gespalten zugleich: Im Narrativ handelt es sich dabei um eine von Anderen ausgeübte Handlung. Die „Anderen“ im aserbaidtschanischen Diskurs sind traditionell die Russen (Russland, Moskau), der Iran (Perser, Teheran) und die Armenier (armenische Diaspora). Fast bei jeder Niederlage erkennen die aserbaidtschanischen Publizisten eine „armenische“ Spur. So z. B. sprach der Staatspräsident Aserbaidtschans İlham Aliyev während seiner Reise nach Yevlax (Westaserbaidtschan) im Oktober 2010 von Şaumjans (Stephan Şaumjan war ein führender Aktivist der kommunistischen Bewegung und spielte eine enorme Rolle bei der Gründung der Bakuer Kommune 1918). Aliyev kritisierte die sowjetische Historiografie, die Şaumjan und andere Begründer der Bakuer Kommune lobpreis: „Şaumjan und ihm ähnliche brutale armenische Banditen wurden als Helden Aserbaidtschans präsentiert.“³² Aserbaidtschan wird als ein Objekt der Geschichte, als ein passiver Akteur dargestellt. Die letzten zwei Jahrhunderte, als das aserbaidtschanische Siedlungsgebiet nördlich des Arax Teil des Zarenreiches war und nach einer kurzlebigen Unabhängigkeit 1918–1920 eine Teilrepublik der UdSSR wurde, werden als eine verlorene Zeit, als – um es mit den Worten des Publizisten Fazıl Rəhmanzadə auszudrücken – ein „Jahrhundert wie eine Nacht“³³ dargestellt. Bereits bei Rəhmanzadə kam es zu einer fatalistisch-pessimistischen Auffassung der Vergangenheit: Der Autor trauerte dem verlorenen Südbaserbaidtschan hinterher und war wegen des andauernden Karabachkrieges sowie wegen der Sowjetisierung und Russifizierung der aserbaidtschanischen Geschichtsdeutung und Sprache zutiefst besorgt. Auf den Höhe-

³⁰ Rauf Karagezov, *Kollektivnaja pamjat' i nacional'naja identičnost' v epochu globalizacii (na materiale empiričeskogo issledovanija molodeži Azerbajdžana)* [Das kollektive Gedächtnis und die nationale Identität im Zeitalter der Globalisierung (aufgrund des Materials der empirischen Untersuchung der Jugend Aserbaidtschans)], in: *Kavkaz i Globalizacija* 1 (2009), S. 113–123; ders., *Azerbajdžan na styke epoch i civilizacij: resursy kul'tury kak faktor integracii v sovremennost'* [Aserbaidtschan an der Schnittstelle der Epochen und Kulturen], in: *Civilization Researches* 5 (2007), S. 35–45; sowie ders., *Metamorfozy kollektivnoj pamjati v Rossii i na Central'nom Kavkaze* [Metamorphosen der kollektiven Erinnerung in Russland und im zentralen Kaukasus], Baku 2005.

³¹ Allerdings verwiesen z. B. die Berliner Historikerin Eva-Maria Auch, der US-amerikanische Russlandhistoriker Alex Marshall und die Moskauer Zeithistoriker Vadim Muchanov und Michail Volchonskij, den Sprachen der Region nicht mächtig, bei der Wiedergabe und Analyse der aserbaidtschanischen Diskurse auf die Arbeiten Swietochowskis, Altstadt und Nissmanns. Vgl. Eva-Maria Auch, *Muslim – Untertan – Bürger. Identitätswandel in gesellschaftlichen Transformationsprozessen der muslimischen Ostprovinzen Südkaukasiens (Ende 18. – Anfang 20. Jh.)*. Ein Beitrag zur vergleichenden Nationalismusforschung, Wiesbaden 2004; Vadim Muchanov/Michail Volchonskij, *Po sledam Azerbajdžanskoj Demokratičeskoj Respubliki* [Auf den Spuren der Aserbaidtschanischen Demokratischen Republik], Moskau 2007.

³² Vgl. <http://modern.az/articles/8293/1/> (25.10.2010).

³³ Fazıl Rəhmanzadə, *Əsrə bərabər gecə. Tarixi publisistik oçerklər* [Eine jahrhundertlange Nacht. Historisch-publizistische Essays], Baku 1991.

punkt brachte dies der Schriftsteller und Publizist Əlisa Nicat im Jahr 2009. Ihm zufolge sind die Aserbajdschaner ein „Kellervolk“ (*zirzəmi əhli*), das in der „Hierarchie“ der (Nachbar-)Völker ganz unten steht, es ist schlecht organisiert, am wenigsten gebildet etc.³⁴ Die Niederlage ist im aserbajdschanischen Diskurs somit nicht nur militärisch-politischer, sondern auch kultureller Art.

Wolfgang Schivelbusch zufolge gibt es zwei Typen des Niederlagendenkens: „die ‚betroffene‘ Selbstreflexion des Verlierers und die beobachtende Reflexion des unbeteiligten Dritten“.³⁵ Beides ist in Aserbajdschan zu beobachten. Die aserbajdschanischen Autoren weisen darauf hin, dass die nationale Identität bei den Aserbajdschanern viel schwächer ausgeprägt war als bei ihren christlichen Nachbarn, den Georgiern und vor allem den Armeniern. Dies betonen auch die westlichen Kaukasusforscher.³⁶ Die ethnozentrische Reflexion über die eigene Teilung und Niederlage wird im aserbajdschanischen Fall gekoppelt an die neu entdeckten Geschichten des Leidens, die als Inspirationsquellen für die *ethnic hatreds* (Stuart Kaufmann³⁷) angesehen werden können. Nun wird eine historische Tatsache, nämlich dass der Nationswerdungsprozess bei den Armeniern deutlich früher abgeschlossen war als bei den Aserbajdschanern, als eine Erklärung der eigenen Schwäche gedeutet. Ähnlich wie in der westlichen Kaukasusforschung, akzeptiert auch die aserbajdschanische Publizistik die Tatsache, dass das Geschichtsbewusstsein der Armenier deutlich ausgeprägter war als bei den Aserbajdschanern. Dieser Aspekt wird im aserbajdschanischen Diskurs als Schwäche interpretiert, deren Bewusstmachung die aserbajdschanische Gesellschaft mobilisieren soll, sich intensiver mit der eigenen Geschichte, Kultur und Sprache auseinanderzusetzen. Gleichzeitig wird diese Tatsache in ihrer Bedeutung jedoch heruntergespielt. So wird den Armeniern, deren Historiografie im ersten Jahrtausend nach Christus entstand, eine Rolle als Statisten zugesprochen. Die Armenier hätten die Geschichte vielleicht „geschrieben“, die Aserbajdschaner seien jedoch diejenigen gewesen, die die Geschichte „gemacht“ hätten. Allenfalls, so die Bakuer Historikerin Zachida Alizade, habe die armenische Schriftkultur eine „Information und Desinformation der eigenen Landsleute und der anderen Völker der Welt“ über die angebliche „Leidenslage der Armenier“³⁸ betrieben. In diesem Kontext integriert das aserbajdschanische Narrativ die Eroberungen der Osmanischen Pforte in die eigene Vergangenheit und hebt dabei die ethnischen (Türkentum) sowie sprachlichen (Turksprachen) etc. Gemeinsamkeiten hervor. Dabei beruht das aserbajdschanische Narrativ auf der weiteren Annahme, die Aserbajdschaner seien die autochthone Bevölkerung in einem seit geraumer Zeit turkophonen Kaukasus.

Von der aserbajdschanischen Geschichtsschreibung werden die Armenier als Einwanderer dargestellt, die erst im 19. Jahrhundert mit Erlaubnis und Unterstützung der zaristischen und im 20. Jahrhundert der sowjetischen Behörden auf das Territorium des nördlichen Aserbajdschans migrierten (was in der aserbajdschanischen Polemik sprachlich ausgedrückt wird als „sich einnisteten“, „eindringen“, „umgesiedelt wurden“ oder „von

³⁴ Əlisa Nicat, *Tarixin qürubu* [Dämmerung der Geschichte], Baku 2009, S. 287f.

³⁵ Wolfgang Schivelbusch, *Die Kultur der Niederlage*, Frankfurt a. M. 2007, S. 12.

³⁶ Vgl. Stuart Kaufmann (2001), Michael Smith (2001), Alex Marshall (2010) usw.

³⁷ Stuart Kaufmann gelang es, am Beispiel der Konflikte auf dem Balkan und im Kaukasus in den 1990er Jahren deutlich zu zeigen, wie modern die „alten Erbfeindschaften“ sein können. Stuart Kaufmann, *Modern Hatreds. The Symbolic Politics of Ethnic War*, Ithaca, NY/London 2001.

³⁸ Zachida Alizade, *Armjano-Azerbajdžanski političeskie otnošenija v XX v.* [Armenisch-aserbajdschanische politische Beziehungen im 20. Jahrhundert], Baku 2010, S. 47.

Aserbaidtschanern Asyl erhielten“). Tatsächlich gab es im 19. Jahrhundert mehrere Einwanderungswellen armenischer Familien aus Persien und dem Osmanischen Reich in den Kaukasus (vor allem in die weitgehend muslimisch bewohnten Gegenden um Eriwan, Gandscha, Karabach und Zangazur). Zudem ließ die sowjetische Regierung im 20. Jahrhundert die Immigration der Diasporaarmenier (spjurkahajer) in die Sowjetunion zu. Es kamen armenische Immigranten aus Ägypten, Frankreich und vor allem aus Syrien und Libanon. Diese ließen sich in der 1920 gegründeten Armenischen SSR und nicht in der Aserbaidtschanischen SSR nieder. Dabei kam es Ende der 1940er Jahre zu einer Massenumsiedlung der Aserbaidtschaner aus Armenien in die Aserbaidtschanische Sowjetrepublik. Diese beiden Einwanderungswellen werden in den aserbaidtschanischen Diskursen in einen Zusammenhang gebracht, wobei der zaristischen sowie der sowjetischen Migrationspolitik anti-aserbaidtschanische bzw. anti-muslimische Züge zugeschrieben werden.³⁹

Im aktuellen aserbaidtschanischen Lehrbuch für die zweite Klasse wird z. B. geschildert: „Damals siedelte das zaristische Russland die Armenier aus dem Iran nach Aserbaidtschan um. Man gab ihnen Zuflucht im schönen Karabach, im Herzen unseres Hausherdes. Eine Weile lebten sie mit uns friedlich. Die Jahre vergingen. Die armenischen Nationalisten träumten von der Erweiterung ihrer Gebiete.“⁴⁰ Im Weiteren wird berichtet, dass die Armenier in Karabach deutlich bessere Lebensstandards gehabt hätten als die Aserbaidtschaner im restlichen Aserbaidtschan. Armenier hätten in Baku in den besten Häusern gelebt und in den besten Stellen gearbeitet.⁴¹ Der Chefredakteur der Zeitung „Yeni Azərbaycan“, dem Presseorgan der regierenden gleichnamigen Partei, Hikmət Babaoğlu, sprach sogar von einem Volk *Hay*, ohne den Begriff *erməni* (Armenier) zu benutzen: Ihm zufolge seien die in den europäischen Sprachen verbreitete ethnische Bezeichnung „Armenier“ und das Toponym „Armenien“ türkstämmig.⁴² Dabei ist *Hay* (Հայ) die Selbstbezeichnung der Armenier, die sich wiederum in der Selbstbezeichnung der armenischen Sprache (Հայերէն) sowie des Toponyms Armenien (Հայաստան) und in einigen anderen armenischen Kulturbegriffen wie z. B. Հայրենիք (Vaterland) wiederfindet. Das aserbaidtschanische ABC-Lehrbuch für Erstklässler schreibt das Wort *Qarabağ* rot und groß: Es geht um die Konsonanten *q* und *ğ*, die die aserbaidtschanischen Kinder lernen sollen.⁴³ Das Wort, das für *g* steht, ist *Göyçə*, das aserbaidtschanische Toponym des Sewan-Sees. Der Begleittext verkündet: „Die Heimat von Günelgil [ein weiblicher Vorname: Anmerkung des Autors] war Göyçə. Die Armenier vertrieben sie von dort, wo noch ihre Urgroßväter gelebt hatten.“⁴⁴ In ähnlicher Weise klärt die für aserbaidtschanische Schüler eingerichtete Internetseite

³⁹ Vgl. z. B. die Publikationen der Baku-er Historikerin Xəcər Verdiyeva: Xəcər Verdiyeva, XIX əsrin birinci yarısında Şimali Azərbaycanın əhalisi [Die Bevölkerung Nord-Aserbaidtschans in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts], Baku 1993; dies., Pereselençeskaja politika Rossijskoj imperii v Severnom Azerbajdzane [Die Umsiedlungspolitik des Russischen Imperiums in Nordaserbaidtschan], Baku 1999; dies., „Rodoslovnaja“ armjan i ich emigracija na Kavkaz s Balkan [Die „Genealogie“ der Armenier und ihre Emigration nach Kaukasus aus dem Balkan], Baku 2004.

⁴⁰ Yəhya Kərimov, Oxu [Lies], Baku 2006, S. 132f.

⁴¹ Ebenda, S. 133.

⁴² Hikmət Babaoğlu, Hər bir xalq öz milli-mədəni yaddaşı qədər mövcuddur? Yaxud Akdamar erməni kilsəsidirmi? [Existiert jedes Volk so lange wie seine national-kulturelle Erinnerung? Oder ist die Akdamar Kirche armenisch?]; ders., Ermənilərin həqiqi etnocoğrafiyası haradır? [Wo liegt die tatsächliche Ethnogeografie der Armenier?], unter: <http://www.yeniazerbaycan.com/news/13125.html> (1.12.2010).

⁴³ Yəhya Kərimov, Əlifba, Baku 2006, S. 65.

⁴⁴ Ebenda, S. 82.

des aserbaidischen Staatspräsidenten auf: In einer gesonderten Rubrik „Qarabağımız“ (Unser Karabach) wird dieses Gebiet, das „im Laufe der Geschichte ein unabdingbarer Teil Aserbaidischans gewesen“⁴⁵ sei, beinahe als die Wiege der Menschheitsgeschichte dargestellt. Man knüpft die Geschichte dieser Region an das paläolithische Zeitalter: Durch die historische Herleitung des eigenen Anspruchs darauf bzw. des historischen Bezugs zu Karabach intendieren die aserbaidischen Intellektuellen, die eigene Nation als eine alte KulturNation zu positionieren.

Die aserbaidische Historiografie „entdeckte“ das Thema Karabach 1988/89. Die wenigen Werke, die von Seiten aserbaidischer Historiker bis dahin verfasst worden waren, wurden gerade in der ersten Phase des Konfliktes mit Armenien um die Enklave Berg-Karabach in relativ großen Auflagen neu herausgegeben. So erschien z. B. 1989 der erste Band der Karabach-Geschichten „Qarabağnamələr“ sowie die deskriptiven, lyrischen Abhandlungen zur Geschichte dieser Region aus den Federn Mirzə Adıgözəl Bəys⁴⁶, Mirzə Camal Cavanşir Qarabağis⁴⁷ und Əhməd Bəy Cavanşirs⁴⁸. Alle drei Werke wurden mit Kommentaren versehen und in aserbaidischer Sprache veröffentlicht, obwohl das zweite und das dritte Buch ursprünglich auf Persisch und Russisch verfasst worden waren.⁴⁹ Dem aserbaidischen Historikerkollektiv unter der Leitung des Orientalisten Akif Farzaliyev ging es nicht nur um eine Überblicksdarstellung der aserbaidischen Karabach-Historiografie, sondern um das historische Untermauern des aserbaidischen Anspruchs auf diese Provinz. In der Einleitung wurde verkündet:

„Ein Dutzend besonders wichtiger Schriften und historischer Dokumente zur Geschichte Karabachs wird im Institut alter Handschriften an der Akademie der Wissenschaften der Aserbaidischen SSR aufbewahrt. Bedauernd ist, dass der größte Teil dieser Quellen, die den armenischen Extremisten [...] die Grundlosigkeit ihrer Ansprüche noch deutlicher zeigen und beweisen können, noch nicht veröffentlicht und erschlossen wurden.“

Fünfzehn Jahre später, 2004, gab das Institut der Handschriften (dto.) eine 400-seitige [sic!] Bibliografie zu Karabach heraus, die fast 2700 aserbaidische Titel und fast ebenso viel russischsprachige Publikationen zu diesem Thema enthielt. Der überwiegende Teil stammte aus dem Zeitraum 1988–2003/4. „In der Antike und im frühen Mittelalter befand sich Karabach auf dem Territorium des kaukasischen Albaniens [sic!], eines aserbaidischen Staates. Im 7. Jahrhundert trat der größte Teil seiner Bevölkerung zum Islam über; nur die Bevölkerung im bergigen Teil der Region blieb christlich.“ Dieser Ausschnitt aus dem Vorwort zur Bibliografie entspricht dem Grundmuster des aserbaidischen Karabach-Narrativs, in dem zwei Aspekte besonders hervorstechen:

- a) Karabach wird als ein historischer Bestandteil Aserbaidischans dargestellt.
- b) Die Armenier Karabachs, die der Volkszählung von 1989 zufolge die deutliche Mehrheit (78 Prozent) stellten, werden als später eingewanderte ethnische Gruppe präsentiert. Dadurch wird die gesamte armenische Geschichte in Frage gestellt. Das Altertümliche an der armenischen Kultur, Literatur und eben an der Geschichte wird beinahe eher belächelt und hinterfragt. Paradebeispiel dafür ist die „Erməni hekayəsi“ [Armenische Erzäh-

⁴⁵ <http://mektebli.president.az/?qarabagimiz> (25. 11. 2010).

⁴⁶ [Qarabağnamə/Karabachbuch].

⁴⁷ [Qarabağ tarixi/Geschichte von Karabach].

⁴⁸ [Qarabağ xanlığının 1747–1805-ci illərdə siyasi vəziyyətinə dair/Zur politischen Lage im Karabacher Khanat 1747–1805].

⁴⁹ Aserbaidische Übersetzungen waren 1959 bzw. 1961 in Baku erschienen.

lung] des Publizisten Sultan Mərzilis, demzufolge die „Altertümlichkeit“ eine armenische Krankheit“ sei.⁵⁰ Zum Teil handelt es sich bei den Aussagen der aserbaidtschanischen Autoren um eine Reaktion auf die Hinweise der armenischen Publizisten und Historiker, dass das aserbaidtschanische Volk den Nationswerdungsprozess vergleichsweise spät abgeschlossen habe. In Baku sieht man darin einen Versuch, den aserbaidtschanischen Anspruch auf Territorien im Kaukasus zu negieren.

Es wird die linguistische Komponente hervorgehoben und darauf hingewiesen, dass das Toponym „Karabach“ (aserbaidtschanisch: Qarabağ) aus türksprachigen Teilwörtern besteht: *Qara* bzw. *Kara* – schwarz, *bağ* – der Garten: Der Schwarze Garten, so nennt man laut Überlieferung Karabach wegen seiner fruchtbaren Erde.⁵¹ Der (Kultur-)Begriff *Qarabağ* findet sich in der aserbaidtschanischen Popmusik und somit in der Massenkultur wieder. Paradebeispiel ist der Schlagertext der populären Popsängerin Brilyant Dadaşova „Qarabağlıyam“ (Ich bin eine Karabacherin) sowie der bekannten Bakuer Rap-Gruppe Dəyirman „Ya Qarabağ ya ölüm“ (Entweder Karabach oder Tod). Das Letztere, das seit Jahren führend in den lokalen Charts ist, zeigt sich ziemlich radikal in der Wortwahl.

„Aserbaidtschan ist ein Auge,
Karabach ist ein Augapfel,
So ist es das Zentrum Aserbaidtschans, seine Wiege,
Die armenischen Hunde wollen
Mir das Wertvollste wegnehmen,
[...]
Entweder Karabach oder Tod,
Es gibt keinen anderen Weg!“⁵²

Die historische Narration, die äußerst ethnozentrisch ist, prägt eindeutig die gesellschaftlichen Karabach-Diskurse. Die Darstellung Karabachs als ein „ur-aserbaidtschanisches“ Territorium ist zweifelsohne das wichtigste Thema in der aserbaidtschanischen Geschichtswissenschaft wie auch in der Publizistik, Literatur und Pop-Kultur. Damit beschäftigen sich die der Regierungspartei YAP (Yeni Azərbaycan Partiyası) nahestehenden wie auch die oppositionellen Publizisten, die weltlichen ebenso wie die islamischen Intellektuellen. Im Jahre 2006 veröffentlichte der islamische Publizist Axund Hacı Soltan H. Əlizadə eine Gedichtsammlung unter dem pathosreichen Titel „Qarabağ azad olan gün“ (Am Befreiungstag von Karabach). Der Karabachkonflikt wurde hier in einem Kontext mit al-Quds (arabische Bezeichnung Jerusalems) thematisiert. Der Autor inkludierte das Trauern nach der verloren gegangenen aserbaidtschanischen Provinz in die allgemeine Diskussion muslimischer Kreise über al-Quds. Ähnliche Vergleiche finden sich in den liberal-islamischen Periodika in Aserbaidtschan, z. B. im Wochenblatt „Dəyərlər“ (Werte) sowie im erwähnten Song „Entweder Karabach oder Tod“:

⁵⁰ <http://kultaz.com/2010/10/06/sultan-merzili-ermeni-hekayesi/print/> (25. 10. 2010).

⁵¹ Vgl. Ferhat Avşar, Schwarzer Garten im Land des ewigen Feuers. Entstehungsgeschichte und Genese des Karabach-Konflikts, Darmstadt 2006, oder die Erinnerungen des aserbaidtschanischen Ex-Staatspräsidenten Ayaz Mütəllibov: Ajaz Mutallibov, Karabach – černyj sad. Dokumental'noe povestvo vanie [Karabach – der Schwarze Garten. Eine dokumentarische Erzählung], Moskau 2001. Auch der britische Publizist und Historiker Thomas de Waal betitelte sein 2003 in New York erschienenes Werk zum Karabach-Konflikt „Black Garden. Armenia and Azerbaijan through Peace and War“.

⁵² Zitiert nach Maşallah Xudubəyli, Mənim sazlı-sözlü dünyam, Baku 2010, S. 178, http://www.anl.az/el/x/xm_mssd.pdf (22. 12. 2010).

„Wo seid Ihr, Muslime, die Umma Muhammeds
Seht ihr nicht diese Barbarei, diese Vandalen [...]
Werdet – durch das Sagen ‚Allah ist groß‘ – wie eine Faust
Entweder Karabach oder Tod!“⁵³

Auch in der Öffentlichkeit und im Bildungsbereich ist das Thema Karabach sehr präsent. Mehrere Bakuer Tageszeitungen sowie Schullehrbücher für das Fach Geschichte heben die Daten zu den Verlusten der einzelnen Rayons um Bergkarabach im Krieg gegen Armenien durch das Einrahmen dieser Daten gleich auf der ersten Seite besonders hervor. Die Leserschaft wird somit mit dieser Information und mit der Erinnerung an die Verluste zwangsweise konfrontiert, z. B. beim Kauf einer Zeitung. Die Mittel- und Berufsschulen landesweit verfügen über sogenannte Heimatecken, in denen die Informationen über die Verluste im Karabach-Krieg und/oder infolge der Intervention der sowjetischen Truppen am 20. Januar 1990⁵⁴ zur Verfügung gestellt werden. Die Wetterberichterstattung im staatlichen und privaten aserbaidischen Fernsehen beginnt in der Regel mit Informationen zum Wetter in Schuscha und Chankendi (Stepanakert). Und im schulischen Unterricht ist das Thema Karabach, vor allem in den Lehrmitteln für die Fächer Aserbaidisch, Geschichte, Literatur sowie im Leseunterricht in den Vorschulen, fest verankert: Man findet eine Reihe einfacher Texte und Bilder, z. B. einer weinenden älteren Frau, die als stolze Mutter am Grab des im Krieg gefallenen Sohnes trauert, oder eines Offiziers, der durch ein Fernglas das Schlachtfeld beobachtet.

In einem Bericht des aserbaidischen Ministeriums für Kultur und Tourismus über das Kulturschaffen im Bereich der Musik in Aserbaidisch im letzten Jahrzehnt werden die Oratorien Vasif Adigözölovs „Qarabağ şikəstəsi“ (Knüppel von Karabach) und „Qəm karvani“ (Karawane des Leidens) (1999), die Symphonie Tofiq Bakıxanovs „Qarabağ harayı“ (Das Geschrei von Karabach) (2001), die Kantate von Sevda İbrahimova „Sənin üçün darıxıram, Şuşam“ (Schuscha, ich sehne mich nach dir) (1999) besonders hervorgehoben.⁵⁵

Täbriz

„Eines meiner wichtigsten Themen ist Südaserbaidisch. Ich will meine Heimat nicht getreten sehen. Als ich im Iran war, besuchte ich Täbriz. Mein Herz tat mir weh. Ich schaute mir die Gegenden an, sie sind wie in Scheki. Jedoch sind dort die Hände meiner Landsleute gebunden, ihre Köpfe sind geknickt. Für mich ist das ein großes Trauma. Gott erlaube es uns, Täbriz, Karabach in Einheit mit Aserbaidisch zu erleben! Es komme der Tag, an dem Sie mit mir in Schuscha ein Interview führen werden.“⁵⁶

Das aserbaidische Lehrbuch „Lebenskunde“ für die vierte Schulklasse verkündet im Text „Unsere Nachbarn“: „Unser Nachbar im Süden ist der Iran [...]. Die Gebiete, die an uns grenzen, heißen Aserbaidisch, weil mehr als zwanzig Millionen Aserbaid-

⁵³ Ebenda.

⁵⁴ In der Nacht vom 19. auf den 20. Januar 1990 ließ das sowjetische Innenministerium seine Truppen in Baku einrücken, um die Machtübernahme der Volksfront zu verhindern. Im Zuge dieser Militäroperation starben mehr als 130 Bakuer Zivilisten. Vgl. <http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/1477933.stm> (31. 5. 2011).

⁵⁵ <http://www.mct.gov.az/?/az/azculture/view/75/> (2. 12. 2010).

⁵⁶ Ausschnitt aus einem der Gespräche mit dem Dichter Bachtijar Vahabzade, zitiert nach: Bachtijar Vahabzade, <http://ru.trend.az/life/culture/1638733.html> (2. 12. 2010).

schaner dort leben. Ihr Zentrum ist Täbris, eine alte und schöne Stadt.⁵⁷ Die Autoren des Textes gehen nicht darauf ein, dass Aserbaidschan als Toponym altpersischer Herkunft ist; stattdessen behaupten sie, dass die geografische Bezeichnung von der hohen Anzahl ethnischer Aserbaidschaner abgeleitet wurde.⁵⁸ Im Leselehrbuch für die zweite Klasse heißt es: „Früher war das Territorium Aserbaidschans sehr groß. 1828 teilten Russland und Iran Aserbaidschan unter sich auf, rissen es auseinander. Der nördliche Teil des Landes ging an Russland, der südliche an den Iran.“⁵⁹ Auch in den aserbaidschanischen Lehrbüchern der Sowjetepoche wurde Südaserbaidschan breit behandelt.⁶⁰ Ähnlich wie das Thema Karabach ist Täbris – um es stellvertretend für den Themenkomplex Südaserbaidschan zu nennen – ein Teil der „erfundenen Erinnerung“⁶¹ (Peter Reichel) in den aserbaidschanischen Diskursen, vor allem für die Aserbaidschaner, die weder aus Armenien, Karabach noch aus dem iranischen Aserbaidschan stammen. Viele Aserbaidschaner, vor allem die Bakuer, haben Verwandte im Iran, jedoch würde die „Trennung“ als solche nicht so intensiv empfunden werden, wenn diese Wahrnehmung nicht gezielt von oben geschürt und durch das Thematisieren in den Lehrbüchern, in der Historiografie, der Publizistik, der Literatur und nicht zuletzt in der Pop- und Theaterkultur wachgehalten würde.

Dabei ging man doppelgleisig vor: Die Kulturschaffenden aus dem sogenannten Südaserbaidschan konnten ihre Aktivitäten im (post-)sowjetischen Aserbaidschan entfalten und machten in der Regel ihre Ursprungsregion zum Thema; andererseits wurde diese Thematik gerne von den nordaserbaidschanischen Autoren aufgegriffen, die Täbris zu einer exotischen, unerreichbaren und fernen Kulturhauptstadt, zum „aserbaidschanischen Jerusalem“ stilisierten. Seit der Perestroika, als der aserbaidschanische Nationalismus – ergänzt durch den postkommunistischen „verordneten Nationalismus“⁶² (Dittmar Schorkowitz) – deutlich größere Möglichkeiten zur Selbstentfaltung erhielt, nahm dieser Trend in allen geisteswissenschaftlichen Disziplinen zu, was jedoch eine direkte Kontinuität zur Nachkriegsära in der UdSSR darstellt. In der westlichen Aserbaidschanforschung verankerte sich die Meinung, dass dies eine von Moskau aus tolerierte und sogar geförderte Entwicklung des aserbaidschanischen Nationalismus im sowjetkritischen Iran war. Während eine anti-türkische Stimmung im sowjetischen Aserbaidschan zu schüren durchaus kompliziert war, brachte die Unterstützung der anti-iranischen Stimmung Früchte. Es handelte sich hierbei um einen Fall der Interessenübereinstimmung zwischen Moskau und den Bakuer Intellektuellen.⁶³

⁵⁷ Zaid Qaralov u. a., *Həyat bilgisi*, Baku 2007, S. 78f.

⁵⁸ Die aserbaidschanischsprachige Bevölkerung im Norden Irans wird im Iran nicht als Aserbaidschaner, sondern als Azari bzw. als Nachfahren der im 11. Jahrhundert eingewanderten Türken wahrgenommen; im Unterschied zu den Armeniern gelten sie im Iran nicht als eine Minderheit, was nicht zuletzt religiös motiviert ist.

⁵⁹ Kərimov, Oxu [Lies], S. 88.

⁶⁰ Vgl. Məmməd Arif/Pənah Xəlilov, *Ədəbiyyat. 10-cu sinif üçün* [Literatur. Für die 10. Klasse], Baku 1984.

⁶¹ Vgl. Peter Reichel, *Erfundene Erinnerung. Weltkrieg und Judenmord in Film und Theater*, München 2004.

⁶² Vgl. Dittmar Schorkowitz, *Postkommunismus und verordneter Nationalismus. Gedächtnis, Gewalt und Geschichtspolitik im nördlichen Schwarzmeergebiet*, Frankfurt a. M. 2008.

⁶³ Man könnte an dieser Stelle Parallelen ziehen zur antitürkischen Haltung der armenischen und teils der georgischen Wissenschaft und Publizistik in der Sowjetepoche.

Noch 1933 begann der aserbaidtschanische Schriftsteller Məmməd Səid Ordubadi⁶⁴ (1872–1950), ein aktiver aserbaidtschanisch-iranischer Kommunist, an einem längeren Roman über Täbriz zu arbeiten. Drei Jahre nach Kriegsende, 1948, wurde die Arbeit abgeschlossen und das entstandene Werk „Dumanlı Täbriz“ wurde der Öffentlichkeit vorgestellt. In dem Roman wurden Südaserbaidtschan und dessen Zentrum Täbriz in der Umbruchszeit um 1907–1917 dargestellt. Die Leser werden immer wieder durch die engen Gassen der Stadt und ihre Plätze geführt; sie treten in den Dialog mit den Stadtbewohnern ein. Der sowjetisch-aserbaidtschanischen Literaturkritikerin Nuridə Bağirova zufolge begründete dieses Werk das Genre des historischen Romans in der sowjetisch-aserbaidtschanischen Prosa.⁶⁵ Der Roman wurde in den 1950er Jahren intensiv besprochen und positiv rezensiert. Der Themenkomplex „Süden“ wurde auch nach Ordubadi breit verarbeitet. Bəxtiyar Vahabzadə (1925–2009), einer der führenden Dichter im sowjetischen Aserbaidtschan, schrieb 1959 das Epos „Gülüstan“, das ebenfalls intensiv rezipiert wurde. Wenn er auch in den 1960er Jahren kurzzeitig von der Bakuer Staatsuniversität entlassen wurde, so war dies mit seiner Kritik an der Russifizierung, nicht aber mit dem Thematisieren Südaserbaidtschans verbunden. Schließlich wurde Vahabzadə mehrfach (1974, 1976 und 1988) ausgezeichnet. 1999 schrieb er eine Fortsetzung des Gülüstan-Epos, das seit Jahrzehnten zum Pflichtprogramm an den aserbaidtschanischen Schulen und zur Klassik der modernen aserbaidtschanischen Dichtung gehört.

Mehrere Straßen und Schulen in Baku und anderen Städten tragen Namen aus den erwähnten Chijabani- und Pischevari-Bewegungen im nördlichen Iran. Die Bewegungen selbst wurden auf mehreren Konferenzen und Workshops thematisiert. Das Orient-Institut der Akademie der Wissenschaften in Baku veranstaltete zuletzt im Juni 2010 eine internationale Tagung unter dem Titel „Die Bewegung von Scheich M. Chijabani – 90“, die von den Bakuer Medien interessiert verfolgt wurde.⁶⁶

Fast alle Zeitungen in Baku haben die Rubriken „Stimmen aus dem Süden“, „Nachrichten jenseits des Arax-Flusses“ oder „Täbriz-Express“. Eine kontinuierliche Berichterstattung geht mit der Ethnisierung der Nachrichten aus dem Iran einher. So wird z. B. die im Iran zur Todesstrafe verurteilte Sakineh Ashtiani in den aserbaidtschanischen Medien betont als eine Aserbaidtschanerin dargestellt. Dementsprechend wird das internationale Engagement gegen dieses Gerichtsurteil gegen Ashtiani als internationale Unterstützung der aserbaidtschanischen Frage umgedeutet: Schließlich habe Carla Bruni „einer aserbaidtschanischen Frau einen Brief geschrieben“.⁶⁷

Ähnlich wie im Bereich der Literatur ist auch die dramaturgische sowie musikalische Verarbeitung des Themas Täbriz und Südaserbaidtschan deutlich älter. Besonders hervorzuheben ist die Inszenierung und mehrfache Aufführung des Stückes „Wolkiges Täbriz“

⁶⁴ Ordubadi schloss sich 1918 der aserbaidtschanischen Kommunistischen Partei an. Zwei Jahre später, nach der Sowjetisierung, reiste er in die Aserbaidtschanische Sowjetrepublik ein. 1938, während des Höhepunkts der Repressalien gegen die Intellektuellenschicht, wurde Ordubadi noch mit einem Staatspreis ausgezeichnet. Als er 1950 starb, wurde er auf dem Ehrenfriedhof in Baku beigesetzt.

⁶⁵ Nuridə Bağirova, M. S. Ordubadi və tarixi roman janrı (Dumanlı Täbriz) [M. S. Odubadi und die Gattung des historischen Romans (Wolkiges Täbriz)], Baku 1968, S. 15.

⁶⁶ Die Direktorin des Orient-Instituts „Ziya Bünyadov“, Gövhər Bəxşəliyeva (geb. 1954), studierte Arabistik in Baku. Sie ist Abgeordnete des aserbaidtschanischen Parlaments.

⁶⁷ Fransa prezidentinin xanımı azərbaycanlı qadına məktub yazıb [Die Ehefrau des französischen Präsidenten schickte einen Brief an eine aserbaidtschanische Frau], unter: <http://ucnoqta.az/dunya/17623.html> (16.11.2010).

von Ordubadi im Aserbaidsschanischen Nationaltheater.⁶⁸ Das Lied des aus Südaserbaidsschan stammenden US-amerikanischen Sängers Yaquub Zurufcu „Ayrılıq“ (Trennung) ist seit Jahrzehnten ein Schlager in Aserbaidsschan. Bemerkenswert ist, dass dasselbe Lied auch zum Repertoire der populären persischen Exilsängerin Googoosh gehört und von ihr ausnahmsweise auf Aserbaidsschanisch gesungen wird. In Aserbaidsschan wird dieses Lied zu einem „Erinnerungsort“ im Nora'schen Sinne stilisiert und häufig im Rundfunk und Fernsehen übertragen. Die aserbaidsschanische Thematisierung tatsächlicher oder vermeintlicher eigener Verluste geht mit der Maximierung und Historisierung von Ansprüchen einher. Die Tatsache, dass die Führungsschicht des neuzeitlichen persischen Staates aus der Provinz Aserbaidsschan stammte und der Schah Ismail Chatai etliche Verse nicht auf Persisch, sondern auf Aserbaidsschanisch verfasste, hat zur Aserbaidsschanisierung der persischen Geschichte geführt.⁶⁹

Die Historisierung, eine möglichst weit gespannte Rückprojektion der eigenen Geschichte sowie des eigenen Leidens, der Nichtanerkennung etc. wird besonders am Beispiel der Beschäftigung mit dem iranischen Aserbaidsschan deutlich. So erschien im Jahre 2000 ein Buch des Leiters des Präsidialamts der Republik Aserbaidsschan, des Philosophieprofessors Ramiz Mehdiyev, unter dem Titel „Realität des Genozids am aserbaidsschanischen Volk“.⁷⁰ Das Vorwort für dieses Buch, das auf Aserbaidsschanisch, Russisch und Englisch verfasst wurde, schrieb der Direktor des Instituts für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften, Yaquub Mahmudov.

Fazit

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Auseinandersetzung mit den Verlusten im postsowjetischen Aserbaidsschan die folgenden Aspekte beinhaltet und sich durch diese beschreiben lässt.

1) *Dämonisierung der an den tatsächlichen oder vermeintlichen Niederlagen und Verlusten Schuldigen sowie Polemisierung.* Sowohl in den aserbaidsschanischen Lehrbüchern und publizistischen Schriften als auch in den Fernsehprogrammen ist immer wieder die Rede von „hinterlistigen Armeniern“, „iranischen Chauvinisten“. Einem Armenier und einem Perser werden in der Regel als negativ geltende Eigenschaften zugeschrieben: Sie seien eine Verkörperung der Feigheit, der Amoralität etc. Die Bilder werden auch von der aserbaidsschanischen postkommunistischen Literatur und Belletristik aufgegriffen. Im Vorwort des Lehrbuchs zur Geschichte der Medien in Südaserbaidsschan finden sich die

⁶⁸ Mehr dazu bei İlham Rəhimli, *Üç əsrin yüz otuz ili (Akademik Milli Dram Teatrı bu gün)* [Hundertdreißig Jahre der drei Jahrhunderte (das Aserbaidsschanische Nationale Drama-Theater heute)], Baku 2003.

⁶⁹ Zuerst 1961 und in einer überarbeiteten Version 1981 verfasste der Bakuer Historiker Oktaj Efendiev (1926–2013) die Monografie „Der aserbaidsschanische Safavidenstaat“ (Oktaj Efendiev, *Obrazovanie Azerbajdzanskogo gosudarstva Sefevidov v načale XVI v.* [Die Gründung des aserbaidsschanischen Safaviden-Staates zu Beginn des 16. Jahrhunderts], Baku 1961; ders., *Azerbajdzanskoe gosudarstvo Sefevidov v načale XVI v.* [Der aserbaidsschanische Safaviden-Staat zu Beginn des 16. Jahrhunderts], Baku 1981), die 1993 in Baku beim staatlichen Verlag in einer Großauflage auf Aserbaidsschanisch erschien.

⁷⁰ Ramiz Mehdiyev, *Azərbaycalılara qarşı soyqırım gerçəklikləri* [Die Realität des Genozids an den Aserbaidsschanern], Baku 2000.

Aussagen über das „durch das gnadenlose Urteil der Geschichte in zwei Teile aufgeteilte Aserbajdschan“. ⁷¹ Nicht anders führt der Publizist Ənvər Çingizoğlu seine Leser in die Geschichte der Stadt Schuscha ein. „Schuscha ist eine unglückliche Stadt [...]. Schuscha ist ein Berg vor den Augen. Wir schauen hin, sehen es, unsere Hände erreichen es aber nicht.“ ⁷² Ein eher polemischer Schreibstil zeugt von einer nicht erfolgten Emanzipation der aserbajdschanischen Wissenschaft, Publizistik und Berichterstattung von der sowjetischen Tradition sowie dem Wunsch, die Emotionen der Bevölkerung hervorzurufen.

2) *Popularisierung der beanspruchten Gebiete.* Karabach und Südaserbajdschan gehören zu den wichtigsten Themen in der aserbajdschanischen Pop-Musik, im Theater- sowie im Filmwesen. Dieser Trend setzt sich seit den frühen 1990er Jahren bis heute fort.

3) *Visualisierung und Musealisierung der Verluste.* „Karabach-Ecken“ sind in fast jeder aserbajdschanischen Mittelschule zu finden. Ausgerüstet mit den Portraits der im Krieg gefallenen Soldaten, Kurzbiografien, Aufnahmen von verstümmelten Menschenkörpern befinden sich diese Ecken (quşə) auch an den landesweiten Hochschulen und selbst in Behörden. Häufig sind in Schulen Karten des „historischen Aserbajdschans“, d. h. Nord- und Südaserbajdschans, vereint in einem einheitlichen aserbajdschanischen Staatsgebilde, das es so historisch nie gegeben hat, zu finden. Der Diskurs über die Verluste im Kontext der Visualisierung und Musealisierung verleiht dem Mythos um die beraubte Einheit eine materiale Grundlage.

4) *Institutionalisierung des wissenschaftlichen Umgangs mit den Verlusten.* Die Verluste werden „institutionalisiert“, indem wissenschaftliche Institute gegründet oder weiterentwickelt wurden, die sich explizit mit der Erforschung Karabachs und Südaserbajdschans befassen. An der Akademie der Wissenschaften in Baku wurde z. B. 1991 auf der Basis der seit 1976 existierenden „Südaserbajdschan-Abteilung“ eine gesonderte Forschungsgruppe zu Südaserbajdschan (Cənubi Azərbaycan elmi qrupu) gegründet, die von einer bekannten Iranistin Şövkət Tağıyeva geleitet wird. ⁷³ Es gibt deutlich mehr Publikationen zur Geschichte der Stadt Täbriz und der Region von Karabach als z. B. zur Stadt Gandscha oder Baku selbst.

5) *Instrumentalisierung von Erinnerungsorten.* Die Stadt Schuscha, die vom „Wegweiser zur kaukasischen Geschichte“ zu Recht als ein Erinnerungsort klassifiziert wurde, wird im aserbajdschanischen Kontext zu einer Wiege der nationalen Kultur, Literatur und Musik stilisiert. Das Stadtmauertor mit der kyrillischen Überschrift „Schuscha“ sowie die alte Stadtmoschee – diese zwei Bilder – werden häufig bei der Fernsehberichterstattung zum Berg-Karabach-Konflikt gezeigt. Schuscha verkörpert geradezu die verloren gegangene Provinz Karabach. ⁷⁴

6) *Dramatisierung der eigenen Lage.* 1992 veröffentlichte der Bakuener Publizist Azad Şarifov eine Broschüre unter dem Titel „Durchbruch der Informationsblockade“. Aserbajdschan sei isoliert, was das Resultat der Aktivitäten der armenischen Lobby-Gruppen weltweit, der ungerechten Haltung Russlands und Irans etc. sei. Der Isolationsgedanke, der besonders stark in der aserbajdschanischen Diskussion der 1990er Jahre ausgeprägt war, ging mit der

⁷¹ Pərvanə Məmmədli, Cənubi Azərbaycan mətbuatı tarixi [Die Geschichte der Medien in Südaserbajdschan], Baku 2009, S. 3.

⁷² Ənvər Çingizoğlu, Şuşa şəhəri (1750–1850) [Die Geschichte der Stadt Schuscha (1750–1850)], Baku 2009, S. 3.

⁷³ http://www.orientalstudies.az/az/structure/iran_history_and_economy.html (3.12.2010).

⁷⁴ Vergleichbar mit dem Stellenwert des Amselfeldes für die gesamte Provinz Kosovo im serbischen Diskurs.

Popularisierung eines allgemeinen Misstrauens den Nachbarländern sowie der internationalen Staatengemeinschaft gegenüber einher. Den Publikationen zum Iran und zu Armenien, die den Vorstellungen der aserbaidsschanischen Intellektuellenschicht nicht entsprechen, werden Armenophilie, Iranophilie sowie Aserbaidsschanophobie unterstellt. Vor allem im letzten Jahrzehnt verstärkte die aserbaidsschanische Diplomatie ihre Bemühungen, die eigene Perspektive zu Karabach und (deutlich weniger) zur Südaserbaidsschanfrage mittels staatlich finanzierter Maßnahmen im Ausland, vor allem im Westen, zu popularisieren.⁷⁵

⁷⁵ Im Jahre 2010 wurde an der Humboldt-Universität zu Berlin eine Stiftungsgastprofessur „Geschichte Aserbaidsschans“ eingerichtet.

V. Bürgerkriege und regionale Konflikte

Stephen M. Duffy

Irlands geteilte Identitäten

Irlands geografische und politische Nähe zum Vereinigten Königreich hat seine Geschichte unauslöschlich geprägt. Britische Ambitionen, britische Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen, dazu die britische Haltung gegen den Katholizismus haben auf die Entwicklung des modernen Irland eingewirkt. Dies führte zur Entstehung zweier unterschiedlicher und miteinander konkurrierender irischer Identitäten und schließlich zur Teilung der Insel zwischen einer relativ homogenen irischen Republik und der britischen Provinz Nordirland mit einer von widerstreitenden Kräften charakterisierten Machtstruktur und ihren scharfen konfessionellen Gegensätzen. Während die irischen Nationalisten ein einheitliches kulturelles und historisches Erbe geltend machten und das Recht auf autonome Herrschaft über die ganze Insel beanspruchten, proklamierten die Loyalisten Ulsters ihre Treue zum außerordentlich erfolgreichen multinationalen Staat Großbritannien und sahen ihre irische Identität als zwar eigenständig in ihrer Geschichte, doch primär als geografischen Bezugspunkt. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts hielten sich die überwiegend katholischen Nationalisten – die große Mehrheit der Bevölkerung der Insel – reif für „Home Rule“. Die extremeren Elemente glaubten, es sei an der Zeit, sich vollständig von den Jahrhunderten, wie sie es empfanden, der Unterdrückung und Besetzung loszusagen und eine unabhängige Republik Irland zu schaffen. Aber ob gemäßigt oder extrem, diese Iren begriffen irische Identität als die einer vereinigten Nation von 32 Grafschaften. Die irischen Unionisten hingegen lehnten jede Loslösung von der Union mit Großbritannien ab, die seit 1800 bestand. Wenn denn eine solche Trennung kommen musste, dann wollten jedenfalls die entschiedensten Loyalisten, konzentriert in den sechs überwiegend protestantischen Grafschaften des nordöstlichen Ulster, ihren Status als britische Bürger bewahren, im Vereinigten Königreich verbleiben und sich frei halten von dem, was sie als Dubliner Fremdherrschaft verstanden.

Zur nationalistischen irischen Identität gehört ein Gefühl alter Verbundenheit mit der Insel – zum Teil auf Mythologie gegründet –, das äußere Einflüsse, einschließlich des Protestantismus, als das Produkt einer Serie von Invasionen und Okkupationen empfindet, so der Wikinger, der Normannen, der angesiedelten Schotten und der anglo-irischen Herren. Sowohl dämonisiert wie bewundert, seien alle diese Kräfte in Kapitel der irischen Geschichte eingegangen, hätten aber nie die ursprüngliche Kultur gänzlich ausgelöscht, nie das Gefühl irischer Identität und Zugehörigkeit versehrt. Die meisten Nationalisten neigen zu der Ansicht, dass die kulturellen Gegensätze in der irischen Gesellschaft, einschließlich der konfessionellen, das Werk britischer Interessengruppen gewesen seien, insbesondere der im Parlament von Westminster repräsentierten politischen Parteien. Tatsächlich hatten einige der nach Selbstbestimmung strebenden modernen irischen Bewegungen protestantische Führer. In den neunziger Jahren des 18. Jahrhunderts ragte Theobald Wolfe Tone als prominentestes Mitglied der „United Irishmen“ hervor. Stark beeinflusst von der Französischen Revolution, trat Wolfe Tone für die Emanzipation der Katholiken ein, wenn er auch den Katholizismus für einen schwindenden Aberglauben hielt, und begriff alle Übel Irlands als das Resultat englischer Verbindungen. Das irische Parlament, das es damals gab, sei nicht eine Einrichtung einheimischer Unterdrücker,

sondern eher eine Kabale in Irland geborener Oligarchen mit dem Feind.¹ Fast hundert Jahre später hat Charles Stewart Parnell, nominell ein Angehöriger der Protestantischen Kirche von Irland, wesentlich dazu beigetragen, dass sich der katholische Klerus mit der Kampagne für Home Rule verband. Die Kooperation der katholischen Kirche ließ den Feldzug für Irlands legislative Unabhängigkeit in den Augen des irischen Elektorsats eher konservativ als radikal erscheinen.² Selbst-Bestimmung sei, so sah es aus, eine Restauration Irlands, nicht eine radikale Abkehr von seiner Geschichte.

Für die Identität des unionistischen oder loyalistischen Iren war der Sieg prägend, den 1690 die Streitkräfte Wilhelms von Oranien über die Anhänger Jakobs II. erfochten. Die Entsetzung der belagerten Städte Londonderry und Enniskillen mit dem entscheidenden Triumph in der Schlacht am Boyne zementierten das protestantische Übergewicht. Die Loyalisten fühlten sich jedoch in der Minderheit und ständig belagert von der illoyalen katholischen Mehrheit. Nach ihrer Ansicht behaupteten sie ihre Dominanz nur aufgrund ihrer überlegenen Kultur, die nicht in den Fesseln einer fremden, papistischen und von einer allgegenwärtigen Priesterschaft verfochtenen Ideologie liege. Diese Loyalisten glaubten auch, dass ihre Freiheit und die Freiheit ihrer Kinder von der wilden Entschlossenheit abhängen, sich niemals den katholischen Kräften und den mit ihnen verbündeten nationalistischen irischen Bewegungen, die sie zu versklaven suchten, zu ergeben. Daher sorgte die Union mit Großbritannien, mit dem sie sich durch Blut und Geschichte verbunden fühlen, für ihren Schutz, und 1912 unterzeichneten sie einen Vertrag zu ihrer Verteidigung. Irland als Ganzes ist für die Loyalisten nur ein geografischer Begriff, und die nationalistischen – vor allem die republikanischen – Aspirationen werden mit Verrat gleichgesetzt und mit der Absicht, ihre Errungenschaften und ihre Lebensweise zu diskriminieren oder gar auszumerzen.³

Nun haben alle irischen Nationalisten das Ziel von ganz Irland unter einer einzigen, frei handelnden Regierung verfolgt, doch gab es unterschiedliche Interpretationen, ob und wie damit nationale Einheit verbunden sein soll. Dennoch: die Schaffung einer unabhängigen, aus 32 Grafschaften bestehenden Republik gehört zu den zählebigsten Träumen der modernen irischen Geschichte. Diese Aspiration geht auf die neunziger Jahre des 18. Jahrhunderts zurück und wird seither von Geheimgesellschaften und Bünden wie den United Irishmen, der Irish Republican Brotherhood (IRB) und der Feinian Movement getragen, die nicht nur in Irland beheimatet sind, sondern auch in England und den Vereinigten Staaten Ableger haben.⁴ Aber die Hoffnungen, an denen die irischen Republikaner festhielten, nachdem sie 1798 in der Schlacht am Vinegar Hill geschlagen worden waren, erwiesen sich in den folgenden Jahren als unerfüllbar. Im späten 19. Jahrhundert bekehrten sich nationalistische Politiker mehr und mehr zu konstitutionellen Methoden; auf solche Weise gedachten sie ein autonomes, wenn auch nicht unabhängiges Irland mit einem von 32 Grafschaften beschickten Parlament in Dublin zu erreichen. Gesetze für Home Rule gerieten 1886 und 1893 in Konflikt mit dem britischen parlamentarischen System, doch nach der 1911 erfolgten Reform des Oberhauses war die irische Parlamentspartei 1914 beinahe erfolgreich. Selbst als Arthur Griffith – in einem Versuch,

¹ R. F. Foster, *Modern Ireland 1600–1972*, London 1988, S. 269.

² Alvin Jackson, *Home Rule. An Irish History 1800–2000*, London 2003, S. 46–49.

³ William Kelly (Hrsg.), *The Sieges of Derry*, Dublin 2001, S. 28f.

⁴ Ruán O'Donnell, *The Rebellion in Wicklow 1798*, Dublin 1998, S. 346; R. V. Comerford, *The Fenians in Context. Irish Politics and Society 1948–82*, Dublin 1998, S. 15–20.

die diversen nationalistischen Gruppen zusammenzuschließen – 1905 Sinn Féin gründete, hatten er und seine Freunde nur die Autonomie Irlands nach dem Beispiel der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie im Auge.⁵ Unter der Führung Eamon de Valeras wurde das bald von einem republikanischen Ideal abgelöst, aber bis 1916 dominierte im politischen Leben der Insel die auf Home Rule ausgerichtete Irische Parlamentarische Partei. Zwar machte der Republikanismus zwischen 1916 und 1922 große Fortschritte, doch sprach sich die pro-nationalistische irische Gemeinschaft noch immer dafür aus, für einen Irischen Freistaat (IFS) den Status eines Dominions zu akzeptieren. Nach einem 1937 vorgenommenen Namenswechsel zu Eire kam dann 1949 tatsächlich die Republik, als Irland offiziell alle Bindungen an das britische Commonwealth löste. Jedoch ist der Anspruch Irlands, ob Dominion, ob Republik, alle 32 Grafschaften zu umfassen, nie rechtlich anerkannt worden. Die sechs vorwiegend protestantischen Grafschaften im nordöstlichen Ulster behielten ihren Status als eine Provinz des Vereinigten Königreichs.

Wie auf nahezu alle europäischen Staaten, so hatte der Erste Weltkrieg auch auf das moderne Irland und seine Entwicklung prägenden Einfluss; ebenso war er entscheidend für die Definition der zwei irischen Identitäten. Nach zweimaligem Scheitern wurde das Home-Rule-Gesetz 1912 vorgelegt und sollte 1914 in Kraft treten. Unionisten in Großbritannien wie in Irland beklagten das und ließen an dem Gesetz kein gutes Haar, aber sie waren nicht mehr in der Lage, es mit konstitutionellen Mitteln zu stoppen. So drohten sie, seine Anwendung – zumindest in Ulster – mit verfassungswidrigen Methoden zu verhindern. Ein Ergebnis ihrer Anstrengungen war der Solemn League and Covenant, der auf den 1643 von presbyterianischen Schotten, die mit Karl II. in Fehde lagen, unterzeichneten Covenant zurückgriff. Die Signatäre lehnten Home Rule als eine Gefährdung der Prosperität Irlands ab, ferner als Angriff auf die bürgerliche und religiöse Freiheit, als Aufkündigung der britischen Staatsbürgerschaft und als zerstörerisch für die Einheit des Britischen Empire. Sie verpflichteten sich dazu, alle Mittel zu ergreifen, die zur Abwendung des Gesetzes erforderlich seien, und jedem in Dublin einberufenen Parlament die Anerkennung zu versagen. Bis 1913 hatte das Ulster Unionist Council Pläne für die Etablierung einer provisorischen Regierung in Belfast ausgearbeitet, und eine paramilitärische Organisation, die Ulster Volunteer Force (UVF), bewaffnete sich, bereit zur Verteidigung einer solchen Regierung.⁶

Als die UVF an Stärke und militärischem Potenzial zunahm, gewann sie auch die öffentliche Unterstützung prominenter britischer unionistischer Politiker, darunter auch die des Führers der parlamentarischen Opposition, Andrew Bonar Law. Home-Rule-Nationalisten, vor allem John Redmond, Leiter der irischen parlamentarischen Partei, betonten noch immer, Home Rule durch Gesetzgebung erreichen zu wollen, gerieten aber in Sorge, der protestantische Widerstand in Ulster werde Herbert Henry Asquith, den Premierminister des liberalen Londoner Kabinetts, dazu bringen, ihre Haltung zu kompromittieren.⁷ Es wurde ja schon davon gesprochen, Ulster in irgendeiner Form aus der Home-Rule-Gesetzgebung herauszunehmen, entweder für eine gewisse Frist, bis zu sechs Jahren, oder auf Dauer. Um die britische Regierung davon abzuhalten, solche Wege ein-

⁵ Tim Pat Coogan, *Ireland in the Twentieth Century*, London 2003, S. 27.

⁶ Stephen M. Duffy, *The Integrity of Ireland. Home Rule, Nationalism, and Partition 1912–1922*, Cranbury 2009, S. 30f. und 49.

⁷ Kopie eines Briefs von Redmond an Asquith, 24. 11. 1913, National Library of Ireland, Dublin, Redmond Papers, MS 15, 165, Folder 3.

zuschlagen, stellten die Nationalisten ihre eigene paramilitärische Organisation auf, die Irish National Volunteers. Zwar suchten die Anhänger von Home Rule den Einfluss radikalerer Nationalisten in ihren Reihen zurückzudrängen, doch fanden die Irish Volunteers trotzdem die Aufmerksamkeit sowohl der wiederbelebten Fenier wie der geheimen IRB, und bald gaben diese Elemente der Bewegung ihre Dynamik.⁸

Im Sommer 1914 sollte Home Rule Gesetz werden, und die beiden irischen Fraktionen machten zunehmend Anstalten, sich auf einen bewaffneten Kampf einzulassen. Weder das britische Militär noch die Royal Irish Constabulary (RIC) konnten in der Lage sein, Gesetz und Ordnung in Irland aufrechtzuerhalten, und im britischen Parlament drohte die Ulster-Krise Verheerungen anzurichten. Dass im August 1914 ein europäischer Krieg ausbrach, hat die unmittelbare Gefahr eines Bürgerkrieges abgewendet, doch hatte der Krieg langfristige Wirkungen auf das nationalistische wie auf das unionistische Lager. Die verfassungstreuen Nationalisten, geführt von Redmond, sahen in der Beteiligung an der britischen Kriegsleistung einen idealen Weg, den Briten, namentlich den britischen Unionisten, zu zeigen, dass die Iren loyal zur Krone stünden, und so empfahl Redmond den Irish National Volunteers, in der britischen Armee zu dienen. Damit würden, so glaubte er, alle Behauptungen sich als falsch erweisen, Home Rule belohne nur ein illoyales Volk. Aber der militantere, republikanische Flügel der Irish National Volunteers hatte nicht die Absicht, Englands Kriege auszufechten; er wollte nur für Irland kämpfen. Im September 1914 kam es über diese Frage zur Spaltung der Irish National Volunteers. Eine überwältigende Mehrheit (158 000) folgte Redmond und nannte sich nun National Volunteers. Sie stellte den Kern zweier Divisionen in der britischen Armee, der 10. (irisch) und der 16. (irisch). Eine Minderheit (12 000) schloss sich dem radikalen Eoin MacNeill an und bildete die Irish Volunteers.⁹ In der Folgezeit sind daher die gemäßigten Nationalisten auf den überseeischen Kriegsschauplätzen für die Briten gestorben, während sich die glühenden Republikaner zu Hause in Irland organisieren konnten. Andererseits zögerten die Angehörigen der UVF, sich der britischen Armee anzuschließen und damit ihre Provinz schutzlos den einheimischen Nationalisten oder den Politikern in London preiszugeben. Schließlich formierte die protestantische Gemeinschaft, mit Beteiligung der UVF, die 36. Division (Ulster) für den Einsatz im Krieg.

1916 war das entscheidende Jahr für die Entwicklung der zwei Manifestationen irischer Identität, als nun beide auf Blutopfer verweisen konnten, um ihre Existenz und historische Glaubwürdigkeit zu rechtfertigen. Im April löste eine Anzahl leidenschaftlicher Nationalisten, darunter Angehörige der Irish Volunteers, die insgeheim von der IRB unterstützt wurden, und die sozialistisch orientierte Irish Citizen Army den sogenannten Osteraufstand in Dublin aus. Die Rebellion war schlecht geplant, schlecht gerüstet, schlecht koordiniert und – wie einige der beteiligten Führer sehr wohl wussten – zum Scheitern verurteilt. Pragmatiker wie Eoin MacNeill suchten die Befehle, die den Aufstand einleiteten, zu konterkarieren, doch die Romantiker, die im Militärerrat der IRB dominierten, stellten sicher, dass die Dinge ihren Lauf nahmen, in der Hoffnung, mit einer großen Geste eine ausgedehnte Revolte in Gang zu setzen. Die daraus resultierende Konfusion bewirkte, dass die Aktion auf Dublin beschränkt blieb und dort lediglich 1 600 Republikaner – darunter 300 Mitglieder der Citizen Army – teilnahmen. Am Ostermontag – 24. April 1916 – besetzte diese Streitmacht das Allgemeine Postamt und andere Schlüsselgebäude

⁸ Duffy, *The Integrity of Ireland*, S. 61.

⁹ Redmond Papers, MS 15, 258 (s. Anm. 7).

im Herzen Dublins, und Patrick Pearse rief im Namen der provisorischen Regierung die Irische Republik aus. Auch bestätigte er offen den Einfluss der IRB, der vielen Helfern des Aufstands unbekannt war, ferner gab er die Unterstützung fremder Mächte zu – Deutschland hatte Waffen geliefert – und stellte den Vorgang in Irlands Tradition bewaffneter Insurrektion gegen britische Herrschaft.¹⁰

Zwar hat der Osteraufstand die britischen Behörden – und die konstitutionellen Nationalisten – anfänglich überrascht, doch haben sie sich alsbald wieder erholt. Im Laufe der nächsten sechs Tage trafen starke britische Truppenkontingente ein. Auch wenn viele Soldaten – wie ihre irischen Gegner – zum ersten Mal ins Gefecht gingen, war die britische Militäraktion durchschlagend und entscheidend. Am 30. April war das Zentrum Dublins von Trümmerhaufen übersät, hatten 450 Menschen den Tod gefunden und 2 614 Wunden davongetragen. Allerdings fand dies statt, als Großbritannien in Frankreich in schwersten Kämpfen mit der deutschen Armee stand, und so war es unvermeidlich, dass die Briten mit äußerster Heftigkeit auf etwas reagierten, das in ihren Augen ein opportunistischer Streich einer Bande von Verrätern war. Tatsächlich verurteilten damals auch die meisten Einwohner Dublins – von denen viele Verwandte in der britischen Armee hatten; die 10. (irische) Division verlor in eben dieser Woche 570 Gefallene und 1 400 Verwundete an der Westfront – die republikanischen Kämpfer, weil sie die Kriegsanstrengung unterminierten und den Frieden der Stadt störten.¹¹ Aber in den folgenden Monaten setzten die britischen Behörden und die Londoner Regierung eine offensichtliche Rachepolitik der Exekutionen, des Kriegsrechts und der Internierungen fort, die eine allgemeine Politisierung der irischen Bevölkerung zur Folge hatte. Als Konsequenz entstand rasch eine „Martyriologie“ um das Gedenken an die toten Führer, welche am Ende doch für jene breite Unterstützung einer Insurrektion sorgte, die von den republikanischen Romantikern ersehnt worden war.¹²

Ulster blieb während des Osteraufstands ruhig. Die UVF postierte bei ihren Waffenlagern Extrawachen, und ihr Kommandeur, General Richardson, stellte die Organisation den Behörden zur Verfügung. Die Zeit der Loyalisten, ihre Identität geltend zu machen, kam etwas später, als die 36. (Ulster) Division an der Somme schwere Blutopfer brachte. Das Ereignis war in hohem Grade symbolisch. Die Offensive begann am 1. Juli, also, wenn man den 1752 erfolgten Wechsel vom julianischen zum gregorianischen Kalender berücksichtigt, genau am Jahrestag des Oranier-Siegs am Boyne; etliche der traditionellen Ulster-Regimenter gingen auf jene Zeit zurück, und manche Soldaten trugen die Schärpe ihres Oranier-Ordens im Gefecht. Durch die Luft schwirrten antikatholische Parolen und der Schrei „No Surrender“. Alles in allem war die Leistung der 36. (Ulster) Division im Kriege hervorragend, doch unterschieden sich weder ihre Haltung noch ihre Verluste von denen der 10. und der 16. Division (irisch), deren politische Orientierung Home Rule galt. Aber anders als die von den nationalistischen Soldaten in vielen Schlachten bewiesene Tapferkeit, erreichte die von der Ulster-Division an der Somme gezeigte Bravour epische Ausmaße. Sie erlitt horrende Verluste – 5 104 Männer fielen in den ersten zwei Tagen oder wurden verwundet –, aber die Aggressivität und Schnelligkeit ihres Angriffs brachte ihr viele Tapferkeitsauszeichnungen ein, darunter vier Viktoriakreuze. Mangelhafte Koordination und unzulängliche Planung führten freilich dazu, dass ihr Mut nicht durch einen

¹⁰ Duffy, *The Integrity of Ireland*, S. 99.

¹¹ Ebenda, S. 100.

¹² Clair Wills, *Dublin 1916. The Siege of the GPO*, Cambridge 2009, S. 13f.

strategischen Fortschritt an der französischen Front belohnt wurde, jedoch war das Echo in der Presse gewaltig, und die Tage an der Somme wurden unauflöslich mit der loyalistischen, der unionistischen Sache verknüpft.¹³ Die direkte Verbindung zwischen der paramilitärischen UVF und der 36. (Ulster) Division ist, obwohl in einigen Bataillonen in der Tat stark, im Allgemeinen übertrieben dargestellt worden; da jedoch in etlichen Gemeinden und Stadtvierteln, insbesondere in den protestantischen Teilen von Belfast, viele Familien die Verluste der 36. Division unmittelbar spürten, verbanden sich ihr Geschick und ihre Identität mit der Schlacht in Frankreich. Ein Versuch, sie in ein politisches Gemeinwesen zu integrieren, das von einem gesamtirischen Parlament in Dublin regiert wurde, hätte bedeutet, dass die Briten der Hauptinsel sie auf eine Stufe mit den katholischen Nationalisten stellten. Die Strapazen und Opfer der republikanischen irischen Soldaten in britischen Diensten ignorierend, verwiesen sie auf Republikaner, die wenige Monate zuvor noch gegen britische Truppen gekämpft hatten. Wie, so fragten sie, gedenke die Regierung ihre eigenen, im Unterschied dazu loyalen Dienste zu belohnen? Verdienten sie es, den Republikanern gewissermaßen ausgeliefert und aus der britischen Nation, für die ihre besten Männer gefallen seien, ausgeschlossen zu werden?

Während die Gewalt des Jahres 1916 die Identitäten sowohl der irischen Republikaner wie der Ulster-Loyalisten zementierte, trug sie dazu bei, die Neigung der Gemäßigten zu Home Rule zu marginalisieren, zu diskreditieren und schließlich zu zerstören. Die protestantischen Grafschaften des Nordostens, Home Rule gegenüber bereits feindlich gesinnt, konnten nun ein blutgetränktes Hemd gegen derartige Tendenzen schwenken, und die Irish Parliamentary Party verlor im übrigen Land ständig politischen Einfluss an Sinn Féin. Mit der Sammlung der Republikaner um die politische Führerschaft Eamon de Valeras und den militanten Aktivitäten von Michael Collins' Irish Republican Army (IRA) begab sich Irland in einen Konflikt, der sich zu einem Krieg um Unabhängigkeit steigerte. Aber wenn er auch ein fesselndes und komplexes Kapitel in der Geschichte des modernen Irland darstellt, so hat doch der anglo-irische Krieg von 1918 bis 1921 das Problem der Spaltung in Irland selbst nicht lösen können, vielmehr für die weitere Existenz separater nationaler Identitäten gesorgt.

Das Parlament hatte die Frage von Home Rule für die Dauer des Krieges suspendiert. Am Ende, im Jahr 1918, war das Konzept unter dem Schutt des Osteraufstands begraben. In den Wahlen, die dem Waffenstillstand folgten, blieb Sinn Féin weithin an den irischen Urnen siegreich. Diese gewählten Republikaner weigerten sich, ihre Sitze in Westminster einzunehmen, stattdessen konstituierten sie das erste Dáil Éireann in Dublin, das sie als Teil einer neuen, souveränen, gesamtirischen Regierung ansahen.¹⁴ Nun waren, nachdem die Irish Parliamentary Party praktisch nicht mehr existierte, die Ulster-Unionisten die einzige irische Gruppe, die noch direkten Einfluss auf die britische Regierung hatte. Sie unterhielten enge Beziehungen zu Politikern wie Andrew Bonar Law und Lord Birkenhead (früher F. E. Smith), prominente Mitglieder des Kabinetts von David Lloyd George, die großen Anteil daran hatten, den Premierminister im Amt zu halten. So gewannen zu Beginn des anglo-irischen Krieges die Republikaner ausgerechnet in einem Augenblick Kraft und Elan, als die Ulster-Unionisten einen ungewöhnlich großen Einfluss auf die britische Regierung auszuüben vermochten.

¹³ James Loughlin, *Ulster Unionism and British National Identity since 1885*, London 1995, S. 82–84; Duffy, *The Integrity of Ireland*, S. 105–107.

¹⁴ Peter Rowland, *David Lloyd George. A Biography*, New York 1976, S. 545.

Anfänglich hoffte Lloyd George, die Dinge in Irland würden sich irgendwie von selbst klären, während er sich mit den komplizierten Problemen der Friedensverträge herum-schlug, die den Ersten Weltkrieg beendeten. Sinn Féin machte sich jedoch die Atempause zunutze, um mehr Einfluss in den irischen Kommunen zu gewinnen, und die IRA begann eine Kampagne gegen die bedrängte RIC. Anfang 1920 entschloss sich die britische Regierung, gegen die republikanischen Aktivitäten in Irland scharf vorzugehen. Aber einen ausgewachsenen militärischen Feldzug zu führen, würde kostspielig sein, unpopulär und ein Eingeständnis, dass Recht und Ordnung in Irland vollständig zusammengebrochen seien – was ja auch der Fall war – und dass die IRA in gewisser Weise ein legitimer Feind sei. Daher beschlossen die Briten, die RIC mit Rekruten aus der britischen Hauptinsel – in der Umgangssprache die „Black and Tans“ genannt – und mit einer Polizeieinheit namens „Auxiliary Division der RIC“ – in der Umgangssprache die „Auxies“ genannt – zu verstärken. Die Armee sollte diese Polizeiformationen lediglich unterstützen, doch die stets enger werdende Spirale der Gewalt zog auch sie immer tiefer in den Kampf. Die IRA, unter Michael Collins' mitreißender Führung und unter außerordentlich tatkräftigen lokalen Kommandeuren, antwortete mit „Fliegenden Kolonnen“ aus aktiven Einheiten und mit einem bösartigen Nachrichtenkrieg in Dublin. Resultat war einer der ersten modernen „low-intensity conflicts“, bestehend aus Attentaten, Vergeltungsangriffen und Gräueln sowohl gegen Zivilisten wie gegen Polizisten und Soldaten, oft als „Ausschreitungen“ bezeichnet. Konnte die IRA nie die Kraft aufbringen, das britische Militär aus dem Land zu drängen, so weckte der republikanische Propagandaapparat doch Sympathien im Ausland, vor allem in den Vereinigten Staaten, dazu Zweifel in der britischen Öffentlichkeit, ob die Sache den Einsatz lohne, und in den Augen vieler gewöhnlicher Iren – außerhalb von Ulster – ließ er die Sicherheitskräfte als landfremde Unterdrücker erscheinen.¹⁵

Mitte 1921 sah sich die britische Regierung unter Lloyd George, wenn sie sich mit Irland beschäftigte, vor bestimmten Tatsachen. Erstens konnte sie nicht die militärische Kampagne gegen die IRA intensivieren, da dies Kräfte erfordert hätte, die anderswo im Empire gebraucht wurden, auch in England selbst, wo große Arbeitskämpfe drohten. Zweitens: Die Offensive der Polizei trug zur Zunahme der Gewalt in Irland bei, statt Stabilität zu schaffen. Drittens wuchs in der öffentlichen Meinung, in der nationalen wie in der internationalen, von Tag zu Tag der Unmut über die Zustände in Irland. Viertens hatte Britannien als eine Großmacht noch andere Verpflichtungen rund um die Welt, so in Indien und im Irak; dazu wuchsen sich die Kämpfe zwischen Türken und Griechen zu einer internationalen Krise aus.¹⁶ Irland zehrte mithin an den britischen Ressourcen, machte zu Hause wie international erhebliche Kopfschmerzen und stellte gleichwohl nicht einmal das bedrängendste Problem des Kabinetts dar. Die Briten wollten daher aus Irland herausgehen und mussten zu diesem Zweck mit Sinn Féin verhandeln. Doch wussten sie auch, dass sie zu ihren Bedingungen abziehen konnten. Die Republikaner hatten es zwar fertiggebracht, dass der britischen Regierung der Preis für die Kontrolle Irlands zu hoch geworden war, doch war es ihnen nicht gelungen, die Briten zu vertreiben, und dafür gab es auch keine realistische Hoffnung.

Zum Teil ging die Regelung, die schließlich den anglo-irischen Krieg beendete, auf den 1920 verabschiedeten „Government of Ireland Act“ zurück. Dieses Gesetz legte die Grund-

¹⁵ Stephen M. Duffy, *An Unrecognizable State of War. Confronting the Irish Insurgency 1918–1921*, in: *Journal for the Liberal Arts and Sciences* 14 (2009), H. 1, S. 66–85.

¹⁶ Ian Packer, *Lloyd George*, London 1998, S. 81–86.

lage für die Teilung Irlands, indem es sowohl den Nationalisten wie den Loyalisten eine Form von Home Rule gab. Jede Faktion sollte ein eigenes Parlament haben, das eine in Dublin, das andere in Belfast. Der loyalistischen Regierung werde die Kontrolle über die sechs nordöstlichen Grafschaften zufallen, wo die protestantischen Mehrheiten von überwältigend bis schmal reichten (Armagh, Antrim, Down, Derry, Fermanagh und Tyrone). Die anderen 26 Grafschaften würden von Dublin aus regiert. Ein „Rat von Irland“, bestehend aus je 22 Mitgliedern beider Parlamente, werde die zwei Legislaturen mit zusätzlich 42 irischen Abgeordneten in Westminster verbinden. Während die Ulster-Unionisten diese Bedingungen akzeptierten, da sie Home Rule permanent ausschließen würden, lehnte Sinn Féin es ab, den Vorschlag in Erwägung zu ziehen.¹⁷ Für die Republikaner war die Regierung in Dublin das gesamt-nationale Dáil, das nichts mit einem von der britischen Regierung verabschiedeten Gesetz zu schaffen hatte. Für die Loyalisten wiederum war ihre Exklave nun eine autonome Provinz des Vereinigten Königreichs, gesetzlich proklamiert, und kein irgendwie geartetes Abkommen zwischen den Briten und Sinn Féin vermöge daran etwas zu ändern.

Im Sommer 1921 kamen die britische Regierung wie die irischen Republikaner an die Grenze ihres Durchhaltevermögens, und am 11. Juli trat ein Waffenstillstand in Kraft. Dem folgte eine Reihe von Treffen und Gesprächen zwischen der britischen Regierung und Repräsentanten des Dáil Éireann, die in London stattfanden und im Anglo-Irischen Vertrag kulminierten. Eine führende Rolle in den Verhandlungen spielte Michael Collins, der, obwohl leidenschaftlicher Republikaner, mit dem gleichen Pragmatismus an die Sache heranging, den er schon während des Krieges bewiesen hatte. Etwas im Hintergrund, auf sein makellostes Image als der republikanische Chef bedacht, hielt sich der machiavelistische Eamon de Valera. Auch er war sich bei den Verhandlungen mit den Briten der Realitäten bewusst, bedachte aber andererseits, dass die unvermeidlichen Konzessionen einen Flecken auf der Reputation eines jeden Vertreters von Sinn Féin hinterlassen mussten, der für ihre Annahme verantwortlich zeichnete. Hingegen sah der Führer der entstehenden Provinz Nordirland, Sir James Craig, keinen Anlass für die Loyalisten, Stellung zu beziehen. Wenn die Briten und die „südlichen Iren“ zu einem Übereinkommen über die 26 Grafschaften kommen wollten – bitte sehr. Nordirland würde den Friedensprozess nicht scheitern lassen, jedoch unter keinen Umständen einem wie immer gearteten Dubliner Parlament beitreten. Nordirland sei eine eigene Provinz im Vereinigten Königreich und dessen Empire, und die britische Regierung habe die Verpflichtung, diese Position der Provinz jetzt und in Zukunft zu schützen.¹⁸

Sinn Féin und die IRA durften einen bemerkenswerten Erfolg verzeichnen, als sie gegen Ende 1921 die britische Regierung an den Verhandlungstisch brachten. Indes hatten ihre Repräsentanten wenig Trümpfe in der Hand, als sie nun den britischen Politikern tatsächlich gegenüber saßen. Eamon de Valeras Entschluss, in Irland zu bleiben und nur Vertreter zu entsenden, bedeutete, dass jede Übereinkunft, die von den Iren erzielt werden konnte, dann doch noch nach Dublin zur Prüfung und Genehmigung gehen musste. So vermochte de Valera Distanz zu den mühseligen Debatten mit den Kabinettsministern zu halten, doch nötigte die Taktik die Abgesandten seiner Regierung zu ständigen Verzögerungen. Die britische Delegation, zu der Lloyd George, Winston Churchill, Lord Birkenhead und Austen Chamberlain gehörten, waren in solchen Praktiken weit geschickter

¹⁷ Duffy, *The Integrity of Ireland*, S. 133f.

¹⁸ Ebenda, S. 168–171.

und erfahrener; sie waren dem damit verbundenen Druck sehr viel besser gewachsen. Sie hielten das stärkere Blatt und wussten das auch. Sie konnten Fristen setzen und Ultimaten stellen, in Kenntnis der Tatsache, dass Collins, Griffith und ihre Genossen dann größte Mühe hatten, die Termine einzuhalten. Auf der anderen Seite saß den irischen Delegierten de Valera im Nacken, der Urteile abgab und Forderungen erhob, von denen er wusste, dass sie bei den Briten kein Gehör finden würden.¹⁹

Zur Zeit der Verhandlungen war Irlands Teilung bereits evident. Die Existenz des Parlaments in Belfast reichte aus, den Schutz der protestantischen Machtstruktur in der nördlichen Region zu sichern und die fundamentalen Wünsche der Unionisten zu befriedigen. Daher hatten die britischen Unterhändler als einziges wichtiges Ziel die Wahrung der Stärke und Natur jener Bande, die das Empire zusammenhielten. Irland hatte die Monarchie anzuerkennen und Verteidigung wie Außenpolitik der einen Krone zu unterstellen. Eine vereinigte irische Republik konnte es nicht geben. Dies hatte in der Tat seit Langem der Opposition gegen Home Rule zugrunde gelegen, die Kritiker als den Beginn des Wegs zu voller irischer Unabhängigkeit sahen. Das blieb auch so, zumal entferntere Kolonien und Dominions sich nach ihren Erfahrungen im Weltkrieg offensichtlich in solche Richtung bewegten und die Briten dazu nötigten, die Beziehungen zum Commonwealth neu zu definieren. Aber Irland unterschied sich erheblich von Dominions wie Australien und Kanada. Die Iren waren keine verpflanzten englischen Siedler oder deren Nachkommen, sondern Angehörige einer klar definierten Nation, die das Gewicht einer Geschichte von Invasion und Okkupation fühlte. Außerdem hatte Irland direkte Verbindungen zur britischen Insel, und wenn es irgendeine Form von Unabhängigkeit erreichte, so mochte es, wie die britischen Führer befürchteten, am guten Willen und am gemeinsamen Interesse fehlen, um die Aufrechterhaltung jener Kontakte zu sichern.²⁰

Auch unabhängig von der Frage Nordirland und den Problemen der Sicherung des Empire hatte die britische Bereitschaft zur Konzilianz in Irland 1921 zugenommen. Vertreter einer harten unionistischen Linie wie Edward Carson und Andrew Bonar Law zogen sich von der politischen Bühne zurück, andererseits rückte Austen Chamberlain nach vorn. Chamberlain war weit weniger doktrinär als seine Vorgänger und daher im Umgang mit den Aspirationen der Nationalisten wesentlich flexibler. Im Übrigen waren „südirische“ Unionisten außerhalb Ulsters mehr und mehr dem Risiko ausgesetzt, persönlich Bekanntschaft mit der nach wie vor gegebenen Gewalttätigkeit der IRA zu machen, und so gaben auch sie Chamberlain den Anstoß, eine Regelung anzustreben. Obwohl de Valera vor umfassenden britischen Friedensvorschlägen noch immer zurückschreckte, da er seinen makellosen republikanischen Schild rein halten wollte, griffen also die Unionisten im britischen Kabinett seine zweideutigen Reaktionen auf, als sie Sinn Féin an den Verhandlungstisch luden. Lloyd Georges Position als liberaler Premierminister in einem von Unionisten beherrschten Kabinett hatte seine Handlungsmöglichkeiten in der irischen Frage bislang eingeschränkt; um im Amt zu bleiben, war er genötigt gewesen, die Ulster-Unionisten zu schützen und in Irland hart einzugreifen. Nachdem aber die Unionisten ihre Haltung änderten, war auch er dazu in der Lage. Ironischerweise gereichte ihm seine Abhängigkeit von unionistischer Stützung sogar zu einem Vorteil in den Verhandlungen. Weigerten sich die irischen Republikaner, auf eine Lösung zu seinen Bedingungen

¹⁹ Ebenda, S. 179–185.

²⁰ Alan J. Ward, *Models of Government and Anglo-Irish Relations*, in: *Albion* 20 (1988), H. 1, S. 19–42, hier S. 21, 28f. und 33.

einzuweichen, konnte ihnen Lloyd George wahrheitsgemäß versichern, dass sie mit seinen Nachfolgern, die schon so weit gegangen seien, wie sie wohl je gehen würden, überhaupt keinen Handel machen könnten.²¹

Chamberlain war kein harter Ulster-Unionist, Lord Birkenhead hingegen sehr wohl, den man denn auch der britischen Delegation zugeteilt hatte, um die Interessen der Protestanten in Ulster zu wahren. Die irischen Unterhändler waren gemäßiger als ihre Führer, die während der ganzen Londoner Gespräche in Dublin blieben. Das herausragendste Mitglied der irischen Delegation, Michael Collins, sah klar, dass das eigentliche Problem nicht die Abtrennung Ulsters war, vielmehr darin bestand, dass die wichtigsten britischen Gruppen das Schicksal der Provinz für ihre eigenen politischen Ambitionen und zur Spaltung der Opposition auszunützen trachteten.²² Im Vergleich zu den Briten hatte die irische Delegation wenig Erfahrung in hoher Politik und noch weniger politisches Gewicht. Sie behauptete, jede Teilung Irlands sei eine in Belfast ausgebrütete unnatürliche Sache. Keines der Home-Rule-Gesetze von 1886, 1893 oder 1914 habe Derartiges erwähnt; sie sei offiziell erstmals 1914 als Zusatzgesetz aufgetaucht.²³ Jetzt sage aber Lloyd George, die Briten würden die nordöstlichen Grafschaften nur dann in eine Regelung der irischen Frage einschließen, wenn die Mehrheit der Bevölkerung dieser sechs Grafschaften zustimme. Lloyd George machte auch darauf aufmerksam, dass der Streit über Ulster alle bisherigen Versuche zur Lösung der irischen Frage erstickt habe und dies wiederum tun würde, sollten die Republikaner auf ihrem Standpunkt bestehen.²⁴

Artikel 11 des schließlich ausgehandelten Vertrags legte dann die Schaffung eines Irischen Freistaats fest, bestehend aus 26 Grafschaften. Seine Regierung hatte keine Gewalt über die sechs Grafschaften, die Nordirland ausmachten, da die Regierung in Belfast die Option wahrnahm, ihre Legitimität nicht von der Regierung in Dublin, sondern von der Krone herzuleiten. Anfänglich war die Position der sechs loyalistisch dominierten Grafschaften noch insofern vage geblieben, als es noch Auseinandersetzungen über Territorien wie Tyrone gab, die von einer Grenzkommission geregelt werden sollten.²⁵ Diese Kommission erstattete nie einen Bericht, doch wurden die Grenzen durch eine Vereinbarung der drei Parteien 1925 endgültig festgelegt.²⁶ Grauzonen, so Ansprüche auf Wasserwege, existierten noch, waren aber kein Gegenstand mehr für Auseinandersetzungen zwischen Westminster und Dublin.²⁷ Was dieser Prozess hervorbrachte, war ein beschnittener, doch homogener irischer Staat, der später eine Republik wurde, und – auf der gleichen Insel gelegen – eine kleine, konfessionell anders geprägte Provinz. Die Existenz des republikanisch orientierten irischen Nationalstaats verschaffte dann den Unionisten Nordirlands die Rechtfertigung für die Existenz ihrer Provinz; für sie war die Republik Irland eine diametral entgegengesetzte Entität, der stets zu misstrauen und die stets zu fürchten war.²⁸

²¹ John D. Fair, *The Anglo-Irish Treaty of 1921. Unionist Aspects of the Peace*, in: *Journal of British Studies* 12 (1972), H. 1, S. 132–149, hier S. 134f., 138 und 142f.

²² Ebenda, S. 140.

²³ Ebenda, S. 139f.; A. G. Donaldson, *The Constitution of Northern Ireland. Its Origins and Development*, in: *University of Toronto Law Journal* 11 (1955), H. 1, S. 1–42, hier S. 3.

²⁴ Fair, *The Anglo-Irish Treaty*, S. 140.

²⁵ John Kandle, *Walter Long. Ireland, and the Union 1905–1920*, Montreal 1992, S. 197f.

²⁶ V. T. H. Delany, *The Constitution of Ireland. Its Origins and Development*, in: *University of Toronto Law Journal* 12 (1957), H. 1, S. 1–26, hier S. 3.

²⁷ Donaldson, *The Constitution of Northern Ireland*, S. 5.

²⁸ A. S. Cohan, *The Question of a United Ireland. Perspectives of the Irish Political Elite*, in: *International Affairs* 53 (1977), H. 2, S. 232–254, hier S. 235.

Die Vertragsverhandlungen hatten im Dezember 1921 ihr Ende gefunden, im Wesentlichen mit der Annahme der britischen Vorschläge. Die 26 nationalistischen Grafschaften erhielten den Status eines autonomen Dominions, verblieben aber technisch im Empire, durch einen Vizekönig und einen Eid an die Krone gebunden. Trotz der noch nicht definitiv klaren konstitutionellen Position des nordöstlichen Irland – weiterhin mit dem neuen Dominion verknüpft oder mit dem Vereinigten Königreich? – war jedoch eine faktische Separierung zustande gekommen. Der „Government of Ireland Act“ hatte bereits zwei getrennte Parlamente in Dublin und in Belfast geschaffen, und während das Dubliner Parlament nie offiziell unter britischem Recht amtierte, so doch die Belfaster Institution. Die loyalistischen Anhänger von Sir James Craig betrachteten das als ihre Regelung. Ein eigenes Parlament zu haben, war ihr bester Schutz gegen Inkorporation in einem unabhängigen irischen Staat.²⁹ Von 1920 an kümmerte es sie daher wenig, welche Position die Nationalisten im übrigen Irland einnahmen, sie hatten jedoch bereits die erforderlichen Schritte unternommen, um jene Verwaltungs- und Sicherheitsorgane ins Leben zu rufen, die zur Etablierung ihrer eigenen autonomen Enklave in Nordirland notwendig waren. Das hatte die britische Regierung bei den Verhandlungen nicht explizit als Bedingung genannt, und es war nicht der Faktor, der zur Spaltung der Republikaner führte, aber es schuf die harte Realität, die den größten Beitrag dazu leistete, das Land zu spalten und das Bewusstsein separater irischer Identitäten zu konservieren.

Im Gefolge des Vertrags, der einen Irischen Freistaat begründete, brach ein bewaffneter Konflikt zwischen Fraktionen von Sinn Féin aus. Wichtigster Streitpunkt war nicht die entstehende Loslösung Nordirlands, die von den Nationalisten entweder nicht amtlich wahrgenommen oder als temporäre Erscheinung verstanden wurde, welche im Laufe der Zeit wieder beseitigt werden könne. Die hitzigen Debatten und das daraus erwachsende Blutvergießen ergaben sich vielmehr aus dem Streit um den Dominion-Status des Freistaats und den Eid auf die britische Krone.³⁰ Der Flügel der Pragmatiker, geführt von Collins und Griffith, sah darin einen zwar unangenehmen, doch unvermeidlichen Bestandteil einer Verständigung mit den Briten. Nehmen wir diese Bedingung jetzt an, so dachten sie, und nützen wir die enormen Gewinne einer irischen Autonomie als Sprungbrett zur Schaffung einer gesamtirischen Republik. Was die Briten jetzt noch verweigerten, könne in den nächsten Jahrzehnten gewonnen werden. Der unversöhnliche republikanische Flügel von Sinn Féin vertrat jedoch den Standpunkt, jede Anerkennung der britischen Ansprüche auf Irland sei ein Verrat an der unabhängigen irischen Nation, die Ostern 1916 auf den Stufen des Dubliner Postamts bereits proklamiert worden sei.³¹

Jene Delegierten, die bereit waren, den Irischen Freistaat zu akzeptieren und eine provisorische Regierung zu bilden, erreichten im Dáil nur eine knappe Mehrheit. Das folgende öffentliche Referendum brachte ihnen jedoch einen weitaus überzeugenderen Sieg an den Urnen.³² Eine klare Mehrheit der irischen Bevölkerung zog es vor, eine reduzierte Form der Autonomie anzunehmen, vorerst, und die Zeit der Kämpfe, die ihr persönliches und das Leben der Nation zerrütteten, zu beenden. Das entsprach ihrer bisherigen Haltung. Vor 1916 hätte die überwältigende Majorität der irischen Nationalisten sich mit

²⁹ Tom Wilson, *Ulster. Conflict and Consent*, Oxford 1989, S. 51.

³⁰ Tom Garvin, 1922. *The Birth of Irish Democracy*, New York 1996, S. 138f.

³¹ Wills, Dublin 1916, S. 135.

³² Erhard Rumpf/A. C. Hepburn, *Nationalism and Socialism in Twentieth Century Ireland*, New York 1977, S. 31f.

Home Rule beschieden. Bis zum Osteraufstand war Sinn Féin ein Zwerg gegen die Irish Parliamentary Party, und wesentlich mehr Iren hatten sich freiwillig zum Dienst in der britischen Armee gemeldet (geschätzte 210 000 Mann), als je, zu irgendeiner Zeit, in der IRA organisiert waren.³³ Ironischerweise hatten etliche IRA-Angehörige während des Krieges ebenfalls in der britischen Armee gedient und teilten damit die gleiche Erfahrung mit Männern, gegen die sie sowohl im anglo-irischen Krieg wie im irischen Bürgerkrieg kämpften.

Mehr als jeder andere Mensch repräsentierte Eamon de Valera sowohl die Geburt des modernen irischen Staats als auch den Grund für die Teilung Irlands. Seine Manipulationen der Vertragsverhandlungen wie seine Distanz zu den Gesprächen schufen die falsche Vorstellung, diejenigen, die daran teilnahmen, verrieten irgendwie die Interessen Irlands. Vor allem Collins und Griffith wurden als Männer identifiziert, die unangebrachte Konzessionen machten, obwohl sie es doch mit nicht verhandelbaren Bedingungen zu tun hatten. Indem er nach der verlorenen Abstimmung über den Vertrag das Dáil verließ, hielt de Valera seinen republikanischen Schild rein, gab aber auch den Unversöhnlichen eine Leitfigur, um die sich sammeln konnten, und legitimierte den Entschluss zur Fortsetzung des Kampfes. Ergebnis war ein Bruderkrieg, der vielen talentierten jungen Iren, unter ihnen auch Michael Collins, das Leben kostete. Das daraus folgende Ressentiment und die resultierenden Spaltungen haben Irland und die irische Politik für Generationen belastet. Eamon de Valera hat auch die Trennlinie zwischen dem Irischen Freistaat (später Republik Irland) und Nordirland schärfer gezogen. Mit seinem Ruf rechtfertigte er die Existenz der protestantischen, loyalistischen Provinz. Seine im Wesentlichen konservative Führung schuf einen ländlich geprägten, katholischen Staat, getaucht in eine anglophobe Atmosphäre. Dass er Irland im Zweiten Weltkrieg neutral hielt, stand – obschon in mancher Hinsicht für die Alliierten nicht ungünstig – in schroffem Gegensatz zu den Diensten, die Nordirland der britischen Sache leistete. Dublin blieb eine unberührte neutrale Stadt, während Belfast deutsche Bomben zu spüren bekam. Abermals konnten die Loyalisten klare Gründe dafür nennen, warum die britische Regierung sie weiterhin schützen und den Gedanken von sich weisen müsse, sie der Herrschaft antibritischer „Ausländer“ auszuliefern, die zufällig ein angrenzendes geografisches Gebiet bewohnten.

Im Allgemeinen hat die übrige Welt Irlands Recht auf Regelung seiner eigenen Angelegenheiten als eine 32 Grafschaften umfassende Republik mittlerweile akzeptiert. Ironischerweise haben sich die meisten Iren trotz der republikanischen Rhetorik der Regierung im Laufe der Zeit mit der Realität der Teilung abgefunden. Seit 1921 ist es ein Faktum geblieben, dass ein Zusammenschluss nur zustande kommen kann, wenn ihn die Bevölkerung Nordirlands will, nicht die Iren der Republik. Es ist ebenfalls nicht ohne Ironie, dass es die gegebenen Realitäten den extremistischen Unionisten wie Republikanern ermöglicht haben, ihre Stimmen lauter zu erheben, als sie dies in jeder Form eines vereinigten Irland hätten tun können. Die Iren haben sich zumeist als gemäßigte Nationalisten erwiesen, willens, den Sorgen der protestantischen Gemeinschaft Rechnung zu tragen. Allerdings haben unduldsame und ehrgeizige Republikaner diese gemäßigte Linie oft genug verlassen und mit aggressiver Rhetorik die Tür zu hohen politischen Ämtern zu öffnen versucht.³⁴

³³ Keith Jeffery, *Ireland and the Great War*, Cambridge 2000, S. 7 und 65.

³⁴ Cohan, *The Question of a United Ireland*, S. 235 und 237; Tom Garvin, *The Anatomy of a Nationalist Revolution. Ireland 1858–1928*, in: *Comparative Studies in Society and History* 28 (1986), H. 3, S. 468–501, hier S. 492 und 494.

Das moderate Temperament der meisten irischen Nationalisten befeuerte die Anglophobie der führenden Angehörigen von Sinn Féin, die sich für die wahren Vertreter der irischen Nation hielten. In den Jahren, die dem Bürgerkrieg folgten, fungierten die gegnerischen Gruppierungen als Basis politischer Parteien, und die Teilnahme am Osteraufstand von 1916 galt als Lackmustest, wenn jemand eine führende Position anstrebte. Unter solchen Umständen wurde direkte Opposition zu den Briten das Kennzeichen echter irischer Identität. Insbesondere schmähten diese irischen Nationalisten jeden englischen Einfluss als Instrument eines Wandels, der die historische irische Identität bedrohe. Eine derartige Perspektive nahm jene Form religiöser Konfessionalisierung auf, die sich in Irland zu einem kastenähnlichen System entwickelt hatte, und sah den Protestantismus als definitiv an die britische herrschende Schicht gebunden. In vieler Hinsicht hatten die katholischen und die protestantischen Gemeinden in Irland ja in der Tat klar zu unterscheidende Charaktere und separate Lebenserfahrungen. Die Protestanten hatten ihr Bestes getan, sich von der katholischen Gesellschaft mental abzukapseln, während es die Katholiken unmöglich fanden, mental der sicht- und greifbaren Macht der Protestanten zu entziehen.³⁵

Irish als antibritisch zu definieren, machte den Osteraufstand von 1916 zum bestimmenden Ereignis in Irlands Streben nach Unabhängigkeit. Als Aktion genommen, war der Aufstand ein traditioneller Putsch, aber er entfaltete deutlichere Wirkungen, als die britische Regierung danach in Irland die Allgemeine Wehrpflicht einzuführen versuchte und der Widerstand nun mit dem Beginn und der Dauer eines anhaltenden Guerillakrieges als legendär und inspirierend angesehen wurde. Die Republikaner haben später die Proklamierung der Republik im Jahre 1916 als Gründungsmoment des modernen irischen Staats mythologisiert, obschon die Unabhängigkeitserklärung des ersten Dáil 1919, die Ratifizierung des anglo-irischen Vertrags 1922 und Eamon de Valeras Verfassung 1937 allesamt bessere Ansprüche auf einen solchen Titel hätten. Doch der Aufstand hat die Kraft eines mystischen Anrufs, da er den Mut und die Opferbereitschaft getreuer Iren zeigt, die gegen die verderblichen Einflüsse der Briten kämpften. Als sich diese Perspektive festsetzte, als ferner das Dáil allmählich für die legitime Stimme des irischen Volkes gehalten wurde, entschied über die irische Natur eines Menschen zunehmend die Loyalität zur Republik, mehr als Geburt oder Familienbande.³⁶

Fast von Anfang an lagen Briten und Iren im Streit über das Wesen des Irischen Freistaats, den der Vertrag von 1922 geschaffen hatte. Im Laufe der nächsten 25 Jahre erfuhr der Staat eine stetige Identitätsverschiebung, bis er sich 1949 zur Republik erklärte. Tatsächlich begann dieser Prozess schon 1919 mit der Etablierung des ersten Dáil. Die Iren hielten danach beharrlich daran fest, die britische Regierung habe eine Republik anerkannt, als sie 1921 mit den Repräsentanten des Dáil verhandelte und als das zweite Dáil den Vertrag 1922 ratifizierte. Den Republikanern zufolge war auch seit 1919 kein britisches Gesetz mehr in irgendeinem Teil Irlands in Kraft, jene Fälle ausgenommen, in denen sie selbst solche Gesetze in die irische Verfassung aufgenommen hätten. Auf der anderen Seite begriffen die Briten den Irischen Freistaat als reine Binneneinrichtung, deren Jurisdiktion an den Grenzen Nordirlands ende, dessen Bevölkerung ohne Einschränkung im Vereinigten Königreich verbleibe. Was die Anerkennung einer Republik angehe, so

³⁵ Ebenda, S. 470f. und 490.

³⁶ Sarah Benton, *Women Disarmed. The Militarization of Politics in Ireland 1918-1923*, in: *Feminist Review* 50 (1995), *The Irish Issue. The British Question*, S. 148-172, hier S. 148-150 und 159.

habe diese einfach nicht stattgefunden. Den Briten zufolge handelte es sich beim ersten Dáil um eine verräterische Verschwörung ohne jeden Anspruch auf legitime Macht. Die Briten hatten, wie sie sagten, eine Vereinbarung – „Vertrag“ genannt – mit einigen irischen Delegierten getroffen, kein Abkommen mit einer souveränen Macht abgeschlossen. Jene Vereinbarung habe eine provisorische Regierung in 26 Grafschaften geschaffen, um dort die Durchführung der Bestimmungen zu überwachen, und zu keiner Zeit sei eine solche Kontrollbefugnis dem Dáil übertragen worden. Das zweite Dáil hatte in britischen Augen den Vertrag aufgrund der Autorität ratifiziert, die einem Dubliner Parlament unter dem Government of Ireland Act zuerkannt worden war und die Schaffung des Irischen Freistaats erlaubte. Schließlich habe, so hieß es, das britische Parlament in Westminster – und nicht der Dáil in Dublin – die Gesetze verabschiedet, die einen irischen Staat ins Leben riefen. Mithin stamme die Legitimität der irischen konstitutionellen Regierung aus einer „Maßnahme“, die im Irish Free State Act enthalten sei, den das britische Parlament 1922 beschlossen habe.³⁷

Eamon de Valeras Verfassung von 1937 war speziell dafür gedacht, die Unterschiede zwischen diesen Haltungen einzuebnen, und zwar durch die Lockerung der Bindungen, die auch noch nach 1922 zwischen dem Irischen Freistaat und den Briten bestanden. Im Wesentlichen re-kodifizierte sie existierende Gesetze und die Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich ohne greifbaren wirtschaftlichen oder politischen Gewinn. In jeder Hinsicht agierte der Irische Freistaat als eine Republik, und die Briten, mit den heraufziehenden drängenderen Problemen in Europa beschäftigt, akzeptierten zu dieser Zeit, dass die Iren mit dem Commonwealth nur noch zu ihren Bedingungen verbunden blieben. Indes verstärkte die Verfassung die separatistische Haltung der Unionisten in Nordirland, die nun auf einen klaren Beweis für die fremde und feindliche Natur der Menschen jenseits ihrer Grenzen deuten konnten.³⁸

Die Verfassung von 1937 erklärte Irland zu einem „souveränen, unabhängigen, demokratischen Staat“. Sie implizierte auch einen Anspruch auf die Souveränität über ganz Irland „bis zur Re-Integration“ der sechs nordöstlichen Grafschaften und gab damit zu verstehen, dass Dublin die Grenzen von 1925 nicht als permanent ansah. Mit all dem kam die formelle Änderung des Namens: aus dem Freistaat wurde Irland oder Éire. Abermals nahmen die Briten das als Formalitäten; für sie gab es keinen Wandel in den Beziehungen zur irischen Regierung, wie immer diese selbst sich nennen mochte. Sogar die Annahme der Bezeichnung Republik Irland im Jahr 1949 erschien den Briten, trotz der Ressentiments, die Irlands Neutralität im Zweiten Weltkrieg verursacht hatte, lediglich als eine offene Erklärung, dass die Iren formell beschlossen hätten, aus dem Commonwealth auszuschneiden. Immerhin verabschiedete das Parlament von Westminster 1949 einen „Ireland Act“, mit dem es die Namensänderung anerkannte, allerdings zugleich feststellte, Nordirland werde unter der Krone verbleiben, bis die Bevölkerung anzeige, dass sie einen Wechsel ihrer Zugehörigkeit wünsche. Trotz de Valeras Anstrengung, eine republikanische irische Identität in ganz Irland durchzusetzen, existierte nach wie vor ein Belfast Parliament (Stormont), und ein Dutzend irische Abgeordnete saßen im britischen Unterhaus.³⁹

Von den fünfziger Jahren bis zur Mitte der nächsten Dekade milderte sich das Problem der konkurrierenden Identitäten; schließlich schien eine – freilich labile – Abfindung mit

³⁷ Delany, *The Constitution of Ireland*, S. 4f.

³⁸ Ward, *Models of Government*, S. 41; Cohan, *The Question of a United Ireland*, S. 235 und 244.

³⁹ Donaldson, *The Constitution of Northern Ireland*, S. 8; Delany, *The Constitution of Ireland*, S. 9.

dem Status quo vorzuherrschen. Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten in Nordirland führten dann aber 1966 bis 1969 zur Entstehung einer Bürgerrechtsbewegung unter jungen Katholiken, die wiederum einen Gegenschlag des protestantischen Establishments auslöste. Die Unruhen, die daraus folgten, brachten 1969 erneut die britische Armee in irische Straßen, und so kehrte ein Klima zurück, das von Sinn Féin und der provisorischen IRA ausgenutzt werden konnte. In den nächsten drei Jahrzehnten wurde Irland von einem elenden konfessionellen Guerillakrieg heimgesucht. Zahllose Versuche, eine Regelung zu finden, schlugen fehl, bis es mit diplomatischer Hilfe der USA 1998 zu einem Durchbruch kam, dem sogenannten Karfreitagsabkommen. Die Vereinbarung besicherte der nationalistischen Gemeinschaft in Nordirland zu guter Letzt einige greifbare politische Zugeständnisse, und die Briten willigten ein, das Government of Ireland Act von 1920 aufzuheben. Die Republikaner mussten jedoch ebenfalls Konzessionen machen. Verhandlungen – einschließlich dieser jüngsten – hatten kein vereinigtes Irland gebracht. Indes war auch mit Kampf – seit 1916 – keines erreicht worden. So – und angesichts realer Fortschritte zu einer Beendigung der verbreiteten Gewalt in der Provinz – verzichtete die Irische Republik auf den Sprachgebrauch, der in der Verfassung von 1937 geherrscht und ihre Souveränität über ganz Irland impliziert hatte. Stattdessen erkannte sie, wie die britische Regierung, an, dass allein die Bevölkerung Nordirlands über ihre politische Zugehörigkeit zu befinden habe.⁴⁰

Mithin haben sich beide irische Identitäten behauptet, und in hohem Maße definieren sie sich immer noch durch das, was sie jeweils nicht sind. Die nationalistischen Republikaner sind sicherlich nicht britisch, auch wenn ihre Mitgliedschaft in der Europäischen Union die Anglophobie etwas gedämpft hat. Nach wie vor gemäßigt nationalistisch sind jüngere Iren, wenn sie über die Zukunft der Republik nachdenken, mehr mit dem Auf und Ab der internationalen Märkte beschäftigt als mit den Nuancen einer Identitätspolitik. In Nordirland paradiere Loyalisten zwar wie eh und je mit dem Oranier-Banner, sind aber nicht länger mit der gleichen Leidenschaft bei der Sache. Nach fast einem Jahrhundert des Konflikts und der Rivalität hat sich der Kampf in Irland erschöpft. Zwar werden deutlich unterschiedene Standpunkte und definierbare Differenzen auch in Zukunft bleiben, doch hat der konfessionelle Streit einem allgemein höheren Lebensstandard und einer allgemein besseren Bildung weichen müssen. Inzwischen haben europäische Fragen, die die Regulierung, Immigration und Finanzpolitik betreffen, sowohl für die Bürger des Vereinigten Königreichs als auch für die der Republik Irland jene jahrhundertelangen Antagonismen zumeist verdrängt. Es ist zu hoffen, dass es so bleibt.

Aus dem Englischen übersetzt von Hermann Graml

⁴⁰ Diarmaid Ferriter, *The Transformation of Ireland 1900–2000*, London 2004, S. 659f.; Jackson, *Home Rule*, S. 314f.

Lowell Dittmer

Taiwans komplexe Beziehung zur Volksrepublik China

Drei Länder wurden durch den Zweiten Weltkrieg zu „geteilten Nationen“ (Ost- und Westdeutschland, Nord- und Südkorea sowie China und Taiwan). Dieser Begriff meint, dass sie vorher vereint waren, dass ein ansehnlicher Teil der Bevölkerung gegen den „Verlust“ war und sich nach einer „Wiedervereinigung“ sehnte.¹ Demnach ist das Modell einer „geteilten Nation“ im Kern teleologisch, da es die politische Wiedervereinigung als das politische Endziel voraussetzt. Indien und Pakistan gehören zu einer anderen Kategorie: Sie waren einmal vereint, doch nicht als Nationalstaat, sondern als Kolonie Großbritanniens. Auch wenn ihre Teilung (aus religiösen Gründen) seinerzeit umstritten war: Sie führten seitdem drei oder vier Kriege und es besteht kein Interesse mehr an einer Wiedervereinigung. Singapur und Malaysia stellen insofern einen ähnlichen Fall dar, als dass sie sich als Teil der britischen Kolonie Malaya kurz nach der Dekolonisation teilten und heute kein politischer Rückhalt für eine Wiedervereinigung mehr vorhanden ist. Geteilte Nationen sind somit die Länder, die aufgrund der ideologischen Spaltung der Supermächte und ihrer Lager nach dem Zweiten Weltkrieg geteilt wurden und die aufgrund einer Kombination von internationalen und innenpolitischen Faktoren geteilt blieben.

Der Fall Chinas passt in diese Definition, hat aber bestimmte besondere Charakteristiken. Erstens ist der Fall asymmetrischer als andere und weist einen ungleichmäßigeren Wunsch nach einer Wiedervereinigung auf. Derartige Teilungen zeichnen sich zwar dadurch aus, dass die stärkere Hälfte des geteilten Landes auch eine stärkere Motivation verspürt, auf Wiedervereinigung zu drängen. Im Falle Taiwans und Chinas befürworteten in den 1950er und 1960er Jahren, als sich Taiwan (mit der von Chiang angenommenen Unterstützung der USA) in einer stärkeren Position befand, beide Seiten rhetorisch die Wiedervereinigung. Seit den 1980er Jahren hat China die Initiative ergriffen, während sich viele Menschen in Taiwan für eine Unabhängigkeit aussprachen. Zweitens war Taiwan nicht durch den globalen Kalten Krieg von China abgespalten worden, sondern im Ergebnis eines Bürgerkriegs. Daraus folgt, dass die Teilung im Kern eine innere Angelegenheit und die internationale Gemeinschaft nur am Rande involviert war bzw. ist. Wie die anderen geteilten Nationen auch wurden die beiden Staaten zügig von der bipolaren Struktur des Kalten Kriegs – auf entgegengesetzten Seiten – absorbiert. So mag der Verdacht aufkommen, dass die genannte Unterscheidung wenig Bedeutung hat und gerade von der Volksrepublik China (im Folgenden nach der international gebräuchlichen Abkürzung: PRC = People's Republic of China) betont wird, da sie deren Vorliebe für eine bilaterale Lösung ohne äußere Einmischung stützt. Es ist aber offensichtlich, dass nur die chinesische und die koreanische Teilung das Ende des Kalten Kriegs überdauert haben. Die beiden Vietnam wurden in seinem Verlauf auf gewaltsamem Wege vereint, und die

¹ Zum Problem geteilter Nationen vgl. u. a. John J. Metzler, *Divided Dynamism. The Diplomacy of Separated Nations: Germany, Korea, China*, Lanham, MD 1996; Jaushieh Joseph Wu (Hrsg.), *Divided Nations. The Experience of Germany, Korea, and China*, Taipei 1995; Weiqun Gu, *Conflicts of Divided Nations. The Cases of China and Korea*, Westport, CT 1995; Linda Chao/Ramon H. Myers, *The Divided China Problem. Conflict Avoidance and Resolution*, Stanford, CA 2000.

beiden Deutschland kamen mit seinem Ende zusammen. Dies deutet darauf hin, dass der innerstaatliche Aspekt der Teilung im chinesischen und im koreanischen Fall sehr beharrlich ist: Beide Staaten durchlitten schließlich Bürgerkriege, vor oder direkt nach der Teilung. Zugleich sollte jedoch die Bedeutung des internationalen Umfelds nicht vernachlässigt werden. Der Kalte Krieg endete in Asien nicht so eindeutig wie in Europa, und ideologische wie sicherheitspolitische Spannungen erschweren in China-Taiwan wie in beiden Koreas weiterhin die Bemühungen um Wiedervereinigung.

Der folgende Überblick der chinesisch-taiwanesischen Spaltung, die von beiden unverbindlich als eine „Beziehung über die Meerenge“ hinweg bezeichnet wird (*liangan guanxi*), gliedert sich in drei chronologische Abschnitte. Der erste umfasst die Periode gegenseitiger Feindseligkeit von 1949 bis 1970, als die Beziehung letztlich nur eine Fortsetzung des Bürgerkriegs darstellte, eine Zeit voller Drohungen, Überfälle, Spionage und Bombardements. Der zweite Abschnitt betrifft die Periode des „strategischen Dreiecks“ von 1971 bis 1989, als Taiwans Patron, die USA, Taipei quasi aufgaben, um mit der strategisch wichtigeren PRC eine Beziehung aufzubauen. In diesen Jahren präsentierte die PRC ihr erstes glaubwürdiges Angebot für eine friedliche Wiedervereinigung. Taipei nahm das Angebot nicht sofort an, doch Peking zog es nicht zurück und es erwies sich als Wendepunkt. Der dritte Abschnitt konzentriert sich auf die Zeit nach dem Kalten Krieg, als der Ostblock zusammengebrochen war und das China-Taiwan-Problem weniger von internationalen Machtspielen beeinflusst wurde. Diese Periode kann in drei Unterabschnitte unterteilt werden: a) Die Zeit der Détente von 1990 bis 1995, in der Taipei unter demokratischerer Post-Chiang-Führung auf Pekings diplomatische Angebote mit eigenen Vorschlägen und Modalitäten für eine bedingte Wiedervereinigung antwortete und beide Seiten eine Reihe von Gesprächen starteten. b) Das Jahrzehnt des erneuten Antagonismus (1995 bis 2005), in dem die regelmäßigen Gespräche im Umfeld eines wieder aufbl henden Nationalismus abbrachen. Dieser neue Nationalismus brachte die beiden Staaten an den Rand eines Konflikts, da er dazu führte, dass Taiwan seine eigene nationale Identität bekräftigte und diplomatische Anstrengungen unternahm, hierfür internationale und formale Anerkennung zu finden. Peking sah sich veranlasst, diese Versuche zu verurteilen und eine Rückkehr an den Verhandlungstisch auf der Basis des „Ein-China-Prinzips“ zu fordern. c) Die Ära der erneuten Détente, die ansatzweise mit den Besuchen der Oppositionsführer Lien Chan und James Soong im Fr hling 2005 begann und drei Jahre später in dem Wahlsieg einer Kuomintang (KMT)-Regierung unter Ma Ying-jeou kulminierte. Die neue Regierung bekräftigte ihre Verpflichtung auf ein (1992 modifiziertes) „Ein-China-Prinzip“ als Vorbedingung für die Wiederaufnahme semioffizieller bilateraler Gespräche. In diesen wurden die „drei direkten Verbindungen“  ber die Meerenge formal akzeptiert und ein Rahmenabkommen für wirtschaftliche Zusammenarbeit (ECFA) vereinbart, das bilaterale Wirtschaftsbeziehungen institutionalisierte und die Tür für multilateralen Handel öffnete. Im Fazit werden diese Interaktionen mit einem Ausblick auf mögliche Entwicklungen zusammengefasst.

I. Die Phase der Feindschaft

Die Teilung lässt sich nur angemessen verstehen, wenn man den historischen Hintergrund der Beziehungen zwischen Taiwan und China beachtet. Dabei sind die Sichtweisen in Abhängigkeit von den politischen Interessen der Historiker allerdings recht unter-

schiedlich. Einige Festland-Historiker behaupten, dass Taiwan seit der Sui-Dynastie (598–618) ein Teil von Festland-China war, doch noch die offizielle dynastische Geschichtsschreibung der Ming-Dynastie (1368–1644) erwähnt Taiwan in ihrem Abschnitt über die Verwaltungsgeografie (*dilizhi*), die alle Provinzen, Präfekturen, Unter-Präfekturen und Bezirke des Staats auflistet, nicht. Thomas Bartlett hat in dem Standardwerk der dynastischen Historiografie, im „Ming Shi“, eine computergestützte Suche nach dem Begriff „Taiwan“ durchgeführt und nur sieben Treffer erzielt. Alle bis auf einen finden sich in dem Abschnitt „Akten von fremden Staaten“ (*waiguo liezhuan*). Das legt den Schluss nahe, dass Taiwan noch während der Ming-Dynastie offiziell nicht als Teil Chinas betrachtet wurde.² Im dreizehnten Jahrhundert befand sich eine bedeutende Zahl von chinesischen Siedlungen auf der Insel, doch die Menschen siedelten dort wohl aus dem Grund, sich neues Land zu erschließen und so ein Auskommen zu finden, und nicht, um die staatliche Souveränität Chinas zu behaupten. 1430 erlitt der berühmte chinesische Entdecker Cheng Ho auf seiner Heimkehr von Südostasien auf der Insel Schiffbruch. Er lieferte seinem Kaiser einen schriftlichen Bericht darüber ab, der keine weiteren Folgen zeitigte. 1622 vertrieben die Holländer einige spanische Siedler und gründeten eine Kolonie auf der Insel, die von der Niederländischen Ostindien-Kompanie verwaltet wurde. Sie beutete die Rohstoffe aus, missionierte die kleine chinesische Bevölkerung und trieb Handel. Während des Niedergangs der Ming-Dynastie ermächtigte der Kaiser offenbar einen Piraten aus Taiwan namens Cheng Chih-lung, Seestreitkräfte zur Verteidigung des Reichs zu kommandieren. Cheng nutzte dies aus, um sich als lokaler Herrscher zu etablieren. Chings Sohn, Cheng Ch'eng-kung, im Westen bekannt als Koxinga, konnte die Qing nicht besiegen, vertrieb aber die Holländer von der Insel und errichtete im Namen des verstorbenen Ming die erste chinesische Regierung. Nach seinem Tod entsandten die Qing eine Expedition, um Chings Flotte, die nun unter dem Kommando seines Sohns stand, zu zerstören. Danach begründeten sie erstmals eine unumstrittene Kontrolle des Festlands über die Insel, die von 1683 bis 1895 dauerte. Zunächst galt die Insel als äußeres Grenzgebiet, dann (1886) als Provinz.

Diesen Status behielt sie jedoch nicht einmal zehn Jahre, da Japan, das die Insel als für seine maritimen Pläne wichtig erachtete, nach dem japanischen Sieg im chinesisch-japanischen Krieg 1895 die Abtretung verlangte. 1895 bis 1945 war Taiwan eine japanische Kolonie. Die Japaner verbesserten das öffentliche Gesundheits- und Bildungswesen und bauten eine Infrastruktur auf. Es bestand indes eine koloniale Abhängigkeit, bei der die Insel landwirtschaftliche Produkte und Kohle an Japan lieferte und industrielle Güter importierte. Die chinesische Bevölkerung wurde diskriminiert und war gezwungen, japanisch zu sprechen. Es gab einen kontinuierlichen anti-japanischen Widerstand auf der Insel, doch die koloniale Erfahrung war offensichtlich leichter als in Korea oder in der Mandschurei, was unter vielen post-kolonialen Taiwanesen Nostalgie hervorrief. Insgesamt gibt es auf der einen Seite wenig Beweise für die Behauptung, dass auf der Insel eine eigene, unabhängige nationale Kultur entstand. Immerhin werden rund 98 Prozent der Bevölkerung von Han-Chinesen gestellt, die Chinesisch (einen südlichen Dialekt) sprechen und schreiben sowie chinesische Bräuche und Rituale praktizieren. Auf der anderen Seite blieb die Insel für das Festland von marginaler Bedeutung, eine vernachlässigte Grenzregion, die von Rebellionen und Piraterie heimgesucht wurde und für die Integrität der Nation kaum von Bedeutung war. Mao Zedong selbst hat in einem Interview mit Edgar Snow 1936 jedes

² E-Mail von Thomas Bartlett an den Verfasser, 29.10.2010.

Interesse daran, die chinesische Souveränität über die Insel wiederherzustellen, mit den berühmten Worten abgestritten:

„Es ist die unmittelbare Aufgabe Chinas, alle verlorenen Gebiete wieder zu gewinnen und nicht nur unsere Souveränität hinter der Großen Mauer zu verteidigen. Das bedeutet, dass die Mandschurei wiedergewonnen werden muss. Wir schließen jedoch Korea, eine frühere chinesische Kolonie, nicht darin ein, aber wenn wir die Unabhängigkeit der verlorenen Gebiete Chinas wieder hergestellt haben, und wenn die Koreaner sich von den Ketten des japanischen Imperialismus befreien wollen, dann werden wir ihnen unsere enthusiastische Hilfe in ihrem Kampf um Unabhängigkeit anbieten. Das gilt auch für Formosa.“³

Wenn Taiwan für die frühere chinesische politische Entwicklung bedeutungslos war, dann stellt sich die Frage, wie sich die Besessenheit der PRC von der Insel ab 1949 erklärt? Japan verlor mit der Kapitulation alle imperialistischen Erwerbungen und Taiwan wurde der Republik China zurückgegeben. Dies war so in den Deklarationen von Kairo und Potsdam vorgesehen und wurde im Friedensvertrag mit Japan und im taiwanesisch-amerikanischen Verteidigungsvertrag von 1954 bestätigt. Die Nationalistische Regierung verstand dies als eine internationale Bestätigung der chinesischen Souveränität über die Insel. Die einzige Frage war, „welchen Chinas“? Die Nationalistische Regierung behauptete nach dem Rückzug der japanischen Besatzungskräfte nur kurze Zeit die Kontrolle über die Insel, bevor sie in einen erfolglosen Bürgerkrieg mit den chinesischen Kommunisten verstrickt wurde. Diese waren aus dem chinesisch-japanischen Krieg überraschend stark hervorgegangen, da sie im Machtvakuum hinter den japanischen Linien den Widerstand entfacht und offene Schlachten gegen die Invasoren vermieden hatten.⁴ Gemäß der Interpretation der Kommunistischen Partei (CCP) war die Volksrepublik China, die nach dem Sieg im Bürgerkrieg am 1. Oktober 1949 in Peking gegründet wurde, der legitime Nachfolger der Nationalistischen Regierung und damit rechtmäßiger Erbe des ganzen chinesischen Gebiets einschließlich Taiwans. Der nationalistischen Deutung zufolge wurde der Bürgerkrieg trotz der Niederlage auf dem Schlachtfeld und ungeachtet der erzwungenen Flucht nach Taiwan formell nicht beendet: Die nationalistischen Kräfte würden sich neu formieren und das Festland von den „kommunistischen Banditen“ (gong fei), die sie schmachvoll vertrieben hatten, zurückerobern. In der Zwischenzeit stellte Taiwan das provisorische Hauptquartier der exilierten Republik China dar. Auch die Führung der CCP erkannte den provisorischen Status ihres Siegs an. Sie wollte Taiwan besetzen und so den Kampf beenden – die USA, die die Verlierer unterstützten, hatten ähnliche Erwartungen und evakuierten bereits im Mai 1950 überflüssiges diplomatisches Personal.⁵ Diese Aussichten wurden allerdings durch Kim Il-sungs Invasion in Südkorea zunichtegemacht, da sie die amerikanische strategische Angst vor einem koordinierten kommunistischen Angriff auf die Freie Welt anstachelte und zu den Entscheidungen führte, Südkorea und auch Taiwan zu verteidigen. Während der chinesischen Volksbefreiungsarmee (PLA) zuzutrauen war, dass sie die Meerenge mit einer Flotte von kleinen Schiffen überquerte und Chiang Kai-sheks erschöpfte Reste erledigte, stellte die 7. US-Flotte ein anderes Kaliber dar. Die Intervention beraubte die CCP ihres endgültigen Siegs und brachte die USA

³ Edgar Snow, *Red Star over China*, London 1937, S. 128f. Das Interview wurde vor dem Hintergrund geführt, dass Maos Todfeind, Chiang Kai-shek, der einzige chinesische Politiker der Zeit mit einem legitimen Anspruch auf die Insel war.

⁴ Vgl. Chalmers A. Johnson, *Peasant Nationalism and Communist Power. The Emergence of Revolutionary China*, Stanford, CA 1967.

⁵ Denny Roy, *Taiwan. A Political History*, Ithaca, NY 2003, S. 111ff.

ins Spiel, wodurch sowohl die Wiedervereinigung als auch eine chinesisch-amerikanische Annäherung für die nächsten zwanzig Jahre blockiert wurden.

Die ersten drei Jahrzehnte, in denen die Führer des Bürgerkriegs in ihren Herrschaftsgebieten an der Spitze blieben, lassen sich als Periode des Antagonismus kennzeichnen. Einigkeit bestand nur darüber, wie dieser aufzulösen sei. Das heißt, dass beide Seiten übereinstimmten, dass es sich um eine provisorische und unbefriedigende Teilung handelte und dass die Wiedervereinigung das notwendige Endziel war („Ein China“). Zudem erwarteten beide Seiten eine gewaltsame Lösung, bei der nur offen war, wer gewinnen würde. Das revanchistische Bestreben der CCP wurde von der KMT-Regierung auf der Insel reflektiert, die immer noch den Anspruch erhob, die „Republik China“ zu sein. Sie behielt alle formalen Strukturen einer legislativen Demokratie – inklusive der Vertreter der Äußeren Mongolei und Tibets – bei, lehrte ihre Kinder chinesische Literatur und Geografie und achtete strikt auf die richtige Aussprache des Mandarin-Chinesisch. China nutzte die nationalistische Besetzung von zwei Inseln, die sich innerhalb der Reichweite der Artillerie des Festlands befanden (Jinmen und Mazu), und löste durch Bombardements 1954/55 sowie, gezielter, 1958, zwei internationale Krisen aus. Peking musste jedoch einsehen, dass jeder Versuch, weiter zu gehen, durch die USA, deren See- und Luftmacht eine Invasion unmöglich machte, zum Scheitern verurteilt war. Taiwan seinerseits verlegte sich auf Überfälle und Spionage⁶ und wiederholte immer wieder, vor allem während der „drei schwarzen Jahre“ der landesweiten Hungersnot nach dem „Großen Sprung“ 1959 bis 1962, seine feste Absicht, das Festland anzugreifen. Taiwan kalkulierte, dass die Invasion eine unbesiegbare Aufstandsbewegung auslösen würde. Doch auch diese Pläne wurden von den USA verhindert, ohne deren Unterstützung jedes derartige Unternehmen äußerst risikoreich blieb. In der Zwischenzeit verfolgten beide Seiten ihre unterschiedlichen Wege zur sozioökonomischen Modernisierung. Das beinhaltete auf dem Festland die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und eine zentrale Planung nach sowjetischem Muster, unter der KMT-Diktatur in Taiwan einen staatlich angeleiteten, exportorientierten Kapitalismus. Der letztgenannte Zugang erschien (zumindest in den Anfangsjahren) wirtschaftlich effektiver und erhöhte das Pro-Kopf-Einkommen von ca. 50 US-Dollar 1950 auf 200 Dollar 1964 und 3 000 Dollar Mitte der 1980er Jahre; zu dieser Zeit begann Chinas eigener exportorientierter Wachstumsanstieg.⁷

II. Die Ära des „Strategischen Dreiecks“

In der Zeit von 1970 bis 1990 gaben die USA als Patron und grundsätzliche Garantiemacht für die Sicherheit Taiwans die Insel strategisch praktisch auf und wandten sich stattdessen der PRC zu, die im bipolaren Wettstreit mit der Sowjetunion der effektivere Partner zu sein schien. Das neue Design wurde durch den berühmten Besuch von Präsident Richard Nixon in China im Februar 1972 eingeleitet. Beide Seiten hatten andere drängende globale strategische Themen vor Augen, aber Zhou Enlai machte gleich zu Beginn Pekings Prioritäten in der Taiwan-Frage deutlich. Die Amerikaner antworteten mit einer Formel, mit der sie Pekings Position „anerkannten“, dass China und Taiwan darin übereinstimmten, dass es nur ein China gebe und dass Taiwan ein Teil dieses Chinas sei.

⁶ Einschließlich der Luftüberwachung in Zusammenarbeit mit der CIA.

⁷ John F. Copper, Taiwan. Nation-State or Province?, Boulder, CO 2009, S. 86.

Diese Formel sollte die USA aus dem Konflikt herausnehmen und es den chinesisch-taiwanesischen Beziehungen erlauben, sich gemäß dem Kräftegleichgewicht zu entfalten. Dabei wurde erwartet, dass das KMT-Regime bald zusammenbrechen und friedlich von der PRC absorbiert werden würde.⁸ Diese Formel bildete 1972 das Kernstück des Kommuniqués von Shanghai und wurde 1979 bzw. 1982 im zweiten und dritten Kommuniqué wiederholt. Sie bildeten, zusammen mit dem „Taiwan Relations Act“ von 1979, die Basis für die US-Beziehungen mit beiden Seiten. Die folgenden Entwicklungen in den Beziehungen verliefen allerdings nicht nach Plan.

Die Pekinger Seite, der implizit die amerikanische Übereinstimmung mit der Realisierung der Wiedervereinigungs-Träume zugesichert worden war, unterließ weitere militärische Überfälle und wechselte zur friedlichen „Einheitsfront“-Taktik, um das Problem zu lösen; sie verzichtete hierbei nie auf ihr „Recht“, zur Gewalt zu greifen. China maß Taiwan zunächst – 1971 bis 1979 – allerdings nur geringe Priorität bei. China versuchte zwar, die Glaubwürdigkeit seiner revolutionären „Drei Welten“-Außenpolitik aufrechtzuerhalten und zugleich die Möglichkeiten der Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat auszuloten, war aber meistens innenpolitisch mit den Wendungen der Großen Proletarischen Kulturrevolution sowie mit dem Problem der Nachfolge Maos und seiner Weggenossen beschäftigt. Erst nachdem die Nachfolge geklärt und, im Januar 1979, die formale amerikanische Anerkennung erreicht war, schlug Peking eine Paketlösung für eine friedliche Wiedervereinigung vor. Sie bestand aus „drei direkten Verbindungen“ über die Meerenge hinweg (Post, Transport und Handel) und der Vorstellung von: „ein Land, zwei Systeme“ – unter dieser Idee hätte Taiwan nach der Einigung sein kapitalistisches System und einen hohen Grad von Autonomie behalten können und nur die Flagge, staatliche Souveränität sowie seine Außenpolitik ändern müssen. Zudem gab Peking das Bombardement der küstennahen Inseln auf und lud Taipei zu Gesprächen ein.

Die Antwort Taiwans auf diese dramatischen Entwicklungen war unerwartet. Obwohl Taiwan eine Reihe von diplomatischen Rückschlägen erlebt hatte, die nicht nur den Verlust der Unterstützung durch die USA, sondern auch den Ausschluss aus den Vereinten Nationen (1971) und in der Folge den Verlust der diplomatischen Anerkennung durch die meisten Staaten beinhalteten, hatte Taipei keine neue außenpolitische Strategie entwickelt, um mit dieser Krise hinsichtlich des eigenen internationalen Überlebens fertig zu werden. Die neue Strategie hätte die Abkehr von einem singulären, offensichtlich unzuverlässigen Patron und die Hinwendung zu einer multilateral ausbalancierten Diplomatie umfasst, auch wenn Taipeis realistische Optionen angesichts der bipolaren Struktur der Welt begrenzt waren. Taiwan brach trotz des Verlusts der internationalen Legitimität allerdings weder zusammen, noch flehte es um günstige Bedingungen für eine Wiedervereinigung. Die unmittelbare Antwort auf Pekings Angebot der „drei Verbindungen“ waren „drei Nein“: kein Kontakt, keine Gespräche, kein Kompromiss. Ungeachtet der Bestürzung in Peking und in Washington blieb Taipei für nahezu zehn Jahre bei seiner Verweigerungshaltung. Dafür gab es drei Gründe. Der erste war persönlicher Natur: Chiang Ching-kuo, wie sein Vater ein alter Veteran der langen, umständlichen und letztlich bitter enttäuschenden Beziehungen zur CCP auf dem Festland, war zutiefst antikommunistisch eingestellt. Ein zweiter Faktor war der nur begrenzte Wandel der amerikanischen Anerkennungspolitik, bei der sich die USA trotz scharfer Einwände der PRC das Recht vorbe-

⁸ Nancy Bernkopf Tucker, *Strait Talk. United States-Taiwan Relations and the Crisis with China*, Cambridge, MA 2009, S. 41–51.

hielten, an Taiwan weiterhin Waffen zu verkaufen. Des Weiteren schrieb der „Taiwan Relations Act“ das US-Interesse an einer friedlichen Lösung des Taiwan-Problems fest und bot weitere Zusicherungen für die anhaltende Unterstützung der Insel. Drittens war die eigene wirtschaftliche Konjunktur einer Kapitulation nicht gerade förderlich. Trotz der internationalen Ächtung boomte Taiwans Wirtschaft. Im Zusammenhang mit der Verlagerung von der Textil- und Verarbeitungsindustrie auf höhere Ebenen der industriellen Produktion und insbesondere auf die Hochtechnologie vernetzte sich Taiwans Wirtschaft weltweit – diese Entwicklung stand ganz im Gegensatz zur Situation des Festlands, das weiterhin versuchte, die wirtschaftliche Modernisierung mit der Kulturrevolution zu vereinbaren. Während Taiwans Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt 1962 nur bei 170 Dollar und damit zwischen dem von Zaire und des Kongo lag, war es 2005 auf 27 600 Dollar emporgeschneit und übertraf damit bei Weitem das des Festlands.⁹

Hinsichtlich des diplomatischen Niedergangs war kaum auf Rettung zu hoffen. Peking hatte den chinesischen Sitz in der UN und in all ihren Unterorganisationen inne. Ein Staat nach dem anderen übertrug seine diplomatische Anerkennung von Taipei auf Peking, das – analog zu Konrad Adenauers Hallstein-Doktrin – unter seinem „Ein-China-Prinzip“ keinerlei doppelte Anerkennung duldete. Nixons Besuch hatte 1972 eine Lawine von Anerkennungen in Gang gesetzt. Die formale Anerkennung durch die USA erfolgte erst 1979. Die Bedingungen, die 1972 verhandelt worden waren, dienten jedoch als Vorlage für die Mehrzahl anderer Anerkennungen: China tolerierte informelle Kontakte mit Taipei, z. B. den Austausch von Handelsmissionen, aber keinen formellen diplomatischen Status. Dann wurde Taiwan aus allen internationalen Organisationen ausgeschlossen, bei denen die Staatlichkeit eine Voraussetzung für die Mitgliedschaft darstellte. Nur in wenigen behielt Taiwan seinen Sitz, und nur unter der Bedingung, dass es sich selbst „Taipei, China“ bzw. „chinesisches Taipei“ nannte (z. B. in der Asian Developmental Bank und im Asian Pacific Economic Cooperation Forum).

Die internationale Demütigung brachte Taipei nicht nur nicht an den Verhandlungstisch, sondern löste innenpolitische Folgen aus, die eine Wiedervereinigung noch erschwerten. Da Taiwans Anspruch, als China anerkannt zu werden, von der internationalen Gemeinschaft so eindeutig zurückgewiesen worden war, startete es eine Suche nach einer alternativen Legitimationsgrundlage. Dazu kamen Faktoren wie das amerikanische Drängen auf eine bessere Beachtung der Menschenrechte ins Spiel. Dieser Druck setzte verstärkt ein, als die Ermordung des Dissidenten und Biografen von Chiang Ching-kuo in Kalifornien bis zu taiwanesischen Geheimdiensten zurückverfolgt werden konnte. Zudem ergriff die demokratische Welle nach dem Sturz der Marcos-Diktatur auf den Philippinen auch Asien. So leitete Taiwan in den letzten Jahren der Präsidentschaft von Chiang Ching-kuo den sukzessiven und recht geregelten Übergang zu einer demokratischen Regierung ein. Der Prozess begann in den 1980er Jahren mit einer „Lokalisierung“, das heißt mit der Ernennung einheimischer Taiwanesen¹⁰ zu politischen Positionen sowie mit sogenannten „dang wai“-Wahlen, in denen echte Nicht-KMT-Kandidaten zur Wahl standen. 1988 wurde das Kriegsrecht aufgehoben und die Gründung von Oppositionsparteien erlaubt. Dies erwies sich aus zwei Gründen heraus als Rückschlag für die Bemühungen um Wiedervereinigung.

⁹ Berechnet unter Berücksichtigung der Kaufkraft.

¹⁰ Vgl. die folgende Anm.

Erstens: Das Konzept von „Ein Land, zwei Systeme“ war entworfen worden, um dem Kapitalismus entgegenzukommen, nicht aber der Demokratie – Erstgenannter war mit den rein wirtschaftlichen Reformen des Festlands kompatibel, Letztere jedoch nicht, wie das blutige Ende der Reformproteste auf dem Platz des Himmlischen Friedens am 4. Juni 1989 unterstrich. Zum Zweiten führte die Demokratisierung zur politischen Emanzipierung der Mehrheit der Inselbevölkerung, der „benshengren“. Unter diesem Begriff versteht man die „Eingeborenen“, deren Vorfahren seit der Ming-Qing-Epoche auf der Insel lebten und die lange Ressentiments gegen die „waishengren“, die „Auswärtigen“, hegten, die mit Chiang Kai-shek vom Festland geflohen waren und die Einparteien-Diktatur errichtet hatten.¹¹ Bald schon erwies es sich als politisch möglich, diese Ressentiments mit Ressentiments gegen die Festländer auf der anderen Seite der Straße von Taiwan zu verbinden. Peking war verständlicherweise über diesen Gang der Dinge verärgert und drohte der Insel in regelmäßigen Abständen mit Gewalt, was wiederum zu politisch kontraproduktiven Ergebnissen führte.

III. Nach dem Kalten Krieg

Nach dem Kalten Krieg entkoppelte sich das Taiwan-Problem vom zusammenbrechenden bipolaren Weltsystem. Dadurch konnte sich die Situation autonom und allein auf der Basis der Interessen und Ziele der beiden involvierten Parteien fortentwickeln. Bei der Vielzahl der theoretischen Möglichkeiten erwies sich die Periode als sehr wechselhaft, mit den drei Phasen: a) Tauwetter, b) Frost und c) neues Tauwetter.

a) Die chinesisch-taiwanische Détente, die unmittelbar nach dem Kalten Krieg folgte, wurde durch internationale und innenpolitische Faktoren möglich. Angesichts der Größe und Verletzbarkeit Taiwans war die Öffnung der internationalen Struktur mit den neuen Möglichkeiten, die sich aus dem Ende des Kalten Kriegs ergaben, eine notwendige, aber keine ausreichende Bedingung für die Entspannung. Der brutale Niederschlagung der Protestbewegung auf dem Platz des Himmlischen Friedens durch die CCP, die in gewissem Sinn das Ende des Kalten Kriegs einleitete, folgten ähnliche Bewegungen in Osteuropa, die zum Zusammenbruch der Regime führten. Innerhalb von zwei Jahren zerfiel die Sowjetunion selbst. Die Volksrepublik China jedoch trotzte allen Erwartungen und über-

¹¹ Die „subethnische“ Unterscheidung zwischen „benshengren“ (Nachfahren der Chinesen, die in der Ming- oder frühen Qing-Zeit von Fujian nach Taiwan gekommen waren und den taiwanesischen Dialekt (minan yu) sprechen) sowie „waishengren“ (die nach der nationalistischen Niederlage im Bürgerkrieg geflohen waren oder Nachfahren entsprechender Flüchtlinge, die Mandarin oder andere Festland-Dialekte sprechen) wurde unter der KMT-Diktatur unterdrückt und konnte erst mit der Demokratisierung wieder aufscheinen. Die „benshengren“ machen 70% der Bevölkerung aus, Festländer 14%, dazu kommen 2% Ureinwohner und 14% Hakka (die eher für die KMT stimmen). Der hauptsächlich politische Gegensatz seit der Demokratisierung betrifft die taiwanesische – zugeschriebene – Identität. Antworten in Umfragen, ob man sich als „Chinesische“, „Taiwanese“ oder als „Beides“ sieht oder nach Präferenzen für Unabhängigkeit, Wiedervereinigung oder den Status quo werden genutzt, um die ethnische oder nationale Identität zu bestimmen. Diese Fragen wurden seit dem Beginn von Meinungsumfragen in Taiwan gestellt, beantwortet und von verschiedenen Meinungsforschungsinstituten systematisch zusammengestellt. Seit den 1990er Jahren geht der Trend von einer chinesischen zu einer taiwanesischen Identität (mit einer leichten Majorität für „Beides“) sowie von einer Wiedervereinigung zur Unabhängigkeit, mit einer deutlichen Mehrheit für den Status quo.

stand die Umbruchphase. Die Entwicklung zeitigte aus zweierlei Gründen negative Auswirkungen auf die chinesisch-amerikanischen Beziehungen. Zwar war der Einsatz tödlicher Gewalt gegen unbewaffnete Demonstranten auf dem Tian'anmen kein wirklich einzigartiges Ereignis. Da sich die West-Presse in Peking versammelt hatte, um über den chinesisch-sowjetischen Gipfel zu schreiben, wurde indes ungewöhnlich ausführlich darüber berichtet. Dies übte einen langfristigen Einfluss auf die westliche öffentliche Meinung aus. Im Endergebnis wurde dadurch die Entschiedenheit der chinesischen Führung verstärkt, eine „friedliche Evolution“ (hoping yanbian) zu einer liberalen Demokratie zu verhindern. Zweitens bedeutete der Zusammenbruch der Sowjetunion, dass die sicherheitspolitische Basis für die chinesisch-amerikanische Allianz nicht mehr bestand, da nun weder China noch die USA einander brauchten, um eine gemeinsame Gefahr abzuschrecken. China hatte bereits einen langen Versöhnungsprozess mit der Sowjetunion begonnen, der am Vorabend der blutigen Ereignisse in der in Peking begangenen „Normalisierung“ gipfelte. Die Irrelevanz der chinesisch-amerikanischen strategischen Partnerschaft war ein Faktor, der erhöhte amerikanische Unterstützung für Taiwan ermöglichte, ohne dass sich die USA Sorgen darüber machen mussten, ob sie die PRC verärgerten; das zeigte der Waffenverkauf von 1992. Die andauernde Demokratisierung, die unter Chiang Ching-kuo eingesetzt hatte, war der zweite Faktor, der die außenpolitische Stellung Taiwans verbesserte.

Der verstärkten amerikanischen Unterstützung gewiss, war Taiwan bereit, einen neuen und selbstbewussteren Zugang in der Chinapolitik zu wählen. Ohne dass die „Drei Nein“ explizit zurückgenommen wurden, wurde ein institutioneller Mechanismus gefunden, bei dem man mit den Kommunisten reden konnte, ohne offiziell mit ihnen zu sprechen; das hätte die gegenseitige Anerkennung erfordert. Beim Kabinett (Yuan) wurde 1991 ein „Mainland Affairs Council“ (MAC) eingerichtet, der die formal private „Straits Exchange Foundation“ (SEF) zu beaufsichtigen hatte. Die PRC reagierte prompt und gründete unter dem Staatsrat ein „Taiwan Affairs Office“ sowie eine „private“ „Association for Relations across the Taiwan Straits“ (ARATS). Erste Diskussionen in Hongkong drehten sich darum, Pekings Vorbedingung für Gespräche – die taiwanesishe Anerkennung des „Ein-China-Prinzips“ – zu überlisten. Das Problem wurde gelöst, indem man sich auf „ein China“ verständigte, aber unterschiedliche Interpretationen von „China“ zuließ. Danach trafen sich beide Seiten regelmäßig in Singapur, um eine Reihe technischer Fragen zu klären. Im April 1993 kulminierten die Treffen in einem Gipfel zwischen den Führungen der beiden Organisationen, Wang Daohan (ARATS) und Koo Cheng-fu (SEF). Zur Überwachung des Prozesses etablierte die KMT-Regierung einen „Nationalen Einigungsrat“, der „Richtlinien für die Nationale Einigung“ entwerfen sollte. Sie umrissen einen Dreistufenplan der Wiedervereinigung in Abhängigkeit von einem Friedensvertrag sowie der Demokratisierung der PRC. Diese wichtige Wende weg von der bewaffneten Konfrontation hin zu Verhandlungen wurde durch die Anerkennung ermöglicht, dass Taiwan ohnehin keine effektive politische Gewalt über das Festland besaß. Die Regierung in Taipei bekundete daher, dass sie die chinesische Souveränität über das Festland nicht aktiv infrage stellte, wohl aber hinsichtlich Taiwans und einigen Nachbarinseln. Unglücklicherweise antwortete Peking nicht mit der Anerkennung der effektiven Position der Republik China (ROC) in Taiwan und wandte darüber hinaus ein, dass diese Wendung zu einem geopolitischen Realismus das „Ein-China-Prinzip“ gefährde und den Separatismus fördere. Daher wurde das Angebot 2008 von der neuen KMT-Regierung zurückgezogen, parallel zur Bestätigung der eigenen Interpretation des „Ein-China-Prinzips“.

Anfang der 1990er Jahre erweiterten sich Handel und Festlandtourismus deutlich, wobei eine formelle Anerkennung der „drei Verbindungen“ (sowie komplizierte Handelsstatistiken) dadurch umgangen wurden, dass der Handel über Hongkong abgewickelt wurde. Dem Handel folgten bald taiwanesishe Investitionen, wiederum gefolgt von weiterem Handel. Peking war beides willkommen. Um die industrielle Entwicklung in China voranzubringen sowie um gemäß der marxistischen Annahme, dass die politische Integration unweigerlich einer wirtschaftlichen folgen würde, wirtschaftliche Abhängigkeiten zu schaffen, schuf Peking ein Handels- und Investitionsklima, das für taiwanesishe Partner noch attraktiver war als für westliche. Das geschäftliche Interesse wurde einerseits durch die von den USA erzwungene Neubewertung des Neuen Taiwan-Dollar, andererseits durch den zeitweiligen Mangel an ausländischen Investitionen auf dem Festland in Verbindung mit den westlichen und japanischen Sanktionen nach dem Tian'anmen-Massaker angeregt. Zwischen China und Taiwan stiegen Handel und Investitionen während der nächsten 20 Jahre rapide an. Sie verzeichneten in Krisen nur vergleichsweise geringe, kurzfristige Rückgänge, ungeachtet der Opposition der Regierung Taiwans während des Großteils dieser Periode und des beständigen Bilanzüberschusses zugunsten Taiwans.

Welche innenpolitischen Gründe trugen zur chinesisch-taiwanesischen Entspannung bei? Auf dem Festland waren „Reform und die Öffnung zur Außenwelt“ die Hauptgründe. Sie eröffneten im Innern große wirtschaftliche Möglichkeiten und betonten multilaterale Freundschaften mit allen möglichen Handelspartnern im Ausland. Die beschleunigte Industrialisierung nach Jahren internationaler wirtschaftlicher Isolation während Maos Streben nach ideologischer Reinheit erzeugte einen großen Bedarf an Kapital und Technologie, und die fortgeschrittenere Wirtschaft Taiwans war bestens geeignet, diesen zu befriedigen. Das Fehlen einer Sprachbarriere und die sehr niedrigen Löhne, die die Peking-Regierung beibehielt, waren für taiwanesishe Geschäftsleute, die zu Hause einen wachsenden Lebensstandard und steigende Löhne erlebten, sehr attraktiv. Auf Taiwans Seite machte ironischerweise die Demokratisierung den innenpolitischen Hauptgrund für die Öffnung gegenüber dem Festland aus. Die frühere KMT-Diktatur hatte auf der Annahme beruht, dass sich die Nation immer noch im Bürgerkrieg befand und dass der „Notstand“ einer ständig drohenden kommunistischen Attacke das Kriegsrecht rechtfertigte, und sie hatte immer die Macht, jedweden Kontakt über die Taiwan-Straße hinweg zu unterbinden. Die Aufhebung des Kriegsrechts entfesselte nicht nur das Kapital, sondern gestand implizit zu, dass die Gefahr nicht mehr so tödlich war: In der Blütezeit der Demokratisierung war die unmittelbare Anziehungskraft von früher verbotenen Dingen allgegenwärtig und schloss selbst das kommunistische Regime auf dem Festland mit ein. Der Tourismus boomte, chinesische Literatur und Popkultur wurden zugänglich, und es gab ein lebendiges Interesse an chinesischen Dingen – es grassierte ein wahres „Festland-Fieber“ (dalu re).

b) Obwohl Handel und Investitionen weiterhin stiegen, brachen die politisch-diplomatischen Beziehungen ab 1995 nahezu vollständig ab. Taiwan unternahm anstelle der Schritte zur Vereinigung solche zur Unabhängigkeit, die China mit zunehmender Schrillichkeit verurteilte, ohne dass es sie gewaltsam hätte verhindern können (oder wollen). Unmittelbarer Anlass dieser Abkühlung war die Rede von Präsident Lee Teng-hui vor Absolventen seiner Alma Mater, der Cornell-Universität, im Sommer 1995, in der er Taiwans politischen und wirtschaftlichen Fortschritt überschwänglich lobte. China nahm daran starken Anstoß, da es den Besuch und die Rede als einen Verstoß gegen die von Peking über Taiwan behauptete Souveränität betrachtete. Die Chinesen protestierten nicht nur

lauthals, sondern führten an der Küste der Fujian-Provinz eine Reihe von amphibischen und Landungsübungen durch und feuerten Salven von Kurzstreckenraketen ab, die vor Taiwans Haupthäfen niedergingen. Diese Übung in Drohdiplomatie zog sich über Monate und wurde nur aufgegeben, als US-Präsident Bill Clinton im Februar 1996 zwei Flugzeugträger in die Nähe der Insel schickte. In der Folge kühlte in Taiwan das Wirtschaftsklima ab, und die Unterstützung für die Präsidentschaftskandidaten der Democratic Progressive Party ging zurück. Lee Teng-hui jedoch wurde nicht besiegt und gewann deutlich die erste allgemeine Präsidentschaftswahl. Peking versuchte Ende 1998, durch eine Einladung an den SEF-Vorsitzenden Koo Cheng-fu die Beziehungen wieder ins Lot zu bringen, doch im folgenden Frühjahr verärgerte Lee Teng-hui Peking erneut mit der Aussage, dass sowohl China als auch Taiwan „Staaten“ (guojia) mit „speziellen“ zwischenstaatlichen Beziehungen seien ([liang-guo lun] oder Zwei-Staaten-Theorie). Der brüchige Dialog über die Taiwan-Straße geriet erneut aus den Gleisen.

Die tiefere Ursache für die Abkühlung lag in taiwanesischen Bedenken, wohin das Tauwetter führen würde, sowie in den Bemühungen, die Dynamik der politisch-wirtschaftlichen Integration zu verlangsamen. Das löste in Peking Verärgerung aus, die wiederum taiwanesisches Bedenken verstärkte. Aber wie konnten die Faktoren, die zum Tauwetter geführt hatten, nun zur Abkühlung führen? Die Demokratisierung ergab trotz der Öffnung zum Festland nicht zwangsläufig oder unausweichlich, dass die Wiedervereinigung befürwortet wurde. Sie stellte sich eher als eine Lösung aus den Zwängen der exklusiven Abhängigkeit von einem einzigen, nicht vollkommen zuverlässigen Patron während der Chiang-Ära dar. Nachdem sich herausgestellt hatte, dass sich Taiwan außenpolitische Perspektiven – im Gegensatz zu der Eintrübung des internationalen Images der PRC nach Tian'anmen – durch die Demokratisierung insgesamt erweitert hatten, versuchte Taipei, diesen Vorteil zu nutzen, indem es seine Chinapolitik mit der gesamten Außenpolitik verband. Außenpolitik meint hier die Umkehrung der Isolation Taiwans in der Welt durch die Kultivierung formeller diplomatischer sowie informeller Verbindungen (wie offiziöse Büros oder Handelsmissionen) und durch die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen. Taipei nutzte hier eine „flexible Diplomatie“ – man war zur Herstellung diplomatischer Beziehungen mit Staaten auch dann bereit, wenn diese ihre Verbindung zu Peking nicht abbrachen –, „Dollar-Diplomatie“ (in Gestalt von Wirtschaftshilfe und anderen Finanzierungen im Gegenzug für die Anerkennung) sowie „Urlaubs-Diplomatie“, bei der taiwanesischen Führungspersönlichkeiten inoffizielle Besuche im Ausland absolvierten. Selbst während die Singapur-Gespräche mit Peking liefen, machten Lee Teng-hui und andere führende taiwanesischen Funktionäre „Urlaub“ auf den Philippinen, in Indonesien, Singapur und in anderen Ländern und betrieben dort inoffizielle Diplomatie. Die Rede im Juni 1995 an der Cornell-Universität stellte nur eine Fortsetzung dieser Maßnahmen dar. Peking war über die Umgehung der formellen diplomatischen Ausgrenzung Taiwans verärgert und protestierte energisch bei allen Gastgebern, besonders aber bei den USA.

Auf innenpolitischer Ebene war entscheidend, dass die taiwanesischen Demokratie sich für das Tauwetter als unbeständiger Verbündeter erwies. Die taiwanesischen Öffentlichkeit, ursprünglich von dem sich dynamisch reformierenden Neuen China verzaubert, war von Vorfällen wie der Entführung und Ermordung von Touristen am Qiandao-See in Zhejiang 1994 mitsamt der verpfuschten Untersuchung durch die Festland-Behörden schockiert. Peking tendierte in derlei Fällen dazu, mit strikten Warnungen vor Behauptungen einer taiwanesischen Autonomie oder Unabhängigkeit zu reagieren. Daran störte sich die taiwanesischen Wählerschaft, und Politiker lernten, dieses Ressentiment zum eigenen Vorteil zu

mobilisieren. So gewann Chen Shui-bian, der Präsidentschaftskandidat der oppositionellen Demokratischen Fortschrittspartei (DPP), die Wahlen von 2000 und 2004, indem er für ein Referendum über die Unabhängigkeit, eine verfassungsmäßige Anerkennung der unabhängigen Souveränität der Republik China und für einen Sitz Taiwans in den Vereinten Nationen warb und seine nationalistischen Gegenspieler implizit als pro-kommunistisch und anti-taiwanesisch darstellte. Wie Lee Teng-hui war auch Chen ein geborener Taiwanese. Er manipulierte geschickt die subethnische Spaltung zwischen „benshengren“ und „waishengren“, um über die Positionierung des taiwanesischen Nationalismus gegen das kommunistische China die KMT und deren frühere Festlegung auf die Wiedervereinigung zu treffen. Nach dem Gewinn der Präsidentschaft – nicht aber der Mehrheit in der Legislative – versuchte Chen seine Macht zu nutzen, um die nationale Identität der Insel von Chinesisch zu Taiwanesisch zu ändern, indem er Gelder für Bildung und Forschung auf das Gebiet der taiwanesischen Kultur und Geschichte umlenkte sowie Straßen, Parks, Museen und Feiertage nach betont taiwanesischen Helden und Ereignissen umbenannte.

Peking seinerseits reagierte mit merklicher rhetorischer Empörung auf den Drift Richtung Unabhängigkeit, der in den 1990er Jahren nach der Raketenkrise unter Lee Teng-hui begann und unter Chen Shui-bian an Tempo gewann. Warnungen über eine mögliche, unmittelbar bevorstehende Invasion erwiesen sich mit Blick auf die Wählerschaft jedoch als kontraproduktiv. Zudem verlor Peking in China und, in Maßen, auf Taiwan an Glaubwürdigkeit, da es nicht zu einer Invasion kam. Peking lernte aber aus seinen Fehlern. China zog sich nach dem Rückschlag der Wahlen 2000 in Schweigen zurück und verweigerte Verhandlungen mit der DPP-Regierung, der es zutiefst misstraute. Es reagierte aber nicht mehr lautstark auf die Provokationen Taiwans.

c) Der Aufstieg von Hu Jintao und Wen Jiabao auf dem 16. Parteitag der CCP im September 2002 markierte den Beginn einer konzilianteren außenpolitischen Rhetorik¹² und einer entsprechenden Wendung in Chinas Taiwanpolitik. Im taiwanesischen Wahlkampf 2004 versuchte Peking, Drohungen gegen zwei von der DPP geförderte „Verteidigungs-Referenden“ zu vermeiden und verließ sich stattdessen auf Washington, um Chen im Zaum zu halten. Nach der knappen Wiederwahl von Chen im März 2004 revidierte Peking seine Politik der Kontaktverweigerung zugunsten einer nuancierten Politik von Zuckerbrot und Peitsche. Auf der einen Seite milderte Peking weiterhin seine Rhetorik und suchte in Taiwan den Kontakt zu unpolitischen Gruppen bzw. zu Gruppierungen, die tendenziell gegen eine politische Unabhängigkeit eingestellt waren. In seiner Stellungnahme vom 17. Mai 2004 bot Hu Jintao Taipei an, Verhandlungen über die „drei Verbindungen“ wiederaufzunehmen, Missverständnisse zu reduzieren und Beratungen auszuweiten. Auf der anderen Seite blieb China gegenüber der DPP-Administration und deren offener Befürwortung der Unabhängigkeit Taiwans misstrauisch und wollte nichts zur Verbesserung zukünftiger Wahlchancen der DPP beitragen. So setzte Peking die Ausgrenzungspolitik gegen Chen Shui-bian fort und lehnte seine Angebote ab, sich mit der chinesischen Führung zu treffen. Zudem erhielt Peking die militärische Kulisse gegen Taiwan aufrecht und verfolgte eine effektive stille Politik der diplomatischen Isolierung Taiwans. Im März 2005 verabschiedete der Nationale Volkskongress das „Anti-Sezessionsgesetz“, das „nicht-friedliche Mittel“ als eine Antwort auf jede Unabhängigkeitserklärung in Taiwan formal legalisierte. Das „Anti-Sezessionsgesetz“ legte Peking jedoch auch erstmals auf Verhandlungen

¹² Zu nennen sind hier z. B. die Schlagworte von Chinas „friedlichem Aufstieg“ in einer „harmonischen Welt“.

auf der Basis der Gleichheit beider Seiten fest und machte die „Ein-China-Politik“ nicht mehr zur Vorbedingung für Gespräche. Danach erhöhte die CCP ihre Parteikontakte zur KMT und appellierte an ihre kontroverse Geschichte der „Einheitsfronten“. Diese Kontakte kulminierten 2005 in den Besuchen von Funktionären der Mehrparteien-Koalition „Pan-Blue“ auf dem Festland: Im April 2005 kam es zu Treffen zwischen Hu und dem damaligen KMT-Vorsitzenden Lien Chan, danach zu Begegnungen mit dem Vorsitzenden der People First Party (PFP), James Soong. Als Chen Shui-bian wieder den Kurs wechselte und sein symbolisches Streben nach Unabhängigkeit mit der Aufhebung des Nationalen Einheitsrats sowie der Einheits-Richtlinien Anfang 2006 erneut aufnahm, drückte Peking seinen Widerspruch aus, ohne zu Drohungen Zuflucht zu nehmen. Es verließ sich auf die USA, um Chen zur Ordnung zu rufen. Indem Peking die Beziehungen zu Taiwan entspannte und so die DPP der Möglichkeit beraubte, auf eine Bedrohung seitens des Festlands zu schimpfen, trug es zu dem großen Wahlsieg der KMT in den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen von 2008 bei.

Da die öffentliche Meinung in Taiwan sich ab den frühen 1990er Jahren von der Wiedervereinigung abgewandt hatte, war die Antwort Taipeis auf Pekings neue Taktik vorsichtig. Die KMT-Regierung unter Ma Ying-jeou entschied sich dafür, den Kampf um die Identität einzufrieren und die öffentliche Aufmerksamkeit auf die wirtschaftliche Leistung der Regierung zu lenken. Dies war eine Abkehr von der traditionellen Linie der KMT, die sich selbst als Wächter der Republik China und des chinesischen Nationalismus präsentierte. Ungeachtet seiner Abstammung vom Festland versuchte Ma selbst, in der Öffentlichkeit den taiwanesischen Dialekt zu sprechen, und behauptete eine Identität als „neuer Taiwanese“. Anstelle des Diskurses über eine „endgültige Einigung“, der ihm zu Beginn des Wahlkampfs geschadet hatte, sprach sich Ma für einen Status quo aus, wie ihn die meisten Menschen in Taiwan befürworteten: „weder Einigung noch Unabhängigkeit“. Seine Strategie bestand somit darin, eine Auseinandersetzung um die nationale Identität zu vermeiden, den durchschnittlichen Wähler, dem weniger am Namen des Landes als an den konkreten Leistungen gelegen war, zu umwerben und auf die Unterstützung der „Pan-Blue“-Wähler zu setzen. Auf diese Weise wollten Ma und seine Strategen die Politik Taiwans neu definieren, indem sie den Schwerpunkt der Auseinandersetzung von der nationalen Identität weg hin zur Wirtschaft verlegten. Da die Leistung der DPP-Regierung, was die Wirtschaftspolitik anbelangte, sehr zu wünschen übrig ließ, setzte Ma darauf, dass ihm diese neue Strategie die Präsidentschaftswahl 2008 gewinnen lassen könnte, und er behielt Recht. Die Korruptionsvorwürfe gegen Chen Shui-ban bescherten der KMT unverhofften Rückenwind, da sie die Behauptungen über die Inkompetenz der DPP mit juristisch fundierten Vorwürfen über Korruption auf höchster Ebene untermauerten.

Nach dem klaren Wahlsieg der KMT in beiden Wahlen verlor die neue Ma-Administration keine Zeit, um entlang der bereits während der Besuche 2005 vorweggenommenen Linie zum Ausgleich mit dem Festland zu kommen. Sie rechtfertigte ihre Abkehr von der Rhetorik des Wahlkampfs damit, dass verbesserte Beziehungen zu China die Wirtschaftssituation der Insel dramatisch verbessern würden. In seiner Antrittsrede formulierte Ma „Drei Nein“: keine Einheit, keine Unabhängigkeit, kein Krieg (butong, budu, buwu), um das Wahlvolk zu beruhigen. Dabei schwieg er sich über die letzten Ziele der Annäherung jenseits einer friedlichen und fruchtbringenden Arbeitsbeziehung aus. Er sagte, dass er mit den einfachen Fragen beginnen und dann zu den schwierigen übergehen wolle, das hieß von wirtschaftlichen zu politischen Themen, und er sagte Diskussionen über einen Friedensvertrag voraus; diese wurden indes häufig verschoben. Die Restriktionen für

taiwanesischen Handel und Investitionen mit bzw. auf dem Festland, die ohnehin nie sonderlich effektiv waren, fielen, und erstmals wurden, wenn auch behutsam, chinesische Investitionen in Taiwan zugelassen. Das Verhandlungsforum von SEF und ARATS wurde, mit wechselnden Tagungsorten in Peking und Taipei, wiederbelebt, und zum 15. Dezember 2008 hatten die beiden Seiten die „drei direkten Verbindungen“ formell umgesetzt. Auf diese Weise wurden in den ersten zwei Jahren touristische Reisen von rund zwei Millionen Chinesen ermöglicht sowie bessere Handels- und Investitionsperspektiven geschaffen. Im Sommer 2010 kulminierten die Verhandlungen in der Unterzeichnung eines Rahmenabkommens für wirtschaftliche Kooperation (ECFA), das bilaterale Handelshemmnisse reduzierte und – aus Taiwans Perspektive – den Weg zu analogen Handelsabkommen mit verschiedenen südostasiatischen Ländern frei machte. Zukünftige Ziele schließen Verhandlungen über ein echtes Meistbegünstigungsabkommen ein, um von dort zu einem Friedensvertrag und schließlich zu Diskussionen über die Bedingungen der Wiedervereinigung zu kommen, obwohl Letzteres öffentlich nicht debattiert wird. Die wirtschaftlichen Folgen dieser Entwicklungen waren positiv und stimulierten Taiwans schnellen Übergang von der globalen Finanzkrise zu einem positiven Wachstum in 2009/2010. Die Arbeitslosenrate bleibt indes relativ hoch, und es liegen Anzeichen dafür vor, dass sich die Verbesserung des Pro-Kopf-Einkommens auf die obere Mittelklasse und auf die Oberklasse beschränkt. Positive politische Rückwirkungen haben sich zögerlicher ergeben. In Meinungsumfragen blieb die Unterstützung für die Ma-Administration lauwarm, während sich die DPP schnell und kräftig von ihren Verlusten und dem Korruptionsskandal erholte. Sie verbesserte 2010 ihre Ergebnisse in den Bürgermeisterwahlen in den fünf größten Städten Taiwans. Dies gelang ihr allerdings, ohne dass sie die Themen von ECFA oder chinesisch-taiwanesischer Annäherung aufwarf. Daher bleiben die politischen Folgen des neuen Tauwetters an der Straße von Taiwan unklar.

IV. Schlussfolgerungen

Die komplexe Beziehung zwischen Taiwan und China ist insofern mit denen anderer, im Zuge des Zweiten Weltkriegs geteilten Nationen vergleichbar, als dass ihre lange Teilung durch die ideologische Spaltung des Kalten Kriegs verschärft wurde. Es gibt jedoch wichtige Unterschiede. Auch wenn es im Bürgerkrieg um dieselben Probleme ging, die im Kalten Krieg die Welt spalteten, so löste sich Taiwan doch im Ergebnis eines Bürgerkriegs von China, bevor der Kalte Krieg begann. Die Teilung passte sich schnell in die Strukturen des Kalten Kriegs ein. Trotzdem machte die Tatsache, dass zwischen den beiden Anwärtern auf die Führerschaft in einem vereinten Land Blut vergossen worden war, die Teilung ungewöhnlich schwer überwindbar. Daneben gibt es zwei weitere Differenzen. Erstens ist in dem vorliegenden Fall die Asymmetrie ungleich größer, das heißt, dass das Streben nach Wiedervereinigung in der Tendenz einseitig war und von der größeren „Hälfte“ gegen die kleinere betrieben wurde, die passiver und reaktiver auftrat. Der Grund hierfür liegt natürlich darin, dass die größere „Hälfte“ über mehr Druckmittel oder andere Möglichkeiten verfügt, das kleinere Gegenüber zu dominieren, und dass die kleinere „Hälfte“ mehr zu verlieren hat.¹³ Zweitens war der chinesisch-taiwanische Wettkampf

¹³ Taiwans Wirtschaft entsprach 1992 einem Drittel der Wirtschaftsgröße des Festlands, 2000 einem Viertel und 2008 einem Achtel. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt, lag Taiwan 2007 das erste Mal

kompromissloser und stellte eindeutiger ein Nullsummenspiel dar. Bei den anderen Teilungen erkannten sich die beiden Seiten schließlich an und ließen die Anerkennung durch Drittstaaten, die beiderseitige Mitgliedschaft in internationalen Organisationen und Ähnliches zu. Nur in China waren beide Seiten so intolerant, dass sie die Nichtanerkennung des anderen Teils zur Vorbedingung der Aufnahme diplomatischer Beziehungen machten. Das nationalistische Regime sorgte hier 1949 bis 1971 für den Präzedenzfall, als es den Sitz im UN-Sicherheitsrat innehatte und von den meisten Staaten der sogenannten Freien Welt anerkannt wurde. Die PRC hat mit gleicher Unbarmherzigkeit das selbe Spiel gespielt, nachdem sie 1972 den Sitz übernahm. Diese Vorgehensweise führte in beiden Fällen auf Seiten des Verlierers zu Paranoia und Verbissenheit, anstatt dass sie ihn zu Schritten hin zu einer friedlichen Integration ermutigt hätte.¹⁴

Das Interesse an einer Wiedervereinigung, das beim dominanten Partner weitaus lebendiger, auf der Insel aber nie ganz erloschen war, erschien zwar intensiv, doch punktuell. Dabei bestand die Tendenz, dass das Interesse der einen Seite mit Argwohn auf der anderen Seite einherging. Die Beziehung war ein nervenaufreibendes Hin und Her von Annäherung und Vermeidung sowie Zuckerbrot und Peitsche. Dabei erscheint hinsichtlich des internationalen Kontextes der Teilung der Epochenwechsel vom Kalten Krieg zur neuen Ära ab 1989 als der wichtigste Einschnitt. Im Kalten Krieg waren beide Seiten in ihren ideologischen Blöcken integriert, sodass ein lokaler Ansatz zur Wiedervereinigung der Logik der Blöcke zuwiderlief. In beiden Blöcken betrachtete die jeweilige Supermacht jeden Versuch, die jeweils andere Hälfte anzugliedern, mit Misstrauen: Ein friedlicher Verlauf der Vereinigung hätte Kompromisse beinhalten können, die mit den Idealen und der Sicherheit des Blocks möglicherweise nicht zu vereinbaren waren. Ein gewaltsamer Anlauf hätte die Gefahr einer Eskalation bis hin zu einer (nuklearen) Konfrontation der Blöcke mit sich gebracht. In der späteren Phase des Kalten Kriegs verschaffte der chinesisch-sowjetische Bruch der PRC im Rahmen der Konstellation des „strategischen Dreiecks“ etwas größeren Handlungsspielraum. Das wirkte sich vor allem zum Nachteil Taiwans aus, dessen exklusive Abhängigkeit von einem Patron es verwundbar machte, sobald es von diesem Patron aufgegeben wurde. Mit dem Zerfall des Dreiecks zum Ende des Kalten Kriegs gewann Taiwan durch die Schwächung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen Manövrierraum. China erlangte bald dank seines sehr schnellen wirtschaftlichen Aufstiegs während der Reformen und Öffnungen nach Mao – einschließlich boomender Handelsbeziehungen zu den USA und anderen kapitalistischen Ländern und unabhängig von der strategischen Dreiecksmatrix – eigene strategische Bedeutung, die die Asymmetrie vergrößerte und taiwanesischen Versuche, als unabhängiger diplomatischer Akteur zu überleben, sehr erschwerte.

Auf dem Feld der Innenpolitik waren im chinesischen Fall die Annahme eines „Reformkurses“ anstelle des revolutionären Maoismus im Dezember 1978, auf der taiwanesischen Seite der Übergang zu einer Wahldemokratie 1988 vielleicht die bedeutsamsten Einflussfaktoren in den Beziehungen. Zu der außenpolitischen Komponente des chinesischen Reformpakets gehörte es, dass China vom Revolutionsexport abrückte und eine Politik der Freundschaft in alle Richtungen und mit allen Ländern initiierte, die mit Blick

nicht auf dem Spitzenplatz von Chinas „nationaler“ Liste (Guangdong war davor). 2008 überholten Shandong und Jiangsu ebenfalls Taiwan.

¹⁴ Das kann sich natürlich ändern, wenn eine Seite bis an den Rand der Auslöschung als Nationalstaat getrieben wird.

auf die Fokussierung der Volksrepublik auf die wirtschaftliche Modernisierung nützlich waren. Diese Politik beinhaltete im Fall der chinesisch-taiwanesischen Beziehungen den Vorschlag einer friedlichen Wiedervereinigung mit einem hohen Grad von Autonomie unter der Überschrift von „Ein Land, zwei Systeme“, wie er 1979 bis 1981 vorlag. Unter dessen lud man unter dem Schlagwort der „drei Verbindungen“ taiwanische Handelspartner und Investoren auf das Festland ein. Die Formel von „Ein Land, zwei Systeme“ funktionierte in Hongkong, nicht aber mit Taiwan, doch die „drei Verbindungen“ erwiesen sich trotz des merklichen politischen Risikos als wirtschaftlich unwiderstehlich. Sie erlaubten es China, zum größten Handelspartner sowie zum größten Ziel der direkten Auslandsinvestitionen Taiwans zu werden. Die politischen und sicherheitspolitischen Auswirkungen der wirtschaftlichen Integration sind jedoch offensichtlich bis heute recht begrenzt, da das taiwanische Wahlvolk sich nicht mehr zu einer politischen Wiedervereinigung hingezogen fühlt und das Festland sich weiterhin auf einen möglichen Einsatz gewaltsamer Mittel gegen die Insel vorbereitet und jährlich rund 100 auf die Insel gerichtete Raketen in Stellung gebracht hat.

Die Demokratisierung in Taiwan machte das Land zu einem ideologisch angenehmeren Partner für die USA, gestaltete jedoch die Beziehungen zu China komplizierter. Während die Demokratisierung zu Anfang die Öffnung gegenüber dem Festland möglicherweise erleichtert hat, hat sie auf Dauer zur politischen Emanzipierung der einheimischen Mehrheit und damit zu einer Entwicklung einer politischen Kultur der Unabhängigkeit geführt. Es gibt zwar keine wirkliche Beziehung zwischen der Abstammung und der Befürwortung einer taiwanesischen Unabhängigkeit, jedoch eine gewisse Affinität im Wahlverhalten, die auf der wachsenden Asymmetrie in den Beziehungen und dem als arrogant und schikanös empfundenen Verhalten der Festland-Behörden basiert und an der die Opposition mitgewirkt hat. Daher musste die PRC mit hilfloser Betroffenheit viele Jahre auf die seltsame Kombination von wachsender wirtschaftlicher Verflechtung und zunehmender politischer Entfremdung blicken. Sie war wegen der USA nicht zu einem Einmarsch in der Lage, und sie konnte wegen drohender Rückschläge bei Wahlen nicht einmal gehörig zetern. Seit 2005 hat Peking allerdings gelernt, Taiwan gegenüber auf Mittel der *soft power* zurückzugreifen – ohne endgültig auf die mögliche Anwendung von Instrumenten aus dem Arsenal der *hard power* zu verzichten –, und dabei befriedigende Ergebnisse erzielt. Der Wahlsieg der KMT 2008 mag vorübergehend die paradoxe Auseinanderentwicklung zwischen Wirtschaft und Politik gestoppt haben, da das neue Regime nicht zögerte, parallel zur wirtschaftlichen Integration eine herzlichere politische Beziehung in Gang zu setzen. Es ist wohl voreilig, die innenpolitischen Auswirkungen dieses Wechsels vorauszusagen, da bislang keine Partei mit offenen Karten spielt, sondern in ihren Kampagnen andere Themen in den Mittelpunkt stellt. So stellt die Annäherung zwischen Taiwan und China zwar eine wirtschaftliche Erfolgsgeschichte dar, ist politisch aber mit ungewissen Folgen behaftet.

Aus dem kurzen Überblick über die vergangenen 60 Jahre ragen zumindest zwei Dinge hervor. Erstens ist eine Wiedervereinigung ein äußerst langsamer und schwieriger Prozess, der von häufigen Rückschlägen, Abschweifungen und Unterbrechnungen gekennzeichnet bleibt. Jeder Versuch der beiden Seiten, das Problem mit Waffengewalt zu lösen, scheiterte. Der Übergang zu einer nuancierteren Politik von Zuckerbrot und Peitsche, der seit dem Ende des Kalten Kriegs erfolgte, hat sich kaum als Wundermittel erwiesen. Ob die aktuelle Annäherung wirkliche Fortschritte bringt oder nur eine Anpassung an den Status quo ist, bleibt – vielleicht absichtlich – unklar. Das Festland weiß gut genug,

dass demokratische Politik unvorhersehbar ist, und der Einfluss eines zukünftigen Siegs der DPP ist offen. Zweitens sind sich beide Seiten ungeachtet der vielen fehlerhaften Versuche und zeitweiliger Rückschläge nähergekommen, als es zum Beispiel die beiden Koreas geschafft haben. Die wirtschaftliche Integration war äußerst erfolgreich und hat eine Eigendynamik entwickelt, die nicht einmal scharfe politische Auseinandersetzungen stoppen können. Aus ideologischer Perspektive hat Chinas Reformpaket zu einer etwas größeren Kompatibilität mit der politischen Liberalisierung in Taiwan geführt, auch wenn sich die Überschneidungen bis jetzt auf die wirtschaftliche Sphäre beschränken. Auch kulturell bleibt die taiwanische Bevölkerung – „benshengren“ wie „waishengren“ – trotz aller Versuche, das Gespür für die eigene Geschichte der Insel und für ihre politische Kultur zu schärfen, chinesisch, wie Sprache, Gebräuche und Rituale zeigen. Es ist wahr, dass sich die öffentliche Meinung mit der Zeit stärker als „taiwanesisch“ und weniger als „chinesisch“ betrachtet – aber das ist zumindest teilweise nur eine Anerkennung des chinesischen Siegs im Wettkampf um die internationale Anerkennung als „China“.

Betrachtet man jedoch Politik und Sicherheitspolitik, dann müssen sich beide Seiten noch erheblich bewegen. Angesichts der über tausend Raketen, die auf die Insel gerichtet sind, und infolge der laufenden amerikanischen Waffenverkäufe an Taiwan existiert eine deutliche Sicherheitsproblematik. Chinesische Zusicherungen, dass eine Wiedervereinigung die Insel aus der Sicherheitsgleichung herauslöst, erscheinen kaum glaubwürdig, solange Offiziere der PLA Bücher über die unverzichtbare Rolle Taiwans für die „erste Inselkette“ der maritimen Verteidigung der PRC schreiben. Die Formel von „Ein Land, zwei Systeme“, die in Taiwan unpopulär ist, funktioniert in Hongkong recht gut, hat dort jedoch bislang das Aufkommen einer vollständigen Demokratie verhindert. Wenn die wirtschaftliche Asymmetrie zwischen den beiden Seiten weiterhin anwächst, wird Taiwan unter erhöhten Druck geraten zu verhandeln. Es wird allerdings auch mehr Zusicherungen benötigen, um einer Verbindung mit einem solch dominanten Partner zu vertrauen. Daher ist die Diskussion dieser Probleme einstweilen mit gutem Grund in eine ferne Zukunft vertagt.

Aus dem Englischen übersetzt von Andreas Hilger

Frances Trix

Der Kosovo/Kosova-Konflikt. Mythen und Demografie

Das Kosovo ist seit Langem eine umstrittene Region. Es liegt in der Mitte des Balkan, und dort ist der größte Reichtum an Bodenschätzen im südöstlichen Europa zu finden. In römischen, später auch in byzantinischen und ottomanischen Zeiten war es für seine Silberminen berühmt. Während des Zweiten Weltkrieges deckte Deutschland aus dem Kosovo einen guten Teil seines Bedarfs an Blei und Zink.¹ Es soll über 45 Prozent der Braunkohlenreserven Europas verfügen.² Aber es sind die widerstreitenden nationalistischen Ansprüche, die das Kosovo vom 19. Jahrhundert bis in unsere Tage zu einem Gegenstand der Weltpolitik gemacht haben – vor allem serbische und albanische Ansprüche.

Tatsächlich haben Serben und Albaner schon unterschiedliche Namen für die Region: sprechen die Serben von „Kosovo“, so die Albaner von „Kosova“. Und während die Serben für den größten Teil des 20. Jahrhunderts die politische Hoheit über das Gebiet ausübten, stellten die Albaner die Mehrheit der Bevölkerung. Serbiens Versuche, die albanische Mehrheit zu verringern, führten schließlich 1999 zum Krieg. Im Laufe dieses Krieges vertrieb Serbien die Hälfte der Kosovo-Albaner, weshalb am Ende die Vereinten Nationen die Administration des Gebiets übernahmen. Die Albaner der Region erklärten 2008 die Unabhängigkeit des Kosovo von Serbien. Bis Mitte 2013 wurde die Republik von 99 Staaten anerkannt. Serbien lehnt es jedoch ab, den Verlust seines früheren Territoriums und dessen Unabhängigkeit formell anzuerkennen.

Serbiens Ansprüche auf das Kosovo sind mytho-historisch, sie stützen sich auf den Kosovo-Mythos, der zur emotionalen Ausrüstung des serbischen Nationalismus gehört. Dem Mythos zufolge hat 1389 der serbische Fürst Lazar am Vorabend der Schlacht im Amsel­feld (Kosovo) ein himmlisches Königreich einem irdischen vorgezogen. Am folgenden Tag verlor er die Schlacht gegen die Türken, gewann aber den Serben moralische Überlegenheit. Im 19. Jahrhundert hat der serbische Nationalismus sich auch diese Geschichte von Opfer und Überlegenheit angeeignet. Historisch gesehen, war das Kosovo im 13. und 14. Jahrhundert Teil des mittelalterlichen Serbien. Dann kamen die türkischen Eroberer, und Serbien hörte für etliche Jahrhunderte auf zu existieren. Doch blieben serbisch-orthodoxe Klöster und Kirchen, die auch im Kosovo mehr als fünfhundert Jahre türkische Herrschaft überlebten, dank dem osmanischen Respekt vor anderen Religionen. Die serbisch-orthodoxe Kirche ist zutiefst politisch.³ Die Behauptung, dass das „Kosovo die Wiege Serbiens“ sei, speist sich aus geschichtlicher Entwicklung, staatlichen und kirchlichen Traditionen. In Wahrheit sind die Nemanjiden-Dynastie und die serbisch-orthodoxe Kirche nicht im Kosovo begründet worden, sondern weiter nördlich in Raška bei Novi Pazar⁴, und zwar im 12. Jahrhundert. Erst im folgenden Jahrhundert expandierten die Nemanji-

¹ Karl-Heinz Schlarp, *Wirtschaft und Besatzung in Serbien 1941–1944. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik in Südosteuropa*, Stuttgart 1986, S. 59.

² Interview mit Kirk Adams, dem Leiter der Privatisierung in der Kosova Trust Authority, Priština, Kosovo, 18. 6. 2007.

³ Sabrina Ramet, *The Politics of the Serbian Orthodox Church*, in: Sabrina Ramet/Vjerran Pavlakovic (Hrsg.), *Serbia since 1989. Politics and Society under Milosevic and after*, Seattle 2005, S. 255–285.

⁴ Noel Malcolm, *A Short History of Kosovo*, New York 1998, S. 41 und 46.

den bis Niš im Osten und ins Kosovo im Süden. Das serbische Patriarchat ging nach Peć im nordwestlichen Kosovo am Ende des 13. Jahrhunderts, als der frühere Mittelpunkt der serbisch-orthodoxen Kirche im nördlichen Žiža niedergebrannt wurde.⁵ Es ist jenes Zentrum in Peć, dazu die Erinnerung an den Höhepunkt der Nemanjidenschen Expansion, die serbische Identität an das Kosovo binden.

Albaniens Ansprüche auf das Kosovo sind ethno-demografisch. Die Albaner gehören zu den ältesten Völkern auf dem Balkan; sie führen ihre Ursprünge auf die Illyrer und Dardanier des 4. Jahrhunderts v. Chr. zurück. Es gab römisch-katholische Albaner im östlichen Kosovo, ehe im 14. Jahrhundert die Türken kamen, wenn sie auch eine Minorität darstellten.⁶ Viele Albaner und einige Slawen konvertierten allmählich zum Islam. Während der ganzen fünf Jahrhunderte osmanischer Herrschaft bekleideten Albaner verantwortliche administrative und kommerzielle Stellungen im Kosovo. Albanische Moscheen, Tekkes, Kullas (eine alte albanische Häuserart) und traditionelle Marktplätze – viele 1999 von serbischem Militär zerstört oder schwer beschädigt⁷ – prägten das Bild der Landschaft. Mitte des 19. Jahrhunderts lebten im Kosovo mehr Albaner als Slawisch Sprechende.⁸ Die erste ottomanische Volkszählung im Kosovo, 1870 durchgeführt, ergab 70 Prozent Muslime und 30 Prozent Christen⁹, wobei die meisten Muslime Albaner und die meisten Christen Serben waren. Die Zahl der muslimischen Albaner im Kosovo nahm noch zu, als Albaner im russisch-türkischen Krieg von 1877/78 von Serben aus der Region um Niš vertrieben wurden.

Die Volkszählung von 1921 ergab im Kosovo 65,8 Prozent Albaner und 21,1 Prozent Serben und Montenegriner.¹⁰ In der letzten vollständigen Zählung, die 1981 in Jugoslawien stattfand, wurden, trotz zielbewusster serbischer Kolonisierung und forcierter Emigration von Albanern, 77,7 Prozent der Bevölkerung als Albaner ermittelt, 13,2 Prozent als Serben.¹¹ 2001 zählte man dann, bei einer Gesamtbevölkerung von geschätzten 2,4 Millionen, 88 Prozent Albaner und 7 Prozent Serben.¹² Die restlichen 5 Prozent setzten sich zusammen aus Türken, Bosniern, Roma-Aschkali-Ägyptern und Gorani (Slawisch sprechende Muslime). Es verdient festgehalten zu werden, dass die Bevölkerungsdichte etwa 200 pro Quadratkilometer beträgt und damit eine der höchsten in Europa ist.

Sowohl Albaner wie Serben hatten im 20. Jahrhundert hinsichtlich des Kosovo Einbußen zu verzeichnen. Die Albaner mussten auf die Hoffnung verzichten, das Kosovo als integralen Teil Albanien zu sehen. Nachdem die Albaner am 28. Oktober 1912 ihre Unabhängigkeit vom Ottomanischen Reich erklärt und serbische Truppen im Ersten Balkankrieg das Kosovo erobert und das nördliche Albanien durchquert hatten, trat in London eine Botschafterkonferenz der Großmächte zusammen, um eine österreichische Intervention zu verhindern. Nach dem Zweiten Balkankrieg, zu dem es 1913 kam, legte die Bot-

⁵ Ebenda, S. 46.

⁶ Ebenda, S. 57.

⁷ Sabri Bajgora (Hrsg.), *Serbian Barbarities against Islamic Monuments in Kosova*, Priština 2000.

⁸ Malcolm, *A Short History*, S. 196.

⁹ Ebenda, S. 194.

¹⁰ Julie A. Mertus, *Kosovo. How Myths and Truths Started a War*, Berkeley/Los Angeles 1999, S. 315.

¹¹ Ebenda, S. 316.

¹² World Bank Living Standards Measurement Study, 2001, <http://enrin.grida.no/htmls/kosovo/SoE/popullat.htm> (31. 05. 2012); auch Hivzi Islami, *Studime Demografike: 100 Vjet të Zhvillimit Demografik të Kosovës (Demografische Studien: 100 Jahre demografischer Entwicklung im Kosovo)*, Priština 2008, S. 542.

schafterkonferenz die Grenzen eines neuen albanischen Staates fest und schlug dabei das Kosovo trotz seiner albanischen Mehrheit Serbien zu. 1918 wurde das Kosovo definitiv Teil des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen, des späteren Jugoslawien. Die Albaner im Kosovo, vor allem die im zentralen Part der Region, widersetzten sich bis Mitte der zwanziger Jahre, und einige appellierten auch an den Völkerbund, doch blieb alles vergeblich. Die Zwischenkriegszeit war für die Albaner des Kosovo wenig erfreulich. Belgrad subventionierte serbische Siedler und gab ihnen albanisches Land.¹³ Die Belgrader Regierung ließ keinen Unterricht in albanischer Sprache zu und war drauf und dran, sich vertraglich zu verpflichten, die Türkei für die Aufnahme von 40 000 Familien (zehn Köpfe pro Familie) aus ländlichen Gegenden des Kosovo zu bezahlen¹⁴, obwohl zwischen 1918 und 1941 bereits 90 000 bis 150 000 das Kosovo verlassen hatten und in die Türkei gegangen waren. Nur der Zweite Weltkrieg hielt den Vertragsabschluss mit der Türkei auf. Dieser Krieg brachte den Albanern im Kosovo überhaupt eine Atempause, da die früheren serbischen Siedler zum Abzug gezwungen wurden und die Deutschen in den Grund- und Sekundärschulen Unterricht in albanischer Sprache zuließen. Doch haben die Serben gegen Ende des Krieges viele Albaner umgebracht.

Zu Beginn des Tito-Regimes kehrten zahlreiche serbische Siedler zurück, und wiederum wurden Albaner in die Türkei vertrieben; etwa 100 000 sind in den fünfziger Jahren abgewandert.¹⁵ Das Kosovo wurde als serbische Kolonie behandelt. Trotz seiner Bodenschätze blieb es die ärmste Region Jugoslawiens. Jedoch ist den Albanern Ausbildung in ihrer eigenen Sprache erlaubt worden, und gegen Ende der sechziger Jahre demonstrierten sie bereits für eine Universität und mehr politischen Einfluss. Höhepunkt war die Verfassung von 1974; sie machte aus dem Kosovo eine autonome Provinz, die auf Bundesebene fast so viel politische Macht erhielt wie die Republiken Jugoslawiens. In jener Dekade verließen Serben das Kosovo, um in Belgrad Bildung und Arbeit zu finden. Nachdem aber Tito 1980 gestorben war, kamen serbische Politiker wie Slobodan Milošević an die Macht, indem sie sich den serbischen Nationalismus und durch die Medien die „Opferrolle“ der serbischen Minorität im Kosovo zunutze machten.¹⁶ 1989 hob Milošević den Status des Kosovo als autonomer Provinz auf, und 1990 entfernte er alle Albaner aus der Polizei, aus den Medien, aus den Schulen und aus staatlichen Stellungen, ersetzte sie durch Serben und verkündete das Kriegsrecht. Es entstand eine Gesellschaft der Apartheid, in der es Albanern verboten war, die Universität, Kliniken, Krankenhäuser und Sekundarschulen zu besuchen.¹⁷

Dann, am Ende des 20. Jahrhunderts, verlor Serbien das Kosovo, Rechtswissenschaftler führen das darauf zurück, dass Serbien während des Krieges die halbe albanische Bevölkerung auswies.¹⁸ NATO-Streitkräfte wurden, unter einer UN-Zivilverwaltung, für die Sicherheit zuständig, obwohl das Kosovo formal immer noch unter jugoslawischer Souveränität

¹³ Malcolm, *A Short History*, S. 281.

¹⁴ Ebenda, S. 286.

¹⁵ Ebenda, S. 323.

¹⁶ Mertus, *Kosovo*, S. 108–114.

¹⁷ Zum Verständnis des Kosovo in den neunziger Jahren siehe Frances Trix, *Kosovar Albanians between a Rock and a Hard Place*, in: Ramet/Pavlakovic (Hrsg.), *Serbia since 1989*, S. 309–349.

¹⁸ Marc Weller, *Contested Statehood. Kosovo's Struggle for Independence*, Oxford 2009, S. 107–149 und 178. Siehe auch die Erörterung der Anklage von Milošević und Spitzenfunktionären Jugoslawiens und Serbiens während des Krieges durch das International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia (ICTY), ebenda, S. 170–175.

nität existierte. Nach fast einem Jahrzehnt internationaler Administration erklärte das Kosovo am 17. Februar 2008 seine Unabhängigkeit von Serbien und ist mittlerweile von vielen wichtigen Staaten, darunter die USA und Deutschland, wie auch von den meisten Ländern der Europäischen Union als selbstständig anerkannt worden, nicht jedoch von Serbien und Russland.

I. Historische Umstände des Verlusts vom Kosovo – für Albaner und Serben

Die Albaner verloren das Kosovo als Teil Albanien auf der Londoner Botschafterkonferenz von 1912/13, da ihnen stärkere europäische Unterstützung fehlte. Russland, Frankreich und Großbritannien setzten sich für die Interessen Serbiens ein, während Österreich-Ungarn wieder und wieder bei Städten nachgab, die dem neuen Staat Albanien hätten zugeschlagen werden können. Serbien forderte auf der Konferenz einen Zugang zur Adria. Österreich-Ungarn lehnte dies strikt ab, wie auch Italien und Großbritannien. Wenn es aber um Städte mit albanischer Mehrheit ging, etwa Prizren und Debar, und Russland, zusammen mit Großbritannien und Frankreich, darauf bestand, dass sie an Serbien fallen sollten, wick Österreich-Ungarn zurück. Russland verlangte, dass Peć und Gjakova zu Montenegro kommen.¹⁹ Es muss betont werden, dass die Großmächte, als sie die Grenzen Albanien zogen, die Hälfte aller Albaner außerhalb Albanien ließen: im benachbarten Griechenland, in Montenegro, im serbischen Mazedonien und im Kosovo.²⁰ Ferner ist zu sagen, dass das Kosovo für alle Albaner auf dem Balkan etwas Besonderes darstellte. Noch zu osmanischen Zeiten hatten sich 300 albanische Delegierte in Prizren im südlichen Kosovo versammelt, um 1878, kurz vor dem Berliner Kongress, Mittel und Wege zu finden, ihr Land gegen Übergriffe Serbiens und Montenegros zu schützen. Die Versammlung wurde als Albanischer Bund oder, für die Albaner selbst, als „Bund von Prizren“ bekannt.²¹ Dass der neue Staat Albanien vom Kosovo trotz dessen Geschichte und albanischer Mehrheit abgeschnitten sein sollte, war für Albaner in der Tat eine schmerzhafteste Wunde.

Serbien verlor Kosovo 1999 als Endpunkt eines Jahrzehnts der Kriegstreiberei und der Fehlrechnungen Milošević' bei den Rambouillet-Verhandlungen. Serbien hatte die Kriege begonnen: 1991 in Slowenien, 1991 bis 1995 in Kroatien und 1992 bis 1995 in Bosnien. Im Juni 1998, als die Kämpfe zwischen serbischen Truppen und der neu ins Leben gerufenen Kosova-Befreiungsarmee eskalierten, äußerte NATO-Generalsekretär Javier Solana: „Zum Kosovo lassen Sie mich ganz klar sagen, dass die NATO nicht müßig daneben stehen wird. Wir werden eine Wiederholung der Situation in Bosnien 1991 nicht zulassen.“²²

Aber Milošević nahm das nicht ernst. Die Gewalt im Kosovo dauerte an, bis die NATO und die sogenannte Contact Group²³ im Februar 1999 Friedensverhandlungen in Ram-

¹⁹ Es ist interessant, dass Peć Montenegro zugeschlagen wurde, nicht Serbien.

²⁰ Miranda Vickers, *Between Serb and Albanian. A History of Kosovo*, New York 1998, S. 80.

²¹ Stavro Skendi, *The Albanian National Awakening 1878–1912*, Princeton 1967, S. 32–53.

²² Sabrina Ramet, *Balkan Babel. The Disintegration of Yugoslavia from the Death of Tito to the Fall of Milošević*, Boulder, CO 1996, S. 319.

²³ Zu der Gruppe gehören die USA, das Vereinigte Königreich, Frankreich, Deutschland, Italien und Russland. Sie wurde zuerst ins Leben gerufen, um Anfang der neunziger Jahre die Krise in Bosnien zu behandeln, und kann als moderne Version des Konzerts der Großmächte angesehen werden.

bouillet organisierten.²⁴ Milošević war überzeugt, die Albaner würden die Ergebnisse der erzwungenen Verhandlungen in Rambouillet nicht akzeptieren, und so verweigerte Jugoslawien die Unterzeichnung, obwohl die NATO mit Luftschlägen drohte. Doch die Albaner unterschrieben die Vereinbarung²⁵, und die NATO begann am 24. März 1999 mit Luftangriffen, die 78 Tage fortgesetzt wurden. Mittlerweile hatten serbisches Militär, paramilitärische Verbände und Polizeitruppen in einem „Operation Horseshoe“ getauften Unternehmen 850 000 Albaner aus dem Kosovo vertrieben, rund 10 000 Albaner getötet und 500 albanische Dörfer im Kosovo zerstört.²⁶ Und es war eben diese systematische „ethnische Säuberung“, die eine ausgehandelte Regelung in der Zukunft unmöglich machte.²⁷ Als im Kosovo keine militärischen Ziele mehr vorhanden waren, griff die NATO Objekte in Serbien an, um Milošević zur Aufgabe zu zwingen. Die Menschen in Belgrad mussten nun Zeit in Luftschutzkellern verbringen, Brücken wurden bombardiert, und am Ende waren die Belgrader ohne Elektrizität.²⁸ Aufgrund der diplomatischen Bemühungen Viktor Stepanovič Černomyrdins, Strobe Talbotts und Martti Ahtisaaris unterzeichnete Serbien schließlich am 9. Juni 1999 das sogenannte Military Technical Agreement, demzufolge Einheiten der NATO ins Kosovo einrückten und die UN die Verwaltung der Region zu übernehmen hatte, obwohl diese technisch noch immer unter jugoslawischer Souveränität blieb. Als die serbischen Verbände abzogen, gingen viele Serben mit ihnen, und die aus dem Kosovo geflohenen Albaner kehrten zurück; es war die größte Bewegung von Flüchtlingen seit dem Zweiten Weltkrieg.

II. Internationale Vorbedingungen für Identitätsbildung

Die Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrats wurde am 19. Juni 1999 angenommen.²⁹ Sie verfügte den vollständigen Abzug aller serbischen Sicherheitskräfte und stellte das Kosovo unter UN-Kontrolle, das heißt, sie sorgte für die Präsenz ziviler Organe und Sicherheitseinheiten der UN. Politisch bekräftigte sie die Souveränität Jugoslawiens, bezog sich aber zugleich auf Zusätze, die eine Klausel über den künftigen „Willen des Volkes“ enthielten. UNMIK, The United Nations Interim Administration Mission in Kosovo, wurde beauftragt, administrative Einrichtungen und Voraussetzungen für Selbstverwaltung zu

²⁴ Bei Weller, *Contested Statehood*, S. 107–149, ist eine exzellente Abhandlung der Rambouillet-Konferenz durch einen Rechtswissenschaftler, der an der Konferenz teilnahm, zu finden.

²⁵ Die Vereinbarung von Rambouillet, die die Albaner schließlich unterzeichneten, sah eine NATO-Streitmacht im Kosovo vor, den Rückzug der jugoslawischen Streitkräfte und der Polizei des serbischen Innenministeriums, die Ablieferung ihrer Waffen durch die Kosovo Liberation Army (KLA) und die Selbstregierung im Kosovo mit Vetorecht für die Minoritäten – dies alles unter der Souveränität des alten Jugoslawien, aber mit der Klausel, dass nach drei Jahren „der Wille des Volkes“ zusammen mit der internationalen Gemeinschaft festgestellt werden sollte. Siehe Weller, *Contested Statehood*, S. 136–146.

²⁶ Human Rights Watch, *Under Orders. War Crimes in Kosovo*, New York 2001, S. 3.

²⁷ Weller, *Contested Statehood*, S. 178.

²⁸ Siehe Jasmina Tesanovic, *Diary of a Political Idiot. Normal Life in Belgrade*, San Francisco 2000, S. 67–114; dort ist eine plastische Beschreibung Belgrads während der Wochen des NATO-Bombardements zu finden. Doch lag die Zahl der zivilen Todesopfer für Serbien im Unterschied zum Kosovo unter 100 (Human Rights Watch). In Belgrad lag die Zahl unter 20, vor allem waren die Radio- und Fernsehstation am 23. April 1999 betroffen.

²⁹ Die Abstimmung im Sicherheitsrat ergab vierzehn zu null (China enthielt sich).

schaffen, Recht und Ordnung aufrechtzuerhalten und einen politischen Prozess zu erleichtern, der schließlich über den endgültigen Status des Kosovo entscheiden sollte. Hohe Priorität erhielt das Ziel, im Kosovo die Existenz einer multi-ethnischen Gesellschaft zu ermöglichen.

Im Rahmen einer Verfassung wurde den Minderheiten, „Gemeinschaften“ genannt, das Recht auf Schulbildung in der eigenen Sprache garantiert und „das Recht, ihre ethnische, kulturelle und religiöse Identität zu bewahren, zu schützen und Ausdruck zu verleihen“. Die einzigen Projekte, die von internationalen Organen finanziert werden sollten, mussten multi-ethnische Komponenten haben. Überdies schlossen die von den UN geförderten Verhandlungen, die 2006 in Wien begannen und 2007 zum Ahtisaari-Plan führten, eine Sektion für allgemeine Grundsätze und eine zweite Siedlungs-Bestimmung ein, die das Kosovo ebenfalls auf eine Zukunft als „multi-ethnische Gesellschaft“ festlegte. Der Ahtisaari-Plan diente dann als Basis für die Verfassung der Republik Kosovo.

Aber das Kosovo war vor dem Krieg anders gewesen als Bosnien. In den neunziger Jahren war es zu einer Apartheid-Gesellschaft verkommen, in der Serben die Macht in Händen hatten, gestützt von Polizei und Militär.³⁰ Selbst davor, fast für die ganzen 87 Jahre jugoslawischer Herrschaft – die siebziger Jahre ausgenommen –, hatte die serbische Minorität eine sekundäre kolonialistische Gesellschaft im Kosovo geschaffen. Wie sollte also dort ein „multi-ethnischer“ Zustand aussehen?

Alle öffentlichen Hinweisschilder tragen sowohl albanische wie serbische Beschriftung, und in den Schulen gibt es Unterricht in beiden Sprachen. Von den 120 Sitzen im Parlament sind zwanzig für Minderheiten reserviert, zehn für die Serben und zehn aufgeteilt unter den übrigen Minoritäten. UNMIK hat auch die Rückkehr von Serben ins Kosovo ermutigt. Anfänglich gab es auch Projekte zur Förderung der Versöhnung beider Gruppen, doch war das voreilig und fand bei keiner Seite Gegenliebe. Kriegsverbrechen sind so gut wie nicht geahndet worden, wenn es auch einige Verfahren gegeben hat.³¹ Noch immer sind seit dem Krieg einige tausend Albaner und einige hundert Serben vermisst. Man nimmt an, dass die vermissten Albaner in Massengräbern auf serbischem Boden liegen, wohin sie nach Massakern verbracht worden waren. Der Krieg und die Jahre der Beraubung und Isolierung haben Traumata hinterlassen.³²

Unmittelbar nach dem Krieg wurden Serben aus vielen Städten des Kosovo von zurückkehrenden Albanern vertrieben, während Serben Anfang 2000 Albaner aus dem nördlichen Kosovo verjagten – wobei internationale Streitkräfte passiv zuschauten. Im Norden wurde Mitrovica eine geteilte Stadt, dank der Unentschlossenheit der französischen KFOR und der Konfliktscheu der Vereinten Nationen. Vor dem Krieg war Mitrovica die „jugoslawischste“ der Städte im Kosovo, wo Serben und Albaner als Nachbarn lebten und zusammen in den Gruben arbeiteten. Aber das serbische Verlangen nach einem städtischen Mittelpunkt im Kosovo und die geografische Lage der Stadt im Norden verlockten zu einer „ethnischen Säuberung“. Dies geschah vornehmlich nach dem Krieg, als Serben aus anderen Städten des Kosovo nach Mitrovica zuwanderten. Dabei sabotierte Belgrad multi-

³⁰ Trix, *Kosovar Albanians*, S. 309–349.

³¹ Milošević stand seit 2002 vor Gericht (er starb während der Haft), seine Kommandeure waren 2006 vor dem Haager Gericht. Davon abgesehen, gab es nur wenige Strafverfahren gegen rangniedrigere Angehörige der serbischen Polizei und der paramilitärischen Verbände.

³² Diese Beobachtungen sind das Ergebnis umfassender anthropologischer Studien, die ich 2007 und 2009 im Kosovo durchführte.

ethnische Initiativen durch die Schaffung von Parallelstrukturen in serbischen Gemeinden im Kosovo und mit der Drohung, Zuschüsse einzustellen, falls Serben in nichtserbischen Institutionen mitarbeiteten.

Im Laufe der Zeit ist es zwischen den 120 000 Serben im Kosovo zu einer Spaltung gekommen. Diejenigen, die im Norden leben, sind radikaler und enger an Belgrad gebunden. Hingegen haben die mehr südlich in ländlichen Enklaven lebenden – die zahlreicher sind – etwas stärker an Wahlen teilgenommen und in Institutionen des Kosovo mitgearbeitet. Im März 2004 gab es allerdings einen Rückschlag, als es zu dreitägigen Unruhen kam, die neunzehn Menschen das Leben kosteten, elf Albanern und acht Serben; auch wurden serbisch-orthodoxe Kirchen beschädigt, drei völlig zerstört.³³ Der danach verfasste Kai-Eide-Bericht stellte fest, dass die Vorfälle eher wirtschaftliche als ethnische Ursachen hatten.³⁴ Gleichwohl nahm der spätere Ahtisaari-Plan diese Erfahrung zum Anlass, einen besonderen Schutz für Minoritäten und für serbisch-orthodoxe Stätten vorzusehen. Im Übrigen hatten sich die Unruhen auch gegen die UN gerichtet, gegen ihre Bequemlichkeit und Unentschlossenheit; viele UN-Fahrzeuge waren umgestürzt worden.

Die andere Bedingung, die von der internationalen Gemeinschaft gestellt wurde, neben der Schaffung multi-ethnischer Verhältnisse, war der Verzicht des Kosovo auf territoriale Ansprüche an die Nachbarstaaten. Das bedeutet, dass das Kosovo sich nicht mit der albanischen Region des nordwestlichen Mazedoniens und nicht mit dem Preševo-Tal im südlichen Serbien vereinigen oder sich Albanien anschließen darf. Dies ist ebenfalls im Ahtisaari-Plan festgelegt.

III. Eine neue nationale Identität im Kosovo

Der Begriff „Kosovar“, der eine Person aus dem Kosovo meint, hat den Vorteil, der einzige Begriff zu sein, anders als „Kosovo“, das die serbische Form, und „Kosova“, das die albanische Form ist. Er tauchte international erstmals in den neunziger Jahren auf, um jeden Bewohner des Kosovo zu bezeichnen; er stammt aus dem Albanischen, ist aber ein slawisches Typonym und wurde schon früh vom amerikanischen State Department verwendet.³⁵ Als ein supra-ethnischer Begriff ist „Kosovar“ nach dem Krieg sowohl von Vertretern internationaler Organe wie von Bewohnern des Kosovo benutzt worden.³⁶

Für Serben, die im Kosovo leben, ist die Bezeichnung „Kosovar“ problematisch. Solange die Beziehung zu Belgrad nicht irgendeine abschließende Regelung gefunden hat, werden sie wahrscheinlich keine Kosovar-Identität annehmen, sondern sich als Serben in einer misslichen Situation verstehen.

³³ Zu den Unruhen im März 2004 siehe Human Rights Watch, Failure to Protect. Anti-Minority Violence in Kosovo (März 2004), New York 2004.

³⁴ Kai Eide, Report on the Situation in Kosovo, in: United Nations Security Council, Letter dated 17 November 2004 from the Secretary-General addressed to the President of the Security Council (S/2004/932, 15. 7. 2004), S. 3–29, hier S. 3, <http://www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9%7D/kos%20S2004%20932.pdf> (31. 5. 2012).

³⁵ Aasmund Andersen, Transforming Ethnic Nationalism in Kosovo. The Potential of the Kosovar Identity, in: Migjen Kelmendi/Arlinda Desku (Hrsg.), Who is Kosovar? Kosovar Identity [a Debate], Priština, Java 2005, S. 41–52, hier S. 43.

³⁶ Adnan Dragaj, Ethnicity and Nation, in: Kelmendi/Desku (Hrsg.), Who is Kosovar?, S. 295–299, hier S. 295.

Interessanterweise fällt es aber auch etlichen Albanern im Kosovo schwer, sich als Kosovars zu begreifen, da sie darin eine Gefährdung der albanischen Einheit sehen. Es besteht also eine Spannung zwischen der Kosovar-Identität und einer pan-albanischen Identität. Lange war es den Albanern im Kosovo nicht erlaubt, ihrer albanischen Identität Ausdruck zu verleihen. 1972 reagierten sie darauf mit der Annahme der Schriftsprache Albanien als ihre eigene Sprache, obwohl jene auf einen Dialekt gründet, der nicht der ihre ist. Die Übernahme der Schriftsprache Albanien brachte die Kosovo-Albaner aber der kulturellen Einheit mit Albanien ein Stück näher und entfernte sie von einer sogenannten Kosovar-Identität. Tatsächlich machten sich Kosovo-Albaner Illusionen über Albanien, verstärkt durch dessen Isolierung unter Enver Hodscha.

Als aber Kosovo-Albaner während des Krieges von 1999 Schutz in Albanien suchten, waren sie entsetzt über die Verhältnisse, die sie dort antrafen. Diese Erfahrung – dazu eine Dekade der Schul- und Klinikbauten wie der Stärkung der Menschenrechte im Kosovo der neunziger Jahre³⁷ – machte sie ihrer eigenen Identität als Kosovar-Albaner bewusster. Seit dem Krieg ist die Kosovar-Identität unter Albanern noch ausgeprägter geworden. Es gibt nun sogar eine Zeitschrift, *Java*, die in dem nördlichen Dialekt erscheint, der im Kosovo gesprochen wird. Das Argument ist zu hören, dass beide, Kosovar-Albaner und Albaner, eine albanische Kultur respektieren können, so wie Österreicher und Deutsche auf eine deutsche Kultur stolz seien.³⁸

Mittlerweile gibt es die Forderung nach Symbolen für diese neue Identität, einschließlich der breiteren supra-ethnischen Kosovar-Identität. Als das Kosovo seine Unabhängigkeit erklärte, wurde die neue Flagge entfaltet – blau wie die Flagge der EU mit einer gelben Umrisskarte des Kosovo; über der Karte sind sechs gelbe Sterne zu sehen für die sechs Völkerschaften des Kosovo: Albaner, Serben, Bosnier, Türken, Gurani (Slawisch sprechende Muslime) und Roma-Aschkali-Ägypter. Die Nationalhymne hat keinen Text, da keine ethnische Gruppe bevorzugt werden soll.

Bei Feierlichkeiten im Kosovo ist freilich die rote albanische Flagge mit dem doppelköpfigen schwarzen Adler auf rotem Grund – die Standarte Skanderbegs, des albanischen Nationalhelden aus dem 15. Jahrhundert – stets gegenwärtig. Diese Flagge wird auch weiterhin bei albanischen Kosovaren Resonanz finden. In gleicher Weise wird die serbische Fahne auf serbische Kosovaren wirken. Doch die neue Flagge ist auf Schildern, Dokumenten und Autokennzeichen zu finden. Ob sie sich behaupten wird, bleibt abzuwarten. Das Kosovo ist der jüngste Staat in Europa. Es wird Zeit brauchen, bis sich die neue Identität eingewachsen hat. Im Augenblick sind Kosovars insofern die am meisten isolierten Menschen in Europa, als sie für fast alle Auslandsreisen Visa brauchen. Wenn der neue Staat Erfolg haben soll, müssen sie zumindest im EU-Raum die gleichen visa-freien Reisemöglichkeiten erhalten, wie sie den Serben eingeräumt wurden.

IV. Serbien und der Verlust des Kosovo

Mehr als zehn Jahre nach dem Verlust des Kosovo hat sich Serbien noch immer nicht damit abgefunden. Es ist auch besonders schwierig, da das Kosovo mit dem zentralen natio-

³⁷ Trix, *Kosovar Albanians*.

³⁸ Mentor Latifi, *Identity and Identification*, in: Kelmendi/Desku (Hrsg.), *Who is Kosovar?*, S. 169–171, hier S. 170.

nalen Mythos Serbiens verbunden ist und die serbisch-orthodoxe Kirche sich weigert, den Verlust zu akzeptieren.³⁹ In Schulbüchern sind noch immer die alten nationalistischen Texte zu finden. Serbien hat ja 1999 im Krieg mit der NATO keine Niederlage erlebt, und so ist die Anerkennung des Verlusts vertagt worden. Als die serbischen Truppen aus dem Kosovo abzogen und NATO-Verbände einrückten, erklärte Milošević im Fernsehen, die Nation habe Heroismus gezeigt und „wir haben Kosovo nicht aufgegeben“. ⁴⁰ Wenn die Serben 1999 eine Niederlage verspürt hätten, wären sie vielleicht genötigt gewesen, sich mit der Falschheit ihrer Mythen von Opferrolle und moralischer Überlegenheit, mit ihren Verantwortlichkeiten in den Kriegen und dem Verlust des Kosovo ernstlich auseinanderzusetzen.

Im Übrigen haben gerade auch die Medien in Serbien seit Mitte der achtziger Jahre starke nationalistische Töne angeschlagen. Es ist durchaus angemessen, einen guten Teil dieser Medienaktivität mit ihrer Schmähung der Nicht-Serben als Hass-Propaganda zu charakterisieren. Albaner wurden mit besonderer Gehässigkeit porträtiert. Die Bombenangriffe der NATO von 1999 haben das serbische Gefühl, Opfer und einer „westlichen Verschwörung“ ausgesetzt zu sein, noch verstärkt. Diese Medien wurden von Milošević kontrolliert und dann von der Partei, die an der Macht war.

Und doch wissen vernünftige Serben, dass das Kosovo verloren ist. Aber kein Politiker will derjenige sein, der gerade die Regierungsverantwortung trägt, wenn der Verlust offiziell zugegeben werden muss. Im Rückblick beklagen manche Gelehrte die Ermordung von Ministerpräsident Zoran Đinđić 2003. Sie glauben, er hätte Serbien dazu bringen können, mehr flüchtige Kriegsverbrecher festzusetzen, und das hätte es Serbien ermöglicht, zusammen mit Kroatien die EU-Mitgliedschaft zu erwerben. Als Mitglied der EU wäre es Serbien auch leichter gefallen, den Verlust des Kosovo hinzunehmen, vielleicht mit kleinen Berichtigungen.⁴¹ Aber das sind Spekulationen. Đinđić ist ermordet worden, und die nachfolgenden Führer waren nicht willens, in der Kosovo-Frage Konzessionen zu machen.

Tatsächlich erkennt Serbien weder im eigenen Land noch im Ausland an, dass es das Kosovo verloren hat. Der bewusste Gebrauch der alten serbischen Bezeichnung „Kosovo und Metohija“, wobei „Metohija“ sich auf „Kirchenbesitz“ bezieht, bekräftigt das. Im Jahr 1968, während der Beratungen zur Schaffung einer jugoslawischen Verfassung, ist im Zusatz VII die Wendung „Kosovo und Metohija“ auf „Kosovo“ reduziert worden. Die in den neunziger Jahren erfolgte Rückkehr zu der längeren serbischen Formel sollte die Albaner irritieren und das serbische Patrimonium betonen.

Im Kosovo hat sich Serbien verhalten, als ob die Region noch ein Teil des serbischen Staates sei. Belgrader Politiker kreuzen die Nordgrenze des Kosovo, um dort Wahlkampf zu machen, Serben im Kosovo werden angehalten, in serbischen Wahlen mitzustimmen, und es werden an Serben dort „Notgelder“ bezahlt, um sie im Kosovo zu halten, ob sie

³⁹ Bei der Weihe des neuen serbisch-orthodoxen Patriarchen im Oktober 2010 hat, trotz der Versprechen serbischer Politiker, bei der Zeremonie in Peć auf politische Botschaften zu verzichten, Patriarch Irinej selbst gesagt: „Es war eine Sünde, das Kosovo anzuerkennen.“ In: Koha Ditore: „Irinej. Kosovo war jahrhundertlang ein Teil Serbiens“, 4.10.2010.

⁴⁰ V.I.P. Daily News Report, Belgrad, 11. 6. 1999, zitiert bei Tim Judah, *Kosovo War and Revenge*, New Haven 2002, S. 285.

⁴¹ Henry H. Perritt, *The Road to Independence for Kosovo. A Chronicle of the Ahtisaari Plan*, Cambridge 2009, S. 96.

Arbeit haben oder nicht. Das frühere Haupt der serbisch-orthodoxen Kirche im Kosovo, Erzbischof Artemije, tat ebenfalls so, als sei er noch in Serbien.⁴²

Die serbische Regierung verfolgt eine Politik der Nadelstiche. So untersagt sie Flugzeugen von und nach Priština, den serbischen Luftraum zu nutzen. Die Menschen können nicht direkt vom Kosovo nach Serbien einreisen. Und der Präsident Serbiens weigert sich, an globalen und sogar regionalen Ereignissen teilzunehmen, wenn ein kosovar-albanischer Politiker offiziell anwesend sein sollte.

Auf nationaler serbischer Ebene hat die Kosovo-Frage vielen Politikern als Sammelmur gedient. Gleichwohl sind die Kosten, die von der Unterstützung etlicher Serben im Kosovo mit doppelten Gehältern verursacht werden, nicht bei allen Wählern populär. Aber als die Wiener Verhandlungen mit Ahtisaari über das Kosovo begannen, suchten serbische Politiker das Kosovo zum Verbleib in Serbien zu verlocken. Sie organisierten 2006 ein Referendum über eine neue Verfassung, in deren Präambel das Kosovo als „ein integraler Teil Serbiens mit fundamentaler Autonomie“ definiert wurde. Natürlich konnten Kosovar-Albaner über diese Frage nicht abstimmen. Um erfolgreich zu sein, mussten mindestens 50 Prozent eingetragener serbischer Wähler ihre Stimme abgeben. Tatsächlich stimmten nur 53,66 Prozent ab, davon 51,46 Prozent für die neue Verfassung. Das deutet darauf hin, dass das Kosovo-Problem nicht mehr so zentral ist und viele Serben gegenüber dem politischen Prozess gleichgültig geworden sind.

Stattdessen ist derzeit eine Polarisierung in Serbien zu verzeichnen, dazu ein Ringen über das Land zwischen Westeuropa und Russland, wobei das Kosovo die Rolle eines Faustpfeils spielt. Westeuropa lockt mit der Möglichkeit des Eintritts in die Europäische Union und hofft, dass dies dem Festhalten am Kosovo vorgezogen werde. Die Russen offerieren billige Energie und Hilfe für das Kosovo. Auf einer anderen Ebene ist das Kosovo jedoch ein Abstraktum. Nur wenige Serben haben die Region je besucht. Sie ist arm und ihnen fern. Und wenn Serben aus dem Kosovo nach Belgrad kommen, macht man sich oft wegen ihres Akzents lustig über sie und nennt sie „šiptar“, ein abschätziger Name für Albaner.

Auf sozusagen internationaler Ebene geschah es, dass Serben, als das Kosovo im Februar 2008 seine Unabhängigkeit von Serbien erklärte, einen Teil der amerikanischen Botschaft in Belgrad niederbrannten. Serbien legte dann die Frage der „Legalität der einseitigen Unabhängigkeitserklärung des Kosovo unter internationalem Recht“ den Vereinten Nationen vor und brachte es fertig, dass die Sache vom Internationalen Gerichtshof zur Entscheidung angenommen wurde. Insbesondere sollte der Gerichtshof sich beratend zu der Frage äußern: „Ist die einseitige Unabhängigkeitserklärung der provisorischen Institutionen der Selbstregierung des Kosovo mit dem Völkerrecht vereinbar?“ Während auf den Spruch des Gerichts gewartet wurde, wirkte Serbien erfolgreich darauf hin, die Anerkennung des Kosovo durch andere Staaten zu blockieren oder doch zu verzögern und den Eintritt des Kosovo in internationale Organisationen, vor allem in die UN, zu verhindern.

Die Menschen erwarteten die Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs mit angehaltenem Atem. Hier stand endlich ein Urteil zur Kosovo-Frage bevor, das weder aus Belgrad noch aus Priština kam. Nach fast zwei Jahren der Beratung erklärte das Gericht schließlich am 22. Juli 2010, das Kosovo habe das Völkerrecht durch seine Unabhängigkeitserklärung nicht verletzt. Die Richter entschieden mit 10 zu 4 zugunsten der Souveränität des Kosovo. Serbien hatte seinen Fall verloren, und das Urteil war nicht knapp aus-

⁴² Bischof Artemije (Radosavljević) ist von den serbisch-orthodoxen Autoritäten im Februar 2010 wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten abgesetzt worden.

gefallen. Der serbische Präsident, Boris Tadić, sagte, Serbien werde die „einseitig erklärte Unabhängigkeit des Kosovo niemals anerkennen“. Vojislav Koštunica, der frühere Präsident Serbiens, erklärte: „Die ganze serbische Nation kennt die Wahrheit, die niemand je zu leugnen vermag – daß das Kosovo ein Teil Serbiens war und immer ein Teil Serbiens sein wird.“ Die serbische Regierung gab sofort bekannt, dass sie das Problem der Vollversammlung zur Diskussion vorlegen werde, und schickte eine Resolution nach New York, ohne die EU zu Rate zu ziehen. Das verstimmte die EU, und am Ende konnte Serbien seine Absicht ausgedrückt werden. Immerhin blieb der nach der Gerichtsentscheidung eigentlich zu erwartende Zuwachs an Anerkennungen des Kosovo aus. Bis zum Dezember 2010 hatten nur 72 Staaten das Kosovo anerkannt. Doch nahm der Druck auf Serbien zu, die angeklagten Kriegsverbrecher Ratko Mladić und Goran Hadžić zu finden. Es ist bemerkenswert, dass der serbische Präsident Tadić im Dezember 2010 sich endlich bei der kroatischen Bevölkerung für die serbischen Verbrechen entschuldigte, die 1999 im ersten Jahr des Krieges in Kroatien bei Vukovar begangen worden waren. Bis heute gibt es aber noch keine Entschuldigungen serbischer Politiker für irgendwelche Aktionen im Kosovo.

Die Teilung des Kosovo, wobei Serbien den nördlichen Teil mit einigen Bergwerken erhalten würde, ist als „Kompromisslösung“ vorgeschlagen worden. Doch wäre das alles andere als weise, da jede Grenzveränderung zu Weiterungen führen könnte, etwa zu einer Republika Srpska in Bosnien, zur Abtrennung der albanischen Region Mazedoniens, zu einem Streit um das Preševo-Tal im südlichen Serbien oder gar zur Vereinigung des Kosovo mit Albanien. Fast jedermann findet solche Aussichten noch mehr destabilisierend. Was den Kosovo selbst betrifft, so würde eine Teilung vieles ungelöst lassen, da die Mehrheit der 120 000 Serben im Kosovo nicht im Norden lebt und keine der serbisch-orthodoxen Stätten sich im Norden befindet. So wäre keine Garantie gegeben, dass sich Serbien nicht auch nach dem Erhalt des Nordens in anderen Teilen des Kosovo einmischen würde.

Seit 2010 gibt es einige Liberale unter den serbischen Politikern, die der nationalistischen Kosovo-Rhetorik nicht folgen. Čedomir Jovanović zum Beispiel, dessen Liberaldemokratische Partei als ihr primäres Ziel den Eintritt Serbiens in die EU anstrebt, akzeptiert die Unabhängigkeit des Kosovo.⁴³ Jovanović kritisiert auch die serbisch-orthodoxe Kirche als dogmatisch und störend. Im Juli 2010 wurde auch bekannt – noch vor dem Spruch des Internationalen Gerichtshofs –, dass der frühere serbische Außenminister Vuk Drašković seine Haltung geändert und erklärt habe, Serbien übe nicht länger Souveränität über das Kosovo aus.

Auf lange Sicht werden die Serben eine neue Identität finden und die Bindungen ihres aus dem 19. Jahrhundert überkommenen Nationalismus lockern müssen. Während viele serbische Schriftsteller, Wissenschaftler, Politiker, Geistliche und Journalisten noch in alten nationalistischen Banden stecken, sind es serbische Komödianten mit einem multiethnischen Hintergrund, die am wenigsten Lasten mit sich schleppen und am meisten hoffen lassen.⁴⁴

Aus dem Englischen übersetzt von Hermann Graml

⁴³ Sabrina Ramet, *Serbia since July 2008. At the Doorstep of the EU*, in: *Südosteuropa* 58 (2010), H. 1, S. 15–40, hier S. 19. Die Liberaldemokratische Partei wurde 2005 gegründet, hat aber erst in zwei Wahlen die erforderlichen 5% knapp überschritten.

⁴⁴ Åsne Seierstad, *Don't Happy, Be Worry*, in: *Ders., With Their Backs to the World. Portraits from Serbia*, New York 2004, S. 316–340. Dort wird Rambo Amadeus gezeigt, wie er Löcher in die nationalistische Rhetorik schlägt, auch in den angeblichen Bedarf der Menschen an einem „Hirten“. Wenn über das Kosovo gestritten wird, sagt er lediglich: „Heimat ist da, wo ich zufrieden bin.“

Abkürzungen

AA	Auswärtiges Amt
ARATS	Association for Relations across the Taiwan Straits
ARVN	Army of the Republic of Vietnam
AWPA	Australia West Papua Association
BArch	Bundesarchiv
BBC	British Broadcasting Corporation
BFL	Budapest Főváros Levéltára (Archiv der Hauptstadt Budapest)
BMG	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen
BP	British Petroleum
BRD	Bundesrepublik Deutschland
CAVR	Comissão de Acolhimento, Verdade e Reconciliação de Timor-Leste (Empfangs-, Wahrheits- und Versöhnungskommission von Ost-Timor)
CCP	Chinese Communist Party
CIA	Central Intelligence Agency
DAK	Dünya Azərbaycanlılar Konqressi (Kongress der Aserbaidshaner der Welt)
DDR	Deutsche Demokratische Republik
Diss.	Dissertation
DMZ	Demilitarisierte Zone
DPP	Demokratische Fortschrittspartei/Demokratische Progressive Partei
DRV	Demokratische Republik Vietnam
DZF	Deutsche Zentrale für Fremdenverkehr
ECFA	Economic Cooperation Framework Agreement
EU	Europäische Union
GAM	Gerakan Aceh Merdeka (Bewegung Freies Aceh)
GDR	German Democratic Republic
GPO	General Post Office
H.	Heft
ICTY	International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia
IFS	Irischer Freistaat
IRA	Irish Republican Army
IRB	Irish Republican Brotherhood
IUOTO	International Union of Official Travel Organizations
KFOR	Kosovo Force

KKN	Korupsi, Kolusi dan Nepotisme (Korruption, Kollusion und Nepotismus)
KLA	Kosovo Liberation Army
KMT	Kuomintang
Kopassus	Komando Pasukan Khusus (Spezialeinheit der indonesischen Armee)
KPI	Kommunistische Partei Indochinas
k. u. k.	kaiserlich und königlich
MAC	Mainland Affairs Council
MASSR	Moldauische Autonome Sozialistische Sowjetrepublik
MÉL	Magyar Életrajzi Lexikon
MOL	Magyar Országos Levéltár (Ungarisches Staatsarchiv)
MoU	Memorandum of Understanding
MPR	Majelis Rakyat Papua (alt-papuanisches Oberhaus des lokalen Parlaments)
Ms.	Manuskript
MSSR	Moldauische Sozialistische Sowjetrepublik
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NKRI	Negara Kesatuan Republik Indonesia (Unitarischer Staat der Republik Indonesien)
NLF	National Liberation Front
OPM	Organisasi Papua Merdeka (Organisation für ein freies Papua)
OSTK	Ob-edinennyj Sovet Trudovych Kollektivov (Vereinigter Rat der Arbeitskollektive)
o. V.	ohne Verfasser
PDI-P	Partai Demokrasi Indonesia Perjuangan (Demokratische Partei des Kampfes Indonesiens)
PFP	People First Party
PKI	Partai Komunis Indonesia (Kommunistische Partei Indonesiens)
PLA	People's Liberation Army
PMR	Pridnestrovische Moldauische Republik
PRC	People's Republic of China
PRG	Provisorische Regierung Südvietnam
PSI	Partito Socialista Italiano (Sozialistische Partei Italiens)
RAND	Research and Development
RIC	Royal Irish Constabulary
ROC	Republic of China
SBY	Susilo Bambang Yudhoyono
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SEF	Straits Exchange Foundation
SHS	Kraljevstvo Srba, Hrvata i Slovenaca (Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen)
SJ	Societas Jesu (Gesellschaft Jesu)

SSR	Sozialistische Sowjetrepublik
St.	Sankt
TNI	Tentara Nasional Indonesia (Streitkräfte der Republik Indonesien)
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UN	United Nations
UNMIK	United Nations Interim Administration Mission in Kosovo
UP4B	Unit for the Acceleration of Development in Papua and West Papua provinces
US/U. S.	United States
USA	United States of America
USMG	United States Military Government
UVF	Ulster Volunteer Force
VEB	Volkseigener Betrieb
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VM	Volksfront Moldaus
VVK	Verwaltung Vermessungs- und Kartenwesen
YAP	Yeni Azərbaycan Partiyası (Regierungspartei)

Die Autorinnen und Autoren dieses Bandes

Lowell Dittmer, Prof. Dr., Professor of Political Science, University of California, Berkeley; veröffentlichte u. a.: als Hrsg.: *China's Quest for National Identity*, Ithaca, NY 1993; *China's Deep Reform. Domestic Politics in Transition*, Lanham, MD 2006; *Burma or Myanmar? The Struggle for National Identity*, Singapore 2010.

Stephen M. Duffy, Dr., Associate Professor of European History und Chair des Department of Humanities, Texas A&M International University, Laredo, Texas; veröffentlichte u. a.: *The Integrity of Ireland. Home Rule, Nationalism and Partition, 1912-1922*, Cranbury, NJ 2009.

Zaur Gasimov, Dr., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Leibniz-Institut für Europäische Geschichte Mainz (2009-2013), seit September 2013 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Orient-Institut Istanbul der Max Weber Stiftung; veröffentlichte u. a.: *Militär schreibt Geschichte. Instrumentalisierung der Geschichte durch das Militär in Polen und in der Sowjetunion 1981-1991*, Münster 2009; als Hrsg.: *Kampf um Wort und Schrift. Russifizierung in Osteuropa im 19.-20. Jahrhundert*, Göttingen 2012.

Martin Großheim, Dr. habil., Privatdozent an der Universität Passau, Lehrstuhl für Südostasienkunde; veröffentlichte u. a.: *Ho Chi Minh. Der geheimnisvolle Revolutionär. Leben und Legende*, München 2011; *Die Partei und der Krieg. Debatten und Dissens in Nordvietnam*, Berlin 2009.

Andreas Hilger, Dr., Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Unabhängigen Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes 1945 bis 1968; veröffentlichte u. a.: als Hrsg.: *Diplomatie für die deutsche Einheit. Dokumente des Auswärtigen Amtes zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1989/90*, München 2011; als Hrsg. gemeinsam mit Corinna Unger: *India in the World since 1947. National and Transnational Perspectives*, Frankfurt a. M. 2012.

Peter King, Prof. Dr., Research Associate in Government and International Relations, University of Sydney, Gründungspräsident des Centre for Peace and Conflict Studies (CPACS) an der Sydney University; veröffentlichte u. a.: *West Papua and Indonesia since Suharto. Independence, Autonomy or Chaos?*, Sydney 2004; gemeinsam mit Jim Elmslie und Camellia Webb Gannon: *Get Up, Stand Up: West Papua Stands Up for Its Rights*, Sydney 2010.

Árpád von Klimó, Dr., Associate Professor (Central European History), The Catholic University of America, Washington, D.C.; veröffentlichte u. a.: *Catholic Identity in Hungary – The Mindszenty Case*, in: *Hungarian Studies* 24 (2010), H. 2, S. 189-213; *Nineteenth Century Liberal Master Narratives Revisited. A Comparison of Gyula Szekfu and Benedetto Croce*, in: Stefan Berger/Chris Lorenz (Hrsg.), *Nationalizing the Past. Historians as*

Nation-Builders in Europe, Basingstoke 2010, S. 341-357; Hungary, in: Oliver Rathkolb/Günther Ogris (Hrsg.), *Authoritarianism, History and Democratic Dispositions in Austria, Poland, Hungary and the Czech Republic*, Wien 2010, S. 79-90.

Namhee Lee, Dr., Associate Professor of Modern Korean History, University of California, Los Angeles; veröffentlichte u. a.: *The Making of Minjung. Democracy and the Politics of Representation in South Korea*, Ithaca, NY 2007; *From Minjung to Simin. The Discursive Shift in Korean Democratic Movements*, in: Gi-Wook Shin/Paul Y. Chang (Hrsg.), *South Korean Social Movements. From Democracy to Civil Society*, New York 2011, S. 41-57.

Kerstin von Lingen, Dr., Graduate Programme Lecturer, Cluster of Excellence „Asia and Europe in a Global Context“, Universität Heidelberg; veröffentlichte u. a.: *Kesselrings letzte Schlacht. Kriegsverbrecherprozesse, Vergangenheitspolitik und Wiederbewaffnung: Der Fall Kesselring*, Paderborn 2004; als Hrsg.: *Kriegserfahrung und nationale Identität in Europa nach 1945. Erinnerung, Säuberungsprozesse und nationales Gedächtnis*, Paderborn 2009.

Christian Lotz, Dr., Stipendiat am Herder-Institut in Marburg; veröffentlichte u. a.: *Die anspruchsvollen Karten. Polnische, ost- und westdeutsche Auslandsrepräsentationen und der Streit um die Oder-Neiße-Grenze (1945–1972)*, Leipzig 2011; *Die Deutung des Verlusts. Erinnerungspolitische Kontroversen im geteilten Deutschland um Flucht, Vertreibung und die Ostgebiete (1948–1972)*, Köln/Weimar/Wien 2007.

Frances Trix, Prof. Dr., Professor of Linguistics and Anthropology an der Indiana University; veröffentlichte u. a.: *Contesting Immigrant Voice in Istanbul. Mass Media, Verbal Play, Immigrant Channels*, in: *Language and Communication* 30 (2010), S. 7-18; *The Sufi Journey of Baba Rexheb*, Philadelphia 2009.

Oliver von Wrochem, Dr., Leiter des Studienzentrums der KZ-Gedenkstätte Neuengamme; veröffentlichte u. a.: als Hrsg.: *Skandinavien im Zweiten Weltkrieg und die Rettungsaktion Weiße Busse. Ereignisse und Erinnerung*, Berlin 2012; *Erich von Manstein, Vernichtungskrieg und Geschichtspolitik*, Paderborn 2009; *Prozesse gegen Wehrmachtsoldaten und ihre Wechselwirkung mit Kriegsdeutungen im Kalten Krieg am Beispiel von BRD und DDR*, in: Natali Stegmann (Hrsg.), *Die beiden Weltkriege als symbolische Bezugspunkte*, Prag 2009, S. 267-289.

Dareg Zabarah, Dr., Slawist und Politologe; veröffentlichte u. a. *Nation- and Statehood in Moldova. Ideological and Political Dynamics since the 1980s*, Wiesbaden 2011; *The Language that Unites and the Language that Divides Us. Why Was Arabic Kept and Serbo-Croatian Abolished?*, in: *Nationalities Papers* 40 (2012), H. 4, S. 545-559.

Personenregister

Kursiv gesetzte Zahlen verweisen auf Namen in den Anmerkungen.

- Ablonczy, Balázs 11
 Adam, Volker 140
 Adams, Kirk 189
 Adenauer, Konrad 177
 Adıgözəlov, Vasif 146
 Ahtisaari, Martti 86, 193–195, 198
 Akçura, Yusuf 135
 Albrecht (Erzherzog) 24
 Alexander, Harold 46
 Aliyev, İlham 137, 141
 Alizade, Zachida 142
 Altstadt, Audrey 140, 141
 Amadeus, Rambo 199
 Anderson, Benedict 31
 Antonescu, Ion 118, 121
 Aosta (Herzog) *siehe* Savoyen, Emanuel Philibert von
 Árpád (Fürst) 21f.
 Artemije (Erzbischof) 198
 Ashtiani, Sakineh 148
 Asquith, Herbert Henry 157
 Assmann, Aleida 30, 31
 Ata, Asif 138
 Auch, Eva-Maria 141

 Babaoğlu, Hikmət 143
 Badoglio, Pietro 38
 Bağırova, Nuridə 148
 Bakıxanov, Tofiq 146
 Bakrie, Aburizal 88
 Bangha, Béla 25
 Bao Dai 100, 103, 106, 110
 Baravelli, Andrea 38
 Bartlett, Thomas 173
 Battisti, Cesare 41
 Below, Otto von 42
 Beneš, Edvard 21
 Berlusconi, Silvio 47f.
 Bethlen, István 24
 Bəxşəliyeva, Gövhər 148
 Bəy, Mirzə Adıgözəl 144
 Birkenhead, Lord (F. E. Smith) 160, 162, 164
 Bissolati, Leonida 36
 Bonomi, Ivano 38
 Bossi, Umberto 48
 Bottoni, Stefano 12
 Breschnew, Leonid Iljitsch 107
 Brown, Cameron S. 140
 Bruni, Carla 148
 Buday, László 21

 Cadorna, Luigi 28, 34, 35–38, 41–43, 46
 Capello, Luigi 35
 Caron, Edward 163
 Cavanşir, Əhməd Bəy 144
 Černomyrdin, Viktor Stepanovič 193
 Chamberlain, Austen 162–164
 Chatai, Schah Ismail 149
 Chen Shui-bian 182f.
 Cheng Ch'eng-kung 173
 Cheng Chih-lung 173
 Cheng Ho 173
 Chiang Ching-kuo 176 f., 179
 Chiang Kai-shek 171, 174, 178, 181
 Chijabani, Scheich Mohammed 136, 148
 Chior, Pavel 123
 Choi Jang-jip 76
 Chōn Sang-in 79
 Chruschtschow, Nikita 107
 Churchill, Winston 162
 Çingizoğlu, Ənvər 150
 Clinton, Bill 181
 Clinton, Hillary 96
 Collins, Michael 160–166
 Commencini, Luigi 46
 Craig, Sir James 162, 165
 Creangă, Ion 124
 Cummings, Bruce 72, 76

 Dadaşova, Brilyant 145
 D'Annunzio, Gabriele 27, 29, 36, 41
 d'Argenlieu, Thierry 98
 Darmono, Bambang 95
 Dellmensingen, Konrad Krafft von 42
 Diaz, Armando 34, 36, 42
 Đinđić, Zoran 197
 Dobbs, Aimee 135
 Drašković, Vuk 199

 Elçibəy, Əbülfəz 139
 Əlizadə, Axund Hacı Soltan H. 145
 Ely, Paul 102
 Eminescu, Mihai 124

 Farzaliyev, Akif 144
 Filat, Vlad 133
 Flender, Hermann 67
 Franz Joseph (König) 22, 24

 Gabinschi, Marcu 124
 Gaeta, Ernesto 42

- Galli della Loggia, Ernesto 47
 Garibaldi, Guisepppe 44
 Gedziera, V. I. 127
 Gemelli, Agostino (Padre) 35
 Glattfelder, Gyula 24
 Gökalp, Ziya 135
 Googoosh 149
 Greppi, Giovanni 40
 Griffith, Arthur 156, 163, 165f.
 Gusmão, Kay Rala Xanana 89, 91
 Gyarmati, György 24
- Habibie, Jusuf 86, 89, 93
 Hadžić, Goran 199
 Halbwachs, Maurice 141
 Hallstein, Walter 177
 Harich, Wolfgang 59
 Hatta, Mohammad 83
 Hemingway, Ernest 35, 43
 Herawati, Kristiani 88
 Ho Chi Minh 97–99, 103–105, 109
 Hodscha, Enver 196
 Hoffmann, Friedrich 57
 Horthy, Miklós 14, 17, 19, 22, 24
 Howard, John 93
 Hu Jintao 182
 Hüseyinzade, Ali Bey 135
- İbrahimova, Sevda 146
 Irinej (Patriarch) 197
 Isnenghi, Mario 28, 30, 43, 49
- Jakob II. (König) 156
 Janz, Oliver 35, 37, 40
 Johnson, Lyndon B. 108
 Joseph (Erzherzog) 24
 Jovanović, Čedomir 199
 Judson, Pieter 12
- Kalla, Yusuf 88
 Kaminski, Anatoli 133
 Karl I. (Kaiser = Karl IV., König) 18, 22, 24
 Karl II. (König) 157
 Karma, Filep 93
 Károlyi, Mihály (Graf) 18
 Katchanovski, Ivan 122
 Kaufmann, Stuart 142
 Kennedy, John F. 84
 Kiemas, Taufik 88
 Kim Dae-jung 78
 Kim Il-sung 75, 79, 174
 Kim Ku 74
 Kim Kyu-sik 73f.
 Klebelsberg, Kuno 25
 Koo Cheng-fu 179, 181
 Koselleck, Reinhart 31
 Kossygin, Alexei Nikolajewitsch 107
- Koštunica, Vojislav 199
 Koxinga *siehe* Cheng Ch'eng-kung
 Kun, Béla 18f.
- Labanca, Nicola 28
 Landsdale, Edward 102
 Lari, Leonida 126
 Law, Andrew Bonar 157, 160, 163
 Lazar (Fürst) 189
 Le Duan 104–108
 Le Duc Tho 105, 108
 Lee Myung-bak 71
 Lee Teng-hui 180–182
 Lehn, Patrick 57
 Lien Chan 172, 183
 Lloyd George, David 160–164
 Lucinschi, Petru 125f.
 Lussu, Emilio 43
- Ma Ying-jeou 172, 183
 Macmillan, Harold 46
 MacNeill, Eoin 158
 Madan, Leonid 123
 Mahmudov, Yaqub 149
 Malaparte, Curzio 43
 Manaresi, Angelo 40
 Mao Zedong 7, 100, 173, 174, 176, 180, 185
 Marcos, Ferdinand 177
 Márkus, László 25
 Marshall, Alex 141
 Megawati Sukarnoputri 86, 88
 Mehdiyev, Ramiz 149
 Mərzilis, Sultan 145
 Meynen, Emil 57
 Milošević, Slobodan 191–193, 194, 197
 Ming (Dynastie) 173, 178
 Mladić, Ratko 199
 Molotow, Wjatscheslaw 121
 Monicelli, Mario 45
 Motika, Raoul 140
 Moutet, Marius 98
 Muchanov, Vadim 141
 Mussolini, Alessandra 48
 Mussolini, Benito 29, 36f., 39–41, 43f., 48
- Napoleon Bonaparte 48
 Ngo Dinh Diem 104–106, 111
 Nguyen Van Thieu 111
 Nicat, Əlisa 142
 Nissmann, David 140, 141
 Nixon, Richard 175, 177
- Oberdan, Guglielmo 41
 Orbán, Viktor 11
 Ordubadi, Məmməd Səid 148f.
 Orlando, Vittorio 36

- Pallenberg, Arnold 67
 Park Chung-hee 78
 Parnell, Charles Stewart 156
 Pearse, Patrick 159
 Pham Duy 97, 100f., 103, 107, 110–113
 Phuonq, Elvis 111
 Pischevari, Dschafar 136, 148
 Puttkamer, Joachim von 19

 Qarabaği, Mirzə Camal Cavanşir 144
 Qaragözov, Rauf 140f.

 Radosavljević *siehe* Artemije (Erzbischof)
 Rákosi, Mátyás 18
 Ramos Horta, José 89, 91
 Redmond, John 157f.
 Rəhmanzadə, Fazil 141
 Reichel, Peter 147
 Renan, Ernest 31
 Ribbentrop, Joachim von 121
 Richardson, Sir George 159
 Rochat, Giorgio 28
 Rommel, Erwin 42
 Runikovskij, V. V. 127
 Rüstəmcanlı, Sabir 138

 Sainteny, Jean 98
 Salandra, Antonio 32–34, 36
 Şarifov, Azad 150
 Şaumjan, Stephan 141
 Sauro, Nazario 41
 Savoyen, Emanuel Philibert von 40
 Schivelbusch, Wolfgang 31, 32, 142
 Schorkowitz, Dittmar 137, 147
 Səfərli, Əliyər 138
 Şevciuk, Evgheni 133
 Shevtsov, Vladimir 133
 Skanderbeg (Fürst) 196
 Smirnov, Igor 133
 Smith, Michael 140
 Snegur, Mircea 126
 Snow, Edgar 173
 Solana, Javier 192
 Sonnino, Sydney 33, 36
 Soong, James 172, 183
 Spannenberger, Norbert 11
 Sperling, Walter 56, 57

 Stalin, Iosif 101, 120, 123
 Stepaniuc, Victor 133
 Stephan I. (König) 12, 20–25
 Suckert, Kurt *siehe* Malaparte, Curzio
 Suharto, Haji Mohamed 84, 86, 88–90, 93
 Sui (Dynastie) 173
 Sukarno 83f., 86, 88f.
 Swietochowski, Tadeusz 140, 141
 Sylvester II. (Papst) 23
 Syngman Rhee 75
 Szekfü, Gyula 24

 Tadić, Boris 199
 Tağıyeva, Şövkət 150
 Talbott, Strobe 193
 Tan'gun 71, 80
 Terauchi, Hisaichi 83
 Tigran II. (König) 139
 Tisza, István 20
 Tito, Josip Broz 48, 191
 To Huu 101
 Tone, Theobald Wolfe 155
 Truman, Harry S. 99
 Truong Chinh 100, 104f.

 Vahabzadə, Bəxtiyar 148
 Valera, Eamon de 157, 160, 162f., 166–168
 Vo Nguyen Giap 99, 108
 Volchonskij, Michail 141
 Voronin, Vladimir 133

 Waal, Thomas de 145
 Wahid, Abdurrahman 86
 Wang Daohan 179
 Wehner, Herbert 65
 Wen Jiabao 182
 Wilhelm III. von Oranien (König) 156
 Wilson, Woodrow 33, 36

 Yamin, Mohammad 83
 Yō Yun-hyōng 73
 Yudhoyono, Susilo Bambang 86, 88, 90, 95
 Yūsuf, Irwandi 86

 Zeidler, Miklós 13
 Zhou Enlai 101, 175
 Zurufçu, Yaqub 149

